

# KURIER AM SONNTAG

Lesermeinung

**Unmöglich**

70 Wörter

28 April 2019

Kurier am Sonntag

KURAMS

Deutsch

© Bremer Tageszeitungen AG. All rights reserved. For further information see

Im russischen Wahlsystem gäbe es keine Unregelmäßigkeiten, behauptet Steffen Kotré von der AfD, und bei uns wäre es relativ einfach zu betrügen. Dieser Herr diskriminiert alle Wahlhelfer und sollte schleunigst aus dem Bundestag entfernt werden. Ich habe jahrelang als Wahlhelfervorstand fungiert und kann versichern, dass das von Steffen Kotré Behauptete unmöglich ist. Im Namen aller ehrenamtlichen Wahlhelfer sollten wir ein Ermittlungsverfahren gegen Steffen Kotré fordern. Wolfgang Schaardt, Bremen

Dokument KURAMS0020190428ef4s00016

Politik

## **Fragwürdige Beziehungen Immer wieder reisen Politiker der AfD nach Russland und pflegen dort "strategische Kontakte"**

871 Wörter

18 April 2019

Weser Kurier

WESKU

Deutsch

© Bremer Tageszeitungen AG. All rights reserved. For further information see

Berlin. Wenn an diesem Donnerstag in Jalta auf der Krim eine Wirtschaftskonferenz beginnt, werden auch Politiker der AfD wieder dabei sein. Bei dem Termin geht es nur am Rande um Handelsfragen. Allein durch ihre Anwesenheit billigen die Teilnehmer die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Abgeordnete der AfD reisten 2018 nach Recherchen unserer Zeitung mindestens zwölf Mal nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Die meisten dieser Besuche befördern in erster Linie die Agenda des Kremls.

Im März 2018 wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Allerdings ist von vornherein klar, dass Wladimir Putin im Amt bestätigt werden wird. Neun AfD-Bundestagsabgeordnete sind als Beobachter dabei. Allerdings gehört nur einer von ihnen der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an. Die anderen sind auf russische Einladung gekommen. "Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort", schreibt der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier auf Twitter.

Mit dieser eigenen Wahlbeobachtermission, deren Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern kommen, will die russische Führung ein Gegengewicht zu den kritischen Berichten der offiziellen Beobachter schaffen. Organisiert wurde der Besuch von Leonid Sluzki. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten gehört den rechtsextremen Liberaldemokraten an. Für die AfD sind neben Frohnmaier die Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Robby Schlund sowie die beiden Russlanddeutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt dabei. Ulrich Oehme reist sogar als "Wahlbeobachter" auf die von Russland annektierte Krim, obwohl die Abstimmung dort international nicht anerkannt wird.

Nach der Wahl sagt Kotré dem russischen Staatsmedium Sputnik: "Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten." Zugleich erklärt er das deutsche Wahlsystem für fehleranfällig: "Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht." Insgesamt sei bei der Abstimmung in Russland alles transparent abgelaufen. Auch Friesen berichtet, er habe "keine Unregelmäßigkeiten festgestellt".

### Strategische Kontakte

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fahren im Januar 2018 nach Moskau. Dort treffen sie Sluzki und zwei weitere russische Politiker zum "informellen Gedankenaustausch". Dieser Austausch hätte in Berlin gar nicht erst stattfinden können. Sluzki hat seit März 2014 Einreiseverbot in der EU, weil er "den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine und die Annexion der Krim aktiv unterstützte". Die Begegnung setzt die vor Jahren begonnenen strategischen Kontakte zwischen der AfD und Russland fort.

Manche Reisen dienen nebenbei der Vernetzung mit Rechtspopulisten aus anderen Ländern. Am Rande einer Konferenz in Moskau über die "Entwicklung des Parlamentarismus" treffen sich die AfD-Abgeordneten Keuter und Petr Bystron beispielsweise mit Vertretern der "Alternative für Schweden". Die beiden Deutschen sprechen auch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der frühere Vize-Chef von Putins Präsidialverwaltung Hinterbänkler aus dem Ausland trifft. Über das Gespräch berichtet Keuter später: "Er bewundert die Erfolge der AfD!"

Im Juli macht sich auch der Parteichef Jörg Meuthen auf den Weg nach Russland. Offizieller Anlass ist die Jahrestagung der russischen Ingenieursvereinigung in Uljanowsk, mehr als 700 Kilometer von Moskau entfernt. Die Einladung, dort eine Rede zu halten, sei eine "große Ehre" für ihn, betont Meuthen.

Im September 2018 trifft Kotré in Moskau den Vorsitzenden des Energieausschusses der Duma, Pawel Sawalny. Sie sprechen über die "Unsinnigkeit der Sanktionen, die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland", wie Kotré berichtet. Die russische Position unterscheide sich "nicht wesentlich" von der Position der AfD. In einem Interview mit Sputnik für das deutsche Publikum macht sich

Kotré für Nord Stream 2 stark: "Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von Gazprom begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird." Aus Sicht des Kremls ist die Erdgas-Pipeline ein strategisch wichtiges Projekt.

#### Privater Urlaub in Russland

Im Mai 2018 reist erneut ein AfD-Politiker in ein Gebiet, das seit Russlands Intervention in der Ukraine nicht mehr unter Kontrolle Kiews ist. Die von Moskau unterstützten und weitgehend kontrollierten Separatisten in der "Volksrepublik Donezk" (DNR) feiern den "Tag der Republik". Um der Veranstaltung einen Hauch von Legitimität zu verleihen, ist eine zwölfköpfige Delegation aus mehreren Ländern angereist. Aus Deutschland sind der Berliner AfD-Abgeordnete Lindemann, der ultrarechte Publizist Manuel Ochsenreiter und Andreas Maurer, Linken-Kommunalpolitiker aus Quakenbrück, dabei. Lindemann findet lobende Worte für das von Separatisten regierte Donezk: "Ich bin zum ersten Mal hier, und wissen Sie was, Donezk sieht wie eine normale europäische Stadt aus." Auch die Einreise in die Separatistengebiete über Russland ist nach ukrainischem Recht illegal.

Dennoch fährt Lindemann ein halbes Jahr später noch einmal nach Donezk, als dort eine international nicht anerkannte Wahl stattfindet. Die Reise habe er selbst bezahlt. "Ich mache privat Urlaub in Russland und habe dabei meine Freunde in Donezk besucht." Ganz anders klingt der Berliner AfD-Abgeordnete in Interviews mit russischen Medien. Dort wird er als Wahlbeobachter vorgestellt.

Lindemann, der mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten Olaf Kießling sowie einem Vertreter der "Russlanddeutschen in der AfD" unterwegs ist, bringt außerdem Waisenkindern in Donezk 20 Kilo Süßigkeiten mit. Eine russische Zeitung schreibt: "Mitglieder der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ durchbrechen die internationale Blockade der DNR."

Dokument WESKU00020190418ef4i0000o

Fragen des Tages

**Ohne Grenzen; In kein anderes Land fahren Abgeordnete der AfD öfter als nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Welchen Zweck haben diese Besuche?**

Claudia von Salzen

1,681 Wörter

18 April 2019

Der Tagesspiegel

TAGSS

2

Deutsch

Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

Wenn an diesem Donnerstag in Jalta auf der Krim eine Wirtschaftskonferenz beginnt, werden auch Politiker der AfD wieder dabei sein. Bei dem Termin geht es nur am Rande um Handelsfragen. Allein durch ihre Anwesenheit billigen die Teilnehmer die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Abgeordnete der AfD reisten 2018 nach Tagesspiegel-Recherchen mindestens zwölf Mal nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Die meisten dieser Besuche befördern in erster Linie die Agenda des Kremls. Eine Dokumentation:

Berlin, im März 2018. Im Bundestag ruft Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble Tagesordnungspunkt 19 auf: Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, sofort Grenzkontrollen einzuführen und mit der „Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ zu beginnen. Zwar ist klar, dass die anderen Fraktionen den Antrag ablehnen werden, aber die AfD will es jetzt wissen: Sie beantragt eine namentliche Abstimmung. Ausgerechnet in der Fraktion, die anfangs Wert auf eine vollständige Anwesenheit im Plenum legt, bleiben mehrere Plätze leer, als es um das wichtigste Thema der Partei geht. Am Ende unterstützen nur 81 AfD-Abgeordnete den Antrag. Während die Parlamentarier in Berlin ihre Stimme abgeben, sitzen mehrere Fraktionsmitglieder bereits in einer Aeroflot-Maschine Richtung Moskau.

Von Russland bestellte Wahlbeobachter

Zwei Tage nach der Abstimmung wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Allerdings ist von vornherein klar, dass Wladimir Putin im Amt bestätigt werden wird. Neun AfD-Bundestagsabgeordnete sind als Beobachter dabei. Allerdings gehört nur einer von ihnen der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an. Die anderen sind auf russische Einladung gekommen. „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort“, schreibt der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier auf Twitter.

Mit der eigenen Wahlbeobachtermission, deren Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern kommen, will die russische Führung ein Gegengewicht zu den kritischen Berichten der offiziellen Beobachter schaffen. Organisiert wurde der Besuch von Leonid Sluzki. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten gehört den rechtsextremen Liberaldemokraten an. Für die AfD sind neben Frohnmaier die Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Robby Schlund sowie die beiden Russlanddeutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt dabei. Ulrich Oehme reist sogar als „Wahlbeobachter“ auf die von Russland annektierte Krim, obwohl die Abstimmung dort international nicht anerkannt wird.

Nach der Wahl sagt Kotré dem russischen Staatsmedium Sputnik: „Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten.“ Zugleich erklärt er das deutsche Wahlsystem für fehleranfällig: „Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht.“ Insgesamt sei bei der Abstimmung in Russland alles „transparent“ abgelaufen. Auch Friesen berichtet, er habe „keine Unregelmäßigkeiten festgestellt“.

„Die Krim ist jetzt die russische Krim“

Im Februar 2018 reisen acht AfD-Landtagsabgeordnete, darunter Hugh Bronson, Gunnar Lindemann und Harald Laatsch aus Berlin, auf die Krim. Die Rede ist von einem „privaten Besuch“. Die Reise sei als Signal an die Wähler gedacht, die auf eine Deeskalation im Verhältnis zu Russland hoffen, erklären die Parlamentarier. Schon mit der Anreise macht sich die Gruppe strafbar. Denn wer über Russland und damit an den ukrainischen Grenzkontrollen vorbei einreist, begeht in der Ukraine eine Straftat. Das Auswärtige Amt rät auch deshalb dringend von Reisen auf die Krim ab. „Man wird doch wohl noch reisen dürfen“, erklärt Roger Beckamp, AfD-Landtagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen. Teilnehmer der Reise kritisieren in einem Interview die Sanktionen, die die EU nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängte.

Zwei Monate später reisen die Bundestagsabgeordneten Frohnmaier, Herdt, Keuter, Oehme und Schlund zu einem von Russland organisierten Wirtschaftsforum auf die Halbinsel. Mit dabei sind Lindemann und zwei Vertreter der Vereinigung „Russlanddeutsche für die AfD“. Die in Deutschland wenig bekannten Politiker werden auf der Krim offenbar fast wie Staatsgäste behandelt, inklusive Unterbringung in einem Luxus-Resort.

Frohnmaier, der heute dem Organisationskomitee des Forums angehört, erklärt im Gespräch mit dem Staatssender RT Deutsch die Annexion zum Normalzustand: „Es ist nun mal so, dass die Krim jetzt die russische Krim ist.“ Daran könnten auch die Kritiker nichts ändern. „Die Krim kommt nicht mehr zurück, und ich denke, das muss man jetzt einfach auch akzeptieren.“ In dem Interview wird Frohnmaier gefragt, ob er nach der Reise negative Folgen in Deutschland befürchte. Der AfD-Abgeordnete sagt, er sehe dem gelassen entgegen. „Mir geht es hier wirklich darum, ein Zeichen zu setzen, und in Deutschland eine Debatte weiter anzuschieben.“ Eine solche Debatte wäre im Interesse des Kremls, denn falls Deutschland die Annexion der Krim hinnähme, könnten die Sanktionen fallen. Die AfD-Abgeordneten setzen sich auch in Deutschland lautstark für ein Ende der Russland-Sanktionen ein.

#### Strategische Kontakte

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fahren im Januar 2018 nach Moskau. Dort treffen sie Sluzki und zwei weitere russische Politiker zum „informellen Gedankenaustausch“. Dieser Austausch hätte in Berlin gar nicht erst stattfinden können. Sluzki hat seit März 2014 Einreiseverbot in der EU, weil er „den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine und die Annexion der Krim aktiv unterstützte“. Die Begegnung setzt die vor Jahren begonnenen strategischen Kontakte zwischen der AfD und Russland fort.

Die Abgeordneten Schlund und Friesen fahren im Mai 2018 zu einem Wirtschaftsforum nach St. Petersburg. Schlund, ein Orthopäde aus Gera, pflegt seit Jahren eine besondere Liebe zu Russland und hat in seiner Heimatstadt einen Kosakenverein gegründet, dessen „Ataman“ (Oberhaupt) er wurde. Bei einer AfD-Veranstaltung in Thüringen posierte er mit einer Fahne der Separatisten aus der Ostukraine. Die Beziehungen zu Russland kann Schlund auch im Bundestag pflegen: Er ist Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe.

Manche Reisen dienen nebenbei der Vernetzung mit Rechtspopulisten aus anderen Ländern. Am Rande einer Konferenz in Moskau über die „Entwicklung des Parlamentarismus“ treffen sich die AfD-Abgeordneten Keuter und Petr Bystron beispielsweise mit Vertretern der „Alternative für Schweden“. Die beiden Deutschen sprechen auch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der frühere Vize-Chef von Putins Präsidentschaftsverwaltung Hinterbänkler aus dem Ausland trifft. Über das Gespräch berichtet Keuter später: „Er bewundert die Erfolge der AfD!“

Im Juli macht sich auch der Parteichef Jörg Meuthen auf den Weg nach Russland. Offizieller Anlass ist die Jahrestagung der russischen Ingenieursvereinigung in Uljanowsk, mehr als 700 Kilometer von Moskau entfernt. Die Einladung, dort eine Rede zu halten, sei eine „große Ehre“ für ihn, betont Meuthen.

#### „Gemeinsame Aktion mit Nord Stream“

Im September 2018 trifft Kotré in Moskau den Vorsitzenden des Energieausschusses der Duma, Pawel Sawalny. Sie sprechen über die „Unsinnigkeit der Sanktionen, die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland“, wie Kotré berichtet. Die russische Position unterscheide sich „nicht wesentlich“ von der Position der AfD. In einem Interview mit Sputnik für das deutsche Publikum macht sich Kotré für Nord Stream 2 stark: „Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von Gazprom begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird.“ Aus Sicht des Kremls ist die Erdgas-Pipeline ein strategisch wichtiges Projekt.

Wenige Wochen später kommt Sawalny mit anderen Duma-Abgeordneten nach Deutschland. Schlund, der das Treffen organisiert, berichtet vorab, neben einem Besuch in einer Brauerei in Thüringen und Gesprächen im Bundestag sei auch „eine gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ geplant. Deutsche und Russen seien sich einig gewesen, „dass ein so wichtiges Projekt wie Nord Stream 2 umgesetzt werden sollte“, sagt einer der russischen Teilnehmer später. Vertreter von Gazprom begleiten den Besuch in Deutschland offenbar ungewöhnlich eng. Deutsche und Russen gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park der gefallenen Soldaten der Roten Armee. Am Ende liegen drei Kränze am Mahnmahl: einer von Deutschland, einer von Russland - und einer von Gazprom Germania.

#### Ein AfD-Mann und ein „echter Kriegsheld“

Im Mai 2018 reist erneut ein AfD-Politiker in ein Gebiet, das seit Russlands Intervention in der Ukraine nicht mehr unter Kontrolle Kiews ist. Die von Moskau unterstützten und weitgehend kontrollierten Separatisten in der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) feiern den „Tag der Republik“. Um der Veranstaltung einen Hauch von Legitimität zu verleihen, ist eine zwölköpfige Delegation aus mehreren Ländern angereist. Aus Deutschland sind der Berliner AfD-Abgeordnete Lindemann, der ultrarechte Publizist Manuel Ochsenreiter und Andreas

Maurer, Linken-Kommunalpolitiker aus Quakenbrück, dabei. Lindemann findet lobende Worte für das von Separatisten regierte Donezk: „Ich bin zum ersten Mal hier, und wissen Sie was, Donezk sieht wie eine normale europäische Stadt aus.“ Auch die Einreise in die Separatistengebiete über Russland ist nach ukrainischem Recht illegal.

Dennoch fährt Lindemann ein halbes Jahr später noch einmal nach Donezk, als dort eine international nicht anerkannte Wahl stattfindet. Die Reise habe er selbst bezahlt. „Ich mache privat Urlaub in Russland und habe dabei meine Freunde in Donezk besucht.“ Ganz anders klingt der Berliner AfD-Abgeordnete in Interviews mit russischen Medien. Dort wird er als „Wahlbeobachter“ vorgestellt. Auf die Frage der „Komsomolskaja Prawda“, mit welchem Ziel er in den Donbass gefahren sei, antwortet Lindemann: „Ich kam auf Einladung der Wahlkommission der DNR: In der Republik ist man bereit, der ganzen Welt zu zeigen, dass die Wahlen offen und demokratisch ablaufen.“ Er habe sechs Wahllokale in Donezk und eines außerhalb der Stadt besucht und „keinerlei Verstöße“ feststellen können. Die Urnen seien durchsichtig. Außerdem findet er die Stimmung am Wahltag besser als in Deutschland: „Bei uns gehen viele zur Wahl wie zu einem Begräbnis. Aber hier - wie zu einem Fest, mit Hoffnung. Mit der Hoffnung auf ein Ende des Krieges.“ Der Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der bei einer Explosion getötet wurde, war für den Berliner Abgeordneten „ein echter Kriegsheld“. Drei Tage nach der international nicht anerkannten Abstimmung gratuliert Lindemann dem neuen Machthaber Denis Puschilin „zur gewonnenen Präsidentenwahl“. In russischen Medien sagt er, die Wahl habe „allen europäischen Standards entsprochen“.

Lindemann, der mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten Olaf Kießling sowie einem Vertreter der „Russlanddeutschen in der AfD“ unterwegs ist, bringt außerdem Waisenkindern in Donezk 20 Kilo Süßigkeiten mit. Eine russische Zeitung schreibt: „Mitglieder der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ durchbrechen die internationale Blockade der DNR.“

Foto: Getty Images; Montage: Tsp

Foto: dpa

Lindemann

Foto: Itar-Tass/imago Frohnaier Foto: Jens Schicke/imago Schlund

Dokument TAGSS00020190417ef4i0002u

Politik

**„Die Krim ist jetzt die russische Krim“**

Claudia von Salzen

1,690 Wörter

18 April 2019

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Die Russland-Reisen der AfD

In kein anderes Land fahren Abgeordnete der AfD so oft wie nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete der Ukraine. Eine Dokumentation.

Wenn an diesem Donnerstag in Jalta auf der Krim eine Wirtschaftskonferenz beginnt, werden auch Politiker der AfD wieder dabei sein. Bei dem Termin geht es nur am Rande um Handelsfragen. Allein durch ihre Anwesenheit billigen die Teilnehmer die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Abgeordnete der AfD reisten 2018 nach Tagesspiegel-Recherchen mindestens zwölf Mal nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Die meisten dieser Besuche befördern in erster Linie die Agenda des Kremls.

Berlin, im März 2018. Im Bundestag ruft Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble Tagesordnungspunkt 19 auf: Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, sofort Grenzkontrollen einzuführen und mit der „Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ zu beginnen. Zwar ist klar, dass die anderen Fraktionen den Antrag ablehnen werden, aber die AfD will es jetzt wissen: Sie beantragt eine namentliche Abstimmung.

Ausgerechnet in der Fraktion, die anfangs Wert auf eine vollständige Anwesenheit im Plenum legt, bleiben mehrere Plätze leer, als es um das wichtigste Thema der Partei geht. Am Ende unterstützen nur 81 AfD-Abgeordnete den Antrag. Während die Parlamentarier in Berlin ihre Stimme abgeben, sitzen mehrere Fraktionsmitglieder bereits in einer Aeroflot-Maschine Richtung Moskau.

Von Russland bestellte Wahlbeobachter Zwei Tage nach der Abstimmung wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Allerdings ist von vornherein klar, dass Wladimir Putin im Amt bestätigt werden wird. Neun AfD-Bundestagsabgeordnete sind als Beobachter dabei. Allerdings gehört nur einer von ihnen der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an. Die anderen sind auf russische Einladung gekommen. „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort“, schreibt der AfD-Abgeordnete [Markus Frohnmaier](#) auf Twitter.

Mit der eigenen Wahlbeobachtermission, deren Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern kommen, will die russische Führung ein Gegengewicht zu den kritischen Berichten der offiziellen Beobachter schaffen. Organisiert wurde der Besuch von Leonid Sluzki. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten gehört den rechtsextremen Liberaldemokraten an. [Für die AfD sind neben Frohnmaier](#) die Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Robby Schlund sowie die beiden Russlanddeutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt dabei. Ulrich Oehme reist sogar als „Wahlbeobachter“ auf die von Russland annektierte Krim, obwohl die Abstimmung dort international nicht anerkannt wird.

Nach der Wahl sagt Kotré dem russischen Staatsmedium Sputnik: „Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten.“ Zugleich erklärt er das deutsche Wahlsystem für fehleranfällig: „Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht.“ Insgesamt sei bei der Abstimmung in Russland alles „transparent“ abgelaufen. Auch Friesen berichtet, er habe „keine Unregelmäßigkeiten festgestellt“.

„Die Krim ist jetzt die russische Krim“ Im Februar 2018 reisen acht AfD-Landtagsabgeordnete, darunter Hugh Bronson, Gunnar Lindemann und Harald Laatsch aus Berlin, auf die Krim. Die Rede ist von einem „privaten Besuch“. Die Reise sei als Signal an die Wähler gedacht, die auf eine Deeskalation im Verhältnis zu Russland hoffen, erklären die Parlamentarier.

Schon mit der Anreise macht sich die Gruppe strafbar. Denn wer über Russland und damit an den ukrainischen Grenzkontrollen vorbei einreist, begeht in der Ukraine eine Straftat. Das Auswärtige Amt rät auch deshalb dringend von Reisen auf die Krim ab. „Man wird doch wohl noch reisen dürfen“, erklärt Roger

Beckamp, AfD-Landtagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen. Teilnehmer der Reise kritisieren in einem Interview die Sanktionen, die die EU nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängte.

Zwei Monate später reisen die Bundestagsabgeordneten Frohniauer, Herdt, Keuter, Oehme und Schlund zu einem von Russland organisierten Wirtschaftsforum auf die Halbinsel. Mit dabei sind Lindemann und zwei Vertreter der Vereinigung „Russlanddeutsche für die AfD“. Die in Deutschland wenig bekannten Politiker werden auf der Krim offenbar fast wie Staatsgäste behandelt, inklusive Unterbringung in einem Luxus-Resort.

Frohniauer, der heute dem Organisationskomitee des Forums angehört, erklärt im Gespräch mit dem Staatssender RT Deutsch die Annexion zum Normalzustand: „Es ist nun mal so, dass die Krim jetzt die russische Krim ist.“ Daran könnten auch die Kritiker nichts ändern. „Die Krim kommt nicht mehr zurück, und ich denke, das muss man jetzt einfach auch akzeptieren.“

In dem Interview wird Frohniauer gefragt, ob er nach der Reise negative Folgen in Deutschland befürchte. Der AfD-Abgeordnete sagt, er sehe dem gelassen entgegen. „Mir geht es hier wirklich darum, ein Zeichen zu setzen, und in Deutschland eine Debatte weiter anzuschieben.“ Eine solche Debatte wäre im Interesse des Kremls, denn falls Deutschland die Annexion der Krim hinnähme, könnten die Sanktionen fallen. Die AfD-Abgeordneten setzen sich auch in Deutschland lautstark für ein Ende der Russland-Sanktionen ein.

Strategische KontakteDer AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fahren im Januar 2018 nach Moskau. Dort treffen sie Sluzki und zwei weitere russische Politiker zum „informellen Gedankenaustausch“. Dieser Austausch hätte in Berlin gar nicht erst stattfinden können. Sluzki hat seit März 2014 Einreiseverbot in der EU, weil er „den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine und die Annexion der Krim aktiv unterstützte“. Die Begegnung setzt die vor Jahren begonnenen strategischen Kontakte zwischen der AfD und Russland fort.

Die Abgeordneten Schlund und Friesen fahren im Mai 2018 zu einem Wirtschaftsforum nach St. Petersburg. Schlund, ein Orthopäde aus Gera, pflegt seit Jahren eine besondere Liebe zu Russland und hat in seiner Heimatstadt einen Kosakenverein gegründet, dessen „Ataman“ (Oberhaupt) er wurde. Bei einer AfD-Veranstaltung in Thüringen posierte er mit einer Fahne der Separatisten aus der Ostukraine. Die Beziehungen zu Russland kann Schlund auch im Bundestag pflegen: Er ist Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe.

Manche Reisen dienen nebenbei der Vernetzung mit Rechtspopulisten aus anderen Ländern. Am Rande einer Konferenz in Moskau über die „Entwicklung des Parlamentarismus“ treffen sich die AfD-Abgeordneten Keuter und Petr Bystron beispielsweise mit Vertretern der „Alternative für Schweden“. Die beiden Deutschen sprechen auch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der frühere Vize-Chef von Putins Präsidentschaftverwaltung Hinterbänkler aus dem Ausland trifft. Über das Gespräch berichtet Keuter später: „Er bewundert die Erfolge der AfD!“

Im Juli macht sich auch der Parteichef Jörg Meuthen auf den Weg nach Russland. Offizieller Anlass ist die Jahrestagung der russischen Ingenieursvereinigung in Uljanowsk, mehr als 700 Kilometer von Moskau entfernt. Die Einladung, dort eine Rede zu halten, sei eine „große Ehre“ für ihn, betont Meuthen.

„Gemeinsame Aktion mit Nord Stream“Im September 2018 trifft Kotré in Moskau den Vorsitzenden des Energieausschusses der Duma, Pawel Sawalny. Sie sprechen über die „Unsinnigkeit der Sanktionen, die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland“, wie Kotré berichtet. Die russische Position unterscheide sich „nicht wesentlich“ von der Position der AfD. In einem Interview mit Sputnik für das deutsche Publikum macht sich Kotré für Nord Stream 2 stark: „Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von Gazprom begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird.“ Aus Sicht des Kremls ist die Erdgas-Pipeline ein strategisch wichtiges Projekt.

Wenige Wochen später kommt Sawalny mit anderen Duma-Abgeordneten nach Deutschland. Schlund, der das Treffen organisiert, berichtet vorab, neben einem Besuch in einer Brauerei in Thüringen und Gesprächen im Bundestag sei auch „eine gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ geplant. Deutsche und Russen seien sich einig gewesen, „dass ein so wichtiges Projekt wie Nord Stream 2 umgesetzt werden sollte“, sagt einer der russischen Teilnehmer später.

Vertreter von Gazprom begleiten den Besuch in Deutschland offenbar ungewöhnlich eng. Deutsche und Russen gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park der gefallenen Soldaten der Roten Armee. Am Ende liegen drei Kränze am Mahnmahl: einer von Deutschland, einer von Russland – und einer von Gazprom Germania.

Ein AfD-Mann und ein „echter Kriegsheld“Im Mai 2018 reist erneut ein AfD-Politiker in ein Gebiet, das seit Russlands Intervention in der Ukraine nicht mehr unter Kontrolle Kiews ist. Die von Moskau unterstützten und weitgehend kontrollierten Separatisten in der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) feiern den „Tag der Republik“.

Um der Veranstaltung einen Hauch von Legitimität zu verleihen, ist eine zwölköpfige Delegation aus mehreren Ländern angereist.

Aus Deutschland sind der Berliner AfD-Abgeordnete Lindemann, der ultrarechte Publizist Manuel Ochsenreiter und Andreas Maurer, Linken-Kommunalpolitiker aus Quakenbrück, dabei. Lindemann findet lobende Worte für das von Separatisten regierte Donezk: „Ich bin zum ersten Mal hier, und wissen Sie was, Donezk sieht wie eine normale europäische Stadt aus.“ Auch die Einreise in die Separatistengebiete über Russland ist nach ukrainischem Recht illegal.

Dennoch [fährt Lindemann](#) ein halbes Jahr später noch einmal nach Donezk, als dort eine international nicht anerkannte Wahl stattfindet. Die Reise habe er selbst bezahlt. „Ich mache privat Urlaub in Russland und habe dabei meine Freunde in Donezk besucht.“ Ganz anders klingt der Berliner AfD-Abgeordnete in Interviews mit russischen Medien. Dort wird er als „Wahlbeobachter“ vorgestellt.

Auf die Frage der „Komsomolskaja Prawda“, mit welchem Ziel er in den Donbass gefahren sei, antwortet Lindemann: „Ich kam auf Einladung der Wahlkommission der DNR: In der Republik ist man bereit, der ganzen Welt zu zeigen, dass die Wahlen offen und demokratisch ablaufen.“ Er habe sechs Wahllokale in Donezk und eines außerhalb der Stadt besucht und „keinerlei Verstöße“ feststellen können. Die Urnen seien durchsichtig. Außerdem findet er die Stimmung am Wahltag besser als in Deutschland: „Bei uns gehen viele zur Wahl wie zu einem Begräbnis. Aber hier – wie zu einem Fest, mit Hoffnung. Mit der Hoffnung auf ein Ende des Krieges.“

Der Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der bei einer Explosion getötet wurde, war für den Berliner Abgeordneten „ein echter Kriegsheld“. Drei Tage nach der international nicht anerkannten Abstimmung gratuliert Lindemann dem neuen Machthaber Denis Puschilin „zur gewonnenen Präsidentenwahl“. In russischen Medien sagt er, die Wahl habe „allen europäischen Standards entsprochen“.

Lindemann, der mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten Olaf Kießling sowie einem Vertreter der „Russlanddeutschen in der AfD“ unterwegs ist, bringt außerdem Waisenkindern in Donezk 20 Kilo Süßigkeiten mit. Eine russische Zeitung schreibt: „Mitglieder der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ durchbrechen die internationale Blockade der DNR.“

Der Berliner AfD-Abgeordnete Gunnar Lindemann im Februar 2018 auf der von Russland annektierten Krim. Der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Dokument TAGON00020190418ef4i00039

Politik

## Die Russland-Reisen der AfD

Claudia von Salzen

1,687 Wörter

18 April 2019

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Kreml, Krim und Kriegshelden

In kein anderes Land fahren Abgeordnete der AfD so oft wie nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete der Ukraine. Eine Dokumentation.

Wenn an diesem Donnerstag in Jalta auf der Krim eine Wirtschaftskonferenz beginnt, werden auch Politiker der AfD wieder dabei sein. Bei dem Termin geht es nur am Rande um Handelsfragen. Allein durch ihre Anwesenheit billigen die Teilnehmer die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Abgeordnete der AfD reisten 2018 nach Tagesspiegel-Recherchen mindestens zwölf Mal nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Die meisten dieser Besuche befördern in erster Linie die Agenda des Kremls.

Berlin, im März 2018. Im Bundestag ruft Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble Tagesordnungspunkt 19 auf: Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, sofort Grenzkontrollen einzuführen und mit der „Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ zu beginnen. Zwar ist klar, dass die anderen Fraktionen den Antrag ablehnen werden, aber die AfD will es jetzt wissen: Sie beantragt eine namentliche Abstimmung. Ausgerechnet in der Fraktion, die anfangs Wert auf eine vollständige Anwesenheit im Plenum legt, bleiben mehrere Plätze leer, als es um das wichtigste Thema der Partei geht. Am Ende unterstützen nur 81 AfD-Abgeordnete den Antrag. Während die Parlamentarier in Berlin ihre Stimme abgeben, sitzen mehrere Fraktionsmitglieder bereits in einer Aeroflot-Maschine Richtung Moskau.

Von Russland bestellte Wahlbeobachter Zwei Tage nach der Abstimmung wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Allerdings ist von vornherein klar, dass Wladimir Putin im Amt bestätigt werden wird. Neun AfD-Bundestagsabgeordnete sind als Beobachter dabei. Allerdings gehört nur einer von ihnen der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an. Die anderen sind auf russische Einladung gekommen. „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort“, schreibt der AfD-Abgeordnete [Markus Frohnmaier](#) auf Twitter.

Mit der eigenen Wahlbeobachtermission, deren Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern kommen, will die russische Führung ein Gegengewicht zu den kritischen Berichten der offiziellen Beobachter schaffen. Organisiert wurde der Besuch von Leonid Sluzki. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten gehört den rechtsextremen Liberaldemokraten an. [Für die AfD sind neben Frohnmaier](#) die Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Robby Schlund sowie die beiden Russlanddeutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt dabei. Ulrich Oehme reist sogar als „Wahlbeobachter“ auf die von Russland annektierte Krim, obwohl die Abstimmung dort international nicht anerkannt wird.

Nach der Wahl sagt Kotré dem russischen Staatsmedium Sputnik: „Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten.“ Zugleich erklärt er das deutsche Wahlsystem für fehleranfällig: „Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht.“ Insgesamt sei bei der Abstimmung in Russland alles „transparent“ abgelaufen. Auch Friesen berichtet, er habe „keine Unregelmäßigkeiten festgestellt“.

„Die Krim ist jetzt die russische Krim“ Im Februar 2018 reisen acht AfD-Landtagsabgeordnete, darunter Hugh Bronson, Gunnar Lindemann und Harald Laatsch aus Berlin, auf die Krim. Die Rede ist von einem „privaten Besuch“. Die Reise sei als Signal an die Wähler gedacht, die auf eine Deeskalation im Verhältnis zu Russland hoffen, erklären die Parlamentarier. Schon mit der Anreise macht sich die Gruppe strafbar. Denn wer über Russland und damit an den ukrainischen Grenzkontrollen vorbei einreist, begeht in der Ukraine eine Straftat. Das Auswärtige Amt rät auch deshalb dringend von Reisen auf die Krim ab. „Man wird doch wohl noch reisen dürfen“, erklärt Roger Beckamp, AfD-Landtagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen. Teilnehmer der Reise kritisieren in einem Interview die Sanktionen, die die EU nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängte.

Zwei Monate später reisen die Bundestagsabgeordneten Frohnmaier, Herdt, Keuter, Oehme und Schlund zu einem von Russland organisierten Wirtschaftsforum auf die Halbinsel. Mit dabei sind Lindemann und zwei Vertreter der Vereinigung „Russlanddeutsche für die AfD“. Die in Deutschland wenig bekannten Politiker werden auf der Krim offenbar fast wie Staatsgäste behandelt, inklusive Unterbringung in einem Luxus-Resort.

Frohnmaier, der heute dem Organisationskomitee des Forums angehört, erklärt im Gespräch mit dem Staatssender RT Deutsch die Annexion zum Normalzustand: „Es ist nun mal so, dass die Krim jetzt die russische Krim ist.“ Daran könnten auch die Kritiker nichts ändern. „Die Krim kommt nicht mehr zurück, und ich denke, das muss man jetzt einfach auch akzeptieren.“ In dem Interview wird Frohnmaier gefragt, ob er nach der Reise negative Folgen in Deutschland befürchte. Der AfD-Abgeordnete sagt, er sehe dem gelassen entgegen. „Mir geht es hier wirklich darum, ein Zeichen zu setzen, und in Deutschland eine Debatte weiter anzuschieben.“ Eine solche Debatte wäre im Interesse des Kremls, denn falls Deutschland die Annexion der Krim hinnähme, könnten die Sanktionen fallen. Die AfD-Abgeordneten setzen sich auch in Deutschland lautstark für ein Ende der Russland-Sanktionen ein.

**Strategische Kontakte** Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fahren im Januar 2018 nach Moskau. Dort treffen sie Sluzki und zwei weitere russische Politiker zum „informellen Gedankenaustausch“. Dieser Austausch hätte in Berlin gar nicht erst stattfinden können. Sluzki hat seit März 2014 Einreiseverbot in der EU, weil er „den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine und die Annexion der Krim aktiv unterstützte“. Die Begegnung setzt die vor Jahren begonnenen strategischen Kontakte zwischen der AfD und Russland fort.

Die Abgeordneten Schlund und Friesen fahren im Mai 2018 zu einem Wirtschaftsforum nach St. Petersburg. Schlund, ein Orthopäde aus Gera, pflegt seit Jahren eine besondere Liebe zu Russland und hat in seiner Heimatstadt einen Kosakenverein gegründet, dessen „Ataman“ (Oberhaupt) er wurde. Bei einer AfD-Veranstaltung in Thüringen posierte er mit einer Fahne der Separatisten aus der Ostukraine. Die Beziehungen zu Russland kann Schlund auch im Bundestag pflegen: Er ist Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe.

Manche Reisen dienen nebenbei der Vernetzung mit Rechtspopulisten aus anderen Ländern. Am Rande einer Konferenz in Moskau über die „Entwicklung des Parlamentarismus“ treffen sich die AfD-Abgeordneten Keuter und Petr Bystron beispielsweise mit Vertretern der „Alternative für Schweden“. Die beiden Deutschen sprechen auch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der frühere Vize-Chef von Putins Präsidialverwaltung Hinterbänkler aus dem Ausland trifft. Über das Gespräch berichtet Keuter später: „Er bewundert die Erfolge der AfD!“

Im Juli macht sich auch der Parteichef Jörg Meuthen auf den Weg nach Russland. Offizieller Anlass ist die Jahrestagung der russischen Ingenieursvereinigung in Uljanowsk, mehr als 700 Kilometer von Moskau entfernt. Die Einladung, dort eine Rede zu halten, sei eine „große Ehre“ für ihn, betont Meuthen.

„Gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ Im September 2018 trifft Kotré in Moskau den Vorsitzenden des Energieausschusses der Duma, Pawel Sawalny. Sie sprechen über die „Unsinnigkeit der Sanktionen, die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland“, wie Kotré berichtet. Die russische Position unterscheide sich „nicht wesentlich“ von der Position der AfD. In einem Interview mit Sputnik für das deutsche Publikum macht sich Kotré für Nord Stream 2 stark: „Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von Gazprom begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird.“ Aus Sicht des Kremls ist die Erdgas-Pipeline ein strategisch wichtiges Projekt.

Wenige Wochen später kommt Sawalny mit anderen Duma-Abgeordneten nach Deutschland. Schlund, der das Treffen organisiert, berichtet vorab, neben einem Besuch in einer Brauerei in Thüringen und Gesprächen im Bundestag sei auch „eine gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ geplant. Deutsche und Russen seien sich einig gewesen, „dass ein so wichtiges Projekt wie Nord Stream 2 umgesetzt werden sollte“, sagt einer der russischen Teilnehmer später. Vertreter von Gazprom begleiten den Besuch in Deutschland offenbar ungewöhnlich eng. Deutsche und Russen gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park der gefallenen Soldaten der Roten Armee. Am Ende liegen drei Kränze am Mahnmahl: einer von Deutschland, einer von Russland – und einer von Gazprom Germania.

Ein AfD-Mann und ein „echter Kriegsheld“ Im Mai 2018 reist erneut ein AfD-Politiker in ein Gebiet, das seit Russlands Intervention in der Ukraine nicht mehr unter Kontrolle Kiews ist. Die von Moskau unterstützten und weitgehend kontrollierten Separatisten in der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) feiern den „Tag der Republik“. Um der Veranstaltung einen Hauch von Legitimität zu verleihen, ist eine zwölköpfige Delegation aus mehreren Ländern angereist. Aus Deutschland sind der Berliner AfD-Abgeordnete Lindemann, der ultrarechte Publizist Manuel Ochsenreiter und Andreas Maurer, Linken-Kommunalpolitiker aus Quakenbrück, dabei. Lindemann findet lobende Worte für das von Separatisten regierte Donezk: „Ich bin zum ersten Mal hier, und wissen Sie was, Donezk sieht wie eine normale europäische Stadt aus.“ Auch die Einreise in die Separatistengebiete über Russland ist nach ukrainischem Recht illegal.

Dennoch [fährt Lindemann](#) ein halbes Jahr später noch einmal nach Donezk, als dort eine international nicht anerkannte Wahl stattfindet. Die Reise habe er selbst bezahlt. „Ich mache privat Urlaub in Russland und habe dabei meine Freunde in Donezk besucht.“ Ganz anders klingt der Berliner AfD-Abgeordnete in Interviews mit russischen Medien. Dort wird er als „Wahlbeobachter“ vorgestellt. Auf die Frage der „Komsomolskaja Prawda“, mit welchem Ziel er in den Donbass gefahren sei, antwortet Lindemann: „Ich kam auf Einladung der Wahlkommission der DNR: In der Republik ist man bereit, der ganzen Welt zu zeigen, dass die Wahlen offen und demokratisch ablaufen.“ Er habe sechs Wahllokale in Donezk und eines außerhalb der Stadt besucht und „keinerlei Verstöße“ feststellen können. Die Urnen seien durchsichtig. Außerdem findet er die Stimmung am Wahltag besser als in Deutschland: „Bei uns gehen viele zur Wahl wie zu einem Begräbnis. Aber hier – wie zu einem Fest, mit Hoffnung. Mit der Hoffnung auf ein Ende des Krieges.“

Der Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der bei einer Explosion getötet wurde, war für den Berliner Abgeordneten „ein echter Kriegsheld“. Drei Tage nach der international nicht anerkannten Abstimmung gratuliert Lindemann dem neuen Machthaber Denis Puschilin „zur gewonnenen Präsidentenwahl“. In russischen Medien sagt er, die Wahl habe „allen europäischen Standards entsprochen“.

Lindemann, der mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten Olaf Kießling sowie einem Vertreter der „Russlanddeutschen in der AfD“ unterwegs ist, bringt außerdem Waisenkindern in Donezk 20 Kilo Süßigkeiten mit. Eine russische Zeitung schreibt: „Mitglieder der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ durchbrechen die internationale Blockade der DNR.“

Der Berliner AfD-Abgeordnete Gunnar Lindemann im Februar 2018 auf der von Russland annektierten Krim. Der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Dokument TAGON00020190418ef4i0000d

Berlin

## **Müller hat wieder Ärger mit der AfD; Partei fälscht Foto des Regierenden - sieht sich aber selbst als Opfer**

Robert Kiesel

413 Wörter

17 April 2019

Der Tagesspiegel

TAGSS

10

Deutsch

Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

Einen Tag nach Bekanntwerden eines gefälschten Posts auf der Facebook-Seite der AfD Dahme-Spreewald hat Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) angekündigt, juristisch dagegen vorzugehen. Am Montagabend schrieb er auf Twitter: „Um die Nachfragen zu beantworten: Das Foto ist eine Fälschung. Die Senatskanzlei prüft rechtliche Schritte.“ Am Dienstag ergänzte er: Ein entsprechendes Schreiben an die Staatsanwaltschaft sei auf dem Weg. Vom Ergebnis der Prüfung hänge ab, ob Strafanzeige erstattet werde.

Konkret geht es bei der Fälschung um eine Aufnahme, die Müller mit einer weißen Tafel in der Hand zeigt. Während diese im Original die Aufschrift „Kältebus rettet Leben! 0178/5235838“ trug, montierten die Urheber des von der AfD geteilten Beitrags die Aufschrift „Alle nach #Berlin“ auf das Schild. Im Begleittext warfen sie Müller vor, alle auf dem Mittelmeer geretteten Bootsflüchtlinge nach Berlin holen zu wollen. Zuerst war dem RBB die Fälschung aufgefallen. Der dazugehörige Tweet des Senders erreichte schnell zehntausende User, von denen sich viele über die AfD empörten.

Während sich seitens des AfD-Kreisverbands zunächst niemand zu der rasch gelöschten Fälschung hatte äußern wollen, tauchte wiederum auf der Facebook-Seite des Verbands am späten Montagnachmittag eine Art Erklärung auf. Darin ist von „wahren Falschnachrichten“ die Rede und davon, dass die AfD Dahme-Spreewald mit der via Facebook und Twitter geteilten „Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einen Nerv getroffen“ habe. Weiter heißt es, die Montage „suggeriere“ eine Botschaft, die Müller „vermutlich nicht gesagt hat“. Die Löschung des Beitrags sei „aus Vorsichtsgründen“ erfolgt und stelle einen weiteren „Mosaikstein im Abwärtstrend der Meinungsfreiheit“ dar, so die unter dem Label der AfD agierenden Verfasser.

Unklar blieb, wer für die auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes geposteten Beiträge verantwortlich ist. Vorsitzender des Kreisverbandes ist der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré. Andreas Kalbitz, Spitzenkandidat der AfD für die anstehende Landtagswahl in Brandenburg, gehört als Beisitzer ebenfalls dem Kreisvorstand an. Kotré ließ eine Anfrage des Tagesspiegel zu dem Thema unbeantwortet. Sein Stellvertreter, der in seinem Bundestagsbüro angestellte Benjamin Filter, lehnte jede Aussage zur Sache ab.

Müller und die AfD hatten sich erst vor wenigen Monaten eine gerichtliche Auseinandersetzung geliefert. Dabei sah die AfD durch einen Tweet Müllers ihre Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt. Der Berliner Verfassungsgerichtshof wies den Antrag der AfD zurück. Robert Kiesel

Original und Fälschung. Im Januar warb Berlins Regierungschef Michael Müller für die Kältehilfe (l.). Die AfD Dahme-Spreewald veränderte die Botschaft. Screenshots: Tsp

Dokument TAGSS00020190416ef4h0000d

Politik

## **Kreml, Krim und Kriegshelden**

Claudia von Salzen

1,687 Wörter

17 April 2019

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Die Russland-Reisen der AfD

In kein anderes Land fahren Abgeordnete der AfD so oft wie nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete der Ukraine. Eine Dokumentation.

Wenn an diesem Donnerstag in Jalta auf der Krim eine Wirtschaftskonferenz beginnt, werden auch Politiker der AfD wieder dabei sein. Bei dem Termin geht es nur am Rande um Handelsfragen. Allein durch ihre Anwesenheit billigen die Teilnehmer die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Abgeordnete der AfD reisten 2018 nach Tagesspiegel-Recherchen mindestens zwölf Mal nach Russland und in die von Moskau kontrollierten Gebiete in der Ukraine. Die meisten dieser Besuche befördern in erster Linie die Agenda des Kremls.

Berlin, im März 2018. Im Bundestag ruft Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble Tagesordnungspunkt 19 auf: Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, sofort Grenzkontrollen einzuführen und mit der „Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ zu beginnen. Zwar ist klar, dass die anderen Fraktionen den Antrag ablehnen werden, aber die AfD will es jetzt wissen: Sie beantragt eine namentliche Abstimmung. Ausgerechnet in der Fraktion, die anfangs Wert auf eine vollständige Anwesenheit im Plenum legt, bleiben mehrere Plätze leer, als es um das wichtigste Thema der Partei geht. Am Ende unterstützen nur 81 AfD-Abgeordnete den Antrag. Während die Parlamentarier in Berlin ihre Stimme abgeben, sitzen mehrere Fraktionsmitglieder bereits in einer Aeroflot-Maschine Richtung Moskau.

Von Russland bestellte Wahlbeobachter Zwei Tage nach der Abstimmung wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Allerdings ist von vornherein klar, dass Wladimir Putin im Amt bestätigt werden wird. Neun AfD-Bundestagsabgeordnete sind als Beobachter dabei. Allerdings gehört nur einer von ihnen der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an. Die anderen sind auf russische Einladung gekommen. „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort“, schreibt der AfD-Abgeordnete [Markus Frohnmaier](#) auf Twitter.

Mit der eigenen Wahlbeobachtermission, deren Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern kommen, will die russische Führung ein Gegengewicht zu den kritischen Berichten der offiziellen Beobachter schaffen. Organisiert wurde der Besuch von Leonid Sluzki. Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten gehört den rechtsextremen Liberaldemokraten an. [Für die AfD sind neben Frohnmaier](#) die Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Robby Schlund sowie die beiden Russlanddeutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt dabei. Ulrich Oehme reist sogar als „Wahlbeobachter“ auf die von Russland annektierte Krim, obwohl die Abstimmung dort international nicht anerkannt wird.

Nach der Wahl sagt Kotré dem russischen Staatsmedium Sputnik: „Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten.“ Zugleich erklärt er das deutsche Wahlsystem für fehleranfällig: „Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht.“ Insgesamt sei bei der Abstimmung in Russland alles „transparent“ abgelaufen. Auch Friesen berichtet, er habe „keine Unregelmäßigkeiten festgestellt“.

„Die Krim ist jetzt die russische Krim“ Im Februar 2018 reisen acht AfD-Landtagsabgeordnete, darunter Hugh Bronson, Gunnar Lindemann und Harald Laatsch aus Berlin, auf die Krim. Die Rede ist von einem „privaten Besuch“. Die Reise sei als Signal an die Wähler gedacht, die auf eine Deeskalation im Verhältnis zu Russland hoffen, erklären die Parlamentarier. Schon mit der Anreise macht sich die Gruppe strafbar. Denn wer über Russland und damit an den ukrainischen Grenzkontrollen vorbei einreist, begeht in der Ukraine eine Straftat. Das Auswärtige Amt rät auch deshalb dringend von Reisen auf die Krim ab. „Man wird doch wohl noch reisen dürfen“, erklärt Roger Beckamp, AfD-Landtagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen. Teilnehmer der Reise kritisieren in einem Interview die Sanktionen, die die EU nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängte.

Zwei Monate später reisen die Bundestagsabgeordneten Frohnmaier, Herdt, Keuter, Oehme und Schlund zu einem von Russland organisierten Wirtschaftsforum auf die Halbinsel. Mit dabei sind Lindemann und zwei Vertreter der Vereinigung „Russlanddeutsche für die AfD“. Die in Deutschland wenig bekannten Politiker werden auf der Krim offenbar fast wie Staatsgäste behandelt, inklusive Unterbringung in einem Luxus-Resort.

Frohnmaier, der heute dem Organisationskomitee des Forums angehört, erklärt im Gespräch mit dem Staatssender RT Deutsch die Annexion zum Normalzustand: „Es ist nun mal so, dass die Krim jetzt die russische Krim ist.“ Daran könnten auch die Kritiker nichts ändern. „Die Krim kommt nicht mehr zurück, und ich denke, das muss man jetzt einfach auch akzeptieren.“ In dem Interview wird Frohnmaier gefragt, ob er nach der Reise negative Folgen in Deutschland befürchte. Der AfD-Abgeordnete sagt, er sehe dem gelassen entgegen. „Mir geht es hier wirklich darum, ein Zeichen zu setzen, und in Deutschland eine Debatte weiter anzuschieben.“ Eine solche Debatte wäre im Interesse des Kremls, denn falls Deutschland die Annexion der Krim hinnähme, könnten die Sanktionen fallen. Die AfD-Abgeordneten setzen sich auch in Deutschland lautstark für ein Ende der Russland-Sanktionen ein.

**Strategische Kontakte** Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fahren im Januar 2018 nach Moskau. Dort treffen sie Sluzki und zwei weitere russische Politiker zum „informellen Gedankenaustausch“. Dieser Austausch hätte in Berlin gar nicht erst stattfinden können. Sluzki hat seit März 2014 Einreiseverbot in der EU, weil er „den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine und die Annexion der Krim aktiv unterstützte“. Die Begegnung setzt die vor Jahren begonnenen strategischen Kontakte zwischen der AfD und Russland fort.

Die Abgeordneten Schlund und Friesen fahren im Mai 2018 zu einem Wirtschaftsforum nach St. Petersburg. Schlund, ein Orthopäde aus Gera, pflegt seit Jahren eine besondere Liebe zu Russland und hat in seiner Heimatstadt einen Kosakenverein gegründet, dessen „Ataman“ (Oberhaupt) er wurde. Bei einer AfD-Veranstaltung in Thüringen posierte er mit einer Fahne der Separatisten aus der Ostukraine. Die Beziehungen zu Russland kann Schlund auch im Bundestag pflegen: Er ist Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe.

Manche Reisen dienen nebenbei der Vernetzung mit Rechtspopulisten aus anderen Ländern. Am Rande einer Konferenz in Moskau über die „Entwicklung des Parlamentarismus“ treffen sich die AfD-Abgeordneten Keuter und Petr Bystron beispielsweise mit Vertretern der „Alternative für Schweden“. Die beiden Deutschen sprechen auch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der frühere Vize-Chef von Putins Präsidialverwaltung Hinterbänkler aus dem Ausland trifft. Über das Gespräch berichtet Keuter später: „Er bewundert die Erfolge der AfD!“

Im Juli macht sich auch der Parteichef Jörg Meuthen auf den Weg nach Russland. Offizieller Anlass ist die Jahrestagung der russischen Ingenieursvereinigung in Uljanowsk, mehr als 700 Kilometer von Moskau entfernt. Die Einladung, dort eine Rede zu halten, sei eine „große Ehre“ für ihn, betont Meuthen.

„Gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ Im September 2018 trifft Kotré in Moskau den Vorsitzenden des Energieausschusses der Duma, Pawel Sawalny. Sie sprechen über die „Unsinnigkeit der Sanktionen, die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland“, wie Kotré berichtet. Die russische Position unterscheide sich „nicht wesentlich“ von der Position der AfD. In einem Interview mit Sputnik für das deutsche Publikum macht sich Kotré für Nord Stream 2 stark: „Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von Gazprom begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird.“ Aus Sicht des Kremls ist die Erdgas-Pipeline ein strategisch wichtiges Projekt.

Wenige Wochen später kommt Sawalny mit anderen Duma-Abgeordneten nach Deutschland. Schlund, der das Treffen organisiert, berichtet vorab, neben einem Besuch in einer Brauerei in Thüringen und Gesprächen im Bundestag sei auch „eine gemeinsame Aktion mit Nord Stream“ geplant. Deutsche und Russen seien sich einig gewesen, „dass ein so wichtiges Projekt wie Nord Stream 2 umgesetzt werden sollte“, sagt einer der russischen Teilnehmer später. Vertreter von Gazprom begleiten den Besuch in Deutschland offenbar ungewöhnlich eng. Deutsche und Russen gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park der gefallenen Soldaten der Roten Armee. Am Ende liegen drei Kränze am Mahnmahl: einer von Deutschland, einer von Russland – und einer von Gazprom Germania.

Ein AfD-Mann und ein „echter Kriegsheld“ Im Mai 2018 reist erneut ein AfD-Politiker in ein Gebiet, das seit Russlands Intervention in der Ukraine nicht mehr unter Kontrolle Kiews ist. Die von Moskau unterstützten und weitgehend kontrollierten Separatisten in der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) feiern den „Tag der Republik“. Um der Veranstaltung einen Hauch von Legitimität zu verleihen, ist eine zwölköpfige Delegation aus mehreren Ländern angereist. Aus Deutschland sind der Berliner AfD-Abgeordnete Lindemann, der ultrarechte Publizist Manuel Ochsenreiter und Andreas Maurer, Linken-Kommunalpolitiker aus Quakenbrück, dabei. Lindemann findet lobende Worte für das von Separatisten regierte Donezk: „Ich bin zum ersten Mal hier, und wissen Sie was, Donezk sieht wie eine normale europäische Stadt aus.“ Auch die Einreise in die Separatistengebiete über Russland ist nach ukrainischem Recht illegal.

Dennoch [fährt Lindemann](#) ein halbes Jahr später noch einmal nach Donezk, als dort eine international nicht anerkannte Wahl stattfindet. Die Reise habe er selbst bezahlt. „Ich mache privat Urlaub in Russland und habe dabei meine Freunde in Donezk besucht.“ Ganz anders klingt der Berliner AfD-Abgeordnete in Interviews mit russischen Medien. Dort wird er als „Wahlbeobachter“ vorgestellt. Auf die Frage der „Komsomolskaja Prawda“, mit welchem Ziel er in den Donbass gefahren sei, antwortet Lindemann: „Ich kam auf Einladung der Wahlkommission der DNR: In der Republik ist man bereit, der ganzen Welt zu zeigen, dass die Wahlen offen und demokratisch ablaufen.“ Er habe sechs Wahllokale in Donezk und eines außerhalb der Stadt besucht und „keinerlei Verstöße“ feststellen können. Die Urnen seien durchsichtig. Außerdem findet er die Stimmung am Wahltag besser als in Deutschland: „Bei uns gehen viele zur Wahl wie zu einem Begräbnis. Aber hier – wie zu einem Fest, mit Hoffnung. Mit der Hoffnung auf ein Ende des Krieges.“

Der Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der bei einer Explosion getötet wurde, war für den Berliner Abgeordneten „ein echter Kriegsheld“. Drei Tage nach der international nicht anerkannten Abstimmung gratuliert Lindemann dem neuen Machthaber Denis Puschilin „zur gewonnenen Präsidentenwahl“. In russischen Medien sagt er, die Wahl habe „allen europäischen Standards entsprochen“.

Lindemann, der mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten Olaf Kießling sowie einem Vertreter der „Russlanddeutschen in der AfD“ unterwegs ist, bringt außerdem Waisenkindern in Donezk 20 Kilo Süßigkeiten mit. Eine russische Zeitung schreibt: „Mitglieder der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ durchbrechen die internationale Blockade der DNR.“

Der Berliner AfD-Abgeordnete Gunnar Lindemann im Februar 2018 auf der von Russland annektierten Krim. Der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Dokument TAGON00020190417ef4h0008s

**AfD-Kreisverband verbreitet manipuliertes Foto – Berlins Regierungschef schaltet Justiz ein; Strafantrag gestellt**

287 Wörter  
16 April 2019  
18:06  
Ostsee-Zeitung Online  
OSTSON  
Deutsch  
Ostsee-Zeitung GmbH & Co. KG

Berlins Regierender Bürgermeister schaltet die Justiz ein. Der Grund: Ein AfD-Kreisverband soll ein manipuliertes Foto verbreitet zu haben – darauf war zu lesen: „Alle nach #Berlin“. Das Original hatte aber eine ganz andere Botschaft.

Berlins Regierungschef Michael Müller hat wegen eines mutmaßlich von der AfD verbreiteten manipulierten Fotos seiner Person die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. „Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten zu überprüfen, ob gegebenenfalls strafrechtlich dagegen vorgegangen werden kann, vorgegangen werden muss“, sagte der SPD-Politiker am Dienstag.

„Nun muss erst mal ermittelt werden, wer steht eigentlich hinter diesem Fake-Eintrag.“ Wenn die Grundlagen dafür ausreichen, werde Strafantrag gestellt.

Der Brandenburger AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald soll via Twitter und Facebook ein Foto verbreitet haben, auf dem Müller mit einem Transparent zu sehen ist, auf dem steht: „Alle nach #Berlin“. Die Senatskanzlei spricht von einer Fälschung, auf dem Original-Foto wirbt Müller mit dem Transparent für die Kältehilfe.

Inzwischen ist die Abbildung, von der Medien Screenshots zeigten, im Internet gelöscht. Die AfD Dahme-Spreewald erklärte auf ihrer Facebook-Seite, sie habe eine „Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin“ geteilt und „damit einen Nerv getroffen“. „Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik.“ Der Beitrag sei „aus Vorsichtsgründen“ gelöscht worden.

Der AfD-Kreisvorsitzende Dahme-Spreewald, Steffen Kotré, reagierte am Dienstag nicht auf eine per Mail versandte Anfrage der Deutschen Presse-Agentur dpa zu dem Vorgang.

[Lesen Sie auch: AfD verbreitet manipuliertes Foto von Klimademo](#)

Von RND/dpa

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Fahnen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) liegen vor Beginn einer Wahlkampfveranstaltung in den Sitzreihen (Symbolfoto).

Dokument OSTSON0020190416ef4g00lu5

## AfD verbreitet Fake-Foto – Berlins Regierungschef wehrt sich; Kreisverband Dahme-Spreewald

472 Wörter

16 April 2019

15:40

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

In den sozialen Medien kursiert ein Fake-Foto des Berliner Bürgermeister Michael Müller, gegen das sich der Politiker juristisch zur Wehr setzt. Der Urheber des Machwerks ist unbekannt, gestreut wurde es vom AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat wegen eines von der AfD verbreiteten manipulierten Fotos seiner Person die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. „Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten zu überprüfen, ob gegebenenfalls strafrechtlich dagegen vorgegangen werden kann, vorgegangen werden muss“, sagte Müller. „Nun muss erst mal ermittelt werden, wer eigentlich hinter diesem Fake-Eintrag steht.“

Der Brandenburger AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald hatte via Twitter und Facebook ein Foto verbreitet, auf dem Müller einen großen Zettel in die Kamera hält. Darauf steht: „Alle nach #Berlin“. Die Senatskanzlei spricht von einer Fälschung. Auf dem Original-Foto hatte Müller im Januar für die Winterhilfe für Obdachlose in der Hauptstadt geworben. „Kältebus rettet Leben“ ist dort zu lesen, und die dazugehörige Notrufnummer. Das zeigen Screenshots der Tweets, die unter anderem der rbb twitterte.

Auf dem Plakat des [@RegBerlin](#) stand aber etwas ganz anderes. [pic.twitter.com/isqj4CLnxG](https://pic.twitter.com/isqj4CLnxG) - rbb|24 (@rbb24) [April 14, 2019](#)

AfD absolut uneinsichtig

Inzwischen ist die Abbildung (siehe Screenshot) im Internet gelöscht worden. Die AfD Dahme-Spreewald erklärte auf ihrer Facebook-Seite, sie habe eine „Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin“ geteilt und „damit einen Nerv getroffen“. „Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik.“ Der Beitrag sei „aus Vorsichtsgründen“ gelöscht worden. Der AfD-Kreisvorsitzende Steffen Kotré, reagierte am Dienstag nicht auf eine Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zu dem Vorgang.

[Bereits im März hatte die AfD](#) (Kreisverband Stade) mit einem manipulierten Foto für Empörung gesorgt und damit gegen „Fridays for Future“-Demonstranten gehetzt. Auch der stellvertretende AfD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Ronald Gläser, streute seinerzeit dieses Fake-Foto. Die Bildmontage (das Originalfoto hatte die AfD aus der MAZ geklaut) zeigte drei Potsdamer Schüler. Verändert worden waren die Slogans auf ihren Plakaten. Wo im Original „Schulstreik für das Klima“ stand, schmierten die Rechtspopulisten „Rettet die Eisbeeren“ hin, um die demonstrierenden Schüler als minder gebildete Volltrottel hinzustellen.

Zudem sorgte der AfD-Ortsverband Blankenfelde-Mahlow in der vergangenen Woche mit einem [peinlichen Fehler für Schlagzeilen](#). Auf einem Wahlplakat titelte er: „Nachtflugverbot auch für SFX – jetzt!“ Der Flughafen Berlin-Schönefeld, den die AfD mit ihrem Plakat meinte, trägt jedoch die Abkürzung SXF. Daniel Freiherr von Lützow, Vorsitzender des AfD-Ortsverbandes Blankenfelde-Mahlow, bestätigte auf MAZ-Nachfrage, dass der Fehler ihm und seinen Kollegen zunächst nicht aufgefallen war. „Solche Fehler können immer mal passieren. Wir werden das natürlich korrigieren“, sagt er.

Von MAZOnline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Rechts das Original, links die von der AfD verbreitete Manipulation des Fotos

Dokument MARKON0020190416ef4g00ga5

## **Senat; Manipuliertes Foto: Müller schaltet Justiz ein**

212 Wörter  
16 April 2019  
14:51  
Focus Online  
FOCUSO  
Deutsch  
Copyright 2019. ForwardNews+ GmbH, FOCUS Online

Berlins Regierungschef Michael Müller hat wegen eines mutmaßlich von der AfD verbreiteten manipulierten Fotos seiner Person die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

„Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten zu überprüfen, ob gegebenenfalls strafrechtlich dagegen vorgegangen werden kann, vorgegangen werden muss“, sagte der SPD-Politiker am Dienstag. „Nun muss erst mal ermittelt werden, wer steht eigentlich hinter diesem Fake-Eintrag.“ Wenn die Grundlagen dafür ausreichen, werde Strafantrag gestellt. Der Brandenburger AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald soll via Twitter und Facebook ein Foto verbreitet haben, auf dem Müller mit einem Transparent zu sehen ist, auf dem steht: „Alle nach #Berlin“. Die Senatskanzlei spricht von einer Fälschung, auf dem Original-Foto wirbt Müller mit dem Transparent für die Kältehilfe.

Inzwischen ist die Abbildung, von der Medien Screenshots zeigten, im Internet gelöscht. Die AfD Dahme-Spreewald erklärte auf ihrer Facebook-Seite, sie habe eine „Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin“ geteilt und „damit einen Nerv getroffen“. „Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik.“ Der Beitrag sei „aus Vorsichtsgründen“ gelöscht worden.

Der AfD-Kreisvorsitzende Dahme-Spreewald, Steffen Kotré, reagierte am Dienstag nicht auf eine per Mail versandte Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zu dem Vorgang.

Dokument FOCUSO0020190416ef4g0010i

## AfD fälscht Müller-Foto

Elmar Schütze

561 Wörter

16 April 2019

Berliner Zeitung

BERLRZ

89 2019

Deutsch

© 2019 Berliner Zeitung

Skandal um Fake-Bild mit Regierendem Bürgermeister: Senatskanzlei prüft juristische Konsequenzen

VON ELMAR SCHÜTZE

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) steht vor dem Roten Rathaus und hält ein Plakat in die Kamera, auf dem steht: "Alle nach #Berlin". Gemeint seien Bootsflüchtlinge, wie in dem Text darunter erklärt wird. Verbreitet auf dem Online-Netzwerk Twitter zieht das Bild seine Kreise. Aber: es ist eine Fälschung. Das Original ist ein Foto aus dem Januar, auf dem Müller ein Plakat mit der Aufschrift "Kältebus rettet Leben!" hochhält, darunter steht eine Telefonnummer. Das Bild gehörte zu einer Kampagne, mit der dazu aufgerufen wurde, für Obdachlose auf der Straße Hilfe herbeizuholen.

Das gefälschte Plakat wird vom Kreisverband Dahme-Spreewald der AfD verbreitet. Darunter steht: "Bürgermeister Müller von #Berlin will alle #Bootflüchtlinge und zeigt damit ein absolutes Desinteresse was in der Hauptstadt vor sich geht. Egal ob letztes Wochenende Tausende Menschen wegen der explodierenden Mietpreise auf die Straße gehen. Er will sie alle!" Am Ende folgt der Hashtag "#NiewiederSPD".

Wer genau hinschaut, kann die Manipulation erkennen. Doch macht es das besser? Was Satire darf, sollte spätestens seit Kurt Tucholsky allgemeingültig geklärt sein: Alles! Doch wie ist das mit Fälschungen, verbrämt als Nachrichten: also Fake News? Ab wann gelten diese als Verleumdung?

Die Senatskanzlei prüft nach eigenen Angaben juristische Konsequenzen. Mindestens die Urheberrechte des aus der Behörde stammenden Fotografen seien verletzt, heißt es.

Die rot-rot-grünen Koalitionäre haben bereits auf Twitter reagiert, kurz nachdem die Fälschung viral gegangen ist. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier twitterte: "Diese Typen von der #AfD! Fakenews verbreiten. Sonst können die nix!" Tobias Schulze (Linke) reagierte ebenso kurz ("Was für armselige Hanseln...") wie die Grüne Sabine Bangert ("Einfach nur widerlich!").

Und die AfD? Hat die Fake News wieder rausgenommen. "Wir haben festgestellt, dass das nicht so ganz passt", sagte Steffen Kotré, Chef des AfD-Kreisverbands Dahme-Spreewald, der Berliner Zeitung. Er möchte damit aber nicht so verstanden werden, dass er die ursprüngliche Veröffentlichung der Fälschung kritisiere. Viel mehr habe man darauf reagiert, dass der Berliner Regierungschef "wohl nie ein solches Plakat hochhalten würde - obwohl es exakt seine Politik wiedergibt. Es wäre nur konsequent, wenn er so ein Bild hochhalten würde", sagt Kotré. "Macht er aber nicht."

Es bleibt ohnehin nebulös, was die AfD gemeint haben könnte. "Alle nach Berlin" hat Michael Müller nie gesagt. In der Senatskanzlei sind seine Mitarbeiter auf eine gemeinsame Erklärung mit den Regierungschefs von Bremen, Carsten Sieling, und Hamburg, Peter Tschentscher (beide SPD), aus dem September 2018 gestoßen. Darin heißt es, dass Bremen, Hamburg und Berlin in den vergangenen Jahren zu "sicheren Häfen" für mehr als 150 000 Flüchtlinge geworden seien. Man wolle sich weiter an der Integration derjenigen beteiligen, die in Deutschland aufgenommen würden.

Offen ist, was bei der rechtlichen Prüfung der Senatskanzlei rauskommen wird. Sollte es sich bei dem AfD-Post um Verleumdung handeln, könnte das für den Urheber juristische Konsequenzen haben. In Paragraph 187 des Strafgesetzbuches ist geregelt: "Wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen anderen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, welche (...) dessen Kredit zu gefährden geeignet ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe, und, wenn die Tat durch Verbreiten mit Schriften begangen ist (...), mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

"Diese Typen von der AfD! Fake News verbreiten. Sonst können die nix!"

Sven Kohlmeier,

SPD-Abgeordneter

Original SENATSKANZLEI

Fälschung TWITTER

Dokument BERLRZ0020190416ef4g0001d

## **Das Original-Schild wurde mit einem Bildbearbeitungsprogramm verändert - AfD hetzt mit Fake- Foto gegen Müller**

249 Wörter  
16 April 2019

B.Z.  
BZDE  
9

Deutsch

Copyright 2019 B.Z. Ullstein GmbH.

Die AfD twittert ein Foto mit Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (53, SPD). Auf einem Blatt Papier steht „Alle nach #Berlin“. Es ist eine plumpe Fälschung und eine billige Stimmungsmache.

Auf dem Original-Foto hält Müller die Nummer vom Kältebus in die Kamera, wie der RBB dem Twitter-Account der AfD Dahme-Spreewald antwortete. Die AfD hat den Retweet des falschen Fotos inzwischen kommentarlos gelöscht. Chef des AfD-Kreisverbands im Landkreis Dahme-Spreewald ist der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (47).

Auf Facebook dichtete der Kreisverband die Foto-Lüge gestern als „wahre Falschnachricht“ um. Weiter heißt es: „Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik.“

Senatssprecherin Claudia Sünder: „Wer die Menschen mit Fake News belügt, handelt politisch verantwortungslos. Demokratie braucht Aufrichtigkeit. Der Regierende Bürgermeister prüft jetzt rechtliche Schritte gegen die AfD und die Verfasserin des gefälschten Fotos“.

Die AfD hatte zuletzt im März gefälschte Fotos von Schülern auf einer Klima-Demo von „Fridays For Future“ in Potsdam verbreitet. Auch hier wurden die Plakate offenbar mit einem Bildbearbeitungsprogramm verändert. Statt „Schulstreik für das Klima“, was ursprünglich auf den Plakaten der Jugendlichen zu lesen war, stand dort nun „Strom und Benzin sind nicht teuer genug - Rettet die Eisbeeren“. Der AfD-Kreisverband Stade hatte sie auf seiner Facebook-Seite geteilt.

→Mitarbeit: Julien Wilkens

Hier die plumpe Fälschung

mit Anti-Flüchtlings-

Stimmungsmache

Dokument BZDE000020190416ef4g0001c



## AfD hetzt mit Fake-Foto gegen Müller

SB; JW

192 Wörter

16 April 2019

BILD Berlin-Brandenburg

BBERBR

BIBE

9

90

Deutsch

Copyright 2019. Axel Springer SE

SB

JW

Berlin/Potsdam - Die AfD twittert ein Foto mit Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (53, SPD). Auf einem Blatt Papier steht "Al le nach #Berlin". Es ist eine plumpe Fälschung und eine billige Stimmungsmache.

Auf dem Original-Foto hält Müller die Nummer vom Kältebus in die Kamera. Die AfD hat den Tweet des falschen Fotos inzwischen gelöscht.

Auf Facebook hat der AfD-Kreisverband im Landkreis Dahme-Spreewald die Foto-Lüge gestern als "wahre Falschnachricht" umgedichtet.

Weiter heißt es: "Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik." Chef des AfD-Kreisverbands ist der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (47). Im Kreisvorstand sitzt auch AfD-Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz (46).

Klartext von Berlins Senatssprecherin Claudia Sünder: "Wer die Menschen mit Fake News belügt, handelt politisch verantwortungslos. Demokratie braucht Aufrichtigkeit. Der Regierende Bürgermeister prüft jetzt rechtliche Schritte gegen die AfD und die Verfasserin des gefälschten Fotos."

ORIGINAL Auf dem Original wirbt der Regierende für den Kältebus

FÄLSCHUNG Die plumpe Fälschung mit Anti-Flüchtlings-Stimmungsmache

Fotos: SOCIAL MEDIA, SENAT

Dokument BBERBR0020190416ef4g00005

## **AfD hetzt mit Fälschung gegen den Regierenden**

ELMAR SCHÜTZE  
351 Wörter  
16 April 2019  
Berliner Kurier  
BERLKU  
104 2019  
Deutsch  
© 2019 Berliner Kurier

Skandal um Fake-News-Bild mit Michael Müller: Senatskanzlei prüft juristische Konsequenzen

Von ELMAR SCHÜTZE

Berlin - Ein gefälschtes Bild mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller macht auf Twitter die Runde. Urheber ist die AfD, die den SPD-Politiker damit verleumdet. Jetzt wird über die juristischen Konsequenzen diskutiert.

Auf der Fälschung ist der Senatschef zu sehen, der ein Plakat in die Kamera hält. Darauf steht: "Alle nach #Berlin". Im Text darunter wird erklärt, dass damit Bootsflüchtlinge gemeint seien. Das Fake-News-Machwerk wird verbreitet vom Kreisverband Dahme-Spreewald der AfD. Das Original ist ein Foto aus dem Januar, auf dem Müller ein Plakat mit der Aufschrift "Kältebus rettet Leben!" hochhält, darunter steht eine Hilfe-Telefonnummer. Wer genau hinschaut, kann die Manipulation erkennen. Doch macht es das besser?

Die Senatskanzlei prüft nach eigenen Angaben Konsequenzen, mindestens die Urheberrechte des aus der Behörde stammenden Fotografen seien verletzt, heißt es.

Sollte es sich um Verleumdung handeln, könnte das für den Urheber juristische Konsequenzen haben. In Paragraf 187 des Strafgesetzbuches wird Verleumdung als Straftat geregelt und kann mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Die AfD hat die Fälschung gelöscht. "Wir haben festgestellt, dass das nicht so ganz passt", sagt Steffen Kotré, Chef des AfD-Kreisverbands Dahme-Spreewald, dem KURIER. Das sei keine Kritik an der Veröffentlichung, vielmehr habe man darauf reagiert, dass Müller "wohl nie ein solches Plakat hochhalten würde - obwohl es exakt seine Politik wiedergibt", sagt Kotré.

Es bleibt aber ohnehin nebulös, was die AfD gemeint haben könnte. "Alle nach Berlin" hat Michael Müller nie gesagt und wohl auch nicht gedacht. In der Senatskanzlei ist man auf eine gemeinsame Erklärung mit den Regierungschefs von Bremen und Hamburg aus dem vorigen September gestoßen. Darin heißt es, dass die Stadtstaaten zu "sicheren Häfen" für mehr als 150 000 Flüchtlinge geworden seien. Man wolle sich weiter an der Versorgung und Integration derjenigen beteiligen, die in Deutschland aufgenommen würden.

Foto: Twitter, Senatskanzlei

Fälschung von der AfD (l.) gegen Original aus der Senatskanzlei (r.): Durch einen technischen Kniff wird Michael Müller eine völlig andere Botschaft untergeschoben

Dokument BERLKU0020190416ef4g0000k

## **AfD verbreitet manipuliertes Foto**

210 Wörter  
16 April 2019  
FAZ.net  
FAZNET  
Deutsch

Copyright 2019 Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Provided by Frankfurter Allgemeine Zeitung Archiv

Berlins Regierungschef Michael Müller hat wegen eines mutmaßlich von der AfD verbreiteten manipulierten Fotos seiner Person die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. "Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten zu überprüfen, ob gegebenenfalls strafrechtlich dagegen vorgegangen werden kann, vorgegangen werden muss", sagte der SPD-Politiker am Dienstag. "Nun muss erst mal ermittelt werden, wer steht eigentlich hinter diesem Fake-Eintrag." Wenn die Grundlagen dafür ausreichen, werde Strafantrag gestellt.

Der Brandenburger AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald soll via Twitter und Facebook ein Foto verbreitet haben, auf dem Müller mit einem Transparent zu sehen ist, auf dem steht: "Alle nach #Berlin". Die Senatskanzlei spricht von einer Fälschung, auf dem Original-Foto wirbt Müller mit dem Transparent für die Kältehilfe.

Inzwischen ist die Abbildung, von der Medien Screenshots zeigten, im Internet gelöscht. Die AfD Dahme-Spreewald erklärte auf ihrer Facebook-Seite, sie habe eine "Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin" geteilt und "damit einen Nerv getroffen". "Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik." Der Beitrag sei "aus Vorsichtsgründen" gelöscht worden.

Der AfD-Kreisvorsitzende Dahme-Spreewald, Steffen Kotré, reagierte am Dienstag nicht auf eine per Mail versandte Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zu dem Vorgang.

dpa

Dokument FAZNET0020190416ef4g0006x

**Manipuliertes Foto: Müller schaltet Justiz ein**

225 Wörter

16 April 2019

WELT online

WELTON

Deutsch

Copyright 2019 Axel Springer SE

Berlin (dpa/bb) - Berlins Regierungschef Michael Müller hat wegen eines mutmaßlich von der AfD verbreiteten manipulierten Fotos seiner Person die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. "Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten zu überprüfen, ob gegebenenfalls strafrechtlich dagegen vorgegangen werden kann, vorgegangen werden muss", sagte der SPD-Politiker am Dienstag. "Nun muss erst mal ermittelt werden, wer steht eigentlich hinter diesem Fake-Eintrag." Wenn die Grundlagen dafür ausreichen, werde Strafantrag gestellt.

Der Brandenburger AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald soll via Twitter und Facebook ein Foto verbreitet haben, auf dem Müller mit einem Transparent zu sehen ist, auf dem steht: "Alle nach #Berlin". Die Senatskanzlei spricht von einer Fälschung, auf dem Original-Foto wirbt Müller mit dem Transparent für die Kältehilfe.

Inzwischen ist die Abbildung, von der Medien Screenshots zeigten, im Internet gelöscht. Die AfD Dahme-Spreewald erklärte auf ihrer Facebook-Seite, sie habe eine "Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin" geteilt und "damit einen Nerv getroffen". "Die Fotomontage suggerierte, dass der Bürgermeister alle Migranten und Flüchtlinge nach Berlin einlädt. Auch wenn er dies vermutlich nicht gesagt hat, ist das genau seine Politik." Der Beitrag sei "aus Vorsichtsgründen" gelöscht worden.

Der AfD-Kreisvorsitzende Dahme-Spreewald, Steffen Kotré, reagierte am Dienstag nicht auf eine per Mail versandte Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zu dem Vorgang.

Tweet rbb

Erklärung AfD Dahme-Spreewald auf Facebook

Tweet Müller/Senatskanzlei

Dokument WELTON0020190416ef4g000kg

Berlin  
**Senatskanzlei prüft rechtliche Schritte**

Robert Kiesel  
393 Wörter  
16 April 2019  
Der Tagesspiegel Online  
TAGON  
Deutsch  
Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.  
Gefälschtes Müller-Plakat der AfD

Auf Facebook teilt die AfD Dahme-Spreewald ein gefälschtes Plakat des Regierenden. Der will juristisch vorgehen. Die Partei zieht den Post zurück.

Einen Tag nach dem Auffliegen eines gefälschten Posts auf der Facebook-Seite der AfD Dahme-Spreewald hat Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) angekündigt, juristisch gegen die Fälschung vorzugehen. Am Montagabend [schrieb er auf Twitter](#): "Um die Nachfragen zu beantworten: Das Foto ist eine Fälschung. Die Senatskanzlei prüft rechtliche Schritte."

Konkret geht es bei der Fälschung um eine Aufnahme, die Müller mit einem Pappschild in der Hand zeigt. Während das Schild im Original die Aufschrift "Kältebus rettet Leben! 0178/5235838" trug, montierten die Urheber des von der AfD geteilten Post die Aufschrift "Alle nach #Berlin" auf das Plakat.

Im Begleittext warfen sie Müller vor, alle auf dem Mittelmeer geretteten Bootsflüchtlinge nach Berlin holen zu wollen. Zuerst war dem "RBB" die Fälschung aufgefallen. Der dazugehörige Twitter-Post des Senders erreichte schnell zehntausende User.

Während sich seitens des AfD-Kreisverbands zunächst niemand zu der am Sonntag rasch gelöschten Fälschung hatte äußern wollen, tauchte wiederum auf der Facebook-Seite des Verbands am späten Montagnachmittag eine Art Erklärung auf.

Darin ist von "wahren Falschnachrichten" die Rede und davon, dass die AfD Dahme-Spreewald mit der via Facebook und Twitter geteilten "Fotomontage mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einen Nerv getroffen" habe. Statt die in der Zwischenzeit bewiesene Fälschung einzugestehen, heißt es weiter, die Montage "suggeriere" eine Botschaft, die Müller "vermutlich nicht gesagt hat".

Der Beitrag schließt mit der Formulierung: "Da die AfD mittlerweile nicht mehr nur mit politischen Argumenten sondern auch mit Anwälten bekämpft wird, haben wir diesen Beitrag aus Vorsichtsgründen gelöscht. Auch das ist ein weiterer Mosaikstein im Abwärtstrend der Meinungsfreiheit."

Unklar blieb, wer für die auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes geposteten Beiträge verantwortlich ist. Vorsitzender des Kreisverbandes ist der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré. Andreas Kalbitz, Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg für die anstehenden Landtagswahl, gehört als Beisitzer ebenfalls dem Kreisvorstand an.

Kotré ließ eine Anfrage des Tagesspiegel zu dem Thema unbeantwortet. Sein Stellvertreter, der in seinem Bundestagsbüro angestellte Benjamin Filter, verwies am Montag auf die "Rangfolge" innerhalb des Kreisverbandes und lehnte jede Aussage zur Sache - auch mit Bezug auf die Beteiligung Kotrés - ab.

Ein Screenshot des Tweets des RBB, der den Originaltweet von Michael Müller (SPD) neben dem AfD-Tweet zeigt.

Dokument TAGON00020190416ef4g0003f

## Visite in Weißrussland; Die Ausweitung der AfD-Kontaktzone

943 Wörter  
24 Februar 2019  
WELT online  
WELTON  
Deutsch  
Copyright 2019 Axel Springer SE

Nach zahlreichen Russland-Visiten trafen sich mehrere Abgeordnete in Minsk mit Vertretern einer dubiosen Kleinstpartei und sprachen über wirtschaftliche Perspektiven. Interessant sind diese vor allem für mitgereiste Unternehmer.

Die Gastgeber waren zufrieden. Man habe "über Investitionen gesprochen" und "konkrete Projekte" erörtert. Die Schaffung einer "weißrussisch-deutschen Plattform" sei vereinbart worden, "mit einem Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen". Einen Gegenbesuch in Deutschland werde es "in naher Zukunft" geben.

Nein, das ist kein Resümee eines Treffens von Regierungsdelegationen. Zu lesen sind die Sätze auf der Internetseite einer Partei, der Liberaldemokratischen Partei in Belarus (LDPB). Sie empfing kürzlich Vertreter einer deutschen Partei: Unbemerkt von der Öffentlichkeit reisten zwischen dem 5. und dem 8. Februar Funktionäre und Mandatsträger der AfD nach Minsk, in die Hauptstadt der weißrussischen De-facto-Diktatur.

Und sie konferierten mit Vertretern einer Partei, die die Herrschaft von Präsident Alexander Lukaschenko stützt. Damit weiten AfD-Politiker nach zahlreichen Russlandvisiten nun ihre Annäherung an antiwestliche Politiker auch ins autoritär regierte Weißrussland aus.

Eine wichtige Rolle spielt dabei Wirtschaftliches. Aber nicht bloß in dem Sinne, dass man sich für eine ökonomische Zusammenarbeit mit dem osteuropäischen Staat einsetzen möchte. Vielmehr nahmen an den Gesprächen auch AfD-Mitglieder teil, die als Unternehmer eigene wirtschaftliche Interessen haben. Dafür ist die LDPB offen.

Diese Partei entstand in den 90er-Jahren als Ableger der russischen Liberaldemokraten des Rechtsextremisten Wladimir Schirinowski. Heute trägt die LDPB Züge eines Familienbetriebs. Vorsitzender ist Sergej Gaidukewitsch, Stellvertreter sein Sohn Oleg. Vater Sergej wird von den USA verdächtigt, er sei 2002 in die Umgehung von Sanktionen verwickelt gewesen, die gegen den Irak des damaligen Diktators Saddam Hussein verhängt worden waren. Sohn Oleg soll in seiner Heimat eine aktive Rolle bei der Unterdrückung Oppositioneller gespielt haben.

Lukaschenko akzeptiert die Gaidukewitsch-Partei im Gegensatz zur demokratischen Opposition, weil sich mit der LDPB ein pluralistischer Anschein erwecken lässt. Nützlich ist sie für den Präsidenten zudem, weil sie pro forma von seinem Lager getrennt ist - und daher Kontakte zu europäischen Politikern knüpfen kann, für die es peinlich wäre, mit dem Autokraten gesehen zu werden.

Begrüßt wurden in Minsk von der LDPB bislang durchaus spezielle Politiker aus der EU. Oleg Gaidukewitsch ist zum Beispiel auf einem Foto vom April 2016 mit Roberto Fiore zu sehen. Der italienische Neofaschist ist Vorsitzender der Europapartei "Allianz für Frieden und Freiheit", zu deren Mitgliedsorganisationen die NPD gehört.

Ein anderes Bild von Fioris Minsk-Besuch zeigt ihn mit dem britischen Rechtsextremisten Nick Griffin, der in seiner Heimat wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt wurde. Dabei war ebenfalls der Pole Slawomir Ozdyk. Der Security-Unternehmer war ausweislich von Fotos nun auch an der AfD-Reise beteiligt. In Vorbereitungsunterlagen zu dem Trip, die dieser Zeitung vorliegen, wird Ozdyk als "AfD-Berater für Osteuropa" bezeichnet.

Tatsächlich plante Oleg Gaidukewitsch, der auch Kontakte zur FPÖ in Wien hat, für 2018 einen "Kongress" aller "Patriotischen Parteien in Europa" in Minsk. Damit hätte sich die LDPB zur Zentrale einer antiwestlichen Internationale machen können. Den Gästen aus der EU wurden in Ankündigungen zudem wirtschaftliche Perspektiven versprochen. Denn die Sanktionen gegen Minsk sind viel weniger streng als die gegen Moskau, mit dem man aber in der Eurasischen Wirtschaftsunion verbunden ist: Weißrussland als Station auf dem Weg nach Russland.

Zwar kam der Kongress offenbar nicht zustande, aber im Oktober 2018 erschien erstmals eine Reisegruppe der AfD. Fotos zeigen einige der Politiker, die in diesem Februar neuerlich anreisten: Frank Scheermesser und Gunnar Lindemann, die für die AfD im Berliner Abgeordnetenhaus sitzen.

Mit von der Partei war im Oktober 2018 auch Richard Gretzinger aus Berlin, der bei den "Russlanddeutschen in der AfD" aktiv ist und nun die Februar-Reise mit organisierte. An dieser nahmen neben Scheermesser und Lindemann auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré sowie der brandenburgische Landtagsabgeordnete Andreas Galau teil. Fotos von der Reise sind auf den Facebook-Seiten von Lindemann und Oleg Gaidukewitsch zu sehen.

Anwesend waren auch zwei Unternehmer mit AfD-Parteibuch. Erstens der bayerische Bauunternehmer Andreas Kropp, der "großes Interesse an einer Zusammenarbeit im Bereich Bau und Landwirtschaft" zeigte, wie es auf der LDPB-Webseite heißt.

Zweitens Henning Zoz, der im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung sitzt. Zoz entwickelt mit seiner Firma unter anderem Baustoffe mit Nanotechnologie. Auf seiner Website schrieb er, "völlig überrascht" gewesen zu sein, in Minsk "auf einen Bauminister zu treffen, der sich mit Zulassungsverfahren für neue Werkstoffe bestens auskennt".

Bezahlt wurden Flug und Unterkunft von den Teilnehmern, wie Zoz und Kotré auf Anfrage sagten. Kotré bezeichnet den Ausflug als "Privatreise" und hat dies laut einem AfD-Sprecher auch gegenüber dem Parteivorstand erklärt. Ihn hätten, so Kotré, in Minsk, "die wirtschaftlichen Möglichkeiten interessiert", da ihn oft Unternehmer ansprächen, "die investieren wollen".

Kotré zieht es oft in den Osten. Nur eine Woche nach seiner Minsk-Reise führte er mit den AfD-Bundesvorstandsmitgliedern Andreas Kalbitz und Frank Pasemann "politische Gespräche" in der Staatsduma in Moskau. Man habe viele Gemeinsamkeiten, "nicht nur in der Analyse der internationalen Politik", schrieb Kotré auf Facebook. Er wird dem völkischen "Flügel" um Björn Höcke und Kalbitz zugerechnet.

Im März 2018 war Kotré einer von acht AfD-Bundestagsabgeordneten, die sich als "Wahlbeobachter" bei den russischen Präsidentschaftswahlen betätigten. Im September weilte er in Moskau, um Stipendiaten für den Bundestag auszuwählen. Gegenüber dem russischen Auslandssender "Sputnik" forderte er ein sofortiges Ende der Sanktionen.

Ein aktiver Netzwerker in Richtung Osten ist auch der Berliner Lindemann. Im vergangenen Jahr fuhr er gleich drei Mal auf die Krim. Im November ließ sich Lindemann in Donezk in der besetzten Ostukraine mit einem Führer der von Moskau unterstützten Separatisten fotografieren. Schon im Juni war Lindemann mit Berliner AfD-Kollegen im russischen Kaluga. Dort war das Thema der Gespräche ähnlich wie in Minsk: "Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit".

Dokument WELTON0020190224ef2o000m9

POLITIK

## Ausweitung der AfD-Kontaktzone

Matthias Kamann; Alexej Hock; Annelie Naumann

958 Wörter

24 Februar 2019

Welt am Sonntag

WSONNT

WSBE-HP

5

8

Deutsch

Copyright 2019 Axel Springer SE

Nach Russland entdeckt die Alternative für Deutschland das autokratisch regierte Weißrussland. Abgeordnete trafen sich in Minsk mit Vertretern einer dubiosen Partei und sprachen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Für die interessieren sich vor allem die mitgereisten Unternehmer

Matthias Kamann, Alexej Hock und Annelie Naumann

Die Gastgeber waren zufrieden. Man habe "über Investitionen gesprochen" und "konkrete Projekte" erörtert. Die Schaffung einer "weißrussisch-deutschen Plattform" sei vereinbart worden, "mit einem Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen". Einen Gegenbesuch in Deutschland werde es "in naher Zukunft" geben.

Nein, das ist kein Resümee eines Treffens von Regierungsdelegationen. Zu lesen sind die Sätze auf der Internetseite der Liberaldemokratischen Partei in Belarus (LDPB). Sie empfing kürzlich Vertreter einer deutschen Partei: Unbemerkt von der Öffentlichkeit reisten zwischen dem 5. und dem 8. Februar Funktionäre und Mandatsträger der AfD nach Minsk, in die Hauptstadt der weißrussischen De-facto-Diktatur. Und sie konferierten mit Vertretern einer Partei, die die Herrschaft von Präsident Alexander Lukaschenko stützt. Damit weiten AfD-Politiker nach zahlreichen Russlandvisiten nun ihre Annäherung an antiwestliche Politiker auch ins autoritär regierte Weißrussland aus.

Eine wichtige Rolle spielt dabei Wirtschaftliches. Aber nicht bloß in dem Sinne, dass man sich für eine ökonomische Zusammenarbeit mit dem osteuropäischen Staat einsetzen möchte. Vielmehr nahmen an den Gesprächen auch AfD-Mitglieder teil, die als Unternehmer eigene wirtschaftliche Interessen haben. Dafür ist die LDPB offen.

Diese Partei entstand in den 90er-Jahren als Ableger der russischen Liberaldemokraten des Rechtsextremisten Wladimir Schirinowski. Heute trägt die LDPB Züge eines Familienbetriebs. Vorsitzender ist Sergej Gaidukewitsch, Stellvertreter sein Sohn Oleg. Vater Sergej wird von den USA verdächtigt, er sei 2002 in die Umgehung von Sanktionen verwickelt gewesen, die gegen den Irak des damaligen Diktators Saddam Hussein verhängt worden waren. Sohn Oleg soll in seiner Heimat eine aktive Rolle bei der Unterdrückung Oppositioneller gespielt haben. Lukaschenko akzeptiert die Gaidukewitsch-Partei im Gegensatz zur demokratischen Opposition, weil sich mit der LDPB ein pluralistischer Anschein erwecken lässt. Nützlich ist sie für den Präsidenten zudem, weil sie pro forma von seinem Lager getrennt ist - und daher Kontakte zu europäischen Politikern knüpfen kann, für die es peinlich wäre, mit dem Autokraten gesehen zu werden.

Begrüßt wurden in Minsk von der LDPB bislang durchaus spezielle Politiker aus der EU. Oleg Gaidukewitsch ist zum Beispiel auf einem Foto vom April 2016 mit Roberto Fiore zu sehen. Der italienische Neofaschist ist Vorsitzender der Europapartei Allianz für Frieden und Freiheit, zu deren Mitgliedsorganisationen die NPD gehört. Ein anderes Bild von Fiores Minsk-Besuch zeigt ihn mit dem britischen Rechtsextremisten Nick Griffin, der in seiner Heimat wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt wurde. Ebenfalls dabei war der Pole Slawomir Ozdyk. Der Security-Unternehmer war, wie ein Foto belegt, nun auch an der AfD-Reise beteiligt. In Vorbereitungsunterlagen zu dem Trip, die dieser Zeitung vorliegen, wird Ozdyk als "AfD-Berater für Osteuropa" bezeichnet.

Tatsächlich plante Oleg Gaidukewitsch, der auch Kontakte zur FPÖ in Wien hat, für 2018 einen "Kongress" aller "Patriotischen Parteien in Europa" in Minsk. Damit hätte sich die LDPB zur Zentrale einer antiwestlichen Internationale machen können. Den Gästen aus der EU wurden in Ankündigungen zudem wirtschaftliche Perspektiven versprochen. Denn die Sanktionen gegen Minsk sind viel weniger streng als die gegen Moskau, mit dem man aber in der Eurasischen Wirtschaftsunion verbunden ist: Weißrussland als Station auf dem Weg nach Russland.

Zwar kam der Kongress offenbar nicht zustande, aber im Oktober 2018 erschien erstmals eine Reisegruppe der AfD. Fotos zeigen einige der Politiker, die in diesem Februar neuerlich anreisten: Frank Scheermesser und Gunnar Lindemann, die für die AfD im Berliner Abgeordnetenhaus sitzen. Mit von der Partie war im Oktober 2018 auch Richard Gretzinger aus Berlin, der bei den "Russlanddeutschen in der AfD" aktiv ist und nun die Februar-Reise mit organisierte. An dieser nahmen neben Scheermesser und Lindemann auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré sowie der brandenburgische Landtagsabgeordnete Andreas Galau teil. Fotos von der Reise sind auf den Facebook-Seiten von Lindemann und Oleg Gaidukewitsch zu sehen.

Anwesend waren auch zwei Unternehmer mit AfD-Parteibuch. Erstens der bayerische Bauunternehmer Andreas Kropp, der "großes Interesse an einer Zusammenarbeit im Bereich Bau und Landwirtschaft" zeigte, wie es auf der LDPB-Website heißt. Zweitens Henning Zoz, der im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung sitzt. Zoz entwickelt mit seiner Firma unter anderem Baustoffe mit Nanotechnologie. Auf seiner Website schrieb er, "völlig überrascht" gewesen zu sein, in Minsk "auf einen Bauminister zu treffen, der sich mit Zulassungsverfahren für neue Werkstoffe bestens auskennt".

Bezahlt wurden Flug und Unterkunft von den Teilnehmern, wie Zoz und Kotré auf Anfrage sagten. Kotré bezeichnet den Ausflug als "Privatreise" und hat dies laut einem AfD-Sprecher auch gegenüber dem Parteivorstand erklärt. Ihn hätten, so Kotré in Minsk, "die wirtschaftlichen Möglichkeiten interessiert", da ihn oft Unternehmer ansprächen, "die investieren wollen".

Kotré zieht es oft in den Osten. Nur eine Woche nach seiner Minsk-Reise führte er mit den AfD-Bundesvorstandsmitgliedern Andreas Kalbitz und Frank Pasemann "politische Gespräche" in der Staatsduma in Moskau. Man habe viele Gemeinsamkeiten, "nicht nur in der Analyse der internationalen Politik", schrieb Kotré auf Facebook. Er wird dem völkischen "Flügel" um Björn Höcke und Kalbitz zugerechnet.

Im März 2018 war Kotré einer von acht AfD-Bundestagsabgeordneten, die sich als "Wahlbeobachter" bei den russischen Präsidentschaftswahlen betätigten. Im September weilte er in Moskau, um Stipendiaten für den Bundestag auszuwählen. Gegenüber dem russischen Auslandssender "Sputnik" forderte er ein sofortiges Ende der Sanktionen.

Ein aktiver Netzwerker in Richtung Osten ist auch der Berliner Lindemann. Im vergangenen Jahr fuhr er gleich dreimal auf die Krim. Im November ließ sich Lindemann in Donezk in der besetzten Ostukraine mit einem Führer der von Moskau unterstützten Separatisten fotografieren. Schon im Juni war Lindemann mit Berliner AfD-Kollegen im russischen Kaluga. Dort war das Thema der Gespräche ähnlich wie in Minsk: "Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit".

Dokument WSONNT0020190224ef2o0002t



gesellschaft  
**Putin-Kritiker: 111 Gründe, Russland zu lieben**

1,033 Wörter  
29 Januar 2019  
20:07  
Sputnik German News Service  
RVESDE  
Deutsch  
© 2019. Sputnik. All Rights Reserved.

Jens Siegert, Journalist und Blogger, der seit 25 Jahren in Russland lebt, lange Zeit als Leiter des Büros der Heinrich Böll Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) tätig war und in Deutschland als Putin-Kritiker gilt, präsentierte in Moskau sein Buch mit diesem Titel und dem Untertitel „Eine Liebeserklärung an das schönste Land der Welt“.

Im Sputnik-Interview räumte er ein, dass er Russland nicht liebe. „Ich kann einfach ein ganzes Land nicht lieben. Es ist zu groß. Ich liebe einzelne Menschen, zum Beispiel meine russische Frau, aber nicht das ganze Land. Ob diese 111 Gründe zur Gesamtliebe ausreichen, ist eine andere Frage. Ich habe sie gefunden. Die Gründe, die liebenswert an Russland sind und die mich an dieses Land mit einem Gefühl der Zuneigung binden. Neben meiner Frau gibt es auch viele Freunde hierzulande. Und das Lebensgefühl der Menschen interessierte mich.“ Jens Siegert, Journalist und Blogger (in der Mitte)

Ansonsten wäre er so lange nicht in Russland geblieben, so Siegert. „Es sind viele unterschiedliche kleine Gründe. Zum Beispiel, es ist nie langweilig in diesem Land. Ein Luxusgrund für mich, weil viele Leute in Russland es vielleicht lieber manchmal etwas langweiliger hätten. Es ist aber auch die Kultur. Es ist der Erfindungsreichtum. Es ist vor allen Dingen die große innere Wärme, die manchmal die sehr kalte äußere Wirklichkeit ein wenig kompensiert. Das ist ein bisschen wie eine Waage: Je kälter es draußen ist, umso wärmer ist es drinnen. Und das ist doch sehr anziehend.“ Dorfzentrum in Burjatien zieren auch im nun kapitalistischen Russland noch immer überdimensionierte Hammer und Sichel

Auf die Frage, ob er sich schon einige Gewohnheiten der Russen angeeignet hat, antwortete Siegert: „Eine Sache, mit der ich mich in dem Buch auch beschäftige, ich habe auf Russisch zu fluchen angefangen. Das geht einfach viel besser. Aber je länger ich in Russland bin, umso deutscher fühle ich mich. Umso bewusster wird mir das, was an mir deutsch ist, weil es letztendlich das ist, was mich von den Leuten hier unterscheidet.“

[>>>Andere Sputnik-Artikel: Russlands Bemühungen zum Ausweichen der Konfrontation gescheitert—  
Experte<<<](#)

Die andere Sache sei, gibt der Buchautor zu, dass er als 30-jähriger, schon erwachsener Mensch zu spät nach Russland gekommen sei. „Es gibt viele Dinge, die mich immer noch fremd erscheinen lassen. Ich habe zum Beispiel keine Ahnung von den Liedern, den Spielen, von den Jungjahren, mit denen die Menschen hier aufgewachsen sind. Wenn wir mit russischen Freunden zusammensitzen, feiern, und irgendjemand eine Gitarre holt und anfängt, Lieder zu singen, kenne ich diese Lieder meistens nicht. Und sie gehen mir nicht ans Herz, weil es nicht die Lieder meiner Jugend sind.“ Typische Fensterverzierung an einem alten Holzhaus in Sibirien

Siegert weiter: „Die Leute hier haben Erinnerung an das, was mit diesen Liedern verbunden ist. Sie haben sie vielleicht im Jugendlager oder mit ihren Freunden, mit denen sie irgendwo gereist sind und am Lagerfeuer gegessen und gesungen haben. Ich habe keine Erinnerung, entsprechend auch kein Gefühl für diese Lieder.“ Die verengte Brücke über den Irkut unweit der russisch-chinesischen Grenze, sodass illegal gerodetes Holz nicht mehr so leicht nach China geschmuggelt werden kann

Der wichtigste Grund seien für Siegert die Menschen in Russland. „Es gibt so viele wunderbare, herzensgute, kluge, warme Menschen hier, die mich an dieses Land binden, und gerade in der Zeit, in der es ihnen und dem Land vielleicht nicht so gut geht, in der es schwierig für sie ist. Das ist für mich eine Verpflichtung und ein Grund zu lieben. Die Liebe ist aber so eine Sache. Eine geliebte Frau kann manchmal wehtun, und wir lieben sie trotzdem.“

[>>>Andere Sputnik-Artikel: MdB Kotré: Mit allen reden, die an deutsch-russischer Annäherung interessiert sind<<<](#)

Als Ausländer sei er kein Teil der russischen Politik, so der Buchautor. Während er den russischen Medien seine Kommentare als Deutscher abgebe, seien sie für Russen interessant, weil es der Blick von außen sei. „Und das macht mich auch freier. Als Deutscher kann ich Putin gerne kritisieren.“ So, wie Russen Trump auch kritisieren können. Der jüdische Friedhof von Bargusin unweit des Baikalsees in Sibirien

Dabei erinnert sich Siegert an den alten sowjetischen Witz: „Ein Amerikaner und ein Sowjetmensch streiten sich darüber, welches Land am freisten ist. Der Amerikaner sagt, er könne sich vor das Weiße Haus stellen und schreien: ‚Der Präsident ist ein Arschloch‘. Dann sagt der Sowjetbürger: „Das kann ich auch. Ich kann mich vor dem Kreml stellen und schreien: ‚Der amerikanische Präsident ist ein Arschloch‘.“

Jens Siegert hofft, dass er mit diesen „111 Gründen, Russland zu lieben“ einen kleinen Kosmos zeichne, das, was Russland alles sei. „Ganz unterschiedliche Gründe: es sind einzelne Menschen, es ist die Natur, die Kultur, die Sprache oder auch die Art, Wodka zu trinken, die Speisen, die gegessen werden, und wie sie zubereitet werden, wie gereist wird und alles Mögliche, damit die Leute in Deutschland einen Eindruck davon bekommen, wie Russland sein kann. Und dann vielleicht etwas mehr Verständnis für das Land haben.“ Präsentation des Buches in der Menschenrechtsorganisation „Memorial“

111 Gründe, Russland zu lieben

„1.Grund: Weil man das Land im Gegensatz zu einem weit verbreiteten Vorurteil verstehen kann.

18.Grund: Weil es zwei Hauptstädte hat.

20.Grund: Weil die Tschuktschen mit Stolz und Würde die russischen Ostfriesen sind.

22.Grund: Weil St. Petersburg Russlands Wunder und Wunde ist.

26.Grund: Weil es noch echte Dörfer gibt.

29.Grund: Weil auf Fragen oft so wunderbar unkonkret geantwortet wird.

37.Grund: Weil Aberglaube noch alltäglich ist.

39.Grund: Weil nur Säufer trinken ohne zu essen.

47.Grund: Weil es geriffelte Gläser gibt.

49.Grund: Weil die Badesaison nicht auf den Sommer beschränkt ist.

53.Grund: Weil zur russischen Sauna, der Banja, unbedingt ein Besen gehört.

54.Grund: Weil Trinksprüche (fast) nie zu Ende gehen.

57.Grund: Weil Kaviar mitunter Grundnahrungsmittel ist.

65.Grund: Weil man mit Moosbeersaft alles heilen kann.

78.Grund: Weil Frauen in Russland das starke Geschlecht sind.

89.Grund: Weil man so vielen deutschen Lehnwörtern begegnet.

91.Grund: Weil der Dichter Alexander Puschkin Russlands Ein-und-alles ist.

104.Grund: Weil 1000 Kilometer keine Entfernung sind.

108.Grund: Weil die Moskauer Metro mehr als eine U-Bahn ist.

111.Grund: Weil das Verhältnis von Macht und Mensch kompliziert und einfach zugleich ist.“

© Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, Berlin

[Russlands Wappen \(Symbolbild\)](#)

Dokument RVESDE0020190129ef1t0008i

Dahme-Kurier

**Parteien-Bündnis gegen die Alternative für Deutschland; SPD, Linke und Grüne in Dahme-Spreewald warnen CDU vor „schwarz-blau-brauner Koalition“**

Frank Pawlowski

507 Wörter

22 Januar 2019

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Dahme-Kurier

14

Deutsch

Copyright 2019 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Dahme-Spreewald

Zum Auftakt des Wahljahres haben SPD, Linke und Bündnisgrüne in Dahme-Spreewald eine gemeinsame Frontlinie gezogen. „Wir fordern alle Demokraten und gemäßigten Kräfte auf, ihre Kreuze am Wahltag eindeutig nicht an die AfD zu geben“, erklären die Kreisvorsitzenden Tina Fischer, Michael Wippold und Sabine Freund in etwas holpriger Form. Zugleich schließen sie jegliche Zusammenarbeit mit der AfD aus. Am 26. Mai ist Kommunal- und Europawahl, am 1. September wird ein neuer Landtag gewählt. Anlass für den Aufruf ist der jüngste AfD-Landesparteitag. Die Nominierung der Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zeige deutlich, „wie weit rechts die angebliche Alternative im Land steht“. Dass der Verfassungsschutz die Partei bundesweit zum Prüffall erklärte, zeuge ebenfalls davon, dass die AfD eine „klar rechte Partei“ sei. Der CDU werfen die drei Parteichefs einen „Anbiederungskurs“ aus „machttaktischen Gründen“ vor. Die Union schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD auf Landesebene nicht aus.

AfD-Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz. Julian Stähle

Auch auf Kreisebene halten die Unterzeichner das für möglich. „Dass sich seitens der CDU Dahme-Spreewald niemand zu den rechten Anbiederungen Richtung AfD äußert, zeigt uns klar auf, wie die Vorzeichen auch hier im Landkreis stehen“, heißt es in dem Aufruf. Und weiter: „Und auch bei der CDU sollte man vor der Wahlentscheidung genau überlegen, ob schwarz-blau-braune Koalitionen gut für Brandenburg und seine Regionen sind.“

CDU-Kreisvorsitzender Björn Lakenmacher erklärte dazu auf MAZ-Anfrage: „Das Land braucht den Politikwechsel, denn die SPD ist nach 29 Jahren an der Regierung ausgelaugt und hat keine Ideen und keine Tatkraft für Brandenburg mehr.“ Seine Partei kämpfe für ein starkes Ergebnis, „um endlich einen Politikwechsel in Brandenburg vollziehen“ zu können. Die CDU werde mit jeder Partei sprechen, die in den Landtag gewählt wird. „Denn die Wähler der anderen Parteien respektieren wir, auch wenn uns die Wahlentscheidung nicht gefällt. Für die CDU Brandenburg und Dahme-Spreewald ist aber klar, dass wir keine Koalition mit der AfD wollen.“

Lakenmacher sagte weiter, mit der AfD unter Führung von Landeschef Andreas Kalbitz sehe er „keinerlei Gemeinsamkeiten“. Kalbitz habe Verbindungen zur rechtsextremen Szene gehabt und sich nicht davon distanziert. Die AfD reagiere entrüstet auf den Aufruf. Kreisvorsitzender Steffen Kotré sagte der MAZ: „Das ist ein Versuch, politische Mitbewerber zu diskreditieren. Das zeigt den undemokratischen Charakter dieser Parteien.“ Die AfD werde durch den Verfassungsschutz nicht beobachtet und sei eine „durch und durch demokratische Partei“. Nach seiner Ansicht müsse gerade auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit aller Parteien möglich sein. „Das klappt, wenn man Argumente austauschen kann, die nicht in Bausch und Bogen verdammt werden wegen einer Parteizugehörigkeit.“ Im Kreistag habe die AfD bei vielen Themen mit den anderen Fraktionen an einem Strang gezogen. So seien Beschlüsse zu Schulneubauten und zu Verbesserungen des ÖPNV mitgetragen worden.

file720q1ajcfz6vbfo3p5v.jpg Foto: Friedrich Bungert Die Parteien SPD, Linke und Grüne in Dahme-Spreewald rufen dazu auf, die AfD nicht zu wählen. file72b0fnasawjjafhir6.jpg Julian Stähle AfD-Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz.

Dokument MARKAL0020190122ef1m0000q

## **US-Botschafter Grenell wegen Sanktionsdrohungen weiter in der Kritik**

265 Wörter

15 Januar 2019

14:37

dpa-AFX ProFeed

DPAFX

Deutsch

Copyright 2019. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

BERLIN (dpa-AFX) - Nach seinen Sanktionsdrohungen gegen deutsche Firmen mit Beteiligung an der Gaspipeline Nord Stream 2 steht US-Botschafter Richard Grenell weiter in der Kritik. Grenell sei einen Schritt zu weit gegangen, erklärte SPD-Energiepolitiker Bernd Westphal am Dienstag. "Als Botschafter ist Grenell nicht Statthalter Trumps in Deutschland, sondern lediglich Gesandter seiner Regierung. Genauso ist Deutschland kein Protektorat der USA und Befehlsempfänger eines unberechenbaren Präsidenten."

Grenell hatte zuvor die Sanktionsdrohungen gegen deutsche Firmen bekräftigt, die sich an der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen. "Firmen, die im Bereich des russischen Energie-Exportsektors arbeiten, riskieren eventuelle Sanktionen", sagte Grenell der "Rheinischen Post" (Dienstag). In einem am Wochenende bekannt gewordenen Brief hatte er an der Pipeline beteiligten Konzernen damit gedroht, sie würden sich einem "erheblichen Sanktionsrisiko" aussetzen. Der Bau der 1200 Kilometer langen Trasse durch die Ostsee hat unter anderem in Deutschland bereits begonnen.

AfD-Energiepolitiker Steffen Kotré kritisierte die "Einmischung" des US-Botschafters in Deutschland. "Wir verwahren uns gegen jede Bestrebungen seitens der US-Amerikaner, bilaterale wirtschaftliche Projekte für die Energiesicherheit Europas und Deutschlands mit Sanktionsandrohungen zu torpedieren", erklärte er.

Der österreichische Öl- und Gaskonzern OMV <AT0000743059>, beteiligt an der Gaspipeline, reagierte empört auf die Drohung Grenells. "Der Brief ist eine vollkommen inakzeptable Bedrohung von deutschen Unternehmen", sagte OMV-Chef Rainer Seele dem "Handelsblatt". "Europa darf sich bei energiepolitischen Fragen nicht von den USA bevormunden lassen." Europa brauche die zusätzlichen Kapazitäten durch die neue Ostsee-Pipeline mehr denn je: Der Produktionsrückgang von Gas sei schneller gegangen als es die Branche erwartet habe, sagte Seele. /cco/DP/jha

Dokument DPAFX00020190115ef1f00nj9

Brandenburg - Berlin

**Landtagswahl Polizisten, Lehrer, Burschenschaftler Polizisten, Lehrer, Burschenschaftler Polizisten, Lehrer, Burschenschaftler Rechte Liste Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf; Nach einem Auszählungsmarathon ist klar, mit wem die AfD in den Landtagswahlkampf ziehen will - Landeschef Andreas Kalbitz setzt sich nur knapp an die Spitze Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf Mit diesen Kandidaten zieht die AfD in den Wahlkampf**

Torsten Gellner und Ulrich Wangemann Torsten Gellner und Ulrich Wangemann Torsten Gellner und Ulrich Wangemann Torsten Gellner und Ulrich Wangemann

6.338 Wörter

8 Januar 2019

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Westhavelländer

7

Deutsch

Copyright 2019 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Bei ihrem Parteitag in Rangsdorf (Teltow-Fläming) hat die Brandenburger AfD nach einem Auszählungsmarathon die Landesliste mit den Kandidaten für die Landtagswahl am 1. September gewählt. Die Kandidaten im Überblick.

#### 1. Andreas Kalbitz

Der ehemalige Fallschirmspringer führt die Fraktion und Partei seit dem Wechsel Alexander Gaulands in die Bundespolitik mit Disziplin. Kalbitz (46) gehört zum völkischen Flügel am rechten Rand der AfD und nahm zuletzt in Chemnitz an der Seite von Thüringens umstrittenem AfD-Chef Björn Höcke an einer Demonstration teil. Intern versucht Kalbitz, der in der Vergangenheit Verbindung zu Neonazi-Organisationen hatte und 2007 an einem Pfingstlager der mittlerweile verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teilnahm, die AfD vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu bewahren. So unterstützt er das Parteiausschlussverfahren gegen einen AfD-Funktionär aus dem Barnim, der in sozialen Medien Posts mit SS-Bezug „geliked“ hatte.

#### 2. Christoph Berndt

Ist der große Gewinner des Parteitags. Als Listenzweiter ist der Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses „Zukunft Heimat“, das Groß-Kundgebungen in Cottbus organisierte, sicher im Landtag. Der Labormediziner von der Berliner Charité steht für den an Pegida angelehnten Straßenprotest. Seine Positionen haben einen oft verschwörungstheoretischen Hintergrund. Der 61-Jährige unterstellt Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“ und spricht von der „Verwesung“ des Landes. Das brandenburgische Innenministerium sieht in „Zukunft Heimat“ ein Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

#### 3. Daniel Freiherr von Lützow

Der Freiherr aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming), der fünf Kinder hat und fünf Jahre bei der Bundeswehr war, will die Kommunen als Machtbasis der Partei ausbauen. Der 44-Jährige schult AfD-Mitglieder landesweit in den Kniffen der Kommunalpolitik, damit die Partei bei der Kommunalwahl im Mai möglichst viele Kandidaten aufstellen kann.

#### 4. Birgit Bessin

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. dpa

Die aus Worms in Rheinland-Pfalz gebürtige Landtagsabgeordnete gilt als Bindeglied zwischen den Parteistrukturen und der nicht-organisierten rechten Szene sowie dem AfD-freundlichen Umfeld in den sozialen Medien. Engen Kontakt hält sie zu „Zukunft Heimat“. Bessin ist im Landtag stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hat den AfD-Vorsitz in Teltow-Fläming inne. Sie hat einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftsrecht gemacht.

#### 5. Steffen Kubitzki

Der Mitarbeiter eines Kraftwerks holte als Landratskandidat für den Kreis Spree-Neiße in der Stichwahl 39,2 Prozent der Stimmen und sitzt im Landesvorstand der Partei. Beim jüngsten Parteitag war der gebürtige Potsdamer Publikumsliebbling wegen seiner volkstümlichen Art. Er will „das Gesicht der Lausitz“ in der AfD werden.

#### 6. Lars Hünich

Hünich ist Landesgeschäftsführer der AfD und organisiert im Landtag Veranstaltungen für die AfD-Fraktion. Jetzt will der Mitarbeiter selbst ein Mandat. Hünich ist für die Parteiorganisation ein wichtiger Mann. Er hatte 2017 etwa die Kundgebung mit AfD-Rechtsaußen Björn Höcke vorm Potsdamer Filmmuseum angemeldet.

#### 7. Lena Duggen

Die Anwältin aus Dallgow-Döberitz ist scharfe Islamkritikerin. „Es wächst eine Generation von Kopfabschneider-Kindern heran“, warnt die 31-Jährige auf Facebook. Von 2011 bis 2014 war sie Mitglied in der islamfeindlichen Berliner Bewegung „Die Freiheit“. Sie gehört als AfD-Mitarbeiterin im Landtag zu jenem professionellen Personal aus den Parlamentsbüros, das jetzt selbst Mandate erobern will. Duggen will „die Altparteien das Fürchten lehren“ und ist Generalsekretärin der Erasmus-Stiftung, einer AfD-nahen Fortbildungs-Plattform.

#### 8. Andreas Galau

Andreas Galau. dpa/Hirschberger

Andreas Galau zog 2014 in den Landtag ein. Auch er hat eine bunte politische Vita, war in den 80er-Jahren in der CDU, später bei den rechtsextremen Republikanern, dann über 20 Jahre bei der FDP, die er 2013 verließ, als sich die AfD gründete. Der Hennigsdorfer versuchte vergeblich, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag zu werden, dem Kontrollgremium für den Verfassungsschutz. Die SPD hatte Galau wegen seiner Vergangenheit bei den Republikanern strikt abgelehnt. 2017 wurde er dann in das Präsidium des Landtags gewählt.

#### 9. Wilko Möller

Möller ist Bundespolizist und Chef der AfD Frankfurt (Oder). Aufsehen erregte er mit einem Facebook-Post, das ihn als jungen Mann mit Helm, Tarnjacke und Waffe zeigt, und das den Spruch trägt: „Klagt nicht, kämpft“. Möller erklärte, das Bild sei nicht als Aufruf zu einem militanten Aufstand gemeint, sondern als Protest gegen Kürzungen bei der Polizei. Die Bundespolizei kam bei einem Disziplinarverfahren zu dem Schluss, dass Möller damit keine Dienstpflichtverletzung begangen habe.

#### 10. Dennis Hohloch

Dennis Hohloch aus Potsdam arbeitet als Grundschullehrer in Berlin. Bevor er 2013 in die AfD eintrat, engagierte er sich in der SPD. Er trat 2018 für die AfD als Oberbürgermeisterkandidat an. Er kam nur auf den vorletzten Platz. Er setzte sich dafür ein, dass rund um den Potsdamer Bahnhof eine Sicherheitszone eingerichtet wird.

#### 11. Franz Wiese

Der kräftige Bayer sitzt für die AfD seit 2014 im Landtag, unter anderem ist er Mitglied im Sonderausschuss BER. Wie die „BZ“ im vergangenen Dezember berichtete, hat Wiese, der als Selbstständiger mit Textilmaschinen handelte, hohe Steuerschulden. Er soll versucht haben, Geld auf ein Auslandskonto zu transferieren, um es vor dem Zugriff des Fiskus zu schützen. Das Finanzamt pfändet seit 2017 einen Teil von Wieses Abgeordnetenbezügen. „Damit nichts verschwinden kann“, wie Wiese einräumte.

#### 12. Daniela Oeynhausen

Daniela Oeynhausen aus Birkenwerder (Oberhavel) ist promovierte Medizinerin und arbeitet für den Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio. Sie war früher Mitglied der Jungen Union. Bei ihrer Bewerbungsrede sagte sie an die Adresse der rot-roten Landesregierung: „Wir jagen sie aus ihren bequemen Sesseln in den Ministerien, wir jagen sie aus ihren verfilzten Seilschaften.“

#### 13. Dominik Kaufner

Kaufner ist Lehrer, Mitglied bei der Haveländer AfD und will sich vor allem in der Bildungspolitik einsetzen. Schulen sollten Sachwissen vermitteln und sollten nicht mit der Lösung gesellschaftlicher Großprobleme belastet werden, sagt er und meint damit etwa Projekte wie die Inklusion oder die Integration von

Flüchtlingskindern. Er warnt vor einer „Frühsexualisierung“ durch die Schulen und fordert „Disziplin und die Anerkennung von Autorität“ in den Klassenzimmern.

#### 14. Thomas Jung

Jung ist seit 2014 Landtagsabgeordneter der AfD und dort unter anderem als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion tätig. Er war einst Landeschef der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und zuvor auch in der CDU aktiv.

#### 15. Volker Nothing

Nothing ist Chef des Kreisverbands Elbe-Elster. Er bezeichnete den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er ist davon überzeugt, dass die Zahlungen an Flüchtlinge den Sozialstaat in den Ruin treiben werden.

#### 16. Hans-Stefan Edler

Edler ist als Schatzmeister Mitglied im Landesvorstand der AfD. Er sitzt im Kreistag von Teltow-Fläming, spricht sich gegen „Akademisierungs- und Genderwahn“ aus und hält an der Braunkohleverstromung fest.

#### 17. Benjamin Filter

Der IT-Experte ist seit 2017 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Der 47-Jahre alte Filter („Filter - wie der deutsche Kaffeefilter“) gehört zu jenen Burschenschaftlern, die aus der Welt der korporierten Studenten eine Machtbasis für die Partei machen wollen - nach österreichischem Vorbild.

#### 18. Ingo Hubatsch

Ingo Hubatsch kommt aus Klettwitz in der Lausitz. Er kandidierte 2018 für die Bürgermeisterwahl von Schipkau. Der Dachdeckermeister unterlag jedoch Amtsinhaber Klaus Priezel (CDU).

#### 19. Leyla Bilge

Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt). dpa/Hirschberger

Die Ex-Sunnitin, die 2017 zum Christentum konvertierte, kommt ursprünglich aus Kurdistan. Sie hat parteiintern Prominentenstatus, weil sie als Kronzeugin aller Islamkritiker gilt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, sagt die 37-Jährige. Sie habe auf Reisen nach Syrien und in den Irak „das tödliche Gesicht des Islam“ gesehen. Im Juni 2018 hatte sie einen „Frauenmarsch“ ins Berliner Regierungsviertel organisiert, um gegen Übergriffe von muslimischen Männern zu protestieren. Kritiker werfen ihr „Fake-Feminismus“ vor. Bilge tritt deutschlandweit als Rednerin auf. Auf dem Parteitag wurde sie kritisiert, weil sie dafür Geld nimmt. Nach Brandenburg zog sie nach eigenen Angaben, um der Verfolgung durch Islamisten zu entgehen.

#### 20. Detlev Frye

Frye ist langjähriger Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion. Er arbeitete früher als Radiomoderator, unter anderem bei dem Berliner Privatsender „Hundert,6“. Im November 2017 wurde Frye zum Bürgermeister von Lebus (Märkisch-Oderland) gewählt. Die Wahl durch die Gemeindeversammlung war nötig geworden, nachdem die Amtsinhaberin und ihre Stellvertreterin ihre Ämter niedergelegt hatten. Frye blieb aber nur wenige Tage im Amt, weil die Kommunalaufsicht die Wahl wegen eines Formfehlers für ungültig erklärte.

Auf den hinteren Listenplätzen kandidieren außerdem: Chaled-Uwe Said, Kathleen Muxel, Roman Kuffert, Lion Edler, Daniel Friese, Lars Günther, Maurice Birnbaum und Cornelia Kampfel.

Bei ihrem Parteitag in Rangsdorf (Teltow-Fläming) hat die Brandenburger AfD nach einem Auszählungs-marathon die Landesliste mit den Kandidaten für die Landtagswahl am 1. September gewählt. Die Kandidaten im Überblick.

#### 1. Andreas Kalbitz

Der ehemalige Fallschirmspringer führt die Fraktion und Partei seit dem Wechsel Alexander Gaulands in die Bundespolitik mit Disziplin. Kalbitz (46) gehört zum völkischen Flügel am rechten Rand der AfD und nahm zuletzt in Chemnitz an der Seite von Thüringens umstrittenem AfD-Chef Björn Höcke an einer Demonstration teil. Intern versucht Kalbitz, der in der Vergangenheit Verbindung zu Neonazi-Organisationen hatte und 2007 an einem Pfingstlager der mittlerweile verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teilnahm, die AfD vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu bewahren. So unterstützt er das Parteiausschlussverfahren gegen einen AfD-Funktionär aus dem Barnim, der in sozialen Medien Posts mit SS-Bezug „geliked“ hatte.

## 2. Christoph Berndt

Ist der große Gewinner des Parteitags. Als Listenweiter ist der Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses „Zukunft Heimat“, das Groß-Kundgebungen in Cottbus organisierte, sicher im Landtag. Der Labormediziner von der Berliner Charité steht für den an Pegida angelehnten Straßenprotest. Seine Positionen haben einen oft verschwörungstheoretischen Hintergrund. Der 61-Jährige unterstellt Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“ und spricht von der „Verwesung“ des Landes. Das brandenburgische Innenministerium sieht in „Zukunft Heimat“ ein Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

## 3. Daniel Freiherr von Lütow

Der Freiherr aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming), der fünf Kinder hat und fünf Jahre bei der Bundeswehr war, will die Kommunen als Machtbasis der Partei ausbauen. Der 44-Jährige schult AfD-Mitglieder landesweit in den Kniffen der Kommunalpolitik, damit die Partei bei der Kommunalwahl im Mai möglichst viele Kandidaten aufstellen kann.

## 4. Birgit Bessin

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. dpa

Die aus Worms in Rheinland-Pfalz gebürtige Landtagsabgeordnete gilt als Bindeglied zwischen den Parteistrukturen und der nicht-organisierten rechten Szene sowie dem AfD-freundlichen Umfeld in den sozialen Medien. Engen Kontakt hält sie zu „Zukunft Heimat“. Bessin ist im Landtag stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hat den AfD-Vorsitz in Teltow-Fläming inne. Sie hat einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftsrecht gemacht.

## 5. Steffen Kubitzki

Der Mitarbeiter eines Kraftwerks holte als Landratskandidat für den Kreis Spree-Neiße in der Stichwahl 39,2 Prozent der Stimmen und sitzt im Landesvorstand der Partei. Beim jüngsten Parteitag war der gebürtige Potsdamer Publikumsliebbling wegen seiner volkstümlichen Art. Er will „das Gesicht der Lausitz“ in der AfD werden.

## 6. Lars Hünich

Hünich ist Landesgeschäftsführer der AfD und organisiert im Landtag Veranstaltungen für die AfD-Fraktion. Jetzt will der Mitarbeiter selbst ein Mandat. Hünich ist für die Parteiorganisation ein wichtiger Mann. Er hatte 2017 etwa die Kundgebung mit AfD-Rechtsaußen Björn Höcke vorm Potsdamer Filmmuseum angemeldet.

## 7. Lena Duggen

Die Anwältin aus Dallgow-Döberitz ist scharfe Islamkritikerin. „Es wächst eine Generation von Kopfabschneider-Kindern heran“, warnt die 31-Jährige auf Facebook. Von 2011 bis 2014 war sie Mitglied in der islamfeindlichen Berliner Bewegung „Die Freiheit“. Sie gehört als AfD-Mitarbeiterin im Landtag zu jenem professionellen Personal aus den Parlamentsbüros, das jetzt selbst Mandate erobern will. Duggen will „die Altparteien das Fürchten lehren“ und ist Generalsekretärin der Erasmus-Stiftung, einer AfD-nahen Fortbildungs-Plattform.

## 8. Andreas Galau

Andreas Galau. dpa/Hirschberger

Andreas Galau zog 2014 in den Landtag ein. Auch er hat eine bunte politische Vita, war in den 80er-Jahren in der CDU, später bei den rechtsextremen Republikanern, dann über 20 Jahre bei der FDP, die er 2013 verließ, als sich die AfD gründete. Der Hennigsdorfer versuchte vergeblich, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag zu werden, dem Kontrollgremium für den Verfassungsschutz. Die SPD hatte Galau wegen seiner Vergangenheit bei den Republikanern strikt abgelehnt. 2017 wurde er dann in das Präsidium des Landtags gewählt.

## 9. Wilko Möller

Möller ist Bundespolizist und Chef der AfD Frankfurt (Oder). Aufsehen erregte er mit einem Facebook-Post, das ihn als jungen Mann mit Helm, Tarnjacke und Waffe zeigt, und das den Spruch trägt: „Klagt nicht, kämpft“. Möller erklärte, das Bild sei nicht als Aufruf zu einem militanten Aufstand gemeint, sondern als Protest gegen Kürzungen bei der Polizei. Die Bundespolizei kam bei einem Disziplinarverfahren zu dem Schluss, dass Möller damit keine Dienstpflichtverletzung begangen habe.

## 10. Dennis Hohloch

Dennis Hohloch aus Potsdam arbeitet als Grundschullehrer in Berlin. Bevor er 2013 in die AfD eintrat, engagierte er sich in der SPD. Er trat 2018 für die AfD als Oberbürgermeisterkandidat an. Er kam nur auf den vorletzten Platz. Er setzte sich dafür ein, dass rund um den Potsdamer Bahnhof eine Sicherheitszone eingerichtet wird.

#### 11. Franz Wiese

Der kräftige Bayer sitzt für die AfD seit 2014 im Landtag, unter anderem ist er Mitglied im Sonderausschuss BER. Wie die „BZ“ im vergangenen Dezember berichtete, hat Wiese, der als Selbstständiger mit Textilmaschinen handelte, hohe Steuerschulden. Er soll versucht haben, Geld auf ein Auslandskonto zu transferieren, um es vor dem Zugriff des Fiskus zu schützen. Das Finanzamt pfändet seit 2017 einen Teil von Wieses Abgeordnetenbezügen. „Damit nichts verschwinden kann“, wie Wiese einräumte.

#### 12. Daniela Oeynhausen

Daniela Oeynhausen aus Birkenwerder (Oberhavel) ist promovierte Medizinerin und arbeitet für den Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio. Sie war früher Mitglied der Jungen Union. Bei ihrer Bewerbungsrede sagte sie an die Adresse der rot-roten Landesregierung: „Wir jagen sie aus ihren bequemen Sesseln in den Ministerien, wir jagen sie aus ihren verfilzten Seilschaften.“

#### 13. Dominik Kaufner

Kaufner ist Lehrer, Mitglied bei der Haveländer AfD und will sich vor allem in der Bildungspolitik einsetzen. Schulen sollten Sachwissen vermitteln und sollten nicht mit der Lösung gesellschaftlicher Großprobleme belastet werden, sagt er und meint damit etwa Projekte wie die Inklusion oder die Integration von Flüchtlingskindern. Er warnt vor einer „Frühsexualisierung“ durch die Schulen und fordert „Disziplin und die Anerkennung von Autorität“ in den Klassenzimmern.

#### 14. Thomas Jung

Jung ist seit 2014 Landtagsabgeordneter der AfD und dort unter anderem als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion tätig. Er war einst Landeschef der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und zuvor auch in der CDU aktiv.

#### 15. Volker Nothing

Nothing ist Chef des Kreisverbands Elbe-Elster. Er bezeichnete den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er ist davon überzeugt, dass die Zahlungen an Flüchtlinge den Sozialstaat in den Ruin treiben werden.

#### 16. Hans-Stefan Edler

Edler ist als Schatzmeister Mitglied im Landesvorstand der AfD. Er sitzt im Kreistag von Teltow-Fläming, spricht sich gegen „Akademisierungs- und Genderwahn“ aus und hält an der Braunkohleverstromung fest.

#### 17. Benjamin Filter

Der IT-Experte ist seit 2017 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Der 47-Jahre alte Filter („Filter - wie der deutsche Kaffeefilter“) gehört zu jenen Burschenschaftlern, die aus der Welt der korporierten Studenten eine Machtbasis für die Partei machen wollen - nach österreichischem Vorbild.

#### 18. Ingo Hubatsch

Ingo Hubatsch kommt aus Klettwitz in der Lausitz. Er kandidierte 2018 für die Bürgermeisterwahl von Schipkau. Der Dachdeckermeister unterlag jedoch Amtsinhaber Klaus Prietzel (CDU).

#### 19. Leyla Bilge

Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt). dpa/Hirschberger

Die Ex-Sunnitin, die 2017 zum Christentum konvertierte, kommt ursprünglich aus Kurdistan. Sie hat parteiintern Prominentenstatus, weil sie als Kronzeugin aller Islamkritiker gilt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, sagt die 37-Jährige. Sie habe auf Reisen nach Syrien und in den Irak „das tödliche Gesicht des Islam“ gesehen. Im Juni 2018 hatte sie einen „Frauenmarsch“ ins Berliner Regierungsviertel organisiert, um gegen Übergriffe von muslimischen Männern zu protestieren. Kritiker werfen ihr „Fake-Feminismus“ vor. Bilge tritt deutschlandweit als Rednerin auf. Auf dem Parteitag wurde sie kritisiert, weil sie dafür Geld nimmt. Nach Brandenburg zog sie nach eigenen Angaben, um der Verfolgung durch Islamisten zu entgehen.

#### 20. Detlev Frye

Frye ist langjähriger Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion. Er arbeitete früher als Radiomoderator, unter anderem bei dem Berliner Privatsender „Hundert,6“. Im November 2017 wurde Frye zum Bürgermeister von Lebus (Märkisch-Oderland) gewählt. Die Wahl durch die Gemeindeversammlung war nötig geworden, nachdem die Amtsinhaberin und ihre Stellvertreterin ihre Ämter niedergelegt hatten. Frye blieb aber nur wenige Tage im Amt, weil die Kommunalaufsicht die Wahl wegen eines Formfehlers für ungültig erklärte.

Auf den hinteren Listenplätzen kandidieren außerdem: Chaled-Uwe Said, Kathleen Muxel, Roman Kuffert, Lion Edler, Daniel Friese, Lars Günther, Maurice Birnbaum und Cornelia Kampfel.

Bei ihrem Parteitag in Rangsdorf (Teltow-Fläming) hat die Brandenburger AfD nach einem Auszählungs-marathon die Landesliste mit den Kandidaten für die Landtagswahl am 1. September gewählt. Die Kandidaten im Überblick.

#### 1. Andreas Kalbitz

Der ehemalige Fallschirmspringer führt die Fraktion und Partei seit dem Wechsel Alexander Gaulands in die Bundespolitik mit Disziplin. Kalbitz (46) gehört zum völkischen Flügel am rechten Rand der AfD und nahm zuletzt in Chemnitz an der Seite von Thüringens umstrittenem AfD-Chef Björn Höcke an einer Demonstration teil. Intern versucht Kalbitz, der in der Vergangenheit Verbindung zu Neonazi-Organisationen hatte und 2007 an einem Pflanzlager der mittlerweile verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teilnahm, die AfD vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu bewahren. So unterstützt er das Parteiausschlussverfahren gegen einen AfD-Funktionär aus dem Barnim, der in sozialen Medien Posts mit SS-Bezug „geliked“ hatte.

#### 2. Christoph Berndt

Ist der große Gewinner des Parteitags. Als Listenzweiter ist der Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses „Zukunft Heimat“, das Groß-Kundgebungen in Cottbus organisierte, sicher im Landtag. Der Labormediziner von der Berliner Charité steht für den an Pegida angelehnten Straßenprotest. Seine Positionen haben einen oft verschwörungstheoretischen Hintergrund. Der 61-Jährige unterstellt Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“ und spricht von der „Verwesung“ des Landes. Das brandenburgische Innenministerium sieht in „Zukunft Heimat“ ein Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

#### 3. Daniel Freiherr von Lützow

Der Freiherr aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming), der fünf Kinder hat und fünf Jahre bei der Bundeswehr war, will die Kommunen als Machtbasis der Partei ausbauen. Der 44-Jährige schult AfD-Mitglieder landesweit in den Kniffen der Kommunalpolitik, damit die Partei bei der Kommunalwahl im Mai möglichst viele Kandidaten aufstellen kann.

#### 4. Birgit Bessin

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. dpa

Die aus Worms in Rheinland-Pfalz gebürtige Landtagsabgeordnete gilt als Bindeglied zwischen den Parteistrukturen und der nicht-organisierten rechten Szene sowie dem AfD-freundlichen Umfeld in den sozialen Medien. Engen Kontakt hält sie zu „Zukunft Heimat“. Bessin ist im Landtag stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hat den AfD-Vorsitz in Teltow-Fläming inne. Sie hat einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftsrecht gemacht.

#### 5. Steffen Kubitzki

Der Mitarbeiter eines Kraftwerks holte als Landratskandidat für den Kreis Spree-Neiße in der Stichwahl 39,2 Prozent der Stimmen und sitzt im Landesvorstand der Partei. Beim jüngsten Parteitag war der gebürtige Potsdamer Publikumsliebhaber wegen seiner volkstümlichen Art. Er will „das Gesicht der Lausitz“ in der AfD werden.

#### 6. Lars Hünich

Hünich ist Landesgeschäftsführer der AfD und organisiert im Landtag Veranstaltungen für die AfD-Fraktion. Jetzt will der Mitarbeiter selbst ein Mandat. Hünich ist für die Parteiorganisation ein wichtiger Mann. Er hatte 2017 etwa die Kundgebung mit AfD-Rechtsaußen Björn Höcke vorm Potsdamer Filmmuseum angemeldet.

#### 7. Lena Duggen

Die Anwältin aus Dallgow-Döberitz ist scharfe Islamkritikerin. „Es wächst eine Generation von Kopfabschneider-Kindern heran“, warnt die 31-Jährige auf Facebook. Von 2011 bis 2014 war sie Mitglied in

der islamfeindlichen Berliner Bewegung „Die Freiheit“. Sie gehört als AfD-Mitarbeiterin im Landtag zu jenem professionellen Personal aus den Parlamentsbüros, das jetzt selbst Mandate erobern will. Duggen will „die Altparteien das Fürchten lehren“ und ist Generalsekretärin der Erasmus-Stiftung, einer AfD-nahen Fortbildungs-Plattform.

#### 8. Andreas Galau

Andreas Galau. dpa/Hirschberger

Andreas Galau zog 2014 in den Landtag ein. Auch er hat eine bunte politische Vita, war in den 80er-Jahren in der CDU, später bei den rechtsextremen Republikanern, dann über 20 Jahre bei der FDP, die er 2013 verließ, als sich die AfD gründete. Der Hennigsdorfer versuchte vergeblich, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag zu werden, dem Kontrollgremium für den Verfassungsschutz. Die SPD hatte Galau wegen seiner Vergangenheit bei den Republikanern strikt abgelehnt. 2017 wurde er dann in das Präsidium des Landtags gewählt.

#### 9. Wilko Möller

Möller ist Bundespolizist und Chef der AfD Frankfurt (Oder). Aufsehen erregte er mit einem Facebook-Post, das ihn als jungen Mann mit Helm, Tarnjacke und Waffe zeigt, und das den Spruch trägt: „Klagt nicht, kämpft“. Möller erklärte, das Bild sei nicht als Aufruf zu einem militanten Aufstand gemeint, sondern als Protest gegen Kürzungen bei der Polizei. Die Bundespolizei kam bei einem Disziplinarverfahren zu dem Schluss, dass Möller damit keine Dienstpflichtverletzung begangen habe.

#### 10. Dennis Hohloch

Dennis Hohloch aus Potsdam arbeitet als Grundschullehrer in Berlin. Bevor er 2013 in die AfD eintrat, engagierte er sich in der SPD. Er trat 2018 für die AfD als Oberbürgermeisterkandidat an. Er kam nur auf den vorletzten Platz. Er setzte sich dafür ein, dass rund um den Potsdamer Bahnhof eine Sicherheitszone eingerichtet wird.

#### 11. Franz Wiese

Der kräftige Bayer sitzt für die AfD seit 2014 im Landtag, unter anderem ist er Mitglied im Sonderausschuss BER. Wie die „BZ“ im vergangenen Dezember berichtete, hat Wiese, der als Selbstständiger mit Textilmaschinen handelte, hohe Steuerschulden. Er soll versucht haben, Geld auf ein Auslandskonto zu transferieren, um es vor dem Zugriff des Fiskus zu schützen. Das Finanzamt pfändet seit 2017 einen Teil von Wieses Abgeordnetenbezügen. „Damit nichts verschwinden kann“, wie Wiese einräumte.

#### 12. Daniela Oeynhausen

Daniela Oeynhausen aus Birkenwerder (Oberhavel) ist promovierte Medizinerin und arbeitet für den Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio. Sie war früher Mitglied der Jungen Union. Bei ihrer Bewerbungsrede sagte sie an die Adresse der rot-roten Landesregierung: „Wir jagen sie aus ihren bequemen Sesseln in den Ministerien, wir jagen sie aus ihren verfilzten Seilschaften.“

#### 13. Dominik Kaufner

Kaufner ist Lehrer, Mitglied bei der Haveländer AfD und will sich vor allem in der Bildungspolitik einsetzen. Schulen sollten Sachwissen vermitteln und sollten nicht mit der Lösung gesellschaftlicher Großprobleme belastet werden, sagt er und meint damit etwa Projekte wie die Inklusion oder die Integration von Flüchtlingskindern. Er warnt vor einer „Frühsexualisierung“ durch die Schulen und fordert „Disziplin und die Anerkennung von Autorität“ in den Klassenzimmern.

#### 14. Thomas Jung

Jung ist seit 2014 Landtagsabgeordneter der AfD und dort unter anderem als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion tätig. Er war einst Landeschef der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und zuvor auch in der CDU aktiv.

#### 15. Volker Nothing

Nothing ist Chef des Kreisverbands Elbe-Elster. Er bezeichnete den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er ist davon überzeugt, dass die Zahlungen an Flüchtlinge den Sozialstaat in den Ruin treiben werden.

#### 16. Hans-Stefan Edler

Edler ist als Schatzmeister Mitglied im Landesvorstand der AfD. Er sitzt im Kreistag von Teltow-Fläming, spricht sich gegen „Akademisierungs- und Genderwahn“ aus und hält an der Braunkohleverstromung fest.

#### 17. Benjamin Filter

Der IT-Experte ist seit 2017 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Der 47-Jahre alte Filter („Filter - wie der deutsche Kaffeefilter“) gehört zu jenen Burschenschaftlern, die aus der Welt der korporierten Studenten eine Machtbasis für die Partei machen wollen - nach österreichischem Vorbild.

#### 18. Ingo Hubatsch

Ingo Hubatsch kommt aus Klettwitz in der Lausitz. Er kandidierte 2018 für die Bürgermeisterwahl von Schipkau. Der Dachdeckermeister unterlag jedoch Amtsinhaber Klaus Prietzel (CDU).

#### 19. Leyla Bilge

Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt). dpa/Hirschberger

Die Ex-Sunnitin, die 2017 zum Christentum konvertierte, kommt ursprünglich aus Kurdistan. Sie hat parteiintern Prominentenstatus, weil sie als Kronzeugin aller Islamkritiker gilt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, sagt die 37-Jährige. Sie habe auf Reisen nach Syrien und in den Irak „das tödliche Gesicht des Islam“ gesehen. Im Juni 2018 hatte sie einen „Frauenmarsch“ ins Berliner Regierungsviertel organisiert, um gegen Übergriffe von muslimischen Männern zu protestieren. Kritiker werfen ihr „Fake-Feminismus“ vor. Bilge tritt deutschlandweit als Rednerin auf. Auf dem Parteitag wurde sie kritisiert, weil sie dafür Geld nimmt. Nach Brandenburg zog sie nach eigenen Angaben, um der Verfolgung durch Islamisten zu entgehen.

#### 20. Detlev Frye

Frye ist langjähriger Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion. Er arbeitete früher als Radiomoderator, unter anderem bei dem Berliner Privatsender „Hundert,6“. Im November 2017 wurde Frye zum Bürgermeister von Lebus (Märkisch-Oderland) gewählt. Die Wahl durch die Gemeindeversammlung war nötig geworden, nachdem die Amtsinhaberin und ihre Stellvertreterin ihre Ämter niedergelegt hatten. Frye blieb aber nur wenige Tage im Amt, weil die Kommunalaufsicht die Wahl wegen eines Formfehlers für ungültig erklärte.

Auf den hinteren Listenplätzen kandidieren außerdem: Chaled-Uwe Said, Kathleen Muxel, Roman Kuffert, Lion Edler, Daniel Friese, Lars Günther, Maurice Birnbaum und Cornelia Kampfel.

Bei ihrem Parteitag in Rangsdorf (Teltow-Fläming) hat die Brandenburger AfD nach einem Auszählungsmarathon die Landesliste mit den Kandidaten für die Landtagswahl am 1. September gewählt. Die Kandidaten im Überblick.

#### 1. Andreas Kalbitz

Der ehemalige Fallschirmspringer führt die Fraktion und Partei seit dem Wechsel Alexander Gaulands in die Bundespolitik mit Disziplin. Kalbitz (46) gehört zum völkischen Flügel am rechten Rand der AfD und nahm zuletzt in Chemnitz an der Seite von Thüringens umstrittenem AfD-Chef Björn Höcke an einer Demonstration teil. Intern versucht Kalbitz, der in der Vergangenheit Verbindung zu Neonazi-Organisationen hatte und 2007 an einem Pfingstlager der mittlerweile verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teilnahm, die AfD vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu bewahren. So unterstützt er das Parteiausschlussverfahren gegen einen AfD-Funktionär aus dem Barnim, der in sozialen Medien Posts mit SS-Bezug „geliked“ hatte.

#### 2. Christoph Berndt

Ist der große Gewinner des Parteitags. Als Listenzweiter ist der Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses „Zukunft Heimat“, das Groß-Kundgebungen in Cottbus organisierte, sicher im Landtag. Der Labormediziner von der Berliner Charité steht für den an Pegida angelehnten Straßenprotest. Seine Positionen haben einen oft verschwörungstheoretischen Hintergrund. Der 61-Jährige unterstellt Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“ und spricht von der „Verwesung“ des Landes. Das brandenburgische Innenministerium sieht in „Zukunft Heimat“ ein Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

#### 3. Daniel Freiherr von Lützow

Der Freiherr aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming), der fünf Kinder hat und fünf Jahre bei der Bundeswehr war, will die Kommunen als Machtbasis der Partei ausbauen. Der 44-Jährige schult AfD-Mitglieder landesweit in den Kniffen der Kommunalpolitik, damit die Partei bei der Kommunalwahl im Mai möglichst viele Kandidaten aufstellen kann.

#### 4. Birgit Bessin

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. dpa

Die aus Worms in Rheinland-Pfalz gebürtige Landtagsabgeordnete gilt als Bindeglied zwischen den Parteistrukturen und der nicht-organisierten rechten Szene sowie dem AfD-freundlichen Umfeld in den sozialen Medien. Engen Kontakt hält sie zu „Zukunft Heimat“. Bessin ist im Landtag stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hat den AfD-Vorsitz in Teltow-Fläming inne. Sie hat einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftsrecht gemacht.

#### 5. Steffen Kubitzki

Der Mitarbeiter eines Kraftwerks holte als Landratskandidat für den Kreis Spree-Neiße in der Stichwahl 39,2 Prozent der Stimmen und sitzt im Landesvorstand der Partei. Beim jüngsten Parteitag war der gebürtige Potsdamer Publikumsliebhaber wegen seiner volkstümlichen Art. Er will „das Gesicht der Lausitz“ in der AfD werden.

#### 6. Lars Hünich

Hünich ist Landesgeschäftsführer der AfD und organisiert im Landtag Veranstaltungen für die AfD-Fraktion. Jetzt will der Mitarbeiter selbst ein Mandat. Hünich ist für die Parteiorganisation ein wichtiger Mann. Er hatte 2017 etwa die Kundgebung mit AfD-Rechtsaußen Björn Höcke vorm Potsdamer Filmmuseum angemeldet.

#### 7. Lena Duggen

Die Anwältin aus Dallgow-Döberitz ist scharfe Islamkritikerin. „Es wächst eine Generation von Kopfabschneider-Kindern heran“, warnt die 31-Jährige auf Facebook. Von 2011 bis 2014 war sie Mitglied in der islamfeindlichen Berliner Bewegung „Die Freiheit“. Sie gehört als AfD-Mitarbeiterin im Landtag zu jenem professionellen Personal aus den Parlamentsbüros, das jetzt selbst Mandate erobern will. Duggen will „die Altparteien das Fürchten lehren“ und ist Generalsekretärin der Erasmus-Stiftung, einer AfD-nahen Fortbildungs-Plattform.

#### 8. Andreas Galau

Andreas Galau. dpa/Hirschberger

Andreas Galau zog 2014 in den Landtag ein. Auch er hat eine bunte politische Vita, war in den 80er-Jahren in der CDU, später bei den rechtsextremen Republikanern, dann über 20 Jahre bei der FDP, die er 2013 verließ, als sich die AfD gründete. Der Hennigsdorfer versuchte vergeblich, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag zu werden, dem Kontrollgremium für den Verfassungsschutz. Die SPD hatte Galau wegen seiner Vergangenheit bei den Republikanern strikt abgelehnt. 2017 wurde er dann in das Präsidium des Landtags gewählt.

#### 9. Wilko Möller

Möller ist Bundespolizist und Chef der AfD Frankfurt (Oder). Aufsehen erregte er mit einem Facebook-Post, das ihn als jungen Mann mit Helm, Tarnjacke und Waffe zeigt, und das den Spruch trägt: „Klagt nicht, kämpft“. Möller erklärte, das Bild sei nicht als Aufruf zu einem militanten Aufstand gemeint, sondern als Protest gegen Kürzungen bei der Polizei. Die Bundespolizei kam bei einem Disziplinarverfahren zu dem Schluss, dass Möller damit keine Dienstpflichtverletzung begangen habe.

#### 10. Dennis Hohloch

Dennis Hohloch aus Potsdam arbeitet als Grundschullehrer in Berlin. Bevor er 2013 in die AfD eintrat, engagierte er sich in der SPD. Er trat 2018 für die AfD als Oberbürgermeisterkandidat an. Er kam nur auf den vorletzten Platz. Er setzte sich dafür ein, dass rund um den Potsdamer Bahnhof eine Sicherheitszone eingerichtet wird.

#### 11. Franz Wiese

Der kräftige Bayer sitzt für die AfD seit 2014 im Landtag, unter anderem ist er Mitglied im Sonderausschuss BER. Wie die „BZ“ im vergangenen Dezember berichtete, hat Wiese, der als Selbstständiger mit Textilmaschinen handelte, hohe Steuerschulden. Er soll versucht haben, Geld auf ein Auslandskonto zu transferieren, um es vor dem Zugriff des Fiskus zu schützen. Das Finanzamt pfändet seit 2017 einen Teil von Wieses Abgeordnetenbezügen. „Damit nichts verschwinden kann“, wie Wiese einräumte.

#### 12. Daniela Oeynhausen

Daniela Oeynhausen aus Birkenwerder (Oberhavel) ist promovierte Medizinerin und arbeitet für den Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio. Sie war früher Mitglied der Jungen Union. Bei ihrer Bewerbungsrede sagte sie an die Adresse der rot-roten Landesregierung: „Wir jagen sie aus ihren bequemen Sesseln in den Ministerien, wir jagen sie aus ihren verfilzten Seilschaften.“

#### 13. Dominik Kaufner

Kaufner ist Lehrer, Mitglied bei der Haveländer AfD und will sich vor allem in der Bildungspolitik einsetzen. Schulen sollten Sachwissen vermitteln und sollten nicht mit der Lösung gesellschaftlicher Großprobleme belastet werden, sagt er und meint damit etwa Projekte wie die Inklusion oder die Integration von Flüchtlingskindern. Er warnt vor einer „Frühsexualisierung“ durch die Schulen und fordert „Disziplin und die Anerkennung von Autorität“ in den Klassenzimmern.

#### 14. Thomas Jung

Jung ist seit 2014 Landtagsabgeordneter der AfD und dort unter anderem als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion tätig. Er war einst Landeschef der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und zuvor auch in der CDU aktiv.

#### 15. Volker Nothing

Nothing ist Chef des Kreisverbands Elbe-Elster. Er bezeichnete den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er ist davon überzeugt, dass die Zahlungen an Flüchtlinge den Sozialstaat in den Ruin treiben werden.

#### 16. Hans-Stefan Edler

Edler ist als Schatzmeister Mitglied im Landesvorstand der AfD. Er sitzt im Kreistag von Teltow-Fläming, spricht sich gegen „Akademisierungs- und Genderwahn“ aus und hält an der Braunkohleverstromung fest.

#### 17. Benjamin Filter

Der IT-Experte ist seit 2017 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Der 47-Jahre alte Filter („Filter - wie der deutsche Kaffeefilter“) gehört zu jenen Burschenschaftlern, die aus der Welt der korporierten Studenten eine Machtbasis für die Partei machen wollen - nach österreichischem Vorbild.

#### 18. Ingo Hubatsch

Ingo Hubatsch kommt aus Klettwitz in der Lausitz. Er kandidierte 2018 für die Bürgermeisterwahl von Schipkau. Der Dachdeckermeister unterlag jedoch Amtsinhaber Klaus Prietzel (CDU).

#### 19. Leyla Bilge

Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt). dpa/Hirschberger

Die Ex-Sunnitin, die 2017 zum Christentum konvertierte, kommt ursprünglich aus Kurdistan. Sie hat parteiintern Prominentenstatus, weil sie als Kronzeugin aller Islamkritiker gilt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, sagt die 37-Jährige. Sie habe auf Reisen nach Syrien und in den Irak „das tödliche Gesicht des Islam“ gesehen. Im Juni 2018 hatte sie einen „Frauenmarsch“ ins Berliner Regierungsviertel organisiert, um gegen Übergriffe von muslimischen Männern zu protestieren. Kritiker werfen ihr „Fake-Feminismus“ vor. Bilge tritt deutschlandweit als Rednerin auf. Auf dem Parteitag wurde sie kritisiert, weil sie dafür Geld nimmt. Nach Brandenburg zog sie nach eigenen Angaben, um der Verfolgung durch Islamisten zu entgehen.

#### 20. Detlev Frye

Frye ist langjähriger Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion. Er arbeitete früher als Radiomoderator, unter anderem bei dem Berliner Privatsender „Hundert,6“. Im November 2017 wurde Frye zum Bürgermeister von Lebus (Märkisch-Oderland) gewählt. Die Wahl durch die Gemeindeversammlung war nötig geworden, nachdem die Amtsinhaberin und ihre Stellvertreterin ihre Ämter niedergelegt hatten. Frye blieb aber nur wenige Tage im Amt, weil die Kommunalaufsicht die Wahl wegen eines Formfehlers für ungültig erklärte.

Auf den hinteren Listenplätzen kandidieren außerdem: Chaled-Uwe Said, Kathleen Muxel, Roman Kuffert, Lion Edler, Daniel Friese, Lars Günther, Maurice Birnbaum und Cornelia Kampfel.

Bei ihrem Parteitag in Rangsdorf (Teltow-Fläming) hat die Brandenburger AfD die Liste mit den Kandidaten für die Landtagswahl am 1. September gewählt. Erst am Montagmorgen stand fest: Landeschef Andreas Kalbitz wird Spitzenkandidat. Das Ergebnis war denkbar knapp. Er liegt nur mit fünf Stimmen vor dem Überraschungsbewerber Christoph Berndt (Zukunft Heimat). Die MAZ stellt ausgewählte Kandidaten vor.

#### Andreas Kalbitz (Platz 1)

Der ehemalige Fallschirmspringer führt die Fraktion und Partei mit Disziplin. Kalbitz (46) gehört zum völkischen Flügel am rechten Rand der AfD und nahm zuletzt in Chemnitz an der Seite von Thüringens umstrittenem AfD-Chef Björn Höcke an einer Demonstration teil. Intern versucht Kalbitz, der 2007 an einem Pfingstlager der mittlerweile verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teilnahm, die AfD vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu bewahren.

#### Christoph Berndt (Platz 2)

Er ist der Gewinner des Parteitag. Als Listenzweiter ist der Chef des fremdenfeindlichen Bündnisses „Zukunft Heimat“, das Groß-Kundgebungen in Cottbus organisierte, sicher im Landtag. Der Labormediziner von der Berliner Charité steht für den an Pegida angelehnten Straßenprotest. Der 61-Jährige unterstellt Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“ und spricht von der „Verwesung“ des Landes. Das Innenministerium sieht in „Zukunft Heimat“ ein Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

#### Daniel Freiherr von Lützow (Platz 3)

Der Freiherr aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming), der fünf Kinder hat und bei der Bundeswehr war, will die Kommunen als Machtbasis der Partei ausbauen. Der 44-Jährige schult AfD-Mitglieder landesweit in den Kniffen der Kommunalpolitik, damit die Partei bei der Kommunalwahl im Mai möglichst viele Kandidaten aufstellen kann.

#### Birgit Bessin (Platz 4)

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. dpa

Die Landtagsabgeordnete gilt als Bindeglied zwischen den Parteistrukturen und der nicht-organisierten rechten Szene sowie dem AfD-freundlichen Umfeld in den sozialen Medien. Engen Kontakt hält sie zu „Zukunft Heimat“. Bessin ist im Landtag stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hat den AfD-Vorsitz in Teltow-Fläming inne.

#### Lena Duggen (Platz 7)

Die Anwältin aus Dallgow-Döberitz ist scharfe Islamkritikerin. „Es wächst eine Generation von Kopfabsteher-Kindern heran“, warnt die 31-Jährige auf Facebook. Von 2011 bis 2014 war sie Mitglied in der islamfeindlichen Berliner Bewegung „Die Freiheit“. Sie gehört als AfD-Mitarbeiterin im Landtag zu jenem professionellen Personal aus den Parlamentsbüros, das jetzt selbst Mandate erobern will.

#### Andreas Galau (Platz 8)

Andreas Galau. dpa/Hirschberger

Andreas Galau, seit 2014 im Landtag, hat eine bunte politische Vita: CDU, Republikaner, zwei Jahrzehnte FDP, seit 2013 AfD. Der Hennigsdorfer versuchte vergeblich, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag zu werden, dem Kontrollgremium für den Verfassungsschutz. 2017 wurde er dann in das Präsidium des Landtags gewählt.

#### Wilko Möller (Platz 9)

Möller ist Bundespolizist und Chef der AfD Frankfurt (Oder). Aufsehen erregte er mit einem Facebook-Post, das ihn als jungen Mann mit Helm, Tarnjacke, Waffe und dem Spruch zeigt: „Klagt nicht, kämpft“. Möller erklärte, das Bild sei kein Aufruf zu einem militanten Aufstand, sondern ein Protest gegen Kürzungen bei der Polizei. Die Bundespolizei kam bei einem Disziplinarverfahren zu dem Schluss, dass Möller damit keine Dienstpflichtverletzung begangen habe.

#### Franz Wiese (Platz 11)

Der kräftige Bayer sitzt für die AfD seit 2014 im Landtag, unter anderem als Mitglied im Sonderausschuss BER. Wie die „BZ“ im Dezember berichtete, hat Wiese hohe Steuerschulden. Das Finanzamt pfändet seit 2017 einen Teil von Wieses Abgeordnetenbezügen. „Damit nichts verschwinden kann“, wie Wiese einräumte.

#### Volker Nothing (Platz 15)

Nothing ist Chef des Kreisverbands Elbe-Elster. Er bezeichnete den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er ist davon überzeugt, dass die Zahlungen an Flüchtlinge den Sozialstaat in den Ruin treiben werden.

Benjamin Filter (Platz 17)

Der IT-Experte ist seit 2017 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Der 47-Jährige gehört zu jenen Burschenschaftlern, die aus der Welt der korporierten Studenten eine Machtbasis für die Partei machen wollen - nach österreichischem Vorbild.

Leyla Bilge (Platz 19)

Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt). dpa/Hirschberger

Die Ex-Sunnitin, die 2017 zum Christentum konvertierte, kommt ursprünglich aus Kurdistan. Sie hat parteiintern Prominentenstatus, weil sie als Kronzeugin aller Islamkritiker gilt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, sagt die 37-Jährige. Im Juni 2018 hatte sie einen „Frauenmarsch“ ins Berliner Regierungsviertel organisiert, um gegen Übergriffe von muslimischen Männern zu protestieren.

20. Detlev Frye (Platz 20)

Frye ist langjähriger Pressesprecher der AfD. Er arbeitete früher als Radiomoderator, unter anderem beim RBB. Im November 2017 wurde Frye zum Bürgermeister von Lebus (Märkisch-Oderland) gewählt. Die Wahl durch die Gemeindeversammlung war nötig, nachdem die Amtsinhaberin und ihre Stellvertreterin ihre Ämter niedergelegt hatten. Frye blieb aber nur wenige Tage im Amt, weil die Kommunalaufsicht die Wahl wegen eines Formfehlers für ungültig erklärte.

file6xkhunfvtd510779hjq.jpg Birgit Bessin file6xyy8ebngxh6rwk47g8.jpg Christoph Berndt  
file6yzcewy4e127c3a0m3k.jpg Franz Wiese file6qa367266lge7dk5g8p.jpg Daniel Freiherr von Lützwow  
file73jbi5u67htbj91cffh.jpg Wilko Möller file6v1j3m7pswke0j0mink.jpg Leyla Bilge  
file6wa8a76zkyuu8xye1vj.jpg file73jbnxic6lt2fywdffh.jpg file73j5e1lgopzgm7bfet.jpg Detlev Frye  
file6rk52ln6wbk1a3n9ujg.jpg dpa Die Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im  
Brandenburger Landtag, Birgit Bessin. file6oi6o8ns90016ejbw6jr.jpg dpa/Hirschberger Andreas Galau.  
file71uig0h9dyq1ivzbuid0.jpg dpa/Hirschberger Leyla Bilge (M.) bei einer Demonstration in Köthen  
(Sachsen-Anhalt).

Dokument MARKAL0020190108ef18000a2

## So oft und so lange reden Brandenburgs Politiker im Bundestag; Viel- und Wenigredner

834 Wörter

20 November 2018

08:47

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

25 Abgeordnete aus Brandenburg sitzen im deutschen Parlament in Berlin. Ihre Präsenz am Rednerpult ist sehr unterschiedlich.

Das Parlament ist ein Ort des demokratischen Austauschs, von Rede und Gegenrede. Wer als Abgeordneter in den Bundestag gewählt wird, muss in der Lage sein, seine Argumente vor dem Hohen Haus vorzutragen. Doch nicht alle Abgeordneten stehen gleich oft am Pult, es gibt große Unterschiede, die mit der jeweiligen Rolle in der Fraktion, aber durchaus auch mit den Fähigkeiten als Redner zu tun haben.

Im Vergleich aller Brandenburger Bundestagsabgeordneten steht die FDP-Politikerin Linda Teuteberg (FDP) am häufigsten vor dem Plenum. 18 Reden hat die 37-Jährige seit Beginn der Legislaturperiode gehalten. Das ergibt sich aus der Parlamentsdokumentation des Bundestags. Schwerpunkt der Redebeiträge der Potsdamer Anwältin ist dabei die Asylpolitik – vom Verhältnis zum Islam („nicht jede Islamkritik ist schon islamophob“) bis zum Umgang mit der AfD („Ihre Sprache entlarvt Sie!“) äußert sich Teuteberg zu vielen Aspekten des politisch heiklen Themenbereichs – das ist auch ihr Job als migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

29785634

AfD-Chef Gauland redet am längsten

Als Fraktionsvorsitzender hat AfD-Mann Alexander Gauland mit 14 Reden den zweithöchsten Wert unter den Märkern im Bundestag vorzuweisen. Dabei redet er gern doppelt so lang wie Teuteberg - auch gern zum Thema Asylbewerber. Mit knapp 13 Minuten hielt der 77-Jährige am 12. September die längste Rede aller Brandenburger Parlamentarier („Es hat in Chemnitz keine Menschenjagden gegeben!“). Zwischenfragen ließ er nicht zu („Ich möchte geschlossen vortragen“). Gaulands Look war in allen 14 Debatten gleich: Tweed und Hundekrawatte.

An dritter Stelle liegt mit zehn Wortmeldungen Klaus-Peter Schulze (CDU), der die Ausbreitung des Wolfs und andere Naturschutzthemen anspricht: („In meinem Wahlkreis gibt es noch zwei Reliktvorkommen der osteuropäischen Smaragdeidechse“). Der ehemalige Bürgermeister von Spremberg hat angesichts der hitzigen Debatte um die Braunkohle derzeit ein besonderes Mitteilungsbedürfnis.

Mitglieder der AfD-Fraktion haben einen hohen Redebedarf (Steffen Kotré und Norbert Kleinwächter: je 9 Reden), Roman Reusch und René Springer kommen auf 8 Beiträge – ebenso die sendungsbewusste Digital-Spezialistin der Linksfraktion Anke Domscheit-Berg sowie ihr Fraktionskollege Norbert Müller (beide 8 Reden).

Einige Brandenburger Bundestagsabgeordneten sind fast gar nicht zu Wort gekommen. So hat der Linken-Abgeordnete Thomas Nord, bis Juni 2018 Bundesschatzmeister seiner Partei, in der laufenden Legislaturperiode noch kein einziges Mal gesprochen. Nord war allerdings lange Zeit krank und auch in der Klinik. „Daher hat er häufig in Sitzungswochen und auch bei namentlichen Abstimmungen gefehlt. Für alle Fehltageliegen dem Bundestagspräsidenten ordentliche Entschuldigungen vor“, teilt sein Büro auf Anfrage mit.

Frau Tiemann will es leiser

Die CDU-Parlamentarier Hans-Georg von der Marwitz („Digitalisierung in der Landwirtschaft“) und Dietlind Tiemann kommen auf genau einen angemeldeten Redebeitrag, ebenso ihre SPD-Kollegen Dagmar Ziegler und Ulrich Freese. Tiemann äußerte in ihrer ersten und bislang einzigen Ansprache am 22. März im Bundestag, es sei „etwas ganz Besonderes“, dort zu sprechen. Sie hätte es als Oberbürgermeisterin von Brandenburg/Havel bislang eher mit Landräten und Stadtverordneten zu tun gehabt. Dennoch ihr Rat als Novizin ans Plenum: „Nicht ganz so laut wäre angenehmer!“

Andere Mitglieder des hohen Hauses meldeten sich nur im Rahmen von Fragestunden zu Wort, so etwa Stefan Zierke (SPD), der parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium ist. Manja Schüle von der SPD, die 2017 für ihre Partei in Potsdam das einzige Direktmandat in einem ostdeutschen Flächenland holte, sprach fünfmal.

Auffallend ist die stark gesunkene Rednertätigkeit der Potsdamer Abgeordneten Annalena Baerbock, die vor ihrer Wahl in die Bundesspitze der Grünen zu den fleißigsten Rednerinnen des Parlaments gehörte. Nun spricht sie fast jeden Tag irgendwo – erst am Sonntag bei „Anne Will“ – aber eben nicht mehr so oft im Bundestag. Zuletzt kritisierte Baerbock am 18. Oktober das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung („Es ist ein schlechtes Gesetz, Frau Ministerin!“).

„Mitmachen heißt in der Opposition vor allem mitreden“, sagt Linda Teuteberg. Der Bundestag müsse „wieder zum zentralen Ort der Auseinandersetzung über wesentliche Fragen unseres Landes werden. Das habe ich mir vorgenommen.“ Dennoch sei das Ergebnis der Statistik nur „eine Momentaufnahme“. Viel Arbeit der Parlamentarier stecke in der Ausschussarbeit. Die sei, wie in ihrem Fall im Innenausschuss, nicht öffentlich, so Teuteberg.

Hans-Georg von der Marwitz erläutert, er wolle „nur in den Themenfeldern reden, in denen ich zu Hause bin.“ Das seien der ökologische Landbau, Bodenfragen und dergleichen. Die seien in der bislang doch recht kurzen Sitzungszeit noch nicht über die Maßen gefragt gewesen. Außerdem, sagte von der Marwitz, sei er „nicht jemand, der mit Macht ans Rednerpult dränge, nur um des Redens Willen – ich bin Landwirt, ein Praktiker“. Er sehe es im Übrigen als wichtig an, in Ausschüssen zu wirken, im Kreistag und im Gemeinderat seiner Heimat, deren Interessen er im Bundestag zu vertreten versuche. Objektiv stimme es wohl, dass er deutschlandweit nicht sehr bekannt sei. „In meiner Region aber kennen mich alle“, so der CDU-Mann aus Friedersdorf (Märkisch-Oderland), der einem der ältesten Brandenburger Adelsgeschlechter angehört.

Von Ulrich Wangemann

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Linda Teuteberg (FDP) redet am häufigsten unter den Brandenburger Abgeordneten.

Dokument MARKON0020181120eebk00lzs

Brandenburg - Berlin

**Linda Teuteberg (FDP) steht im Vergleich aller Brandenburger...**

Ulrich Wangemann

800 Wörter

20 November 2018

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Dahme-Kurier

7

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Linda Teuteberg (FDP) steht im Vergleich aller Brandenburger Bundestagsabgeordneten am häufigsten am Rednerpult. 18 Reden hat die 37-Jährige seit Beginn der Legislaturperiode unter der Reichstagskuppel gehalten. Das ergibt sich aus der Parlamentsdokumentation des Bundestags. Schwerpunkt der Redebeiträge der Potsdamer Anwältin ist dabei die Asylpolitik - vom Verhältnis zum Islam („nicht jede Islamkritik ist schon islamophob“) bis zum Umgang mit der AfD („Ihre Sprache entlarvt Sie!“) äußert sich Teuteberg zu vielen Aspekten des politisch heiklen Themenbereichs - das ist auch ihr Job als migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Als Fraktionsvorsitzender hat AfD-Mann Alexander Gauland mit 14 Reden den zweithöchsten Wert unter den Märkern im Bundestag vorzuweisen. Dabei redet er gern doppelt so lang wie Teuteberg - auch gern zum Thema Asylbewerber. Mit knapp 13 Minuten hielt der 77-Jährige am 12. September die längste Rede aller Brandenburger Parlamentarier („Es hat in Chemnitz keine Menschenjagden gegeben!“). Zwischenfragen ließ er nicht zu („Ich möchte geschlossen vortragen“). Gaulands Look war in allen 14 Debatten gleich: Tweed und Hundekrawatte.

An dritter Stelle liegt mit zehn Wortmeldungen Klaus-Peter Schulze (CDU), der die Ausbreitung des Wolfs und andere Naturschutzthemen anspricht: („In meinem Wahlkreis gibt es noch zwei Reliktvorkommen der osteuropäischen Smaragdeidechse“). Der ehemalige Bürgermeister von Spremberg hat angesichts der hitzigen Debatte um die Braunkohle derzeit ein besonderes Mitteilungsbedürfnis.

Mitglieder der AfD-Fraktion haben einen hohen Redebedarf (Steffen Kotré und Norbert Kleinwächter: je 9 Reden), Roman Reusch und René Springer kommen auf 8 Beiträge - ebenso die sendungsbewusste Digital-Spezialistin der Linksfraktion, Anke Domscheit-Berg sowie ihr Fraktionskollege Norbert Müller (beide 8 Reden).

Parlamente sind schon vom Wortsinn her Orte der öffentlichen Rede - doch von den Brandenburger Bundestagsabgeordneten gibt es einige, die fast gar nicht zu Wort kommen. So hat der Linken-Abgeordnete Thomas Nord, bis Juni 2018 Bundesschatzmeister seiner Partei, in der laufenden Legislaturperiode noch kein einziges Mal gesprochen. Nord war allerdings lange Zeit krank und auch in der Klinik. „Daher hat er häufig in Sitzungswochen und auch bei namentlichen Abstimmungen gefehlt. Für alle Fehltage liegen dem Bundestagspräsidenten ordentliche Entschuldigungen vor“, teilt sein Büro auf Anfrage mit.

Die CDU-Parlamentarier Hans-Georg von der Marwitz („Digitalisierung in der Landwirtschaft“) und Dietlind Tiemann kommen auf genau einen angemeldeten Redebeitrag, ebenso ihre SPD-Kollegen Dagmar Ziegler und Ulrich Freese. Tiemann äußerte in ihrer ersten und bislang einzigen Ansprache am 22. März im Bundestag, es sei „etwas ganz Besonderes“, dort zu sprechen. Sie hätte es als Oberbürgermeisterin von Brandenburg/Havel bislang eher mit Landräten und Stadtverordneten zu tun gehabt. Dennoch ihr Rat als Novizin ans Plenum: „Nicht ganz so laut wäre angenehmer!“

Andere Mitglieder des hohen Hauses meldeten sich nur im Rahmen von Fragestunden zu Wort, so etwa Stefan Zierke (SPD). Manja Schüle von der SPD, die 2017 für ihre Partei in Potsdam das einzige Direktmandat in einem ostdeutschen Flächenland holte, sprach fünfmal.

Auffallend ist die stark gesunkene Rednertätigkeit der Potsdamer Abgeordneten Annalena Baerbock, die vor ihrer Wahl in die Bundesspitze der Grünen zu den fleißigsten Rednerinnen des Parlaments gehörte. Nun spricht sie fast jeden Tag irgendwo - erst am Sonntag bei „Anne Will“ - aber eben nicht mehr so oft im Bundestag. Zuletzt kritisierte Baerbock am 18. Oktober das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung („Es ist ein schlechtes Gesetz, Frau Ministerin!“).

Mitmachen heißt in der Opposition vor allem mitreden“, sagt Teuteberg. Der Bundestag müsse „wieder zum zentralen Ort der Auseinandersetzung über wesentliche Fragen unseres Landes werden. Das habe ich mir vorgenommen.“ Dennoch sei das Ergebnis der Statistik nur „eine Momentaufnahme.“ Viel Arbeit der Parlamentarier stecke in der Ausschussarbeit. Die sei, wie in ihrem Fall im Innenausschuss, nicht öffentlich, so Teuteberg.

Hans-Georg von der Marwitz erläutert, er wolle „nur in den Themenfeldern reden, in denen ich zu Hause bin.“ Das seien der ökologische Landbau, Bodenfragen und dergleichen. Die seien in der bislang doch recht kurzen Sitzungszeit noch nicht über die Maßen gefragt gewesen. Außerdem, sagte von der Marwitz, sei er „nicht jemand, der mitmacht als Rednerpult drängen, nur um des Redens Willen - ich bin Landwirt, ein Praktiker.“ Er sehe es im Übrigen als wichtig an, in Ausschüssen zu wirken, im Kreistag und im Gemeinderat seiner Heimat, deren Interessen er im Bundestag zu vertreten versuche. Objektiv stimme ist wohl, dass er deutschlandweit nicht sehr bekannt sei. „In meiner Region aber kennen mich alle“, so der CDU-Mann aus Friedersdorf (Märkisch-Oderland), der einem der ältesten Brandenburger Adelsgeschlechter angehört.

Klaus-Peter

Schulze (CDU)

file72u3xnhulo2cqzeracb.jpg picture alliance/dpa 08.11.2018, Berlin: Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, spricht während der Plenarsitzung im Deutschen Bundestag. Themen der 61. Sitzung der 19. Legislaturperiode sind unter anderem das von der Bundesregierung eingebrachte Rentenpaket, zusätzliche sichere Herkunftsstaaten, steuerliche Familienentlastungen, Änderungen im Asylrecht, beschleunigte Verkehrsplanungen und eine aktuelle Stunde zum Atomabrüstungsvertrag INF (Intermediate Range Nuclear Forces). Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa | Verwendung weltweit file72u3xmforgl1d6i9iadg.jpg file72u3xpc3eszbt8iradk.jpg

Dokument MARKAL0020181120eebk0004o



wirtschaft

## **Chef von Großkanzlei Rödl & Partner in Moskau: „Keine Angst vor Russland“**

1,651 Wörter

8 Oktober 2018

14:14

Sputnik German News Service

RVESDE

Deutsch

© 2018. Sputnik. All Rights Reserved.

Am 7. und 8. Oktober findet in Moskau der 17. Petersburger Dialog statt. Unter dem Dachthema „Vertrauen bilden, Partnerschaft stärken: Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland als Impuls für den zwischenstaatlichen Dialog“ treffen sich die Arbeitsgruppen zur Erörterung aktueller Fragen.

Im Laufe des Forums bereitet Sputnik eine Serie von Interviews mit den Managern der deutschen Firmen vor, die in Russland tätig sind. Heute reden wir mit Dr. Andreas Knaul, Niederlassungsleiter der Anwaltskanzlei Rödl&Partner in Russland.

Guten Tag, Herr Knaul. Meine erste Frage: Deutsche Unternehmen bilden die größten ausländischen Geschäftskreise in Russland. Was ist Ihrer Meinung nach das Erfolgsrezept des Handels in Russland?

Ja, vielen Dank. Die deutsche Kaufmannschaft ist in der Tat mit nahezu 5000 Unternehmen in irgendeiner rechtlichen Form in Russland präsent. Das kann eine Vertretung sein, eine Filiale oder häufig eine GmbH (OOO). Wir sind zwar vom Umfang des Geschäfts mit Russland nur die zweitgrößte Kaufmannschaft, aber von der Zahl der Unternehmen die stärkste. Die große Zahl deutscher Unternehmen ist auch darauf zurückzuführen, dass viele kleine Unternehmen oder Mittelständler aus Deutschland hier sind, die im direkten Dialog mit den russischen Kunden deutsche Qualität überbringen. Das erfordert Nähe zum Kunden. Deswegen sind so viele deutsche Unternehmen direkt in Russland engagiert.

Welche Themen sind heute im Business-Dialog „Deutschland-Russland“ am wichtigsten?

Ein Thema, um das wir nicht herumkommen, sind natürlich die Sanktionen. Die Sanktionen haben zu Änderungen in der russischen Gesetzgebung und im Verhältnis zu ausländischen Investitionen geführt. Man bemüht sich in Russland insbesondere seit 2014 stärker, ausländische Unternehmen dazu zu bringen, sich hier zu lokalisieren. Lokalisieren heißt im Sinne eines Produktionsaufbaus, dass man nicht nur deutsche Waren aus Deutschland herüberbringt und hier vertreibt, Service leistet oder Ersatzteile liefert, sondern dass tatsächlich in Russland produziert wird. Und das ist die Herausforderung, vor der viele unserer Mandanten stehen - mittelständische Unternehmen aus Deutschland und aus anderen Ländern, aber im Schwerpunkt aus deutschsprachigen Ländern, die sich fragen: „Ist es wirtschaftlich möglich für mich, kann ich wirtschaftlich damit erfolgreich sein, wenn ich auch in Russland produziere?“ Die Gesetzgebung für die Lokalisierung beobachten wir und beraten unsere Mandanten auch kontinuierlich in diesem Sinne.

[>>Andere Sputnik-Artikel: So helfen neue US-Sanktionen russischer Wirtschaft - Bloomberg](#)

Vertreter von „Rödl & Partner“ berichten oft bei verschiedenen Konferenzen über Fragen der Lokalisierung. Aber wieso ist es für deutsche Unternehmen wichtig, auf dem russischen Markt präsent zu sein?

Deutschland ist ein exportorientiertes Land. Ein Großteil unseres Wohlstands, gemessen am Bruttonationalprodukt, stammt aus dem Export. Viele Unternehmen, viele unserer Mandanten haben eine hohe Exportquote, das heißt, der Anteil ihrer Produktion, der ins Ausland geht, liegt über 50 Prozent. Das kann natürlich nur erreicht werden, wenn wir genau wissen, was der Kunde will und wenn wir genau das herstellen, insbesondere im Maschinenbau, in der Chemie, in der Pharmazie, wenn der deutsche Unternehmer, der Mittelständler weiß, was sein Kunde in Russland haben möchte. Das ist ein permanenter Dialog. Diesen Dialog muss man vor Ort führen. Die Herausforderung zur Zeit ist der politische Rahmen, der mit sich bringt, dass Russland gewisse Importbeschränkungen eingeführt hat, um Unternehmen dazu zu veranlassen, dass sie direkt vor Ort in Russland produzieren und die Wirtschaft in Russland vorantreiben. Jedes deutsche Unternehmen, jedes ausländische Unternehmen muss sich fragen: „Ist das profitabel für mich, kann ich damit noch Gewinn machen, sind die Produktionsfaktoren in Russland, die Personalkosten, die Einschiffung der Rohstoffe, die ich brauche, die Transportkosten und alles, was in das fertige Produkt eingeht, ist das so, kann ich das so kalkulieren, dass ich dann immer noch einen Gewinn mache? Einen Gewinn muss jedes Unternehmen erzielen, und diese Herausforderung besteht auch in einer Gesetzgebungslage, in einem gesetzgeberischen Rahmen, der sich auch immer wieder etwas ändert. Wir kennen die Tendenz der

russischen Gesetzgebung, und wir versuchen natürlich, deutsche Unternehmen darauf auszurichten, dass sie genau wissen, was die Situation hier ist.

Laut einer Umfrage der Außenhandelskammer planen die deutschen Unternehmen trotz der Sanktionen keinen Abgang vom russischen Markt. Wie stabil ist diese positive Tendenz?

Das ist auch meine Erfahrung. Als Unternehmen arbeiten wir seit Jahren mit zirka 250, vielleicht 300 Unternehmen im Jahr zusammen. Wir stellen fest, dass die Unternehmen, insbesondere diejenigen, die schon länger hier sind, zehn Jahre, 15, vielleicht 20 Jahre, dass die in der Tat nicht daran denken, aus Russland herauszugehen. Man hat viele Krisen, Schwankungen in der Wirtschaftslage durchgemacht. Man weiß, nach einem Abschwung gibt es auch immer wieder einen Aufschwung. Es hat sich auch bewährt, dass diejenigen am erfolgreichsten sind, die sich nicht von etwaigen kurzfristigen Problemen ablenken und abschrecken lassen, die hier bleiben, ihre Kundenbeziehungen pflegen, auch in schwierigen Zeiten. Daher ist auch mein Eindruck, dass diejenigen, die hier sind, bleiben werden. Einige der Unternehmen, die hier sind, überlegen sich vielleicht, ob jetzt ein guter Moment ist, vom Import und vom reinen Vertrieb der Produkte überzugehen zu einer Lokalisierung im Sinne der Produktion, und tatsächlich Grundstücke zu erwerben, Maschinen aufzustellen und hier vor Ort noch mehr für die russischen Kunden zu produzieren. Also in der Tat: Diejenigen, die hier sind, planen keinen Abgang. Aber es gibt auch nicht viele Neuzugänge. Das muss man auch sagen.

Was haben die US-Sanktionen zwei Jahre nach ihrer Verhängung bewirkt?

Genau das, was ich eben gesagt habe: Es kommen weniger neue Unternehmen. Die Unternehmen, die schon da sind, lassen sich nicht abschrecken, denn sie kennen den russischen Markt. Sie kennen auch den Rahmen, indem sie sich hier bewegen. Der Rahmen ist in den letzten Jahren durch ständige Verbesserungen geprägt. Wir haben gesehen, dass Russland sich im „Global Doing Business Index der Weltbank“ entscheidend verbessert hat von einem Platz 120-130 auf jetzt Platz 35. Das ist eine wesentliche Verbesserung. Die Unternehmen, die hier sind, wissen das. Die amerikanischen Sanktionen haben dazu geführt, dass diejenigen, die überlegt haben, nach Russland zu gehen, von dieser Überlegung häufig Abstand genommen haben. Sie sagen: Ja, Russland ist jetzt in einer schwierigen Lage. Die Sanktionen behindern unser Amerika-Geschäft. Und wenn ich ein Mittelständler bin, und ich verkaufe vielleicht 20 Prozent meiner Produktion nach Amerika und vielleicht drei oder vier Prozent nach Russland, dann überlege ich natürlich, welches Geschäft ich in Gefahr bringe. Dann sorgt man in der Regel vorsichtshalber dafür, nicht das amerikanische Geschäft zu gefährden. In einem Satz zusammengefasst: Die amerikanischen Sanktionen über die letzten Jahre - und gerade in diesem Jahr, im April, und im August, im November steht eine weitere Sanktionsrunde bevor - das führt zu Verunsicherung. Und Verunsicherung ist Gift für jedes Geschäft.

[>>Andere Sputnik-Artikel: MdB Kotré: Mit allen reden, die an deutsch-russischer Annäherung interessiert sind](#)

Außer Verunsicherung und Sanktionen: Welche Schwierigkeiten gibt es für die Geschäftsführung auf dem russischen Markt?

Es gibt natürlich immer die Herausforderung des Wettbewerbs. Auch für deutsche Unternehmen, für die deutsche Industrie, auch wenn sie "Global Champions" sind und erstklassige Produkte haben - der Wettbewerb ist ständig da. Der Wettbewerb muss zu Innovation führen, der Wettbewerb muss dazu führen, dass auch das Preis-Leistungs-Verhältnis sich beständig verbessert. Das ist das, was der Kunde fordert. Und dann gibt es natürlich spezifische Voraussetzungen am russischen Markt. Da ist die geografische Größe des Landes und die entsprechend manchmal schwierige Logistik. Da ist die Geschichte des Landes - wir wollen nicht vergessen, dass wir 70 Jahre kein marktwirtschaftliches System hier hatten, und das wirkt natürlich in manchen Köpfen fort. Was grundsätzlich kein Problem ist und was ich von vielen Menschen höre, die Russland nicht gut kennen: „Ah, Russland, das ist alles grob, das Rechtssystem ist korrupt, da kann man nicht sauber arbeiten.“ Das stimmt so nicht. Sondern im Gegenteil, deutsche Unternehmen, die sich an Recht und Gesetz halten, arbeiten hier sauber und erfolgreich. Und als Jurist und Rechtsanwalt führe ich an: In den letzten 25 Jahren, die ich die Rechtsentwicklung hier aktiv begleitet habe, hat sich das russische Recht, im Sinne des Zivilrechts, des Handelsrechts, Steuerrechts, also all der Rechtsbereiche, die für Unternehmen wichtig sind, stetig verbessert. Ich gehe davon aus, dass diese Verbesserung im gesetzlichen Rahmen weiterhin bleiben wird, was nicht heißt, dass nicht auch Probleme bestehen. Aber ich bin sicher, dass Russland auch diese Probleme konsequent angehen wird, wie gerade in den letzten Jahren, und es damit auch zu einer weiteren Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse kommen wird.

Vor einem Jahr traf sich der russische Präsident Wladimir Putin mit Vertretern der deutschen Wirtschaftskreise. Wäre ein solches Treffen auch in diesem Jahr notwendig?

Notwendig würde ich nicht sagen. Es ist natürlich schön. Es zeigt, dass wir ein gutes Verhältnis haben zwischen der deutschen Wirtschaft und der Führungsspitze des Landes, indem wir zu Gast sind. Das ist ein gutes Zeichen. Aber Präsident Putin hat sicherlich einen anspruchsvollen Terminkalender. Und ich fordere kein Treffen. Sondern woran mir gelegen ist, ist, dass die Grundlinie, die im Treffen mit der Wirtschaft

aufgezeigt wurde, von der Regierung konsequent umgesetzt wird, dass auch die Arbeitsverhältnisse für russische Mittelständler verbessert werden, nicht nur für deutsche. Die arbeiten ja dann auch mit russischen Großunternehmen, aber auch mit Mittelständlern. Das würde, glaube ich, auch Russland nutzen. Von daher: Ein Treffen ist gut, ein Treffen ist schön, aber jedes Jahr muss es nicht sein. Aber wenn der Präsident Zeit hätte ...

Eine letzte Frage: Am Rande einer Wirtschaftskonferenz 2017 haben Sie gesagt: „Keine Angst vor Russland“. Bleiben Sie auch heute bei diesem Wort?

Ja, dies ist im Grunde eine Zusammenfassung dessen, was ich zu Ihren vorherigen Fragen gesagt habe. Man muss vor Russland keine Angst haben als deutsches Unternehmen, als Österreicher oder als sonstiges ausländisches Unternehmen. Wir haben hier einen fast in allen Bereichen fairen Wettbewerb aufgrund gleicher Bedingungen, ein „level-playing field“ für Unternehmen aus Deutschland, aber auch aus China, aus Japan oder aus Korea. Auf diesem Markt bewegen wir uns. Und der russische Verbraucher ist kritisch. Er erwartet Qualität, und die deutschen Unternehmen bieten diese Qualität zum guten Preis und zunehmend auch nach dem Motto „Engineered in Germany, made in Russia“ - die Idee, die Technologie kommt aus Deutschland, die Produktion ist in Russland. Ich denke, in diesem Sinne wird die deutsche Wirtschaft mittelfristig und in jedem Fall langfristig, da habe ich keine Zweifel, auch in Russland eine gute Heimat haben und den gegenseitigen Wirtschaftsaustausch zwischen Deutschland und Russland ständig befördern.

[Dr. Andreas Knaul, Niederlassungsleiter der Anwaltskanzlei Rödl&Partner in Russland](#)

Dokument RVESDE0020181010eea80003e



wirtschaft

## **Exekutivdirektor von Rehau in Russland: „Deutsches Management für Russland perfekt“**

1,639 Wörter

7 Oktober 2018

13:11

Sputnik German News Service

RVESDE

Deutsch

© 2018. Sputnik. All Rights Reserved.

Am 7. und 8. Oktober findet in Moskau der 17. Petersburger Dialog statt. Unter dem Dachthema „Vertrauen bilden, Partnerschaft stärken: Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland als Impuls für den zwischenstaatlichen Dialog“ treffen sich die Arbeitsgruppen zur Erörterung aktueller Fragen.

Im Laufe des Forums bereitet Sputnik eine Serie von Interviews mit den Managern der deutschen Firmen vor, die in Russland tätig sind. Heute reden wir mit Andrej Belojedow, Exekutivdirektor für Vertrieb und Marketing in Osteuropa des Polymerunternehmens Rehau.

Guten Tag. Vielen Dank, dass Sie unserem Treffen zugestimmt haben. Die erste Frage: Deutsche Unternehmen bilden eine der größten Business-Gemeinschaften in Russland. Worin besteht Ihres Erachtens das Geheimnis für erfolgreiche Geschäfte in Russland?

Guten Tag. Mir scheint, dass das Geheimnis sehr einfach ist. Bei deutschen Firmen handelt es sich in der Regel um Familienunternehmen, weshalb man langfristig investiert und aus kleinen und großen Unternehmen Familienunternehmen macht. Das betraf unter anderem auch unsere große Firma. Zweitens: Das deutsche Management hat sehr starke Bereiche, in denen es planen und effektiv arbeiten kann - selbst auf Märkten mit viel Konkurrenz. Das war auch für Russland nützlich. Drittens, das ist meine Meinung, die technologische Führungsrolle Deutschlands, darunter beim Thema Industrie 4.0. Ich spreche nicht von den Frauen, die die Deutschen von hier mitnehmen. Ich habe fünf Bekannte, die ausgewandert sind. Sie arbeiten dort, sind keine Hausfrauen.

Das ist ein eindeutiges Erfolgsgeheimnis. Neben der Digitalisierung, von der jetzt aktiv gesprochen wird - welches sind die Hauptthemen im Geschäftsdialog Russland-Deutschland?

Die Hauptthemen sind in der Tat die Basisthemen. Ich will nicht gleich über Digitalisierung, Innovationen, Technologien sprechen, die wir natürlich haben. Das haben auch andere Firmen. Russland entwickelt sich sehr aktiv. Wir brauchen Basisprodukte, Basislösungen. Deswegen ist das natürlich der Bau, die Landwirtschaft. Das sind die Basisbranchen, wo sich jetzt die Wirtschaften auch trotz verschiedenen negativen Trends entwickeln. Da haben die deutschen Firmen Führungspositionen.

Laut einer Umfrage der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer haben die deutschen Unternehmen nicht vor, den russischen Markt zu verlassen - trotz Sanktionen. Wie ist Ihre Meinung dazu - inwieweit ist dieser positive Trend stabil?

Ja, wir haben uns die Statistik und die Analysen der Auslandshandelskammer angesehen. Wir haben mehr als 5000 Unternehmen mit deutschen Wurzeln. In der Regel sind es Mittelunternehmen - die Grundlage einer wirtschaftlich starken Gesellschaft. Bei solchen negativen Trends in der Wirtschaft ist die erste Reaktion insbesondere bei Kleinunternehmen: die Kosten und die Präsenz abbauen. Doch ich denke nicht, dass das das Geschäft von großen und mittleren Unternehmen betrifft. Denn wir kommen für lange Zeit. Wir haben bereits mehrere Krisen überstanden. 1998, 2008-2009, 2015-2016. Krisen lösen einander ab. Doch die Unternehmen, die für lange Zeit kommen, die nicht einfach ihre Ambitionen, sondern das Potential umsetzen, über das das jeweilige Land verfügt, sehen natürlich Aussichten für sich. Und die Möglichkeiten, die wir jetzt bei der Konsolidierung und Umsetzung unseres Potentials haben, werden von uns begrüßt.

Russlands Präsident Wladimir Putin traf sich vor einem Jahr mit Vertretern der deutschen Unternehmen. Hat es in diesem Jahr Sinn, ein solches Treffen abzuhalten?

Ja, selbstverständlich. Mit den Behörden soll man ständig den Dialog aufrechterhalten. Denn besonders in Russland hat der Staatsauftrag immer mehr Bedeutung, besonders für große Unternehmen. Wir organisierten Olympische Spiele in Sotschi, bauten Stadien zur WM-2018, die Krim-Brücke. Es gibt sehr viele Baustellen, sie werden in der Regel vom Staat finanziert. Solcher Dialog hilft uns nur, richtige Lösungen zu finden und mit unseren Produkten und innovativen Lösungen in diesen Projekten zu helfen.

[>>Andere Sputnik-Artikel: MdB Kotré: Mit allen reden, die an deutsch-russischer Annäherung interessiert sind](#)

Erzählen Sie bitte ausführlicher über die Teilnahme der Firma Rehau an der Vorbereitung der Fußball-WM. Welche Eindrücke haben Sie?

Man kennt die Firma Rehau vor allem als Fensterhersteller, doch das stimmt nicht ganz. Wir stellen nur die Fensterprofile her. Allerdings macht der Anteil der Fenstermarke seit 2013 mehr als 20 Prozent aus. Wir haben es geschafft, die Kenntnisse über die Fenstermarke auch auf die Rohre auszudehnen. Seit 2015 machten wir das Projekt „Das wichtigste im Haus“, womit wir geschafft haben, die Basisbedürfnisse im Haus durch unsere Produkte abzudecken. 2017 haben wir nicht nur die meisten verkauften Fenster, sondern auch Rohre. Die Rohre haben auch verschiedene Anwendung, nicht nur in einer Wohnung oder im Haus, sondern auch als Wasserleitung, Kanalisation beziehungsweise Heizung. Mit den Rohren können ganze Stadien beheizt werden. Die Rasenplatz-Heizung ist eine solcher Anwendungen - auf 12 Feldern der WM in elf Austragungsstädten. Auf neun von ihnen stehen Rehau-Heizungssysteme. Wir nahmen also sehr aktiv an der Vorbereitung teil. In Russland gibt es übrigens ein sehr großes Programm für zentrale Stadien für große Wettbewerbe sowie verschiedene Trainings-Fußballfelder. Wir liefern bis heute 10-15 Heizungssysteme für Fußballfelder pro Jahr.

Das ist ein solides Ergebnis. Rehau hat auch eine eigene Produktion in der Stadt Gschel bei Moskau?

Ja, wir haben die eigene Produktion 2001 aufgenommen, damals noch auf Mietflächen. 2005 bis 2007 wurde die zweitgrößte Rehau-Fensterfabrik gebaut. Sie funktioniert nur für unsere Region - Russland plus Länder Osteuropas. In unserer Region sind es Weißrussland, Kasachstan, Georgien, Armenien und Kirgisien. Die Länder der Zollunion. Das ist die Fabrik, die ziemlich große Investitionen und Vertrauen der Eigentümer und Unternehmensführung erforderte, weil Investitionen mehr als 70 Millionen Euro ausmachten. Im vergangenen Jahr begannen wir mit der Erweiterung des Logistik-Zentrums in dieser Fabrik. Wir machen also weiter. Das Werk entwickelt sich aktiv. Das betrifft auch die Logistik, auch solche Produktionsabschnitte wie Vorbereitung der Einrichtung und anderes. Diese Investitionen machten weitere sieben Millionen Euro aus. Das bestätigt die Absichten der Firma, sich weiter zu bewegen und am Bau in Russland und anderen Ländern, für die wir zuständig sind, aktiv teilzunehmen.

Und was bewegt die deutschen Unternehmen zur lokalen Produktion in Russland?

In erster Linie die Wirtschaft. Man kann natürlich über Sanktionen und Einschränkungen, Protektionismus reden. In jedem Land ist es verbreitet, die Eigenhersteller zu unterstützen. Doch wir sind auf dem Markt der globalen Arbeitsteilung, weshalb es vor allem die Wirtschaft ist. Also als die Möglichkeit auftauchte, den Rohstoff hier zu kaufen, den Stoff herzustellen, der für die Fenster und lichtdurchlässige Konstruktionen erforderlich ist, machten wir das ausgehend vom Potential des Marktes. Doch neben dieser Fabrik haben wir auch Abschnitte, wo die Produktion der Rohre und Möbelemente zum Teil lokalisiert ist. Wir bewegen uns ständig in dieser Richtung. Doch die Hauptfrage ist doch die Wirtschaft: Rohstoff, Arbeitskraft, Bedingungen, die die Behörden zur Lokalisierung schaffen.

[>>Andere Sputnik-Artikel: Deutsche Unternehmen werfen Auge auf Fernost— Chef der Messe Frankfurt in Moskau](#)

Rehau hat fast 200 Filialen rund um die Welt. Warum ist der russische Markt wichtig?

Unsere Region Osteuropa bildet einen bedeutenden Anteil am Umsatz und dem Gewinn der Firma. Ja, da bestehen bestimmte Risiken - die Abhängigkeit von nur wenigen Ländern, unter anderem Russland, insbesondere was die Werke betrifft. Doch die Zahl der Menschen und der Aktivität, die die Baubranche und andere Branchen hier bieten, ermöglicht uns die Entwicklung des Geschäfts und des Umsatzes der Marke nicht nur in Fenstern und Rohren, sondern auch in anderen Richtungen. Im August lieferten wir 140 Meter Stromschienen für die U-Bahn. Diese Schienen ermöglichen, den Strom in der U-Bahn zu sparen. Das ist ein Infrastruktur-Pilotprojekt für uns, das ein großes Potential in Moskau, Sankt Petersburg und anderen Millionenstädten eröffnet. Das ist ein Beispiel der weiteren Entwicklung für uns. Wir blicken sehr positiv in die Zukunft.

Rehau arbeitet bereits seit mehr als 20 Jahren auf dem russischen Markt. Welche Ergebnisse können Sie nennen? Welche Pläne für die Zukunft haben Sie?

Ja, unsere erste Vertretung wurde 1995 eröffnet. Danach entwickelten wir sehr aktiv unser Filialnetz in ganz Russland. 1999 eröffneten wir eine Akademie - ein Branchen-Bildungszentrum, das heute 4000 Spezialisten in verschiedenen Richtungen ausbildet - Fenster, Rohre, Möbelemente, und sowohl technische Spezialisten als auch Verkäufer. Wir haben mehr als 300 verschiedene Seminare. Wir haben drei angestellte Coaches, die kundenbezogenes Consulting für konkrete Bedürfnisse der Kunden organisieren. Mehr als 50 Mitarbeiter haben als Vortragende einen Zugang zu den jeweiligen Themen. Das ist ein sehr wichtiges Instrument im Verkaufsbereich. Wir haben Kenntnisse über die neuen Produkte, mit denen unsere Spezialisten früher nicht arbeiten konnten. 2001 begannen wir mit der Produktion der Fensterprofile. 2005 bis 2007 bauten wir ein

großes Werk. 2013 belegte Rehau im Fensterbereich Platz eins nach dem Marktanteil und bleibt bis heute auf dem ersten Platz. 2015 starteten wir das Programm „Das wichtigste im Haus“. 2017 wurde der Online-Shop shop-rehau.ru eröffnet. 2017 stiegen wir zur Top-54 der besten Arbeitgeber in Russland auf. Das sagt wohl vieles.

Rehau ist eine deutsche Firma, die auf dem russischen Markt tätig ist. Worin besteht Ihres Erachtens der Unterschied zwischen der russischen und der deutschen Mentalität?

Den größten Unterschied sieht man wohl im Management-System. Wie im Märchen - bei den Deutschen gibt es das Aschenputtel mit den drei Nüssen. Es arbeitet hart und bekommt dann etwas vom Leben. In Russland gibt es Iwan den Dummen, der auf dem Ofen liegt und einen Hecht fängt, und dann geht es ihm gut. Das widerspiegelt vielleicht eine mentale Herangehensweise. Natürlich wollen wir alles auf einmal in Russland, doch so geht es nicht. Deswegen kann man bei den Deutschen vieles lernen - wie man arbeiten und Menschen leiten muss. Meines Erachtens gibt es polare Systeme - das amerikanische, wenn es vor allem um Projekt-Geschäfte geht, wenn man MBA-Spezialisten ausbildet, und ein asiatisches System mit Familienunternehmen, in denen die Menschen ihr ganzes Leben arbeiten. Wir haben ein europäisches Modell, das Management ist vorwiegend deutsch, es ist sehr populär in Europa und ist meines Erachtens besser für Russland geeignet. Wir haben ein deutliches Herangehen an die Sache, deutschen Fleiß, doch auch die russische Spezifik in Sachen Gastfreundlichkeit, Seele, Verhalten gegenüber Partnern, und wir glauben aufs Wort. Bei Deutschen oder Europäern geht im Prinzip ohne Verträge nichts. Die Russen, wenn sie ihr Wort geben, machen auch, was sie sagen. Ich denke, das sind die wichtigsten Unterschiede. Doch glauben Sie mir: Wir haben mehr Gemeinsames.

Das glaube ich Ihnen gern. Vielen Dank für das Gespräch.

Danke Ihnen.

[Exekutivdirektor von Rehau in Russland: „Deutsches Management für Russland perfekt“](#)

Dokument RVESDE0020181007eea70002v

# Märkische Allgemeine

Prignitz<sup>^</sup>-Kurier  
**Bürgerdialog der AfD**

71 Wörter  
2 Oktober 2018  
Märkische Allgemeine Zeitung  
MARKAL  
Prignitz-Kurier  
15  
Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Die AfD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag lädt zu Donnerstag, 4. Oktober, zu 19 Uhr zu einem Bürgerdialog nach Postlin in die Gaststube „Zur Schmiede“, Petrus-Kregenow-Straße 30 ein. Bereits angekündigt sind die AfD-Bundestagsabgeordneten Roman Reusch und Steffen Kotré. Beide werden über ihre Arbeit berichten, aber auch Brandenburger Themen werden nicht zu kurz kommen. Als Gast ist der AfD-Landtagsabgeordnete Rainer van Reamdonck mit dabei.

Dokument MARKAL0020181002eea2000i4

## Der Osten bleibt unter sich

MARKUS DECKER

595 Wörter

28 September 2018

Kölner Stadt-Anzeiger

KOLDUM

226 2018

Deutsch

Copyright 2018. DuMont Service GmbH

BUNDESTAG Debatte über den Jahresbericht zur Lage der Deutschen Einheit

VON MARKUS DECKER

Berlin. Als vorletzter Redner in der 90-minütigen Einheitsdebatte meldete sich Andreas Lenz von der CSU zu Wort. "Was hat die CSU zum Stand der deutschen Einheit zu sagen?", fragte der 37-jährige Oberbayer unter der Reichstagskuppel. Und mit Sinn für Selbstironie fügte er hinzu: "Es ist wie immer eine ganze Menge." Lenz beklagte, dass es im Osten keine Dax-Unternehmen gebe, wies aber darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein genauso sei. Im Übrigen wusste Lenz zu berichten, dass die Selbstmordrate in der DDR höher, der Sozialismus also nicht sehr menschenfreundlich war.

Lenz war von 13 Rednern der zweite Westdeutsche, der erste Westdeutsche war Thomas L. Kemmerich (FDP), ein Unternehmer, der in Aachen geboren wurde, aber seit 29 Jahren in Erfurt lebt.

Zwar waren Plenarsaal und Kabinettsbank gut gefüllt; auch die in Ostdeutschland aufgewachsene Kanzlerin Angela Merkel saß an ihrem Platz. Dennoch ist es nicht ganz falsch zu sagen, dass die Ostdeutschen bei der Aussprache über den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit mal wieder unter sich waren.

Die Debatte wurde eröffnet vom Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte. Der CDU-Politiker berichtete von Fortschritten, etwa bei der Arbeitslosenquote und der Entwicklung des Mittelstands in den fünf neuen Bundesländern. Hirte konstatierte aber auch, dass zwischen Ost und West eine "größere Distanz in gesellschaftspolitischen Fragen" herrsche und es im Osten "statistisch gesehen größere Probleme mit Extremismus" gebe. Freilich erwecke die Berichterstattung manchmal den Eindruck, als sei die Mehrheit im Osten rechtsradikal. Das sei nicht der Fall. Und nach wie vor, so der Thüringer, existiere in Ostdeutschland vielfach ein Gefühl von Ungleichbehandlung, das in Westdeutschland vielfach nicht verstanden werde.

An diesem Punkt setzte der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) an. Er räumte ein, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland ein besonderes Problem sei. Nur falle schon auch auf, dass die rechten Galionsfiguren im Osten aus dem Westen kämen, betonte Dulig und fuhr dann an die Adresse der AfD fort: "Die Ostdeutschen sind die Versuchskaninchen für Ihre Umsturzfantasien."

### Die Kränkungen der Wendejahre

Er plädierte überdies erneut dafür, die im Zuge der Umbruchjahre entstandenen Kränkungen der Ostdeutschen durch eine gesamtdeutsche "Wahrheits- und Versöhnungskommission" aufarbeiten zu lassen, denn: "Nie war die Lage so gut und die Stimmung so schlecht."

Der Linken-Abgeordnete Matthias Höhn kritisierte den Umstand, dass die Ostdeutschen unverändert weniger Einkommen und Vermögen hätten, und sprach ferner die Konstellation an, dass Führungspositionen in den neuen Ländern überwiegend von Menschen aus den alten Ländern besetzt würden. Er griff das Beispiel Leipzig heraus und sagte: "Der Oberbürgermeister ist in Siegen geboren. Die Uni-Rektorin kommt aus Kassel, der Sparkassen-Direktor aus Wuppertal. Die Chefin der Staatsanwaltschaft ist gebürtig aus Lindlar. Der Präsident des Landgerichts kommt aus Dillenburg, der Präsident des Amtsgerichts aus Osnabrück. Nur aus Leipzig oder einer anderen ostdeutschen Stadt kommt in dieser Liste niemand." Höhn warnte: "Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen." Während Steffen Kotré (AfD) behauptete, den Deutschen drohe der Verlust der Heimat, und eine "Inländerdiskriminierung" feststellte, überwogen jenseits davon versöhnliche Töne. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte: "Der Osten muss nicht zum Westen werden; der Osten ist anders. Und das ist gut so." Dabei brauche es "Anerkennung und gegenseitiges Kennenlernen - immer noch". Zuweilen konnte man das Gefühl bekommen, die Mauer sei nicht vor fast 29 Jahren gefallen, sondern erst vor ein paar Wochen. So berichtete der eingangs erwähnte CSU-Abgeordnete Lenz, er sei kürzlich in Halle an der Saale gewesen. Das sei eine "sehr, sehr schöne Stadt".

Kommentar Seite 4



Politik

**Deutsch-deutsches Fremdeln; In der Bundestagsdebatte zur Einheit scheint es, der Fall der Mauer sei erst ein paar Wochen her**

742 Wörter

28 September 2018

Frankfurter Rundschau

FRARUN

4

226

Deutsch

Copyright 2018. Frankfurter Rundschau GmbH

VON MARKUS DECKER

A ls vorletzter Redner in der 90-minütigen Einheitsdebatte meldet sich Andreas Lenz von der CSU zu Wort. "Was hat die CSU zum Stand der deutschen Einheit zu sagen?", fragt der 37-jährige Oberbayer unter der Reichstagskuppel. Und mit Sinn für Selbstironie fügt er hinzu: "Es ist wie immer eine ganze Menge."

Lenz beklagt, dass es im Osten keine Dax-30-Unternehmen gebe, weist aber darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein genauso sei. Im Übrigen weiß der beim Fall der Mauer Achtjährige zu berichten, dass die Suizidrate in der DDR höher und der Sozialismus also nicht sehr menschenfreundlich war.

Lenz ist von 13 Rednern der zweite Westdeutsche; offenbar kann die CSU-Landesgruppe keinen Ostdeutschen aufbieten. Der andere Westdeutsche ist Thomas Kemmerich von der FDP, ein Unternehmer, der in Aachen geboren wurde, aber 29 seiner bisher 53 Lebensjahre in Erfurt verbracht hat.

Zwar zeigen sich der Plenarsaal und die Kabinettsbank gut gefüllt; auch die ostdeutsche Kanzlerin Angela Merkel sitzt an ihrem Platz. Dennoch ist es nicht ganz falsch zu sagen, dass die Ostdeutschen bei der Aussprache über den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit mal wieder unter sich sind.

Die Debatte wird eröffnet vom Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte. Der CDU-Politiker berichtet von Fortschritten. So sei die Arbeitslosenquote im Osten zwölf Jahre in Folge gefallen und liege bloß noch zwei Prozentpunkte hinter der des Westens. Auch der Mittelstand habe sich gut entwickelt. Mancherorts, so Hirte, sei nahezu Gleichstand erreicht. Trotzdem gehe es "nicht um Gleichheit. Es geht darum, dass die Lebensverhältnisse überall gut sind" und niemand abgehängt werde.

Hirte konstatiert weiterhin, dass zwischen Ost und West eine "größere Distanz in gesellschaftspolitischen Fragen" herrsche und es im Osten "statistisch gesehen größere Probleme mit Extremismus" gebe. Freilich erwecke die Berichterstattung manchmal den Eindruck, als sei die Mehrheit im Osten rechtsradikal. Das sei nicht der Fall. Es gebe auch keinen Unterschied zwischen den Ereignissen von Kandel und Köthen, wo rechte Gruppen auszunutzen versuchten, dass ein Flüchtling eine Deutsche getötet hatte beziehungsweise ein Deutscher im Streit mit Flüchtlingen umgekommen war. Und nach wie vor, so der Thüringer, existiere in Ostdeutschland vielfach ein Gefühl von Ungleichbehandlung, das in Westdeutschland vielfach nicht verstanden werde.

An dem Punkt setzt der sächsische Wirtschaftsminister und Ostbeauftragte der SPD, Martin Dulig, an. Er räumt ein, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland ein besonderes Problem sei. "Die Verantwortung liegt bei uns." Nur falle schon auch auf, dass die rechten Gallionsfiguren im Osten aus dem Westen kämen, betont Dulig und fährt dann an die Adresse der AfD fort: "Die Ostdeutschen sind die Versuchskaninchen für Ihre Umsturzfantasien." Er plädiert überdies erneut dafür, die im Zuge der Umbruchjahre entstandenen Kränkungen der Ostdeutschen durch eine gesamtdeutsche "Wahrheits- und Versöhnungskommission" aufarbeiten zu lassen, denn: "Nie war die Lage so gut und die Stimmung so schlecht."

Der Linken-Abgeordnete Matthias Höhn kritisiert, dass die Ostdeutschen unverändert weitaus weniger Einkommen und Vermögen hätten, und spricht den Umstand an, dass Führungspositionen in den neuen Ländern überwiegend von Menschen aus den alten Ländern besetzt würden.

Dabei greift Höhn das Beispiel Leipzig heraus und sagt: "Der Oberbürgermeister ist in Siegen geboren. Die Rektorin der Uni kommt aus Kassel. Der Sparkassen-Direktor ist aus Wuppertal. Die Chefin der Staatsanwaltschaft ist gebürtig aus Lindlar. Der Präsident des Landgerichts kommt aus Dillenburg, der Präsident des Amtsgerichts aus Osnabrück. Nur aus Leipzig oder einer anderen ostdeutschen Stadt kommt

in dieser Liste niemand." Die Schlussfolgerung des Mannes aus Magdeburg lautet: "Die Leute haben es satt." Und er warnt: "Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen."

Während der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré behauptet, den Deutschen drohe der Verlust der Heimat, und eine "Inländerdiskriminierung" feststellt, überwiegen jenseits davon versöhnliche Töne.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagt: "Der Osten muss nicht zum Westen werden; der Osten ist anders. Und das ist gut so." Dabei brauche es "Anerkennung und gegenseitiges Kennenlernen - immer noch". Die FDP-Parlamentarierin Linda Teuteberg mahnt: "Wir brauchen ein großes gesamtdeutsches Gespräch auf Augenhöhe. Hören wir einander zu."

Zuweilen kann man das Gefühl bekommen, die Mauer sei nicht vor fast 29 Jahren gefallen, sondern erst vor ein paar Wochen. So berichtete der eingangs erwähnte CSU-Abgeordnete Lenz, er sei kürzlich in Halle an der Saale gewesen. Das sei eine "sehr, sehr schöne Stadt".

Bericht und Kommentar S. 11, 31

Halle an der Saale sei eine "sehr, sehr schöne Stadt"

Dokument FRARUN0020180928ee9s0002n

## Ostdeutsche unter sich

Markus Decker  
753 Wörter  
28 September 2018  
Berliner Zeitung  
BERLRZ  
227 2018  
Deutsch  
© 2018 Berliner Zeitung

Der Bundestag debattiert den Stand der Einheit - Redner sind fast ausschließlich Vertreter der neuen Länder

VON MARKUS DECKER

Als vorletzter Redner in der 90-minütigen Einheitsdebatte meldete sich Andreas Lenz von der CSU zu Wort. "Was hat die CSU zum Stand der deutschen Einheit zu sagen?", fragte der 37-jährige Oberbayer unter der Reichstagskuppel. Und mit Sinn für Selbstironie fügte er hinzu: "Es ist wie immer eine ganze Menge."

Lenz beklagte, dass es im Osten keine Dax-30-Unternehmen gebe, wies aber darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein genauso sei. Im Übrigen wusste der beim Fall der Mauer Achtjährige zu berichten, dass die Selbstmordrate in der DDR höher und der Sozialismus also nicht sehr menschenfreundlich war.

Gefühl von Ungleichbehandlung

Lenz war von 13 Rednern der zweite Westdeutsche; offenbar kann die CSU-Landesgruppe keinen Ostdeutschen aufbieten. Der andere Westdeutsche war Thomas L. Kemmerich von der FDP, ein Unternehmer, der in Aachen geboren wurde, aber 29 seiner bisher 53 Lebensjahre in Erfurt verbrachte.

Zwar zeigten sich der Plenarsaal und die Kabinettsbank gut gefüllt; auch die ostdeutsche Kanzlerin Angela Merkel saß an ihrem Platz. Dennoch ist es nicht ganz falsch zu sagen, dass die Ostdeutschen bei der Aussprache über den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit mal wieder unter sich waren.

Die Debatte wurde eröffnet vom Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte. Der CDU-Politiker berichtete von Fortschritten. So sei die Arbeitslosenquote im Osten zwölf Jahre in Folge gefallen und liege bloß noch zwei Prozentpunkte über der des Westens. Auch der Mittelstand habe sich gut entwickelt. Mancherorts, so Hirte, sei nahezu Gleichstand erreicht. Trotzdem gehe es "nicht um Gleichheit. Es geht darum, dass die Lebensverhältnisse überall gut sind" und niemand abgehängt werde.

Hirte konstatierte weiterhin, dass zwischen Ost und West eine "größere Distanz in gesellschaftspolitischen Fragen" herrsche und es im Osten "statistisch gesehen größere Probleme mit Extremismus" gebe. Freilich erwecke die Berichterstattung manchmal den Eindruck, als sei die Mehrheit im Osten rechtsradikal. Das sei nicht der Fall. Es gebe auch keinen Unterschied zwischen den Ereignissen von Kandel und Köthen, wo rechte Gruppen auszunutzen versuchten, dass ein Flüchtling eine Deutsche getötet hatte, beziehungsweise ein Deutscher im Streit mit Flüchtlingen umgekommen war. Und nach wie vor, so der Thüringer, existiere in Ostdeutschland vielfach ein Gefühl von Ungleichbehandlung, das in Westdeutschland vielfach nicht verstanden werde.

An dem Punkt setzte der sächsische Wirtschaftsminister und Ostbeauftragte der SPD, Martin Dulig, an. Er räumte ein, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland ein besonderes Problem sei. "Die Verantwortung liegt bei uns." Nur falle schon auch auf, dass die rechten Galionsfiguren im Osten aus dem Westen kämen, betonte Dulig und fuhr dann an die Adresse der AfD fort: "Die Ostdeutschen sind die Versuchskaninchen für Ihre Umsturzfantasien." Er plädierte überdies erneut dafür, die im Zuge der Umbruchjahre entstandenen Kränkungen der Ostdeutschen durch eine gesamtdeutsche "Wahrheits- und Versöhnungskommission" aufarbeiten zu lassen, denn: "Nie war die Lage so gut und die Stimmung so schlecht."

Der Linken-Abgeordnete Matthias Höhn kritisierte den Umstand, dass die Ostdeutschen unverändert weitaus weniger Einkommen und Vermögen hätten, und sprach ferner den Umstand an, dass Führungspositionen in den neuen Ländern überwiegend von Menschen aus den alten Ländern besetzt würden.

Dabei griff Höhn das Beispiel Leipzig heraus und sagte: "Der Oberbürgermeister ist in Siegen geboren. Die Rektorin der Uni kommt aus Kassel. Der Sparkassen-Direktor ist aus Wuppertal. Die Chefin der Staatsanwaltschaft ist gebürtig aus Lindlar. Der Präsident des Landgerichts kommt aus Dillenburg, der Präsident des Amtsgerichts aus Osnabrück. Nur aus Leipzig oder einer anderen ostdeutschen Stadt kommt

in dieser Liste niemand." Die Schlussfolgerung des Mannes aus Magdeburg lautete: "Die Leute haben es satt." Und er warnte: "Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen."

#### Versöhnliche Töne

Während der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré behauptete, den Deutschen drohe der Verlust der Heimat, und eine "Inländerdiskriminierung" feststellte, überwogen jenseits davon versöhnliche Töne. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte: "Der Osten muss nicht zum Westen werden; der Osten ist anders. Und das ist gut so." Die FDP-Parlamentarierin Linda Teuteberg mahnte: "Wir brauchen ein großes gesamtdeutsches Gespräch auf Augenhöhe. Hören wir einander zu."

Zuweilen konnte man das Gefühl bekommen, die Mauer sei nicht vor fast 29 Jahren gefallen, sondern erst vor ein paar Wochen. So berichtete der eingangs erwähnte CSU-Abgeordnete Lenz, er sei kürzlich in Halle an der Saale gewesen. Das sei eine "sehr, sehr schöne Stadt".

"Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen."

Matthias Höhn,

Abgeordneter der Linken

Unter der Kuppel des Reichstags debattieren Abgeordnete aller Parteien. DPA/ANNETTE RIEDL

Dokument BERLRZ0020180928ee9s0000g



politik

## Zur Partei der Elite degradiert – Wiener Sozialforscher über SPÖ-Krise

772 Wörter

25 September 2018

19:07

Sputnik German News Service

RVESDE

Deutsch

© 2018. Sputnik. All Rights Reserved.

Den Rücktritt des SPÖ-Chefs Christian Kern bewertet Daniel Witzeling, Leiter des Humaninstituts Vienna, als eine Flucht nach vorn. Kern hofft, damit bei der EU-Wahl im kommenden Mai die ÖVP zu überholen. Die vergangene Niederlage, die ihm seelisch weh getan hat, soll so kompensiert werden.

Zugleich verdeutliche dies die Krise der größten Oppositionspartei in Österreich, sagte er im Interview mit Sputnik. Das Problem des Ex-Kanzlers sieht der Sozialforscher darin, dass Kern nicht fest im Sattel der Partei gesessen habe. „Der rechtere Flügel der SPÖ hat sich entschieden, Alternativen aufzustellen und ihn unter Druck zu setzen. Und das ist medial deutlich schiefgelaufen.“

Witzeling weiter: „Die wirklichen Gründe liegen eigentlich seit 20 bis 30 Jahren, noch bei Franz Vranitzky und der Kreisky-Ära. Die Sozialdemokratie war immer die wichtigste Partei in Österreich und Regierungspartei in den letzten Jahrzehnten und hat sich auf ihre Pfründe und ihre Macht verlassen, hat aber keine personale Entwicklung gemacht und auch nicht mehr auf die Bürger gehört. Das hat jetzt ihre Werte abgelegt.“

[>>Andere Artikel von Nikolaj Jolkin: MdB Kotré: Mit allen reden, die an deutsch-russischer Annäherung interessiert sind](#)

Jetzt sei sie durch den starken Sebastian Kurz und die FPÖ unter Druck gekommen, so der Experte, „und wurde eher die Partei der Elite, die nichts mehr mit den Bedürfnissen der einfachen Arbeiter zu tun hat, dargestellt. Christian Kern selber kommt aus dem Top-Management der Österreichischen Bundesbahnen. Zwar war er ein intelligenter Kandidat, auch medienaffin, aber für die Wählergruppe nicht glaubwürdig und authentisch. Deswegen wurde er mehr oder weniger von seiner eigenen Partei unter Druck gesetzt. Auch die gesamte SPÖ befindet sich momentan in einer Identitätskrise.“

Ist Revanche von Kern möglich?

„Neueste Umfragen zeigen“, urteilt Witzeling, „dass er gutes Potential hat, weil er als Ex-Bundeskanzler sehr bekannt ist und die Konkurrenten, Othmar Karas von der ÖVP und Harald Vilimsky von der FPÖ nicht die erste Liga ihrer Parteien sind. Die Frage ist nur, inwieweit seine Reputation bei der Bevölkerung durch diesen plötzlichen, nicht professionell gestalteten Rücktritt, wo er seiner eigenen Partei vorweg kommen wollte, so stark gelitten hat, dass er bei der nächsten EU-Wahl nicht Platz eins, vielleicht auch nicht einmal Platz zwei wird. Und das wäre für ihn die absolute Niederlage, weil er ein hohes Risiko eingegangen ist.“

Die Zukunft der Sozialdemokraten sieht laut Witzeling ähnlich kritisch wie diejenige in Deutschland aus, wo die SPD mit Nahles und Roth auf Platz drei hinter die AfD wandere. Auch in Österreich stünden die Sozialdemokraten in dem Risiko, dass sie auf um die 20 Prozent oder noch darunter kommen könnten.

Der Sozialforscher weist darauf hin, dass es jetzt eine neue Spitzenkandidatin, Pamela Rendi-Wagner gebe, eine promovierte Ärztin. „Die Frage ist aber, ob diese Frau es schafft, den einfachen Wählern, den armen Menschen, den Pensionisten, die von der Tradition und Geschichte her eigentlich Zielgruppe der Sozialdemokratie sind, ein ehrliches Angebot zu machen, oder ob sie als Teil der sozialdemokratischen Schickleria, die auch viele Skandale hat, wahrgenommen wird.“

Dann schau es nicht gut für die Sozialdemokratie aus, so Witzeling und betont, dass sie noch ein wesentliches Problem habe. „Sie hat ihre Wählerzielgruppe in puncto Flüchtlingskrise und Umgang mit Ausländern immer belehrt. Und das ist nie gut. Den einfachen Menschen sollte man mit Freundschaft gegenüber treten, ihre Sorgen verstehen. Sie wurden leider ignoriert. Und daher kam es zu den katastrophalen Ergebnissen bei Wahlen. In Deutschland schaut es im Hinblick auf Bayern auch nicht sehr gut für die SPD aus.“

Auf der Suche nach eigener Seele

In überspitzter Form könne man sagen, so der Experte, dass die Sozialdemokratie ihre Seele seit langem schon wie Goethes Faust dem Teufel verkauft habe. „Die 68er-Generation ist indie Konzerne getreten und von den Gegnern des etablierten Systems zur Systempartei geworden. Sie hat sich leider der Geldelite angedient. Das ist ein Problem und wird bei den Bürgern nicht sonderlich positiv wahrgenommen.“

[>>Andere Artikel von Nikolaj Jolkin: Kneissl-Hochzeit mit Putin schadet der Regierungskoalition nicht— Sozialforscher](#)

Die Sozialdemokratie müsste eigentlich fast wie die sozialistische Partei werden, ist sich der Sozialforscher sicher, und für die Arbeiter, die Fortschrittsverlierer, die Pensionisten und für die Armen sich einstellen. Dann hätte sie wieder eine Chance.“

Das Problem besteht aus der Sicht von Witzeling darin, „dass ihre Spitzenkandidaten, die selber aus dem Establishment kommen, wie Christian Kern, wie Nahles, sich sehr schwer tun, den Menschen ein glaubwürdiges Angebot zu machen. Auch die Gewerkschaften verlieren zunehmend an Boden. Da gibt es in Deutschland nur eine aktuelle Alternative— die Bewegung ‚Aufstehen‘ von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine, die die Zeichen der Zeit erkannt hat und versucht eine Gegenbewegung, auch gegen den Rechtspopulismus aufzubauen.“

[SPÖ-Chef Christian Kern](#)

Dokument RVESDE0020180926ee9p00036



politik

## **AfD-Abgeordneter: Man soll russischen Partnern nicht ins Knie treten**

1,222 Wörter

23 September 2018

11:01

Sputnik German News Service

RVESDE

Deutsch

© 2018. Sputnik. All Rights Reserved.

Trotz der politischen Differenzen entwickelt sich die deutsch-russische Zusammenarbeit auf den kulturellen und wissenschaftlichen Gebieten aktiv. Einen Beitrag dazu will auch MdB Steffen Kotré (AfD) leisten.

Der Politiker ist nach Moskau gekommen, um Bundestagstipendiaten auszuwählen. Im Gespräch mit Sputnik erklärt er, warum die AfD sich um Praktikanten bemüht und wodurch sie sich von den Altpartien unterscheidet.

Der Bundestag vergibt jährlich Stipendien für Hochschulabsolventen, die im deutschen Parlament arbeiten möchten. Wie bewerten Sie diese Initiative?

Das ist eine sehr gute Initiative, sie ermöglicht den internationalen kulturellen Austausch. Und gerade in Zeiten, wo die deutsch-russischen Beziehungen nicht gut sind, es ist gut, dass die Russen die Möglichkeit haben, nach Deutschland zu kommen. Die jungen Leute bekommen viele Eindrücke, sie arbeiten im Bundestag mit den Praktikanten aus anderen Ländern. Wenn man sich kennenlernt, kann man sich besser verstehen.

Die Stipendiaten dürfen nicht wählen, bei welcher Partei sie ihr Praktikum absolvieren. Dieses Jahr sind einige Praktikanten enttäuscht gewesen, weil sie bei der AfD tätig sein sollen. Aber sie sind nun positiv überrascht: die Atmosphäre im Büro ist entspannt, die Abgeordneten zeigen ihr Interesse. Abgesehen vom politischen Programm - wodurch unterscheidet sich die AfD-Fraktion im Bundestag von den anderen Fraktionen?

Wir sind informeller, wir sind noch nicht lange dabei, und unsere Strukturen sind nicht verkrustet. Wir kommen aus allen möglichen Berufszweigen, wir waren vor einem Jahr nicht Politiker, zumindest die meisten von uns nicht. Im Umgang mit den Mitarbeitern, mit den Praktikanten bauen wir keine künstlichen Barrieren auf. Die Altpartien entfernen sich von den Bürgern, und das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir wollen auf die Bürger zugehen und Politik für die Bürger machen.

Dieses Jahr haben Sie an den Beratungen der Auswahlkommission in Russland teilgenommen. Warum haben Sie eine solche Entscheidung getroffen?

Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten. Ich war von Anfang an einer derjenigen, die sich um einen Praktikanten bemüht haben. So bin ich aus meiner Fraktion dazu gekommen, dass ich Berichterstatter wurde, der für diesen Austausch verantwortlich ist. Ich stelle fest, dass aus Russland viele engagierte Menschen sich für dieses Programm bewerben.

Wie schätzen Sie den heutigen Zustand der deutsch-russischen Beziehungen ein?

Sie sind natürlich leider auf dem Tiefpunkt. Das liegt auch leider an der deutschen Politik, die Sanktionen in den Vordergrund stellt, obwohl sie nichts bringen. Wir in der AfD sagen, wir wollen die Sanktionen beenden, wir wollen die Probleme auf eine andere Art und Weise lösen, aber nicht dadurch, dass man die russischen Partner ständig im übertragenen Sinne ins Knie tritt. Die AfD steht dafür, dass man Russland in eine Sicherheitspartnerschaft einbindet. Präsident Putin war auf der Sicherheitskonferenz und hatte dort die Ideen aufgezählt, die durchaus Wegweiser waren, aber sie waren von der Seite der Nato nicht gehört worden. Das ist sehr schade, wir bedauern das. Wir stehen auch dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder vorankommt, dass der wirtschaftliche Austausch passiert und natürlich der kulturelle Austausch. Wir sehen sehr starkes Interesse in Russland an der deutschen Kultur, es war schon immer so.

[>>Andere Sputnik-Artikel: Keine Deutschland-Phobie: „Leute, fahrt nach Russland!“ - Festakt im Auswärtigen Amt](#)

Im März sind Sie als Wahlbeobachter nach Russland gereist. Bewerten Sie die Wahl als eine transparente Abstimmung?

Wie wir gesehen haben, gab es keine Unregelmäßigkeiten, und in den deutschen Medien gab es auch wenige Vorwürfe diesbezüglicher Art. In Deutschland haben wir die Untersuchungen, die davon ausgehen, dass hier Wahlfälschung passiert. Wir haben ein anderes Wahlsystem: Man kann den Wahlzettel, wenn man Wahlhelfer ist, auf einen anderen Haufen legen, und dann wird er anders gezählt. Das geht relativ leicht, und in Ihrem System geht das nicht. Ihr System ist elektronisch basiert, da könnte man auch Unregelmäßigkeiten machen. Aber mein Eindruck war insgesamt, dass sich die Wahlhelfer bemühen, sie zeigten uns alles, alles war transparent, wie wir beobachten konnten.

Es wird oft bezweifelt, dass Russland für Demokratie steht. Doch Sie haben letztes Jahr über die drohende Gefahr für die deutsche Demokratie gesprochen: „Es muss ein Ruck durch alle Politiker der sogenannten Altparteien gehen, sonst sehe ich unsere Demokratie und unseren wertvollen Rechtsstaat in ernsthafter Gefahr“. Sind diese Worte immer noch aktuell?

Sie sind aktueller denn je. Schauen Sie mal, wir haben einen millionenfachen Bruch des Grundgesetzes. Es gibt bei uns den Artikel 16a, nachdem Menschen nicht Asyl in Deutschland bekommen können, wenn sie aus Drittstaaten anreisen. Das ist leider doch millionenfach passiert. Der Hintergrund ist, dass Merkel Deutschland multikulturell umgestalten will gegen den Willen der Bevölkerung. Sie missachtet das Grundgesetz. Sie beachtet nicht, dass sie für das deutsche Volk da sein muss. Sie hat es auch gesagt: zum deutschen Volk gehört jeder, der in Deutschland lebt. Das zeigt, dass sie keine Politik für Deutschland macht, sondern für jeden, der hier lebt - das widerspricht dem Grundgesetz. Im März 2017 hat sie zur Regierungserklärung im Parlament wiederholt: „Deutschland, das sind wir alle!“ Das heißt, sie missachtet hier die Bürgerrechte der Deutschen und stellt jeden, der kommt, den Deutschen gleich. Die ganze Sache ist mit großen Lügen verbunden. Uns wurde gesagt, dass Fachkräfte kommen, was natürlich eine völlige Lüge ist. Dann wurde immer gesagt, dass alles rechtskonform sei— auch wieder eine große Lüge. Ich bin in der DDR großgeworden, ich weiß, wie Systeme sich gebärden, in Richtung Diktatur gehen, und einige Elemente davon sind die offiziellen großen Lügen. In Deutschland gibt es kaum eine Berichterstattung, die ganz klar sagt, die Bevölkerung möchte das nicht. Die Bevölkerung möchte die Masseneinwanderung nicht, darüber gibt es keine Abstimmung. Die ganzen Probleme werden kleingeredet oder nicht angesprochen.

Was halten Sie von der Causa Maaßen?

Das ist ein Beispiel, warum die Demokratie in Deutschland Schaden nimmt. Maaßen hat richtig gestellt, was die Bundesregierung und einzelne Vertreter der Altparteien falsch gesagt haben: Es hätte in Chemnitz bei der Demonstration, wo auch wir die Organisatoren waren, eine Hetzjagd gegeben. Da wurde ein Video aufgenommen und wurden nur die Szenen gezeigt, wo ein Mensch sieben Meter weit auf einen Ausländer zurennt. Daraus hat man konstruiert, dass es eine Hetzjagd gegeben hätte. Das hat der Regierungssprecher gesagt. Diese Lüge hat uns im Ausland auch Schaden bereitet. Maaßen hat versucht, alles klarzustellen, und aufgrund dieser Klarstellung, die richtig war, die aber politisch nicht ins Kalkül der Altparteien passte, hat man Maaßen angeschossen und wollte ihn weg haben, sozusagen ein Bauernopfer. Witzigerweise hat der Bundesinnenminister Seehofer Maaßen nicht komplett freigelassen, er hat ihn befördert zum Staatssekretär. Das war ein kluger Schachzug aus seiner Sicht, damit hat er deutlich gemacht, dass er sich von der SPD nichts sagen lässt. Seehofer hat im Vorfeld gesagt, dass er hinter Maaßen stehe. Nur weil der Druck zu groß ist und die Wahlen in Bayern anstehen und die Koalition nicht zerbrochen werden darf, hat man diesen Winkelzug gemacht.

Laut einer jüngsten Meinungsumfrage überholt die AfD in Ihrem Landkreis Brandenburg die CDU und zieht erstmals mit der regierenden SPD gleich. Wie erklären Sie diese Tendenz?

Es ist schon ganz klar: Wenn die Altparteien sich um die Probleme nicht kümmern, und eine Partei wie die AfD das macht, dann nimmt der Wähler das natürlich wahr. Und genauso ist es hier: Die Altparteien kümmern sich nicht um das Hauptproblem - die Migration mit all ihren Problemen. Und wir sind diejenigen, die dieses Problem benennen und auch lösen können. Wir haben die Lösung, die die Altparteien nicht haben, und deshalb verwundert mich nicht, dass die AfD jetzt einen Trend nach oben zeigt.

[->Andere Sputnik-Artikel: Das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig - im Ural](#)

[Bundestag \(Symbolbild\)](#)

Dokument RVESDE0020180923ee9n0002w



politik

## **MdB Kotré: Mit allen reden, die an deutsch-russischer Annäherung interessiert sind**

632 Wörter

21 September 2018

22:56

Sputnik German News Service

RVESDE

Deutsch

© 2018. Sputnik. All Rights Reserved.

Die AfD redet mit jedem, der sich dazu bereit erklärt, sagte der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré im Sputnik-Interview nach dem Besuch der Staatsduma. Die Regierungspartei „Geeintes Russland“ hat dies getan.

„Wir wollen die Verhältnisse Deutschland— Russland verbessern, und da reden wir in Moskau mit Politikern und Geschäftsleuten, um enger zu kooperieren“, so Kotré, der sich auch an der Kandidaten-Auswahl für das Internationale Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages beteiligte. Junge Hochschulabsolventen könnten dann die Abläufe im Deutschen Bundestag fünf Monate mitverfolgen bzw. in einem Abgeordnetenbüro mitarbeiten.

„Wir haben viele junge russische Talente entdeckt, die wir einladen durften“, berichtete er. „Wir stellen immer wieder fest, dass das Interesse an Deutschland, an deutscher Kultur und Politik sehr hoch ist. Das ist für mich immer wieder erfrischend, und immer wieder bewundere ich den Enthusiasmus, mit dem die jungen Leute hier an die Beziehung Deutschland— Russland herangehen.“

Unter den jungen Leuten kämen auch die [Ereignisse in Chemnitz](#) zur Sprache, bemerkte Kotré, wobei die deutsche Regierung behauptet habe, es gäbe eine Hetzjagd auf Ausländer, die nachweislich nicht stattgefunden habe. „Damit hat sie Deutschlands Ansehen in der Welt geschadet. Es ist auch klar, dass das gegen die AfD gerichtet sein sollte, die in die gleiche Ecke mit Rechtsextremen gestellt wird. Dadurch sollen wir diskriminiert werden. Aber den Vorwurf weisen wir zurück, weil wir die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen.“

Der Abgeordnete fuhr fort:

„Wir sehen, dass wir Millionen illegale Einwanderer bei uns haben, und die müssen wir abschieben. Wir sehen, dass die Migration nur in die Sozialsysteme geht. Das kann Deutschland langfristig nicht verkraften. Wir sehen steigende Kriminalität, wir sehen Parallelgesellschaften, die sich bilden, und sehen, dass die Substanz von Deutschland, die Identität des deutschen Volkes dadurch auch angegriffen wird.“

Da Steffen Kotré für die Energiefragen im Deutschen Bundestag zuständig ist, nutzte er die Gelegenheit, um mit dem Ausschuss-Vorsitzenden für Energiewirtschaft bei der Staatsduma, Pawel Sawalnyj, Diskussionen um „[Nord Stream 2](#)“ zu erörtern. „Wir von der AfD sagen ganz klar, dass wir das Engagement von ‚Gazprom‘ begrüßen und alles daransetzen, dass das Projekt zum erfolgreichen Ende gebracht wird.“

Der Duma-Abgeordnete wies darauf hin, dass es um ein wirtschaftliches Projekt gehe.

„Der Versuch, sich dem Projekt zu widersetzen, es zu politisieren, wie ihn die Ukraine, Polen oder das Baltikum mit Unterstützung der USA unternehmen, zeugt davon, dass sie nur eigene geopolitische Interessen verfolgen. Sie reden fortwährend von der Beeinträchtigung der Sicherheit. Wieso denn die Beeinträchtigung? Im Gegenteil, diese Gasleitung wird die Energiesicherheit Europas steigern, da eine neue Route für große Gasmengen hinzukommen wird, und zwar eine deutlich billigere als die Lieferungen von Flüssiggas, egal ob aus Amerika oder Katar.“

Auf Trumps Vorwurf, die Deutschen würden Russland für sein Gas zu viel zahlen, erwiderte Sawalnyj:

„Die Deutschen sind ein pragmatisches Volk. Sie haben vor allem ihren wirtschaftlichen Nutzen im Auge. Laut jüngsten Bewertungen wird die Umsetzung von ‚Nord Stream‘ nicht bloß neue Arbeitsplätze schaffen. Deutsche Unternehmen investieren Geld in das kommerziell lohnende Projekt, und sie werden auf ihre Kosten kommen, ja sogar später, während der ganzen Betriebszeit der Gasleitung, damit verdienen.“

Außerdem werde Deutschland zum größten Gashub werden, so der russische Parlamentarier, und „durch die Verteilung des Gases auf andere europäische Abnehmer, indem es den niedrigsten Preis von allen

Abnehmern in Europa zahlt, einen direkten ökonomischen Nutzen für seine Wirtschaft daraus ziehen, wobei es seine Ausgaben für die Gasbeschaffung und Energieerzeugung wesentlich reduziert.“

Der ökonomische Nutzen der Pipeline werde auf Zigmilliarden Euro geschätzt, argumentierte Sawalnyj. „Darüber hinaus wird es zum Erreichen der ambitionierten ökologischen Ziele Deutschlands beitragen. Noch viel Energie wird dort mit Kohlekraftwerken erzeugt, welche die Luft stark verschmutzen, und zwar anderthalb mal so viel wie die Gaskraftwerke. 2022 soll Deutschland alle Atomkraftwerke stilllegen. Dann wird man rund 60 Prozent aller Energieerzeugung durch erneuerbare bzw. umweltverträglichere Quellen ersetzen müssen.“

[S.Kotré \(AfD\) in Moskau](#)

Dokument RVESDE0020180922ee9I00008

**Andreas Kalbitz: "Potsdamer Erklärung der Christen in der AfD Nordost setzt deutliches Zeichen für ein christliches Abendland und gegen die drohende Islamisierung Deutschlands" (FOTO)**

367 Wörter  
18 September 2018  
news aktuell OTS - Originaltextservice  
OTS  
Deutsch  
(c) 2018 news aktuell  
Potsdam (ots) -

- Querverweis: Ein Dokument mit der "Potsdamer Erklärung der Christen in der AfD Nordost" liegt in der digitalen Pressemappe zum Download vor und ist unter <http://www.presseportal.de/dokumente> abrufbar -

- Querverweis: Bildmaterial ist abrufbar unter <http://www.presseportal.de/bilder> -

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg war Gastgeber der Tagung "AfD und Amtskirchen - gemeinsam für ein christliches Abendland", auf der die "Potsdamer Erklärung der Christen in der AfD Nordost" verabschiedet wurde. Unter den Unterzeichnern der Potsdamer Erklärung waren u. a. Dr. Michael Adam und Dr. Olaf Kappelt, Vorstand "Christen in der AfD Nordost", und die AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch, Verena Hartmann, Waldemar Herdt und Steffen Kotré. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Andreas Kalbitz, erklärt:

"Die Potsdamer Erklärung der Christen in der AfD Nordost ist ein deutliches Zeichen im Sinne eines klaren Bekenntnisses zu unserer abendländischen Identität. Das kulturelle Erbe Brandenburgs, das sich auch in den rund 1800 Kirchen in Brandenburg manifestiert, hat seine Wurzeln im Christentum. Und dieses Erbe gilt es heute mehr denn je zu schützen im Kulturkampf gegen die Islamisierung des Abendlandes, gegen die weitere Islamisierung Deutschlands. Der identitäre Werte-Anker unserer Gesellschaft ist immer noch weitgehend durch unser christlich-jüdisches Erbe geprägt. Das betrifft auch die vielen Menschen, vor allem in Ostdeutschland, die nicht Mitglieder einer der beiden großen Kirchen sind. Gleichzeitig ist die Potsdamer Erklärung als Dialogangebot an die Amtskirchen zu verstehen. Dialoge, auch wenn sie kritisch geführt werden, statt Ausgrenzung, das sollte für Christen selbstverständlich sein."

Bitte entnehmen Sie dem Anhang die "Potsdamer Erklärung der Christen in der AfD Nordost"

OTS: AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag newsroom: <http://www.presseportal.de/nr/130777>  
newsroom via RSS: [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_130777.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_130777.rss2)

Pressekontakt: Detlev Frye Telefon (0331) 966-1880 E-Mail: [presse@afd-fraktion.brandenburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.brandenburg.de)

Zur Nachrichtenzentrale der AfD-Fraktion Brandenburg: <https://www.presseportal.de/nr/130777>

Soziale Medien:

Bei Facebook: <http://facebook.com/afdfraktion> Im Netz: <http://www.afd-fraktion-brandenburg.de> Bei Twitter: [https://twitter.com/AfD\\_FraktionBB](https://twitter.com/AfD_FraktionBB) Bei Instagram: <https://www.instagram.com/afdfraktionbb/>

4064373

Dokument OTS0000020180918ee9i002p9

Luckenwalder Rundschau

## **Das Twitter-Netz im Bundestag; Die Abgeordneten der Region pflegen eine ganz unterschiedliche Art von digitalem Kontakt zu ihren Parlamentskollegen**

Jonas Nayda

629 Wörter

19 Juni 2018

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Dahme-Kurier

19

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Dahmeland-Fläming

Der Kurznachrichtendienst Twitter ist für die Mitglieder des Bundestags eine wichtige Möglichkeit, die anderen Fraktionen im Bundestag online zu verfolgen. Mit dem sozialen Netzwerk kann man sogenannte Tweets (Bilder, Texte oder Videos) gleichzeitig an alle Twitter-Nutzer verschicken, die mit dem eigenen Profil verbunden sind. Die sechs Abgeordneten, die aus den Wahlkreisen der Region Dahmeland-Fläming nach Berlin gesandt wurden, nutzen Twitter jedoch unterschiedlich. Mit dem Recherche-Tool „pollytix“ wird auf einen Blick deutlich, wer wem folgt.

Die CDU-Abgeordnete Jana Schimke ist bereits seit vier Jahren bei Twitter angemeldet. Ihr Wahlkreis erstreckt sich über den Landkreis Dahme-Spreewald sowie über Teile der Landkreise Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz. „Für mich als Bundestagsabgeordnete ist es wichtig, bei Twitter aktiv zu sein, weil die Präsenz in sozialen Netzwerken selbstverständlich ist und auch vorausgesetzt wird“, sagt sie. Schimke hat mehr als 2000 sogenannte Follower, Menschen, denen ihre Beiträge bei Twitter angezeigt werden. Sie selbst folgt 163 Personen, 23 davon sind Parlamentskollegen. „Ich nutze Twitter, um über meine politische Arbeit zu informieren und auch zu kommunizieren“, erklärt Schimke.

Mithilfe von „pollytix“ lässt sich das Twitter-Verbindungsnetz von Jana Schimke zu anderen Abgeordneten gut darstellen (Siehe Bild 1). Innerhalb der CDU folgen sich viele Abgeordnete gegenseitig. Schimke folgt zudem noch Linda Teuteberg (FDP) und Matthias Birkwald (Linke), mit denen sie jeweils in Ausschüssen sitzt. Durch Linien sind ebenfalls die Verbindungen zu anderen Abgeordneten angezeigt, die Schimke folgen. Mit den weiteren Bundestagsmitgliedern der Region Dahmeland-Fläming ist Schimke auf Twitter nicht verbunden.

Ihre CDU-Fraktionskollegin Dietlind Tiemann ist auf Twitter nicht sehr aktiv. Sie hat nur 344 Follower, allerdings darunter Kollegen der Linken- und SPD-Fraktion.

Etwas anders sieht das Bild bei Steffen Kotré, dem AfD-Abgeordneten und AfD-Kreistagsvorsitzenden im Landkreis Dahme-Spreewald, aus, der 2017 über die Landesliste in den Bundestag eingezogen ist (Bild 2). Er hat auf Twitter, wo er seit September 2017 aktiv ist, kaum Verbindungen zu anderen Fraktionen im Bundestag, er folgt ausschließlich Parteikollegen. Seine Tweets bekommen aber auch Kordula Schulz-Asche (Grüne) und Michael von Abercron (CDU) angezeigt. „Ich benutze Twitter zur Veröffentlichung meiner politischen Meinung und zum Hinweis auf Veranstaltungen. Es wird nicht aktiv zur Kommunikation via Direktnachrichten verwendet“, erklärt Kotré.

Ähnlich wie bei Steffen Kotré pflegt auch der AfD-Abgeordnete Norbert Kleinwächter kaum Verbindungen zu Abgeordneten außerhalb seiner Fraktion. Kleinwächter folgt außer einigen Parteikollegen im Bundestag nur der fraktionslosen Frauke Petry.

Manja Schüle, SPD-Abgeordnete aus dem Wahlkreis, der Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teile von Teltow-Fläming umfasst, ist auf Twitter gut vernetzt. Sie folgt Persönlichkeiten verschiedener Fraktionen, wie Annalena Baerbock, der Parteivorsitzenden der Grünen, oder Peter Altmaier (CDU). Sie hat rund 1100 Follower.

Twitter nutze sie unter anderem auch, um die Reaktionen von Politiker-Kollegen auf bestimmte Themen zu erfahren und sich darüber auszutauschen. „Für Abgeordnete ist Kommunikation in jeglichem Medium wichtig, durch das man Bürger erreicht. Problemlagen, Themen, Stimmungen aufzunehmen, in politisches Handeln umzusetzen, zu entscheiden und dann dieses zu erklären, gehört zu den Hauptaufgaben von Politik. Dazu bedarf es Medien wie zum Beispiel Twitter“, sagt Schüle.

Norbert Müller, Abgeordneter der Linkspartei und seit 2015 bei Twitter, folgt neben einigen Parteigenossen auch sechs Abgeordneten der Grünen. Manja Schüle und Norbert Müller folgen sich außerdem gegenseitig.

file70mw4zk16293j3voaov.jpg fotos: mdb.pollytix.de Manja Schüle (SPD) folgt außer aus der FDP mindestens einem Abgeordneten aus jeder Fraktion. Innerhalb der SPD ist sie gut vernetzt.

file70mw4zltc47q59haaor.jpg Jana Schimke (CDU) ist auf Twitter mit einigen Abgeordneten aus jeder Fraktion verbunden, außer aus der AfD. Einige CDU-Parteigenossen folgen ihr.

file70mw4z88q7c11ehbxaov.jpg Steffen Kotré (AfD) vernetzt sich hauptsächlich mit seiner eigenen Fraktion. Michael von Abercron (CDU) und Cordula Schulz-Asche (Grüne) folgen ihm.

Dokument MARKAL0020180619ee6j0004k

Deutschland  
**Ankunft in der Realität**

AMA,  
204 Wörter  
16 Juni 2018  
Der Spiegel  
SPGL  
12-12  
25 2018  
Deutsch  
(c) 2018 Der Spiegel

Die AfD passt sich der Selbstbedienungsmentalität der »Altparteien« an

- Nach acht Monaten im Bundestag kommt die AfD im Mainstream an: Wie ihre politischen Gegner wollen die AfD-Abgeordneten ihren Fraktionschefs künftig Funktionszulagen zahlen. »Unsere Vorsitzenden Alexander Gauland und Alice Weidel haben eine herausragende Position in der Fraktion und leisten besonders harte Arbeit«, sagt Uwe Kamann, Sprecher der nordrhein-westfälischen AfD-Abgeordneten. Für die restliche Fraktionsführung solle es zumindest eine pauschale Aufwandsentschädigung geben, fordert Kamann: »Wegen ihrer Ämter entstehen ihnen zusätzliche Kosten etwa für Reisen.« Obwohl die AfD stets die angebliche Selbstbedienungsmentalität bei den »Altparteien« anprangert, ist die Mehrheit der Fraktion laut Kamann für die Sonderzulagen. »Die Realität holt uns ein«, sagt auch Dirk Spaniel, Chef der Landesgruppe Baden-Württemberg. Ebenfalls rächt sich für die AfD, dass sie anfangs die geringe Präsenz der Politiker im Plenum lautstark beklagte. Auch ihre Reihen sind oft leer – zum Ärger ihrer Anhänger. »Da sind wir vielleicht etwas voreilig vorgeprescht«, sagt Steffen Kotré, Sprecher der AfD-Abgeordneten aus Brandenburg, »es gibt zu viele Arbeitstermine parallel zu Plenarsitzungen.« Ein Antrag der AfD-Fraktion gegen Paralleltermine scheiterte vorerst im Bundestag. Die Fraktion hat nun beschlossen, dass auch AfD-Abgeordnete aus wichtigen Gründen im Plenum fehlen dürfen.

Dokument SPGL000020180616ee6g0000k

## AfD will Fraktionschefs Zulagen zahlen

Melanie Amann  
216 Wörter  
16 Juni 2018  
Spiegel Online  
SPGLO  
0 2018  
Deutsch

© 2018 SPIEGEL net GmbH. All rights reserved.

Selbstbedienungsmentalität und leere Reihen bei den "Altparteien": Darüber hat die AfD gern gemeckert. Das dürfte vorbei sein. Nach Informationen des SPIEGEL zahlt die Partei bald Funktionszulagen - und erlaubt Abwesenheiten.

"Unsere Vorsitzenden Alexander Gauland und Alice Weidel haben eine herausragende Position in der Fraktion und leisten besonders harte Arbeit", sagt Uwe Kamann, Sprecher der nordrhein-westfälischen AfD-Abgeordneten. Deshalb sollen sie nach Informationen des SPIEGEL künftig Funktionszulagen erhalten.

Für die restliche Fraktionsführung solle es zumindest eine pauschale Aufwandsentschädigung geben, fordert Kamann: "Wegen ihrer Ämter entstehen ihnen zusätzliche Kosten etwa für Reisen."

Obwohl die AfD stets die angebliche Selbstbedienungsmentalität bei den "Altparteien" anprangert, ist die Mehrheit der Fraktion laut Kamann für die Sonderzulagen. "Die Realität holt uns ein", sagt auch Dirk Spaniel, Chef der Landesgruppe Baden-Württemberg.

Ebenfalls rächt sich für die AfD, dass sie anfangs die geringe Präsenz der Politiker im Plenum lautstark beklagte. Auch ihre Reihen sind oft leer - zum Ärger ihrer Anhänger. "Da sind wir vielleicht etwas voreilig vorgeprescht", sagt Steffen Kotré, Sprecher der AfD-Abgeordneten aus Brandenburg, "es gibt zu viele Arbeitstermine parallel zu Plenarsitzungen. "

Ein Antrag der AfD-Fraktion gegen Paralleltermine scheiterte vorerst im Bundestag. Die Fraktion hat nun beschlossen, dass auch AfD-Abgeordnete aus wichtigen Gründen im Plenum fehlen dürfen.

ama

Alice Weidel, Alexander Gauland

Dokument SPGLO00020180616ee6g0000a

Der Havelländer

**Nauen Abrechnung mit der Regierung und Kritik an Europapolitik; AfD-Politiker Jörg Meuthen sprach in Nauen vor rund 200 Zuhörern**

Andreas Kaatz

624 Wörter

9 Mai 2018

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Der Havelländer

14

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Schon recht zeitig waren die Stühle an den Tischen im Saal des Restaurants Casa Toro Negro am Montagabend in Nauen besetzt. Und auch die Plätze drumherum füllten sich schnell. Etwa 200 Anhänger der AfD wollten mit Jörg Meuthen einen hochkarätigen AfD-Politiker sehen, der sich für den Abend angesagt hatte. Meuthen sitzt im EU-Parlament, ist dort Vize-Fraktionschef der EFDD. Zudem ist er einer von zwei Bundessprechern.

„Ich hatte einen Anruf von Andreas Kalbitz erhalten, der mich fragte, ob Jörg Meuthen eine seiner beiden Veranstaltungen in Brandenburg im Havelland machen kann“, erzählte Kai Berger, Vorsitzender des mit 140 Mitgliedern drittstärksten Kreisverbandes im Land. Er sagte zu. „Dann haben wir kurzfristig alles organisiert“, so Berger vor Beginn der Veranstaltung.

Beifall, als der Gast kam - eine Viertelstunde zu spät. Proteste vorm Haus konnten daran nicht schuld gewesen sein. Es gab keine. Die Polizei beobachtete aus dem Streifenwagen die Szenerie vor der Gaststätte entspannt aus einer gewissen Entfernung. Security-Mitarbeiter sicherten die Veranstaltung zusätzlich ab.

„Europa im Wandel - Deutschland im Umbruch“ lautete der Titel des Abends, zu dem auch der Landesvorsitzende Andreas Kalbitz und der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré gekommen waren.

Zu Beginn seiner Rede rechnete Meuthen mit Politikern der etablierten Parteien ab; Ursula von der Leyen, Horst Seehofer oder Andrea Nahles bekamen ihr Fett weg. Und natürlich Angela Merkel. Durch ihre Politik, darunter die Flüchtlingspolitik, sieht er das Land in Gefahr. „Der Bundestag ist eine Kampfarena, in der wir die Merkels, Seehofers, die Scholz' und Kippings jagen“, so Meuthen, der mit ironischem Zeigefinger betonte, dass dies aber natürlich nur im metaphorischen Sinne gemeint sei. Stehende Ovationen gab es für seinen Ausruf: „Merkel muss weg“.

Der Europapolitiker sprach zudem davon, dass seit Jahrzehnten die wirklich wichtigen Themen nicht auf die Tagesordnung des EU-Parlamentes kämen. Dafür wolle er nun sorgen. Ein Thema sei die Zinspolitik der EZB. Außerdem kritisierte er, dass Deutschland noch mehr Geld nach Brüssel schicken soll.

Des Weiteren ging Meuthen auf die Einladung durch das Saldern-Gymnasium in Brandenburg an der Havel ein. Dort soll er Mittwoch mit Schülern über Demokratie diskutieren. „Als meine Teilnahme bekannt wurde, protestierten einige so genannte besorgte Schüler dagegen. Sie sagten, die Wahrscheinlichkeit sei hoch, dass Meuthen, ich zitiere, während der Diskussion eine rassistische oder fremdenfeindliche Aussage tätigen wird“, meinte Meuthen. „Von mir hat noch nie einer eine rassistische oder fremdenfeindliche Aussage vernommen. Das wird auch in Zukunft nicht passieren.“

Andreas Kalbitz sieht derzeit keinen Grund, sich wegen der Niederlagen bei der Bürgermeisterwahl in Guben und der Landratswahl in Spree-Neiße Sorgen zu machen. „Mit den Ergebnissen können wir gut leben und es ist das Produkt harter Arbeit.“ Er warf den anderen Parteien vor, keine Konzepte, keine Ideen und keine Vision zu haben - im Gegensatz zur AfD: „Wir glauben an ein souveränes Deutschland im Kreis europäischer Partnerschaften.“ In Sachen Zuwanderung bekräftigte er: „Ja, es gibt viele Muslime, die gehören inzwischen zu Deutschland, die rechtstreu und integriert hier leben. Und nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland und er wird es nicht für alle Zukunft.“ Den Leuten, die der AfD fehlende Konzepte vorwerfen, antwortete Kalbitz mit einem Zitat des bürgerlichen Franz Josef Strauß: „Ich liege lieber grob richtig als exakt falsch.“

Der AfD-Ortsvorsitzende Horst Paasch aus Schönwalde-Glien war nach der Veranstaltung zufrieden: „Das Kommen hat sich gelohnt.“ Vor allem, dass Meuthen Satire in seine Reden einbindet, findet er gut.

Zitat-Text:

Von mir hat noch nie einer eine rassistische oder fremdenfeindliche Aussage vernommen.

Jörg Meuthen AfD-Politiker

file701qq0stvplgb8wlm50.jpg Foto: Tanja M. Marotzke Der Europa-Politiker Jörg Meuthen bei seinem Auftritt im Restaurant „Casa Toro Negro“ in Nauen. Fast nur Männer waren gekommen.

Dokument MARKAL0020180509ee5900049

Brandenburg - Berlin

**Wie viel AfD verträgt die Schule?; Parteichef Meuthen diskutiert mit Brandenburger Schülern - das sorgt für Protest**

Torsten Gellner

669 Wörter

4 Mai 2018

Märkische Allgemeine Zeitung

MARKAL

Dahme-Kurier

7

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Diskussion am Saldern-Gymnasium

Seit 2007 gibt es den Europatag an Schulen. Unter der Deutschen Ratspräsidentschaft war der Tag seinerzeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) initiiert worden - als Werbung für die Europäische Union. An einem Tag im Mai sollen Politiker an die Schulen ausschwärmen, um mit Kindern und Jugendlichen über Europa zu sprechen. „Das Verfahren ist unkompliziert. Machen Sie mit!“, heißt es aufmunternd auf der Internetseite des Bundes. Doch für Schulen ist die Sache durchaus kompliziert geworden. Und das liegt an der neuen politischen Farbenlehre.

Denn inzwischen wollen mit der AfD auch ausgewiesene EU-Skeptiker mitreden. Das sorgt derzeit in Brandenburg an der Havel für Wirbel. Am dortigen Von-Saldern-Gymnasium wird für den Europatag am kommenden Mittwoch der Bundesvorsitzende der AfD, Jörg Meuthen, erwartet. Der durchaus hochrangige Besuch sorgt bei einem Teil der Schülerschaft für Protest. Über Flyer und einen Instagram-Account wird gegen den Auftritt Meuthens mobil gemacht. „Wir finden es nicht hinnehmbar, dass die AfD eingeladen wurde. Rassismus darf kein Podium geboten werden“, fordert die anonyme Schülergruppe.

Dabei kam die Idee, Meuthen anzusprechen, aus der Schülerschaft selbst - aus dem Organisationsteam der 11. Klasse. Schulleiter Thomas Reuß steht zu der Einladung. Zum demokratischen Bildungsauftrag gehöre eine vernünftige und faire Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen. „Schule ohne Rassismus“ zu sein bedeute, andere Meinungen nicht auszugrenzen.

AfD-Landeschef Andreas Kalbitz wirft den anonymen Schülern das „Anzetteln einer schmutzigen Diffamierungskampagne“ vor. „Ich empfehle den Verfassern der Flugblätter dringend einen Nachhilfekurs in Sachen gelebter Demokratie“, sagte er. Schulleiter Reuß habe sich dagegen lobenswert verhalten.

Nun trägt die Schule seit zehn Jahren den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Verträgt sich diese Selbstverpflichtung mit der Einladung der AfD? Ja, sagt Andrea Rauch von der Landeskoordination der „Schulen ohne Rassismus“. „Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei, die nicht dem eigenen Denken der Schüler entsprechen mag“, sagt sie. „Es gehört zum Aushandlungsprozess, dass man damit umzugehen lernt. Dazu gehört auf der anderen Seite auch, dass man mit Protesten der Schülerschaft umzugehen lernt“, erklärt sie.

Ähnlich sieht man das bei der Landeszentrale für politische Bildung. Man stehe für das „Kontroversitätsprinzip“, erklärt Leiterin Martina Weyrauch - also dafür, dass gesellschaftliche Kontroversen vor dem Unterricht nicht Halt machen, nicht glattgebügelt oder unterschlagen werden. „Die Kontroverse gehört zu demokratisch verfassten Gesellschaften. Sie muss geübt werden - mit allen ihren Möglichkeiten und Grenzen“, sagt sie. „Die Schüler sind gerade dabei, dies zu tun.“

Neben Meuthen sind noch die Bundestagsabgeordneten Dietlind Tiemann (CDU), Anke Domscheit-Berg (Linke) sowie Linda Teuteberg (FDP) eingeladen. Aus dem Landtag werden Ralf Holzschuher (SPD) sowie Marie-Luise von Halem (Grüne) erwartet. Das, was die Verwaltungsvorschrift zum Schulbetrieb in Brandenburg vorsieht, nämlich politische Ausgewogenheit, dürfte wohl gegeben sein. Deswegen hat man im Bildungsministerium auch kein Problem mit der AfD-Einladung.

Im kommenden Jahr finden mit der Kommunal- und der Landtagswahl zwei Abstimmungen statt, bei denen schon 16-Jährige teilnehmen können. Die Parteien werden deswegen an die Schulen drängen. Und die AfD dürfte jede Chance nutzen, sich als ausgegrenzt zu inszenieren, sofern ihnen Schulen dafür Anlass bieten. Davor warnt auch Dietlind Tiemann. Sie habe im Bundestag die Erfahrung gemacht, „dass die AfD mit

Inhalten und Argumenten schnell entzaubert“ werde: „Wir dürfen dieser Partei nicht erlauben, es sich in einer vermeintlichen Opferrolle gemütlich zu machen.“

Dass es die Partei durchaus versteht, in eine Opferrolle zu schlüpfen, zeigte jüngst das Beispiel der Lakomy-Grundschule in Cottbus. Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré wollte sich dort zum Europatag einladen. Die Schule entschied sich schließlich dagegen. Daraufhin beklagte die Partei, der Abgeordnete sei eingeladen worden, was ein „krasser Verstoß einer absolut demokratiefeindlichen Schulleitung gegen das Neutralitätsgebot an Schulen“ sei.

Allerdings hatte die Schule entgegen der Darstellung der Partei den Abgeordneten niemals eingeladen. Übrigens auch keinen anderen Politiker. Geladen ist lediglich ein Vertreter der italienischen Botschaft - weil die Grundschule eine italienische Partnerschaft pflegt.

file6xgeeijfsjangw606y2.jpg FOTO: dpa Brandenburger Schüler haben AfD-Chef Jörg Meuthen eingeladen. Auf Flyern und im Internet wird dagegen protestiert. file6zzanqkpc96jtr3erj.jpg

Dokument MARKAL0020180504ee540002c

# Hannoversche Allgemeine

## POLITIK

**AfD-Bundestagsfraktion beschäftigt mindestens 27 Rechtsradikale; Nazi-Netzwerk im Bundestag: Besonders die Brandenburger Abgeordneten haben in großer Zahl Kader der Identitären Bewegung eingestellt**

Jan Sternberg

383 Wörter

22 März 2018

Hannoversche Allgemeine Zeitung

HANZTG

4

Deutsch

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG.

Bundestag

Unter den 297 Mitarbeitern der AfD-Bundestagsabgeordneten sind mindestens 27 Rechtsradikale bis Rechtsextreme. Zu dieser Bewertung kommt die Wochenzeitung „Die Zeit“ nach Recherchen im Mitarbeiterverzeichnis der Fraktion. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Besonders aus Berlin und Brandenburg sind reihenweise aktuelle oder frühere Kader der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Bundestag untergekommen. Ihnen ist gemeinsam, dass sie bei Aktionen der IB mitgemacht haben oder dieser nahestehen. Joel B. etwa, der sich nun Sekretär der Landesgruppe Sachsen-Anhalt nennt, und seine Mitstreiter Jörg S. und The-Hao H. gehören dazu.

Anna L. arbeitet laut „Zeit“-Recherchen im Büro des Brandenburger Abgeordneten Steffen Kotré. Auf Facebook teilt sie Bilder, die sie zusammen mit Identitären und Burschenschaftlern der Berliner schlagenden Studentenverbindung Gothia zeigen. Die Gothia in Berlin-Zehlendorf ist ein wichtiges Vernetzungszentrum gerade für den Brandenburger Landesverband.

Prominentestes Mitglied in dieser Reihe ist Jean-Pascal Hohm. Er arbeitete in der Landtagsfraktion, der damals noch der heutige Partei- und Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland vorstand. Zeitweise fiel Hohm in Ungnade: Fotos eines Fußballspiels zeigten ihn in unmittelbarer Nähe des IB-Regionalleiters Robert Timm im Fanblock des Viertligisten Energie Cottbus. Der Fußballnachmittag in Potsdam-Babelsberg beschäftigt die Sportverbände bis heute als Skandalspiel: Aus eben diesem Block wurden volksverhetzende Parolen gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Hohm machte ein Praktikum bei der eng mit der IB verbandelten Bürgerinitiative „Ein Prozent“, begann dann ein Studium in Cottbus. Parallel ist er als studentische Hilfskraft beim Potsdamer Abgeordneten René Springer beschäftigt. Springer bestätigte gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland Hohms Teilzeitstelle. Dessen Vergangenheit habe für ihn kein Problem dargestellt. Springer war in Potsdam Gaulands Büroleiter und gilt als Vertrauter des Fraktions-Seniors.

Bei Gauland selbst soll ein Neonazi arbeiten. Martin M., den Gauland aus Potsdam mitgebracht hat, soll sich laut „Zeit“ in der Berliner Neonazi-Szene bewegt haben. Aus Potsdam nach Berlin gewechselt war auch Felix W., der früher in der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aktiv war. Er hat bereits im Januar gekündigt, um die höhere Verwaltungslaufbahn in Sachsen-Anhalt einzuschlagen. Vertraute berichten, es könnte bei dem Wechsel auch darum gegangen sein, den Marsch in die Institutionen der Verwaltung anzutreten.

Dokument HANZTG0020180322ee3m0000f

## POLITIK

### **AfD-Fraktion beschäftigt 27 Rechtsradikale; Brandenburger Abgeordnete haben in großer Zahl Kader der Identitären Bewegung eingestellt**

Jan Sternberg

376 Wörter

22 März 2018

Aller-Zeitung

ALLZTG

4

Deutsch

Madsack Medien Ostniedersachsen GmbH & Co. KG

Bundestag

Unter den 297 Mitarbeitern der AfD-Bundestagsabgeordneten sind mindestens 27 Rechtsradikale bis Rechtsextreme. Zu dieser Bewertung kommt die Wochenzeitung „Die Zeit“ nach Recherchen im Mitarbeiterverzeichnis der Fraktion. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Besonders aus Berlin und Brandenburg sind reihenweise aktuelle oder frühere Kader der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Bundestag untergekommen. Ihnen ist gemeinsam, dass sie bei Aktionen der IB mitgemacht haben oder dieser nahestehen. Joel B. etwa, der sich nun Sekretär der Landesgruppe Sachsen-Anhalt nennt, und seine Mitstreiter Jörg S. und The-Hao H. gehören dazu.

Anna L. arbeitet laut „Zeit“-Recherchen im Büro des Brandenburger Abgeordneten Steffen Kotré. Auf Facebook teilt sie Bilder, die sie zusammen mit Identitären und Burschenschaftlern der Berliner schlagenden Studentenverbindung Gothia zeigen. Die Gothia in Berlin-Zehlendorf ist ein wichtiges Vernetzungszentrum gerade für den Brandenburger Landesverband.

Prominentestes Mitglied in dieser Reihe ist Jean-Pascal Hohm. Er arbeitete in der Landtagsfraktion, der damals noch der heutige Partei- und Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland vorstand. Zeitweise fiel Hohm in Ungnade: Fotos eines Fußballspiels zeigten ihn in unmittelbarer Nähe des IB-Regionalleiters Robert Timm im Fanblock des Viertligisten Energie Cottbus. Der Fußballnachmittag in Potsdam-Babelsberg beschäftigt die Sportverbände bis heute als Skandalspiel: Aus eben diesem Block wurden volksverhetzende Parolen gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Hohm machte ein Praktikum bei der eng mit der IB verbandelten Bürgerinitiative „Ein Prozent“, begann dann ein Studium in Cottbus. Parallel ist er als studentische Hilfskraft beim Potsdamer Abgeordneten René Springer beschäftigt. Springer bestätigte gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland Hohms Teilzeitstelle. Dessen Vergangenheit habe für ihn kein Problem dargestellt. Springer war in Potsdam Gaulands Büroleiter und gilt als Vertrauter des Fraktions-Seniors.

Bei Gauland selbst soll ein Neonazi arbeiten. Martin M., den Gauland aus Potsdam mitgebracht hat, soll sich laut „Zeit“ in der Berliner Neonazi-Szene bewegt haben. Aus Potsdam nach Berlin gewechselt war auch Felix W., der früher in der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aktiv war. Er hat bereits im Januar gekündigt, um die höhere Verwaltungslaufbahn in Sachsen-Anhalt einzuschlagen. Vertraute berichten, es könnte bei dem Wechsel auch darum gegangen sein, den Marsch in die Institutionen der Verwaltung anzutreten.

Dokument ALLZTG0020180322ee3m00034

**AfD-Fraktion beschäftigt mindestens 27 Rechtsradikale; Bundestag**

405 Wörter

21 März 2018

20:47

Hannoversche Allgemeine Zeitung Online

HANONL

Deutsch

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

Nazi-Netzwerk im Bundestag: Besonders die Brandenburger Abgeordneten haben in großer Zahl Kader der Identitären Bewegung eingestellt, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Unter den 297 Mitarbeitern der AfD-Bundestagsabgeordneten sind mindestens 27 Rechtsradikale bis Rechtsextreme. Zu dieser Bewertung kommt die Wochenzeitung „Die Zeit“ nach Recherchen im Mitarbeiterverzeichnis der Fraktion. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Besonders aus Berlin und Brandenburg sind reihenweise aktuelle oder frühere Kader der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Bundestag untergekommen. Ihnen ist gemeinsam, dass sie bei Aktionen der IB mitgemacht haben oder dieser nahestehen. Joel B. etwa, der sich nun Sekretär der Landesgruppe Sachsen-Anhalt nennt, und seine Mitstreiter Jörg S. und The-Hao H. gehören dazu.

Anna L. arbeitet laut „Zeit“-Recherchen im Büro des Brandenburger Abgeordneten Steffen Kotré. Auf Facebook teilt sie Bilder, die sie zusammen mit Identitären und Burschenschaftlern der Berliner schlagenden Studentenverbindung Gothia zeigen. Die Gothia in Berlin-Zehlendorf ist ein wichtiges Vernetzungszentrum gerade für den Brandenburger Landesverband.

Neonazi bei Gauland angestellt?

Prominentestes Mitglied in dieser Reihe ist Jean-Pascal Hohm. Er arbeitete in der Landtagsfraktion, der damals noch der heutige Partei- und Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland vorstand. Zeitweise fiel Hohm in Ungnade: Fotos eines Fußballspiels zeigten ihn in unmittelbarer Nähe des IB-Regionalleiters Robert Timm im Fanblock des Viertligisten Energie Cottbus. Der Fußballnachmittag in Potsdam-Babelsberg beschäftigt die Sportverbände bis heute als Skandalspiel: Aus eben diesem Block wurden volksverhetzende Parolen gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Hohm machte ein Praktikum bei der eng mit der IB verbandelten Bürgerinitiative „Ein Prozent“, begann dann ein Studium in Cottbus. Parallel ist er als studentische Hilfskraft beim Potsdamer Abgeordneten René Springer beschäftigt. Springer bestätigte gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland Hohms Teilzeitstelle. Dessen Vergangenheit habe für ihn kein Problem dargestellt. Springer war in Potsdam Gaulands Büroleiter und gilt als Vertrauter des Fraktions-Seniors.

Bei Gauland selbst soll ein Neonazi arbeiten. Martin M., den Gauland aus Potsdam mitgebracht hat, soll sich laut „Zeit“ in der Berliner Neonazi-Szene bewegt haben. Aus Potsdam nach Berlin gewechselt war auch Felix W., der früher in der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aktiv war. Er hat bereits im Januar gekündigt, um die höhere Verwaltungslaufbahn in Sachsen-Anhalt einzuschlagen. Vertraute berichten, es könnte bei dem Wechsel auch darum gegangen sein, den Marsch in die Institutionen der Verwaltung anzutreten.

Von RND/Jan Sternberg

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Beschäftigten Neonazis: Bundestagsabgeordnete der AfD.

Dokument HANONL0020180321ee3l008hl

## POLITIK AFD AUF REISEN

298 Wörter  
19 März 2018  
Der Tagesspiegel  
TAGSS  
005  
23416  
Deutsch

Copyright 2018. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see  
Mindestens acht Bundestagsabgeordnete der AfD sind nach Tagesspiegel-

Informationen als Wahlbeobachter nach Russland gereist. Allerdings gehörte nur einer von ihnen der Beobachtermission der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an. Russland hat selbst zusätzlich mehr als 300 Politiker und andere Persönlichkeiten aus dem Ausland eingeladen, am Sonntag bei der Abstimmung dabei zu sein. Moskau erhofft sich deren wohlwollende Bewertung: Wenn sie am Wahlabend vor laufender Kamera sagen, sie hätten keine Fälschungen beobachtet, dient das innenpolitisch der Legitimation der Abstimmung. Neben den beiden Russlanddeutschen Waldemar Herdt und Anton Friesen gehörten auch der Vorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, der Brandenburger Abgeordnete Steffen Kotré und der Niedersachse Dietmar Friedhoff zu den Russlandreisenden. "Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort", schrieb Frohnmaier auf Twitter. Der Chef der Jungen Alternative hatte in der Vergangenheit Kontakte zu einer kreml treuen Jugendorganisation geknüpft. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme reiste als inoffizieller Wahlbeobachter sogar auf die von Russland annektierte Krim. Ein Video des russischen Staatsfernsehens zeigt ihn bei der Ankunft am Flughafen Simferopol. Die Halbinsel gehört völkerrechtlich nach wie vor zur Ukraine, deshalb ist die Abstimmung dort rechtswidrig. Im Februar war eine Delegation von AfD-Landtagsabgeordneten auf die Krim gereist, kurz darauf folgte ein Besuch in Syrien. Russlands eigene Wahlbeobachtermission mit ausgewählten Teilnehmern wurde vom Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Internationale Angelegenheiten, Leonid Sluzki, organisiert, der den rechtsextremen

Liberaldemokraten angehört. Nach seinen Angaben waren am Sonntag auch der frühere Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Pedro Agramunt, und der spanische

Abgeordnete Jordi Xucla dabei. Die

beiden Spanier waren 2017 kritisiert worden, weil sie Syriens Präsident

Baschar al Assad besucht hatten.

Agramunt musste daraufhin als Parlamentspräsident des Europarates zurücktreten. Auch diese Reise hatte Sluzki organisiert. Claudia von Salzen

Dokument TAGSS00020180319ee3j0002y

Politik

**Als "Wahlbeobachter" in Russland - und auf der Krim**

Claudia von Salzen

385 Wörter

18 März 2018

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2018. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

AfD-Abgeordnete auf Reisen

Bundestagsabgeordnete der AfD beobachten die Wahlen in Russland - allerdings gehört nur einer der offiziellen OSZE-Delegation an. Ein anderer reiste sogar auf die annektierte Krim.

Mindestens acht Bundestagsabgeordnete der AfD sind nach Tagesspiegel-Informationen als Wahlbeobachter nach Russland gereist. Allerdings gehörte nur einer von ihnen der offiziellen Beobachtermission der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an.

Russland hat selbst zusätzlich mehr als 300 Politiker und andere Persönlichkeiten aus dem Ausland eingeladen, bei der Abstimmung dabei zu sein. Moskau erhofft sich von ihnen eine wohlwollende Bewertung: Wenn sie am Wahlabend vor laufender Kamera sagen, sie hätten keine Fälschungen beobachtet, dient das innenpolitisch der Legitimation der Abstimmung.

Chef der Jungen Alternative ist auch dabei Neben den beiden Russlanddeutschen Waldemar Herdt und Anton Friesen gehörten auch der Vorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, der Brandenburger Abgeordnete Steffen Kotré und der Niedersachsen Dietmar Friedhoff zu den Russlandreisenden. „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft und sind vor Ort“, schrieb Frohnmaier [auf Twitter](#). Der Chef der Jungen Alternative hatte in der Vergangenheit Kontakte zu einer kremltreuen Jugendorganisation geknüpft.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme reiste als inoffizieller "Wahlbeobachter" sogar auf die von Russland annektierte Krim. Ein Video des russischen Staatsfernsehens zeigt ihn bei der Ankunft am Flughafen Simferopol, später war er in einem Wahllokal. Die Halbinsel gehört völkerrechtlich nach wie vor zur Ukraine, deshalb ist die Abstimmung dort rechtswidrig.

Im Februar war eine Delegation von AfD-Landtagsabgeordneten [auf die Krim gereist](#), Anfang März folgte ein [Besuch in Syrien](#). Wegen der Reise nach Russland verpassten die Teilnehmer am vergangenen Freitag eine aus Sicht ihrer Partei wichtige namentliche Abstimmung im Bundestag über die Einführung umfassender Grenzkontrollen.

Erst zu Assad, dann als Beobachter nach Russland Russlands eigene Wahlbeobachtermission mit ausgewählten Teilnehmern wurde vom Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Internationale Angelegenheiten, Leonid Sluzki, organisiert, der den rechtsextremen Liberaldemokraten angehört. Nach seinen Angaben waren am Sonntag auch der frühere Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Pedro Agramunt, und der spanische Abgeordnete Jordi Xucla dabei. Die beiden Spanier waren 2017 kritisiert worden, weil sie Syriens Präsident Baschar al Assad besucht hatten. Agramunt musste daraufhin als Parlamentspräsident des Europarates [zurücktreten](#). Auch diese Reise hatte Sluzki organisiert.

Ein Wahllokal in Moskau am Tag der Präsidentenwahl.

Dokument TAGON00020180318ee3i0002v

## Drei gegen Maier

Valerie Schönian

1.925 Wörter

8 Februar 2018

ZEIT im Osten

ZETOST

10

7/2018

Deutsch

Copyright 2018. Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co

Ausgerechnet der AfD-Politiker Jens Maier darf entscheiden, welche von drei Schülerinnen ein Stipendium für die USA bekommt. Die Mädchen wehren sich dagegen, mit tatkräftiger Hilfe. Ist es okay, Jugendliche eine politische Grundsatzfrage klären zu lassen?

VON VALERIE SCHÖNIAN

Jean Wätzig, Lucy Herrmann und Melina Lange (von links), alle 15, haben viele Interessen - nur politisch aktiv waren sie bisher noch nicht ...

... bis sie auf Jens Maier trafen, Bundestagsabgeordneter der AfD. Er hat seinen Wahlkreis in Dresden, wo die Schülerinnen leben

Drei Schülerinnen in einem Café in der Dresdner Altstadt: Vor ihnen eine Trinkschokolade und zwei Mango-Chai, hinter ihnen sechs Wochen, in denen sie von Konkurrentinnen zu Gefährtinnen wurden und: zu politischen Aktivistinnen.

Melina Lange, Lucy Herrmann und Jean Wätzig sind 15 Jahre alt, sie besuchen drei verschiedene Dresdner Gymnasien, tragen rote Fingernägel oder silberne Blütenohrringe, lachen viel und erzählen wild. Nur auf die Frage, ob sie mal gezweifelt hätten an dem, was sie in den vergangenen Wochen getan haben, sagen sie nicht mehr als ein, zwei Worte: "Nein." Oder: "Eigentlich nicht." Die drei Mädchen haben viele Interessen. Tanzen, Cello oder Klavier spielen, Rettungsschwimmen, Unterwasser-Rugby. Nun kam ein neues hinzu, das bislang keine von ihnen hatte. Politik. Der Grund dafür ist Herr Maier. Jens Maier von der AfD. Melina sagt: "Ich brauche nichts vom Bundestag, wenn ich dafür mit ihm zusammenarbeiten muss."

Zusammenarbeiten, mit Jens Maier?

Ja: Melina, Lucy und Jean hatten sich jeweils um ein Stipendium des Bundestages beworben, für einen elfmonatigen Auslandsaufenthalt in den USA. Nur eine von ihnen hätte es bekommen sollen. Wer, das entscheidet in jedem Wahlkreis ein örtlicher Bundestagsabgeordneter. In Dresden war in diesem Jahr Jens Maier zuständig. Der frühere Richter ist bundesweit bekannt geworden, weil er in einer Rede vom "Schuldkult" um das NS-Regime sprach. Anfang Januar machte er durch einen rassistischen Tweet über Noah Becker von sich reden, der über seinen Twitter-Account gesendet wurde. Jens Maier ist es gewohnt, in der Öffentlichkeit zu provozieren, sich nicht von Konventionen einschüchtern zu lassen. Und nun hat er, ausgerechnet, mit drei Schülerinnen Probleme bekommen.

Es ist knapp vier Wochen her, dass Melina, Lucy und Jean schon einmal hier zusammensaßen. Da haben sie eine Stellungnahme erarbeitet, eine halbe Seite lang, die sie nach Berlin schickten. Darin erklären sie, dass sie ihr Stipendium nicht annehmen würden, egal wer von ihnen ausgewählt werde: "Nach reiflicher Überlegung sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass wir nicht die ›Patenkinder‹ von MdB Jens Maier im Rahmen des PPP-Stipendiums sein möchten." Sie hätten Sorge, für "die Interessen der AfD instrumentalisiert" zu werden. Drei Mädchen halten zusammen, im Kampf gegen einen besonders radikalen Vertreter der AfD. Man kann wohl sagen: Hier, am Cafétisch in Dresden, traf die veränderte Parlamentsrealität der Bundesrepublik Deutschland auf das echte Leben. Hier suchten drei junge Frauen eine eigene Antwort auf die Frage, die viele sich stellen: Was macht man mit der AfD? Wie umgehen mit dieser Partei? Wird das leichter oder schwieriger, je etablierter sie ist? Und steht man, nur weil man sich gegen die AfD engagiert, automatisch auf der richtigen Seite?

Lucy, Melina und Jean kannten sich bis vor wenigen Wochen nicht - bis sie sich jeweils für das sogenannte Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages bewarben. Das PPP finanziert jedes Jahr einem Schüler oder einer Schülerin ein Auslandsjahr in den USA, umgekehrt kommen Jugendliche aus den USA nach Deutschland, schon seit 1983. Schirmherr ist der Bundestagspräsident. Es geht um interkulturellen Austausch, die Verständigung zwischen den Völkern. Das Stipendium zu bekommen ist nicht einfach. In diesem Jahr haben sich allein im Wahlkreis Dresden 21 Schüler beworben, deutschlandweit mehr als 3000. Sie durchlaufen alle ein mehrstufiges Bewerbungsverfahren, bis es drei pro

Page 85 of 164 © 2019 Factiva, Inc. Alle Rechte vorbehalten.

Wahlkreis in die letzte Runde schaffen - jene Runde, in der ein Bundestagsabgeordneter aus den Finalisten den Stipendiaten auswählt. Und nicht nur das: Dieser Abgeordnete wird den Schülern während des Jahres als Pate an die Seite gestellt, er kommt aus ihrem Wahlkreis. In 35 Jahren gab es mit diesem Verfahren keine größeren Probleme. Bis die AfD in den Bundestag einzog.

Grundsätzlich, da sind die Richtlinien des PPP eindeutig, hat jeder Bundestagsabgeordnete das Recht, sich in seinem Wahlkreis als Pate zu engagieren. Bewerben sich mehrere Abgeordnete, bekommt derjenige den Zuschlag, der noch nie Pate war. Was auf alle AfD-Abgeordneten des Bundestages zutrifft - und so eben auch auf Jens Maier.

Wenn die drei Mädchen erzählen, warum sie es ablehnten, von Jens Maier beurteilt zu werden - dann rasen die Worte nur so über ihre Lippen. Melina sagt: "Ich begreife nicht, wie man Sachen wie Maier sagen kann. So viele Deutsche waren selbst Flüchtlinge!" Jean sagt: "Es ist doch so verständlich, dass Menschen mit ihren Kindern in ein friedliches Gebiet fliehen. Wir sollten ihnen helfen!" Lucy sagt: "Uns geht es so gut! Und da gibt es Menschen, die einfach hierherkommen, um nicht sterben zu müssen!" Sie sagt auch: "Hätte eine von uns Sachen gesagt, wie Herr Maier sie gesagt hat: Nie hätte sie das Stipendium bekommen!"

Drei Schülerinnen wehren sich dagegen, von einem AfD-Mann beurteilt zu werden, das ist eine bemerkenswerte Geschichte von jungem Engagement. Einerseits. Andererseits ist das nur die einfache Sicht auf die Geschehnisse. Aber weil fast nichts im Leben so einfach ist, wie es zunächst scheint, ist es das auch in dieser Geschichte nicht.

Denn es sind ein paar Dinge passiert, ehe sich die drei gemeinsam gegen Jens Maier stellten. Die Erwachsenenwelt hat ein bisschen nachgeholfen, wenn man so will. Wie genau, das erzählt Knut Möller von sich aus, ganz offen. Denn er ist stolz auf das, was passiert ist. Für ihn ist das "ein kleiner Triumph der Zivilgesellschaft über Rassismus".

Knut Möller ist Geschäftsführer eines Vereins namens Youth For Understanding (YFU). Im Auftrag des Bundestags hat YFU in vielen deutschen Wahlkreisen, so auch in Dresden, die Planung und Abwicklung des PPP übernommen. Als er, Möller, Mitte Dezember erfuhr, dass Jens Maier ein Pate werden sollte, war er geschockt. Nicht in erster Linie, weil Maier in der AfD ist - mit AfD-Leuten, sagt Möller, habe er gerechnet. Aber Maier sei ein besonderes Kaliber. "Herr Maier hat sich mit seinen Äußerungen disqualifiziert, ein Pate für interkulturelle Verständigung zu werden", findet Möller. Nun konnte YFU nicht wegen Maier die Richtlinien des Partnerschaftsprogramms verändern. Aber Knut Möller wollte nicht, dass der Abgeordnete unwidersprochen Pate werden kann. Also tat er selbst einiges, um dafür zu sorgen, dass die Mädchen Maier gemeinsam die Stirn boten.

Zuerst informierte YFU die Familien in allen Wahlkreisen frühzeitig über den Namen des jeweiligen Abgeordneten, der Pate werden soll - normalerweise meldet sich erst der Pate selbst bei den Bewerbern. Das war am 23. Dezember. Lucy Herrmann schrieb mit ihrem Vater daraufhin noch am gleichen Abend eine Mail an Norbert Lammert (CDU), den früheren Bundestagspräsidenten, weil der noch als Schirmherr auf der Homepage des Partnerschaftsprogramms zu finden war. In ihrer Mail fragten sie: "Wie kann denn so ein Mensch, der diese teilweise schon faschistischen Äußerungen von sich gibt, für ein weltoffenes und interkulturelles Austauschprogramm stehen?" Der Vater von Melina, Roland Nagel, schickte Anfang Januar eine Mail direkt an alle Fraktionen des Bundestages, mit Ausnahme der AfD, und an das Bundestagspräsidium. Darin kritisierte Nagel die fehlende "Sensibilität der Verantwortlichen, die nicht erkannt haben, dass zwischen den Bildungszielen von YFU und den Werten von Herrn Maier WELTEN liegen".

Als Knut Möller und YFU von der Entrüstung in den beiden Familien hörten, brachten sie alle drei Mädchen miteinander in Kontakt. Und: Der Verein versprach den Schülerinnen, dass sie keine Nachteile erleiden müssten, falls sie sich gegen Maier als Paten gemeinschaftlich zur Wehr setzen würden. Das bedeutet konkret: YFU garantierte allen drei Mädchen ein Stipendium, das die Organisation aus anderen Mitteln, wie Spenden, finanzieren würde. Man habe das getan, weil man niemanden für sein Engagement bestrafen wolle, sagt Knut Möller.

Darf man drei Mädchen so zum Widerstand anstiften? In jedem Fall, das kann man sagen, hat die Welt der Erwachsenen die Lösung eines Problems in die Welt dreier Jugendlicher abgeschoben. Am 10. Januar schickten Melina Lange, Lucy Herrmann und Jean Wätzig ihre Stellungnahme ab. Von denen, die im Bundestag davon wussten, ist zu hören, dass man in der Verwaltung ziemlich froh über den Brief gewesen sei. Direkt zitieren lässt sich mit der Aussage niemand, aber: Auf genau so etwas hatte man offenbar gehofft. Bereits im November hatte es eine Konferenz gegeben mit Bundestagsverwaltung und Austauschorganisationen. Ein Tagesordnungspunkt: der Umgang mit AfD-Abgeordneten, die PPP-Paten werden wollen. Viel kam nicht heraus. Nur, dass man abwarten müsse. Denn die Regeln des Stipendiums sind klar. Gewählt ist gewählt.

Der Brief aber veränderte die Dinge. Denn niemand kann drei 15-Jährige zu einem Paten zwingen, Regeln hin oder her. Aus dem Bundestag heißt es, dass die AfD-Fraktion über die Beschwerde der Schülerinnen

informiert worden sei. Es war die gleiche Woche, in der Maier wegen des Noah-Becker-Tweets ohnehin schon unter immensem Druck gestanden hatte. Kurz darauf erklärte Maier, er trete von der PPP-Patenschaft zurück. Auf Nachfrage der ZEIT sagt er: nur aus Zeitgründen. Von den Mädchen aus Dresden und ihrer Aktion habe er noch nie gehört. Ob das stimmt, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei klären. Aber angenommen, Maier hat verzichtet, weil der Druck zu groß war: Ist das dann ein politischer Erfolg?

Knut Möller von der Austauschorganisation sagt, ihm sei klar, dass all das eine Notlösung war; dass man eine grundsätzlichere Antwort auf die Frage finden müsse, wie man im PPP-Programm mit der AfD umgehe. Aus seiner Sicht kann es keine Lösung sein, die AfD grundsätzlich auszugrenzen - aber Maier sei eben ein besonderer Fall gewesen. Drei weitere AfD-Abgeordnete sind in diesem Jahr PPP-Paten. Über sie sind keine Beschwerden bekannt. Einer von ihnen, Steffen Kotré aus Brandenburg, hat seine Stipendiatin bereits ausgewählt und ein Foto mit ihr bei Facebook veröffentlicht. Die Stipendiatin habe sich durch ihre überdurchschnittlichen Leistungen hervorgehoben sowie durch "ihr Engagement im heimischen Karnevalsverein" und das damit verbundene "Bewusstsein um lokales Brauchtum und Tradition".

Die Pressestelle des Bundestags teilt auf Anfrage mit: "Kriterien, die auf die politische oder weltanschauliche Einstellung eines Abgeordneten abstellen", gebe es nicht, und sie wären außerdem "verfassungsrechtlich nicht unproblematisch". So sieht es auch die Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen. Nicht einmal sie, eine der ranghöchsten AfD-Kritikerinnen, findet, man hätte Maier die Patenschaft verwehren sollen: "Denn die Richtlinien gelten für alle Abgeordneten, unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit." Und doch betont Roth, dass es das Recht der Schülerinnen gewesen sei, einen Abgeordneten als Paten abzulehnen. Was dann passiere, müsse auch zukünftig im Einzelfall entschieden werden. Erst wenn sich die Einzelfälle häuften, so Roth, werde man "möglicherweise" versuchen, "allgemeingültige Regeln aufzustellen, die Kriterien zu präzisieren und die Definition von Spielräumen möglichst klar zu formulieren".

Es ist wohl so, dass wieder delikate Situationen entstehen werden, wenn Schüler und AfD-Abgeordnete im PPP-Programm aufeinandertreffen. Man wird das Problem nicht ewig von drei Schülern lösen lassen können. Selbst Melina, Lucy und Jean sagen, sie wollten nicht, dass die AfD per se vom PPP-Programm ausgeschlossen werde. Was sie sich also wünschen? "Alle Abgeordneten, die sich beim PPP bewerben, sollten sich auch zu den Zielen bekennen", sagt Lucy.

Im Wahlkreis Dresden ist jetzt wieder der CDU-Abgeordnete Andreas Lämmel der parlamentarische Pate. Er entscheidet, ob Melina, Lucy oder Jean das PPP-Stipendium bekommt - in die USA reisen werden aber alle drei, so oder so. Auch, irgendwie, dank Jens Maier. Im April will sich die Austauschorganisation YFU noch einmal mit der Bundestagsverwaltung zu dem Thema zusammensetzen - dieses Mal auch mit Vertretern der AfD.

Die Schülerinnen sagen, im Café, sie hätten jetzt weiter Lust auf Politik, ihr Interesse sei geweckt.

PMG9285387-ZESA20180208-ZESA-2018-07-S-AfD-Schler

Dokument ZETOST0020180208ee2800001

Luckenwalder Rundschau

## **Rundumschlag zum Ausstieg; Ex-Landratskandidat Jens-Birger Lange verlässt die AfD und erhebt Vorwürfe gegen führende Parteimitglieder**

Oliver Fischer

886 Wörter

11 Januar 2018

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

17

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Dahme-Fläming

Für ein paar Monate, rund um den Jahreswechsel 2015/16, sah es so aus, als ob Jens-Birger Lange dauerhaft eine prägende Figur für die AfD in Dahme-Spreewald werden könnte.

Erst fuhr er bei der Landratswahl im September 2015 als bis dahin völlig unbekannter Kandidat überraschend mit knapp 23 Prozent das bis dahin beste Ergebnis für die brandenburgische AfD überhaupt ein. Wenig später überrumpelte er den amtierenden Kreisvorsitzenden Norbert Kleinwächter mit einer nicht angekündigten Kampfkandidatur und übernahm quasi im Handstreich den Chefposten im heute wohl einflussreichsten AfD-Kreisverband des Landes. Das war eine Ansage. Aber von da ab ging es für ihn politisch nur noch in eine Richtung: bergab. Und jetzt hat Jens-Birger Lange die AfD verlassen, und zwar mit einem Knall.

Am Dienstag veröffentlichte der Mann aus Groß Köris ein ausführliches Statement auf seiner Facebook-Seite, in dem er seinen Austritt aus der Partei erklärt. Die Begründung, die er dazu liefert, hat es in sich. Er sei zum einen enttäuscht über die politische Entwicklung der AfD, schreibt er. Die Partei sei ihm nicht EU-kritisch genug, es gebe eine "zunehmende Israelhörigkeit", die "persönlichen Rachefeldzüge von Spitzenfunktionären der AfD" seien ihm zuwider. Vor allem aber lässt Lange kein gutes Haar am Landesverband Brandenburg und am Kreisverband Dahme-Spreewald. "Voller Scham und Wut nehme ich zur Kenntnis, dass Klüngelei und Filz gerade im Landesverband Brandenburg und auch im Kreisverband LDS immer mehr zunehmen", schreibt er. Führende AfD-Politiker aus den Reihen des Kreisverbandes wie Andreas Kalbitz oder Steffen Kotré greift er namentlich an und attestiert ihnen unter anderem eine Mentalität der Ämterhäufung.

Andreas Kalbitz sei nicht nur Landes-, sondern auch gleich noch Fraktionsvorsitzender im Landtag, die Luckenwalderin Birgit Bessin sei in beiden Funktionen seine Stellvertreterin. "Eine Transparenz ist immer mehr zu vermissen", so Lange. Dem heutigen LDS-Kreisvorsitzenden Steffen Kotré wirft er sogar Küngelei vor. Nach dem Einzug in den Bundestag habe Kotré seinen Stellvertreter im Kreisverband, Benjamin Filter, als persönlichen Mitarbeiter angestellt und ihn somit in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht. Lange: "So kann man auch Mehrheiten in Verbänden organisieren, zumal inzwischen auch zum Teil Personen im Kreisvorstand zu finden sind, welche auf mich einen geistig völlig unbewaffneten Eindruck machen und eher an den ‚Untertan‘ als an eigenständige Individuen erinnern."

Harte Töne, die man bei der auch ansonsten oft nicht feinen AfD mit gebremster Überraschung zur Kenntnis nimmt. Der frühere Landratskandidat sei schon länger nicht mehr sonderlich aktiv gewesen und habe zuletzt auch intern zunehmend scharfe Äußerungen getätigt, sagt etwa Steffen Kotré, der die Vorwürfe der Ämterhäufung und Küngelei zurückweist. "In einer Partei, die so klein ist wie die AfD, sind wir gezwungen dazu", sagt er.

Wirklich schockiert gibt man sich in der Partei vielleicht auch deshalb nicht, weil Lange durchaus schon früher das Image einer Wundertüte pflegte, die immer wieder Überraschendes zutage fördert. Schon sein Lebenslauf liest sich so unterhaltsam wie abenteuerlich: Zu DDR-Zeiten FDJ-Funktionär, SED-Mitglied, Volkspolizist, Stasi-IM und Hobby-Kabarettist, nach der Wende erst Fotohändler, dann Personal-Entwickler und Top-Verdiener in einem großen Versicherungskonzern und schließlich, nach einer persönlichen Krise, Fäkalienfahrer.

Nach seinem Achtungserfolg bei der Landratswahl machte er Schlagzeilen, weil ein Bildungsträger ihn erst als Referent anstellte und ihn kurz darauf wieder entließ, angeblich wegen seiner Parteizugehörigkeit. Heute

arbeitet Ex-Feuerwehrmann Lange nach eigener Aussage auf dem Flughafen Schönefeld als Luftsicherheitskontrollkraft und ist in seiner Freizeit Hobby-Imker.

Auch politisch war Lange öfter für eine Überraschung gut. Nach dem Coup gegen Kleinwächter gab er seinen Job als Mitarbeiter von Andreas Kalbitz im Landtag auf, weil er als Kreisvorsitzender nicht von seinem eigenen Stellvertreter abhängig sein wollte. Den Chefposten musste er aber schon nach wenigen Monaten wieder abgeben. Lange selbst sagte damals, er habe den Vorstand nicht geschlossen hinter sich bringen können und sei deshalb zurückgetreten. Andere sagen, Lange sei nicht in der Lage gewesen, den Kreisverband zu führen. Ein Rücktritt sei ihm nahe gelegt worden. Für ihn übernahm damals Steffen Kotré. Der wertet Langes Angriffe gegen ihn deshalb jetzt als "kleinen Racheakt".

Welche Auswirkungen der Partei-Ausstieg Langes auf die Kreispolitik haben wird, ist noch unklar. Lange ist, genau wie Kotré, Mitglied der vierköpfigen Kreistagsfraktion - und möchte das nach eigener Aussage auch als Parteiloser bleiben. Darüber entscheidet freilich nicht er, sondern die Fraktion.

Deren Vorsitzender, der einst von Lange gestürzte Norbert Kleinwächter, will der Entscheidung nicht vorgreifen. Es werde ein offenes Gespräch geben, sagt er. "Ich gehe aber davon aus, dass er in der Fraktion bleibt." Ähnlich versöhnlich äußert sich auch Steffen Kotré. "Trotz aller Differenzen würde ich mich freuen, wenn er weiter in der Fraktion mitarbeitet."

Dieses Entgegenkommen dürfte freilich auch nicht ganz uneigennützig sein. Denn falls Lange die Fraktion tatsächlich verlässt oder ausgeschlossen wird, verliert die AfD ihren Fraktionsstatus im Kreistag. "Das könnten wir verkraften, im nächsten Jahr ist wieder Wahl", sagt Kotré, "aber es wäre einfach schade." AfD-Landeschef Andreas Kalbitz wollte den Austritt von Jens-Birger Lange am Mittwoch nicht kommentieren. Er wünschte ihm lediglich "Alles Gute".

Zitat-Text:

Unehrlisches und auf persönlichen Vorteil ausgerichtetes Verhalten greift immer mehr um sich.

Jens-Birger Lange, Kreistagsabgeordneter LDS

file6ydcqk228glt37rt2hx.jpg Foto: privat Trat für die AfD bei der Landratswahl 2015 in Dahme-Spreewald an und jetzt aus der Partei aus: Jens-Birger Lange.

Dokument MARKAL0020180111ee1b00053

Brandenburg - Berlin

**"Scham und Wut" über "Küngelei und Filz"; Ex-Landratskandidat der AfD in LDS verlässt die Partei**

Oliver Fischer

286 Wörter

11 Januar 2018

Märkische Allgemeine

MARKAL

Der Havelländer

11

Deutsch

Copyright 2018 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Heftige Kritik nach Abschied

Im politisch wohl gewichtigsten brandenburgischen Kreisverband der AfD, in Dahme-Spreewald, rumort es mächtig. Eines der prominentesten Parteimitglieder, der frühere Landratskandidat Jens-Birger Lange, hat die AfD verlassen und dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben, die es in sich hat. "Voller Scham und Wut nehme ich zur Kenntnis, dass Klüngelei und Filz gerade im Landesverband Brandenburg und auch im Kreisverband LDS immer mehr zunehmen", schreibt Lange in seinem Statement auf Facebook. Darin greift er auch mehrere führende AfD-Politiker an.

Lange war bei der Landratswahl 2015 einem breiteren Publikum bekannt geworden. Zum einen wegen seiner schillernden Biografie: Als einstiger FDJ-Funktionär, SED-Mitglied und bekennender Stasi-IM hatte er sich nach der Wende zum Top-Verdiener bei einem Versicherungskonzern hochgearbeitet, später arbeitete er unter anderem als Fäkalienfahrer. Zum anderen erregte sein Ergebnis Aufsehen: Mit knapp 23 Prozent fuhr er das damals landesweit beste Wahlergebnis für die AfD ein.

Jetzt kritisiert er unter anderem die fehlende Trennung von Amt und Mandat in der Partei. Etwa beim Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz, der auch Fraktionschef im Landtag ist. Dem AfD-Kreisvorsitzenden von LDS, Steffen Kotré, wirft er Klüngelei vor, weil dieser im Bundestag seinen Stellvertreter zum persönlichen Mitarbeiter machte. Anderen Mitgliedern im Kreisvorstand attestiert Lange, dass sie "einen geistig unbewaffneten Eindruck machen."

AfD-Landeschef Andreas Kalbitz wollte die Erklärung Langes nicht kommentieren. Steffen Kotré weist den Vorwurf der Klüngelei von sich. Er interpretiert die Aussagen Langes als "kleinen Racheakt". Lange hatte nach der Landratswahl auch den Kreisvorsitz in Dahme-Spreewald übernommen. Inzwischen musste er ihn aber wieder abgeben - an Kotré. Oliver Fischer

file6q930r88c5lv3pial25.jpg Jens-Birger Lange

Dokument MARKAL0020180111ee1b00056

## Lange verlässt die AfD – und teilt aus; AfD Brandenburg

415 Wörter

10 Januar 2018

17:23

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Jens-Birger Lange hat die AfD verlassen. Er ist einer der prominentesten AfD-Politiker in Brandenburg, doch jetzt hat er genug. Er hat eine Erklärung veröffentlicht, die eine harte Abrechnung mit der Partei und dem Gebaren vieler AfD-Politiker ist.

Im politisch wohl gewichtigsten brandenburgischen Kreisverband der AfD, in Dahme-Spreewald, rumort es mächtig. Eines der prominentesten Parteimitglieder, [der frühere Landratskandidat Jens-Birger Lange](#), hat die AfD verlassen und dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben, die es in sich hat, und die kaum ein gutes Haar am Lands- und am Kreisverband lässt. „Voller Scham und Wut nehme ich zur Kenntnis, dass Klüngelei und Filz gerade im Landesverband Brandenburg und auch im Kreisverband LDS immer mehr zunehmen“, schreibt Lange in seinem Statement auf Facebook. Darin greift er auch mehrere führende AfD-Politiker persönlich an.

Lange war bei der Landratswahl 2015 einem breiteren Publikum bekannt geworden. Zum einen wegen seiner schillernde Biografie: Als einstiger FDJ-Funktionär, SED-Mitglied und bekennender Stasi-IM hatte er sich nach der Wende zum Top-Verdiener bei einem Versicherungskonzern hochgearbeitet, später arbeitete er unter anderem als Fäkalienfahrer. Zum anderen erregte sein Ergebnis Aufsehen: [Mit knapp 23 Prozent fuhr er das damals landesweit beste Wahlergebnis für die AfD ein](#).

Der SPD-Politiker Stefan Loge bleibt Landrat im Dahme-Spreewald-Kreis. Der 56-Jährige erreichte bei der Wahl am Sonntag 52,6 Prozent der Stimmen. Er setzte sich deutlich gegen den AfD-Kandidaten Jens-Birger Lange durch, der mit 22,9 Prozent das zweitbeste Resultat einfuhr.

Jetzt kritisiert er unter anderem die fehlende Trennung von Amt und Mandat in der Partei, die zur Anhäufung von Macht auf einzelne Personen führe. Etwa beim Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz, der auch Fraktionsvorsitzender im Landtag ist. „Eine Transparenz ist immer mehr zu vermissen“, so Lange.

Dem AfD-Kreisvorsitzenden von LDS, Steffen Kotré, wirft er zudem Klüngelei vor, weil dieser beim Einzug in den Bundestag seinen eigenen Stellvertreter zum persönlichen Mitarbeiter machte. Anderen Mitgliedern im Kreisvorstand attestiert Lange, dass sie „einen geistig unbewaffneten Eindruck machen.“

AfD-Landeschef Andreas Kalbitz wollte die Erklärung Langes gestern nicht kommentieren. Steffen Kotré weist den Vorwurf der Klüngelei von sich. Er interpretiert die Aussagen Langes als „kleinen Racheakt“. Lange hatte kurz nach der für ihn erfolgreichen Landratswahl auch den Kreisvorsitz in Dahme-Spreewald übernommen. [Er musste ihn aber nach wenigen Monaten wieder abgeben](#) – an den heutigen Vorsitzenden Kotré.

Von Oliver Fischer

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Jens-Birger Lange (AfD), Kraftfahrer, Jg. 1963, 963 Stimmen

Dokument MARKON0020180111ee1a0076d

Berlin Aktuell  
**Die AfD hat ein Jugendproblem**

Erik Peter  
445 Wörter  
8 Dezember 2017  
taz - die tageszeitung  
TAZ  
taz Berlin  
22  
Deutsch  
(c) 2017 taz, die tageszeitung

Nach fehlender Abgrenzung zu den Identitären zwingt die AfD ihren Nachwuchs zum Rücktritt

Von Erik Peter

Die fehlende Abgrenzung zu Rechtsextremen ist für die Berliner AfD-Jugend Junge Alternative (JA) zum existentiellen Problem geworden. Nach dem unfreiwilligen Rücktritt von sieben Vorstandsmitgliedern am vergangenen Donnerstag ist die Organisation derzeit handlungsunfähig. Das bestätigte AfD-Sprecher Ronald Gläser auf Anfrage der taz.

Ganze vier Tage war der neue Vorstand im Amt, der erst Ende November auf einem Landeskongress der Berliner JA gewählt wurde. Der alte Vorsitzende Thorsten Weiß, der für die AfD im Abgeordnetenhaus sitzt, hatte nicht erneut kandidiert. Zum Nachfolger kürten die etwa 70 Delegierten David Eckert. Der aus Thüringen Stammende war zuvor Direktkandidat für den Bundestag und Vorsitzender der AfD-Hochschulgruppe Düsseldorf.

Eckert hat mit seiner Gesinnung schon mehrfach für Empörung gesorgt, etwa wegen eines Kommentars zu einem Facebook-Post über ein geplantes Denkmal zur Erinnerung an lesbische Opfer des Konzentrationslagers Ravensbrück: „Ob es wohl auch bald eine Gedenkstätte für Linkshänder gibt, die im KZ umgekommen sind?“ Für seinen Einsatz ist Eckert derweil belohnt worden: Mit einem Job als Büroleiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré.

Seine Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Jungen Alternative hätte diese wohl nicht in die Krise gestürzt. Es ist eine andere Personalie, die deren Niedergang verantwortet: Jannik Brämer, ihr ehemaliger Schatzmeister. Seine erneute Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der JA hat bei der Berliner Mutterpartei hektische Reaktionen ausgelöst. Laut Informationen der Zeit kam es zu mehreren Krisengesprächen, in denen die JA-Spitze zum Rücktritt aufgefordert worden sei. Andernfalls, so die Drohung, hätte der JA der Entzug des Status als AfD-Jugendorganisation gedroht. Nach mehreren Treffen trat daraufhin der Vorstand um Eckert zurück, mit Ausnahme von Brämer.

Per Haftbefehl gesucht

Zum Grund sagt Gläser: „Jannik Brämer war nicht bereit, sich an den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Identitären Bewegung zu halten.“ Laut Vorstandsbeschluss der Bundes-AfD ist eine Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Aktionsgruppe untersagt. Brämer soll Mitte Mai bei einer Identitären-Aktion vor dem Justizministerium mit einem Auto beinahe einen Zivilpolizisten angefahren haben. Dieser sei zur Seite gesprungen und habe sich dabei verletzt. Anschließend hatte ihn die Polizei per Haftbefehl gesucht.

Deshalb wurde gegen Brämer ein Parteiausschlussverfahren eröffnet, das nur aufgrund „eines Formfehlers“ noch nicht abgeschlossen sei, wie Parteisprecher Gläser sagte. Brämer war im Sommer von seinem Posten als Schatzmeister zurückgetreten, hatte aber stets betont, nicht aus der Partei ausgeschlossen worden zu sein. Auf dem jüngsten Landeskongress der JA hatten ihn rechte Kreise, die ebenfalls mit den Identitären sympathisieren, erneut gewählt. Die Reaktion der Partei haben sie unterschätzt. Eine Zukunft für die JA Berlin gibt es nur, wenn der Bundesverband einen Notvorstand einsetzt, der dann Neuwahlen organisiert.

Dokument TAZ0000020171207edc800020

## Maximal 60 Minuten für einen Schulweg; Heidensee

525 Wörter

28 November 2017

06:37

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Eltern aus Heidensee haben einen konkreten Vorschlag für die Verkürzung der Schulwege ihrer Kinder gemacht. Die Fahr- und Wartezeit auf einer Strecke sollte nicht länger als eine Stunde sein, fordern sie. Als zumutbar gilt derzeit in Dahme-Spreewald fast die doppelte Zeit. Aber das ist nicht der einzige Kritikpunkt der Eltern.

Eltern aus Heidensee finden sich nicht damit ab, dass ihre Kinder bis zu dreieinhalb Stunden täglich auf dem Schulweg unterwegs sind, und machen weiter Druck. Sie wollen erreichen, dass die Fahr- und Wartezeiten deutlich verkürzt werden. In Dolgenbrodt wurde eine Interessengemeinschaft Schülerbeförderung gebildet.

### Unterschriftensammlung startet in diesen Tagen

Sie will sich auch dafür einsetzen, dass Fahrtkosten vom Kreis schneller bearbeitet und erstattet werden. Anträge bleiben monatelang unbeantwortet liegen. Die Elterninitiative bereitet eine Unterschriftensammlung vor. Die Listen werden in diesen Tagen in heideseer Kitas und Schule sowie in der Touristinformation im Königs Wusterhausener Bahnhof ausgelegt.

Die MAZ berichtete im Sommer erstmals über die langen Schulwege, hier mit betroffenen Schülern an einer Bushaltestelle in Blossin. Steffi Nerreter (l.) und Vicky Klode-Hammitsch (r.) gehören zu den Mitbegründerinnen der Interessengemeinschaft von Eltern, die gegen die langen Fahr- und Wartezeiten ihrer Kinder kämpft.

Über die E-Mail-Adresse [schuelerbefoerderung-lds@mail.de](mailto:schuelerbefoerderung-lds@mail.de) können weitere betroffene Eltern Kontakt aufnehmen. „Wir bekommen immer wieder Rückmeldungen von resignierten Eltern, die jahrelang erfolglos für Verbesserungen gekämpft haben“, berichtet Vicky Klode-Hammitsch aus Dolgenbrodt. Sie ist eine der Initiatorinnen der neuen Interessengemeinschaft.

### Lange Wartezeiten vor allem im Winter ein Problem

Das Problem der langen Wartezeiten verschärft sich gerade im Winter, wo es häufig zu Verspätungen und Ausfällen im Bus- und S-Bahnverkehr komme, schrieben Heideseer Eltern in einem Brief an den Landkreis. Sie fordern ausreichende und möglichst zusammenhängende Fahrtstrecken mit einer gut abgestimmten Anbindung zum nächsten Verkehrsmittel sowie eine Abstimmung mit den Schulen. Die Eltern schlagen unter anderem den Einsatz von deutlich mehr Bussen vor, eventuell mit kleineren Fahrzeugen in kürzeren Zeitabständen. Sie fordern eine maximale Schulwegzeit von 60 Minuten pro Strecke für Sekundarschüler. Zumutbar sind derzeit 115 Minuten pro Strecke, für Grundschüler sind es 90 Minuten.

### Kreispolitiker geben den Eltern Recht

Das Thema beschäftigte die Kreispolitik schon Anfang des Jahres. Damals wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Vorschläge für eine deutliche Verkürzung von Fahrzeiten zu machen. Doch Ergebnisse liegen bisher immer noch nicht vor. Die Eltern hoffen dennoch weiter auf die Kreispolitiker, von denen viele das Anliegen unterstützen. „Die Eltern haben Recht“, sagte der bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete Lothar Treder-Schmidt der MAZ und versprach: „Wir bleiben dran.“ Dass die Arbeitsgruppe noch keine Vorschläge vorgelegt hat, findet er unbefriedigend.

### Neuregelung ist eine politische Entscheidung

Der Königs Wusterhausener SPD-Abgeordnete Georg Hanke will sich bei der Verwaltung dafür einsetzen, zumindest für extreme Härtefälle Lösungen zu finden. Eine Neuregelung der zumutbaren Fahr- und Wartezeiten sei hingegen eine politische Entscheidung des Kreistages. AFD-Fraktionschef Steffen Kotré fordert, Verbesserungen für alle Schüler sofort umzusetzen. „Das können und müssen wir uns leisten. Wenn das nicht passiert, ist das nicht hinnehmbar“, sagte er.

Von Frank Pawlowski

Page 93 of 164 © 2019 Factiva, Inc. Alle Rechte vorbehalten.

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Wer auf dem Dorf wohnt, den bestraft das Amt: Protest von Eltern in einer Dolgenbrodter Bushaltstelle mit Schulranzen der Kinder.

Dokument MARKON0020171128edbs000m9

Dahme-Kurier

**Eltern machen bei Schulwegen weiter Druck; Unterschriftensammlung für kürzere Fahrzeiten und für Kostenerstattungen - Hoffnung ruht auf Kreispolitikern**

Frank Pawlowski

394 Wörter

28 November 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

13

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Eltern aus Heidesee finden sich nicht damit ab, dass ihre Kinder bis zu dreieinhalb Stunden täglich auf dem Schulweg unterwegs sind, und machen weiter Druck. Sie wollen erreichen, dass die Fahr- und Wartezeiten deutlich verkürzt werden. In Dolgenbrodt wurde eine Interessengemeinschaft Schülerbeförderung gebildet. Sie will sich auch dafür einsetzen, dass Fahrtkosten vom Kreis schneller bearbeitet und erstattet werden. Anträge bleiben monatelang unbeantwortet liegen. Die Elterninitiative bereitet eine Unterschriftensammlung vor.

Über die E-Mail-Adresse [schuelerbefoerderung-lds@mail.de](mailto:schuelerbefoerderung-lds@mail.de) können weitere betroffene Eltern Kontakt aufnehmen. "Wir bekommen immer wieder Rückmeldungen von resignierten Eltern, die jahrelang erfolglos für Verbesserungen gekämpft haben", berichtet Vicky Klode-Hammitsch aus Dolgenbrodt. Sie ist eine der Initiatorinnen der neuen Interessengemeinschaft. Das Problem der langen Wartezeiten verschärft sich gerade im Winter, wo es häufig zu Verspätungen und Ausfällen im Bus- und S-Bahnverkehr komme, schrieben Heideseer Eltern in einem Brief an den Landkreis. Sie fordern ausreichende und möglichst zusammenhängende Fahrtstrecken mit einer gut abgestimmten Anbindung zum nächsten Verkehrsmittel sowie eine Abstimmung mit den Schulen. Die Eltern schlagen unter anderem den Einsatz von deutlich mehr Bussen vor, eventuell mit kleineren Fahrzeugen in kürzeren Zeitabständen. Sie fordern eine maximale Schulwegzeit von 60 Minuten pro Strecke für Sekundarschüler. Zumutbar sind derzeit 115 Minuten pro Strecke, für Grundschüler sind es 90 Minuten.

Das Thema beschäftigte die Kreispolitik schon Anfang des Jahres. Damals wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Vorschläge für eine deutliche Verkürzung von Fahrzeiten zu machen. Doch Ergebnisse liegen bisher immer noch nicht vor. Die Eltern hoffen dennoch weiter auf die Kreispolitiker, von denen viele das Anliegen unterstützen. "Die Eltern haben Recht", sagte der bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete Lothar Treder-Schmidt der MAZ und versprach: "Wir bleiben dran." Dass die Arbeitsgruppe noch keine Vorschläge vorgelegt hat, findet er unbefriedigend.

Der Königs Wusterhausener SPD-Abgeordnete Georg Hanke will sich bei der Verwaltung dafür einsetzen, zumindest für extreme Härtefälle Lösungen zu finden. Eine Neuregelung der zumutbaren Fahr- und Wartezeiten sei hingegen eine politische Entscheidung des Kreistages. AfD-Fraktionschef Steffen Kotré fordert, Verbesserungen für alle Schüler sofort umzusetzen. "Das können und müssen wir uns leisten. Wenn das nicht passiert, ist das nicht hinnehmbar", sagte er.

file6xqmhwxxtt01n1kgrnlg.jpg Foto: privat Wer auf dem Dorf wohnt, den bestraft das Amt: Protest von Eltern in einer Dolgenbrodter Bushaltstelle mit Schulranzen der Kinder.

Dokument MARKAL0020171128edbs00003



## "Sieg Heil!" bei Parteitag; Ex-AfD-Funktionär vor Gericht

Sb

136 Wörter

17 November 2017

BILD Berlin-Brandenburg

BBERBR

BIBE

5

268

Deutsch

Copyright 2017. Axel Springer SE

Sb

Potsdam - Großes AfD-Treffen im Landgericht! Der Bundestags-Abgeordnete Steffen Kotré (46) und sechs Partei-Mitglieder müssen nächste Woche zum Strafprozess. Weil ein Rechtspopulist beim Landes-Parteitag "Sieg Heil!" gerufen hat.

Im Seehotel Rangsdorf hatte Brandenburgs AfD am 28. Januar ihre Bundestags-Kandidaten gewählt. Abends tranken die Rechten in der Hotelbar, grölten die 1. Strophe des Deutschland-Lieds.

Ulrich Szepat, AfD-Schriftführer in Brandenburg/ Havel, rief: "Sieg Heil!" Dann verstummte der Gesang. Zum Ärger der AfD-Chefs flog der Nazi-Spruch tags darauf auf. Wegen "Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole" verurteilte das Zossener Amtsgericht Szepat zu 1800 Euro Geldstrafe.

Nächsten Mittwoch folgt der Berufungs-Prozess. Szepat behauptet: ",Sieg Heil!" habe ich nur aus Protest gerufen." Kotré und sechs Saufkumpane sollen als Zeugen aussagen.

Ulrich Szepat

Foto: PRIVAT

Dokument BBERBR0020171117edbh0000e



Politik  
**„Sieg Heil“-Rufe auf AfD-Party**

Rackow  
181 Wörter  
14 Oktober 2017

Focus  
FOCUS

20

42

Deutsch

© 2017 FOCUS – DAS MODERNE NACHRICHTENMAGAZIN, FOCUS MAGAZIN VERLAG GMBH,

Parteien

Diese Feier endete vor Gericht: Am 28. Januar wählte die Brandenburger AfD im Seehotel „Rangsdorf“ die Landesliste für die Bundestagswahl. Am Abend zogen sich einige der 241 anwesenden Parteimitglieder zum Feiern in die Bar des Hotels zurück. Darunter war laut Angaben von Teilnehmern auch der heutige AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré. Wie Anwesende FOCUS weiter berichteten, sei die Stimmung „euphorisch“ gewesen. Marschlieder wie „Märkische Heide“ seien gesungen worden. Später dann auch die erste Strophe des Deutschlandliedes: „in Endlosschleife“, so ein Teilnehmer. Schließlich soll ein lauter „Sieg Heil“-Ruf die Party übertönt haben.

Die Quittung dafür gab es am Montag im Saal 1 des Amtsgerichts Zossen: Der Angeklagte Ulrich S. wurde wegen des Ausrufs zu einer Geldstrafe verurteilt. Vor Gericht sagte S., er habe die Anwesenden lediglich darauf hinweisen wollen, was sie da eigentlich taten. Die Stimmung sei „wie im ‚Hofbräuhaus‘ vor der Machtübernahme“ gewesen. Nach der Party sei S. vor der Tür des Hotels kollabiert. Er habe schon einiges getrunken gehabt, verteidigte sich S.

AfD-Wahlkampfbus vor dem Hotel, die offizielle Veranstaltung (r.)

Dokument FOCUS00020171013edae0001m

Luckenwalder Rundschau  
**Steffen Kotré (AfD)**

242 Wörter  
26 September 2017  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
19  
Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Dass Steffen Kotré in den Bundestag einziehen würde, galt als wahrscheinlich. Kotré, der noch als Referent der AfD-Landtagsfraktion geführt wird, hatte den vierten Platz auf der Landesliste inne. Um darüber ein Mandat zu bekommen, hätte ein AfD-Ergebnis von rund 15 Prozent in Brandenburg gereicht. "Man kann aber erst sicher sein, wenn man das Endergebnis in den Händen hält", sagt Kotré.

Kotré, 46 und Diplom-Ingenieur, wohnt in Mittenwalde. Bis zu seinem Wechsel in die Politik hat er als Unternehmensberater gearbeitet. Er ist aktuell Kreisvorsitzender der AfD in Dahme-Spreewald, Kreistagsmitglied und gilt als Vertrauter von Andreas Kalbitz, der wiederum mit dem Abgang von Alexander Gauland in die Bundespolitik zur neuen Nummer eins der Brandenburger AfD aufsteigen dürfte. "Vor vier Jahren hätte noch niemand gedacht, dass wir überhaupt in die Politik gehen. Dass wir jetzt im Bundestag sitzen, zeigt, wie notwendig es ist, dass wir da sind", sagt Kotré.

Die Bundestagsarbeit beginnt für ihn sofort. Am Dienstag wird sich die Fraktion konstituieren. Dass die Parteivorsitzende Frauke Petry ihr nicht angehören will, kommentiert Kotré nicht weiter. "Es ist schade, aber das sind die Fakten", sagte er. Ob er seine Ämter in Dahme-Spreewald behalten wird, lässt er offen. Das werde in den kommenden Tagen entschieden. Gut möglich, dass die AfD-Fraktion im Kreistag gleich zwei Nachrücker finden muss. Denn als einziger Landkreis in Brandenburg stellt Dahme-Spreewald zwei AfD-Bundestagsabgeordnete. ver

file6irtts19mfk1ibjn6851.jpg Foto: Reck Steffen Kotré

Dokument MARKAL0020170926ed9q0001r

## 25 Brandenburger ziehen in den Bundestag ein; Bundestagswahl 2017

331 Wörter

25 September 2017

10:49

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

25 Brandenburger ziehen nach dem vorläufigen Ergebnis der Bundestagswahl in den künftigen Bundestag ein. Darunter fünf Abgeordnete für die AfD, vier Abgeordnete für die Linke und ebenfalls nur vier für die SPD.

Das Land Brandenburg kann 25 Abgeordnete in den neuen Bundestag schicken. Das geht aus einer Auflistung hervor, die der Bundeswahlleiter am Montag im Internet veröffentlichte. Bei der Wahl 2013 hatte Brandenburg 20 Abgeordnete in den Bundestag gewählt. Die Differenz ergibt sich aus Überhang- und Ausgleichsmandate und hängt unter anderem auch von den Stimmergebnissen der Parteien in den einzelnen Bundesländern ab.

25824756

Die CDU schickt demnach neun ihrer zehn Direktkandidaten in das Parlament in Berlin. Die AfD kann fünf Politiker von der Landesliste entsenden. Angeführt wird sie von AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland. Die Linke bekommt vier Plätze aus Brandenburg, angeführt von Spitzenkandidatin Kirsten Tackmann. Auf die SPD entfällt ein Direktmandat, zudem erhalten die ersten drei Kandidaten der Landesliste ein Mandat. Die FDP Brandenburg stellt zwei Abgeordnete, die Grünen erhalten einen Sitz.

[Das sind Brandenburg Direktkandidaten >](#)

Brandenburgs künftige Abgeordnete im Bundestag:

CDU Steineke, Sebastian (Direktkandidat)

CDU Stübgen, Michael (Direktkandidat)

CDU Schulze, Klaus-Peter (Direktkandidat)

CDU Patzelt, Martin (Direktkandidat)

CDU [Schimke, Jana](#) (Direktkandidat)

CDU [Tiemann, Dietlind](#) (Direktkandidat)

CDU von der Marwitz, Hans-Georg (Direktkandidat)

CDU [Feiler, Uwe](#) (Direktkandidat)

CDU Koeppen, Jens (Direktkandidat)

SPD [Schüle, Manja](#) (Direktkandidat)

SPD Zierke, Stefan (Landesliste)

SPD Ziegler, Dagmar (Landesliste)

SPD Freese, Ulrich (Landesliste)

DIE LINKE Tackmann, Kirsten (Landesliste)

DIE LINKE Nord, Thomas (Landesliste)

DIE LINKE Müller, Norbert (Landesliste)

DIE LINKE Domscheit-Berg, Anke (Landesliste)

AfD Reusch, Roman (Landesliste)

AfD Kotré, Steffen (Landesliste)

AfD Kleinwächter, Norbert (Landesliste)

AfD Gauland, Alexander (Landesliste)

AfD Springer, René (Landesliste)

GRÜNE/B 90 Baerbock, Annalena (Landesliste)

FDP Neumann, Martin (Landesliste)

FDP Teuteberg, Linda (Landesliste)

Lesen Sie auch:

[Das sagen Brandenburgs Politiker zur Wahl](#)

[Überblick: So hat Brandenburg gewählt](#)

[AfD wird in Brandenburg zweitstärkste Kraft](#)

[Liveticker: So lief die Wahl in Brandenburg](#)

[So hat Berlin gewählt](#)

Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dokument MARKON0020170925ed9p00669

Potsdam

**Disput am Stand; AfD informierte vor Höcke-Auftritt**

Marion Kaufmann

123 Wörter

9 September 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Potsdamer Tageszeitung

15

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Potsdam-Babelsberg

Rund 20 Polizisten haben gestern in Babelsberg im Vorfeld der heutigen Kundgebung mit Björn Höcke einen Infostand der Alternative für Deutschland (AfD) in Babelsberg gesichert. Viele Passanten diskutierten teils hitzig mit den AfD-Anhängern, es blieb aber friedlich.

Die Partei habe sich ganz bewusst in Babelsberg positioniert, so Steffen Kotré vom AfD-Landesverband. In dem Stadtteil beginnt heute um 9.30 Uhr vor dem Karl-Liebknecht-Stadion ein Demonstrationzug gegen den Auftritt des thüringischen AfD-Politikers Björn Höcke vor dem Filmmuseum, der mit rechtsgerichteten Aussagen für Eklats sorgte. Das Bündnis "Potsdam bekennt Farbe" und die Linke wollen gegen die AfD Position beziehen. Die Polizei ist mit Großaufgebot vor Ort. mak

Dokument MARKAL0020170909ed99000aq

Potsdam

**Ein Plädoyer für Vielfalt Aktion der AfD kaum beachtet; Rund 100 Potsdamer stellen sich der Partei entgegen, die in Sichtweite zur Al-Farouk-Moschee einen Info-Stand unter dem Motto "Keine Islam-Zuerst-Politik" aufgebaut hatte**

Nadine Fabian

422 Wörter

19 August 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Potsdamer Tageszeitung

15

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Die Potsdamer Alternative für Deutschland (AfD) hat gestern unter dem Motto "Keine Islam-Zuerst-Politik" das Gespräch mit Anwohnern der Burgstraße gesucht und ist dort auf wenig Resonanz gestoßen. "Es war schon im Vorfeld klar, dass unser Info-Stand behindert wird", sagte Steffen Kotré, AfD-Landesvorstand und Listenkandidat zur Bundestagswahl: "Das massive Polizeiaufgebot und die Gegendemonstranten schrecken ab."

Die AfD stieß nach ihren Kundgebungen zu Jahresbeginn erneut auf Protest: Rund 100 AfD-Gegner waren dem Aufruf des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" gefolgt, um der islamischen Gemeinde in der Landeshauptstadt und der Am Kanal gelegenen Al-Farouk-Moschee ihre Solidarität zu bekunden und Rassismus und Menschenfeindlichkeit die Rote Karte zu zeigen. 40 Polizisten sicherten die beiden, etwa 50 Meter voneinander entfernten Veranstaltungen ab. Laut Einsatzleiter Ronald Hilsky blieb es friedlich.

Wie berichtet, kritisiert die AfD, dass die Stadt der wachsenden muslimischen Gemeinde in einem leer stehenden Heizhaus in der Joliot-Curie-Straße Räume für einen Gebetsraum zur Verfügung stellt. Die Stadt subventioniere damit den Verein der Muslime und bevormunde die Bürger, die kein Mitspracherecht hätten. Eva-Maria Dähne - 73, partei- und konfessionslos - wohnt in der Burgstraße. "Ich bin wirklich weltoffen", sagt die Rentnerin. "Aber eine Moschee will ich hier nicht haben." Die neuen Nachbarn machen ihr Angst, so Dähne. Dabei hat sie nach eigenem Bekunden nie eine schlechte Erfahrung gemacht: "Trotzdem: Ich will mich damit nicht beschäftigen und mich nicht daran gewöhnen."

Derweil verweisen Nikolai-Pfarrer Matthias Mieke und Al-Farouk-Imam Kamal Mohamad Abdallah sowie die Migrationsbeauftragte Magdolna Grasnack und die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick auf die vielfältigen Möglichkeiten, sich zu begegnen und kennenzulernen. "Ich habe keine Angst vor anderen Religionsgemeinschaften in unserer Stadt", sagt Pfarrer Mieke. "Ich freue mich ausdrücklich darüber, in einer Stadt zu leben, in der allen Menschen freie Religionsausübung ermöglicht wird - so wie es im Grundgesetz steht." Auf Seiten des Bündnisses fanden sich auch die Syrerinnen Lamis Kafir, Sanaa Abaisi und Najwa Hajbakri ein. "Warum stoßen wir auf solche Ablehnung?", fragen sie mit Blick auf den AfD-Stand, wo von Parallelgesellschaften, Gewalt und Terror die Rede ist. "Der Islam hat mit Terror nichts zu tun", sagt ein Besucher aus Regensburg, der beim Stadtbummel auf die AfD gestoßen ist. "Wieso hetzen Sie gegen eine Religionsgruppe? Sie differenzieren nicht zwischen Islam, Islamisten und Terroristen! Und das in der Stadt des Toleranzedikts!"

Dokument MARKAL0020170819ed8j000bd

## Potsdamer Bündnis zeigt AfD die Rote Karte; Ein Plädoyer für Vielfalt

616 Wörter

18 August 2017

18:53

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Die AfD stößt nach ihren Kundgebungen zu Jahresbeginn erneut auf Protest: Rund 100 Potsdamer folgten am Freitag dem Aufruf des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ und stellten sich der Partei entgegen, die in Sichtweite zur Al-Farouk-Moschee einen Info-Stand unter dem Motto „Keine Islam-Zuerst-Politik“ aufgebaut hatte.

Die Potsdamer Alternative für Deutschland (AfD) hat gestern unter dem Motto „Keine Islam-Zuerst-Politik“ das Gespräch mit Anwohnern der Burgstraße gesucht und ist dort auf wenig Resonanz gestoßen. „Es war schon im Vorfeld klar, dass unser Info-Stand behindert wird“, sagte Steffen Kotré, AfD-Landesvorstand und Listenkandidat zur Bundestagswahl: „Das massive Polizeiaufgebot und die Gegendemonstranten schrecken ab.“

Die AfD stieß nach ihren Kundgebungen zu Jahresbeginn erneut auf Protest: Rund 100 AfD-Gegner waren dem Aufruf des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ gefolgt, um der islamischen Gemeinde in der Landeshauptstadt und der Am Kanal gelegenen Al-Farouk-Moschee ihre Solidarität zu bekunden und Rassismus und Menschenfeindlichkeit die Rote Karte zu zeigen.

AfD-Anhänger muss Fahne wieder einholen

40 Polizisten sicherten die beiden, etwa 50 Meter voneinander entfernten Veranstaltungen ab. Laut Einsatzleiter Ronald Hilsky blieb es friedlich. Ein AfD-Anhänger wurde von den Beamten ermahnt: Er hatte eine Flagge mit Bundesadler entrollt – diese ist den Bundesbehörden vorbehalten.

Am Info-Stand machte Steffen Kotré (2.v.l.), AfD-Landesvorstand und Listenkandidat zur Bundestagswahl, Propaganda für seine Partei.

Wie berichtet, kritisiert die AfD, [dass die Stadt der wachsenden muslimischen Gemeinde in einem leerstehenden Heizhaus in der Joliot-Curie-Straße Räume für einen Gebetsraum zur Verfügung stellt](#). Die Stadt subventioniere damit den Verein der Muslime und bevormunde die Bürger, die kein Mitspracherecht hätten. Eva-Maria Dähne – 73, partei- und konfessionslos – wohnt in der Burgstraße. „Ich bin wirklich weltoffen“, sagt die Rentnerin. „Aber eine Moschee will ich hier nicht haben.“ Die neuen Nachbarn machen ihr Angst, so Dähne. Dabei hat sie nach eigenem Bekunden nie eine schlechte Erfahrung gemacht: „Trotzdem: Ich will mich damit nicht beschäftigen und mich nicht daran gewöhnen.“

„Und das in der Stadt des Toleranzedikts!“

Derweil verweisen Nikolai-Pfarrer Matthias Mieke und Al-Farouk-Imam Kamal Mohamad Abdallah, die Migrationsbeauftragte Magdolna Grasnack und die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick auf die vielfältigen Möglichkeiten, sich zu begegnen und kennenzulernen. „Ich habe keine Angst vor anderen Religionsgemeinschaften in unserer Stadt“, sagt Pfarrer Mieke. „Ich freue mich ausdrücklich darüber in einer Stadt zu leben, in der allen Menschen freie Religionsausübung ermöglicht wird – [so wie es im Grundgesetz steht](#).“ Auf Seiten des Bündnisses fanden sich auch die Syrerinnen Lamis Kafir, Sanaa Abaisi und Najwa Hajbakri ein. „Warum stoßen wir auf solche Ablehnung?“, fragen sie mit Blick auf den AfD-Stand, wo von Parallelgesellschaften, Gewalt und Terror die Rede ist. „Der Islam hat mit Terror nichts zu tun“, sagt ein Besucher aus Regensburg, der beim Stadtbummel auf den Info-Stand gestoßen ist. „Wieso hetzen Sie gegen eine Religionsgruppe? Sie differenzieren nicht zwischen Islam, Islamisten und Terroristen! Und das in der Stadt des Toleranzedikts!“

„Die AfD kann Stimmen für die Wahl mit Argumenten holen und nicht mit Hetze“, sagt Imam Abdallah. „Im Hass sind wir alle Verlierer.“

Am 1. September findet am Brandenburger Tor ein interreligiöses Gebet statt. Beginn: 18.30 Uhr. Am 2. September laden die Potsdamer Religionsgemeinschaften zur Nacht der Freiheit ein. Das Fest der Religionen und Weltanschauungen findet von 18 bis 23 Uhr auf dem Bassinplatz statt. Am 24. September

startet die Interkulturelle Woche in der Französischen Kirche. Motto: Vielfalt verbindet. Am 3. Oktober laden die Potsdamer Muslime zum Tag der offenen Moschee ein. nf

Von Nadine Fabian

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Rund 100 Potsdamer schlossen sich dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ an und zeigten der AfD die Rote Karte.

Dokument MARKON0020170818ed8i00ayh

## Potsdam am Freitag: Das ist heute wichtig; 18. August 2017

1,196 Wörter

18 August 2017

06:26

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Mit dem Wochenende kommt die Schössernacht. Zum Auftaktkonzert gibt's auch das Auftaktfeuerwerk. Zunder gibt's derweil für die AfD vom Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“, das die Bemühungen der Stadt unterstützt, dem Verein der Muslime Räume für das Freitagsgebet zur Verfügung zu stellen. Die AfD schüre Ängste, so das Bündnis, das um 11 Uhr auf die Straße geht.

Und mal wieder sind [Gewitter](#) angesagt. Egal, ob die Meteorologen Recht behalten oder nicht – es wird heute so oder so am Potsdamer Abendhimmel knallen und blitzen. Die Schössernacht beginnt traditionell nicht nur mit Musik, sondern auch mit einem von zwei Feuerwerken hoch über der historischen Kulisse der Kolonnaden.

AfD kritisiert eine „Islam-zuerst-Politik“

Die Stadt Potsdam bevorzuge den Islam. [Sie stelle dem muslimischen Verein subventionierte Räume für eine Moschee zur Verfügung](#). Die Predigten sollen integrationsfeindliche Inhalte haben – das alles wirft AfD-Landesvorstand Steffen Kotré, Listenkandidat 4 zur Bundestagswahl, der Stadt vor. „Um mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen, wird sich die AfD vor Ort eine Bild machen“ heißt es weiter, wird es heute von 11–13 Uhr einen Infostand geben, und zwar am Kanal Ecke Burgstraße.

Bündnis zeigt der AfD die Rote Karte

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der Landeshauptstadt Potsdam, dem Verein der Muslime auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung, Räumlichkeiten für das Freitagsgebet zur Verfügung zu stellen, wie es in einer Mitteilung heißt. Damit komme die Stadt ihrer Pflicht nach, dafür Sorge zu tragen, die grundgesetzlich verankerte Freiheit des Glaubens und der religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse zu wahren. Im Vorfeld der Bundestagswahl Bundestag schüre die AfD Ängste, um so auf Stimmenfang zu gehen. Deshalb werde sich das Bündnis heute um 11 Uhr am Standort der Al Farouq Moschee, Am Kanal 61, einfinden, um der AfD die rote Karte zu zeigen.

Der Müll muss warten

Auf Grund einer Betriebsversammlung schließen die Anlagen der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) heute bereits ab 14 Uhr. Betroffen sind die Logistikzentrale in der Drewitzer Str. 47, der Wertstoffhof Drewitz (Zum Heizwerk 18), der Wertstoffhof mit Schadstoffannahmestelle am Neuendorfer Anger 9 sowie die Kompostierungsanlage Potsdam Nedlitz, Lerchensteig 25 b.

Akrobatik auf dem Bassi

Heute wird auf dem Bassinplatz „getanzt, gemalt, gesprüht, auf Slacklines balanciert, gespielt oder einfach nur der Musik von Band und DJs gelauscht“, oder anders ausgedrückt: Die fünfte Ausgabe des „PDM Concrete-Battles“ steht bevor.

Ab 15 Uhr gibt es einen Breakdance-Workshop, ab 16 Uhr „2 vs 2 Breakdance-Battle für Newcomer“ sowie ab 18 Uhr Internationales 1 vs 1 Breakdance-Battle. Viel später, gegen 22:30 Uhr, gibt es noch „3energiegeladene und schwindelerregende Klangwelten“.

Schössernacht I: Eingeschränktes Parkvergnügen

Die Schössernacht steht bevor. Morgen, doch schon heute wird gewerkelt. Daher wird es für den normalen Parkbesucher einige Einschränkungen geben. Wer für heute Abend einen Spaziergang durch den Park Sanssouci geplant hat, wird enttäuscht sein. Aufgrund der Aufbauarbeiten zur Schössernacht schließt die Gartenanlage heute schon um 18 Uhr ihre Pforten. Das Neue Palais hat sogar bereits ab 14 Uhr geschlossen. Warum? Siehe unten bei „Schössernacht III“.

[» So kommen Sie am besten zur Schössernacht – und wieder weg](#)

## Schlössernacht II: Ungewohnte Einbahnstraße

Im Rahmen der Absperrmaßnahmen zur [Schlössernacht](#) wird die Geschwister-Scholl-Straße zwischen Am Neuen Palais und Kastanienallee von heute Mittag 12 Uhr bis Sonntagmorgen um 6 Uhr zur Einbahnstraße. Deshalb müssen die Busse 605 und 606 in Richtung Hauptbahnhof umgeleitet werden.

Die 605er und 606er verkehren in Richtung Hauptbahnhof über Am Neuen Palais, Am Wildpark, Forststraße, Zeppelinstraße; dabei sind folgende Haltestellenänderungen erforderlich:

- Bhf Park Sanssouci (Richtung Hauptbahnhof – Haltestelle in der Geschw.-Scholl-Straße) wird nicht bedient,
- Schloss Charlottenhof (Richtung Hauptbahnhof) wird nicht bedient,
- Kastanienallee/Zeppelinstr. (Richtung Hauptbahnhof) wird verlegt zur Bushaltestelle Kastanienallee/Zeppelinstr. in der Zeppelinstraße.

## Schlössernacht III: Vivaldi macht den Auftakt

Heute Abend, am Vorabend der Schlössernacht 2017, gibt Stargeiger Daniel Hope auf der Mopke vor dem Neuen Palais Antonio Vivaldis „Die vier Jahreszeiten“, gefolgt von einer modernen Überarbeitung des Werkes von Max Richter mit dem Titel „Vivaldi recomposed“.

Daniel Hope, Weltklasse-Geiger und vielfacher ECHO-Preisträger, wird vom Orchester l'arte del mondo begleitet. Das Orchester ist bekannt für seine ausgefallenen, innovativen Programme auf wertvollen historischen Instrumenten. An diesem Abend loten sie die Grenzen zwischen klassischer und zeitgenössischer Musik aus, wenn sie das bekannte Werk von Vivaldi mit der neuen und viel gelobten Neufassung vom bekannten Filmkomponisten Max Richter in den direkten Vergleich stellen.

Gänsehaut ist garantiert, wenn nach dem Konzert ein imposantes Feuerwerk die Kolonnaden und das Neue Palais farbenprächtig illuminiert.

Anreise: Zum Vorabendkonzert fahren Shuttle-Busse der Linien 605, 606 und 695 vom Hauptbahnhof Potsdam (Bussteig 4) zum Neuen Palais in einem 10-Minuten-Takt von 18.30 bis 19.30 Uhr sowie gegen 22 Uhr ebenso wieder zurück. Dieser Shuttle-Bus ist für Besucher des Konzertes mit gültiger Eintrittskarte kostenfrei.

Achtung: Für das Vorabendkonzert sind nur die beiden Abendkassen 1 und 4 (Mopke-Süd und Luisenplatz) geöffnet.

## Lesung und Faktencheck

Der Politikwissenschaftler Erhard Crome hat getan, was andere unterließen: Er untersuchte die globalen Intentionen der politischen Klasse der USA über einen längeren Zeitraum und beantwortet die Frage, ob und wie Donald Trump, der 45. Präsident, in dieses politökonomische Konzept passt. Und er wirft einen kritischen Blick darauf, wie Trump und die seit Jahresbeginn laufende Entwicklung in Europa, insbesondere aber in Deutschland wahrgenommen und reflektiert wird.

Heute liest der Wissenschaftler aus seinem Buch: „Faktencheck: Trump und die Deutschen“. Beginn der Lesung ist um 18 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3.

## Lesung aus einer Fluchtgeschichte

Das Café Matschke lädt heute Abend um 19:30 Uhr in die Alleestraße 10 zu einer Lesung aus Hans Drawes „Griebnitzsee. Eine Fluchtgeschichte“ ein. Nach einem Gespräch mit der Staatssicherheit, die den Defa-Dramaturgen Enders für eine Mitarbeit als Spitzel zu erpressen versucht und seine Karriere infrage stellt, beschließt er, mit Frau und Sohn über die Mauer zu flüchten.

Hans Drawe, 1942 in Königgrätz geboren, ist Autor mehrerer Filme und Fernsehspiele, Theaterstücke, dem Roman „Kopfstand“ und dem Lyrikband „Seelengesichter“.

## Improvisationen über Choräle Luthers

Andreas Wenske improvisiert heute in der Friedrichskirche als musikalisches Multitalent an Orgel, Flügel und Oboe über Choräle von Martin Luther. Aus den 38 überlieferten Chorälen des Theologen und Reformators wählte er dafür sechs bekannte Liedkompositionen aus. Vorgesehen sind auch Improvisationsvorschläge der Zuhörer, die nicht unbedingt etwas mit Luther zu tun haben müssen. Armin Thalheim moderiert. Beginn ist um 19.30 Uhr.

## Apotheken-Notdienst

Schnell und einfach den Apotheken-Notdienst in der Nähe finden. Unter [www.apotheken.de](http://www.apotheken.de) sind alle Notdienste auf einen Klick verfügbar.

#### Zahnarzt-Notdienst

Außerhalb der Praxiszeiten gewährleisten die brandenburgischen Zahnärzte einen zahnärztlichen Bereitschaftsdienst. Ganz einfach die eigene Adresse eingeben und schon wird der nächst gelegene Zahnarzt angezeigt. Hier geht es zur Bereitschaftsdienstsuche unter [www.kzvlb.de](http://www.kzvlb.de).

#### In eigener Sache

Besuchen Sie uns in der City-Redaktion. Wir haben in der MAZ-Ticketeria in der Friedrich-Ebert-Straße eine kleine Stadtreaktion eingerichtet. Sie haben ein Anliegen, Probleme mit Behörden, eine ganz besondere Geschichte zu erzählen? Schauen Sie doch einfach mal von Dienstag bis Donnerstag im MAZ-Mediastore vorbei. Oder schreiben Sie uns eine E-Mail an [potsdam-stadt@MAZ-online.de](mailto:potsdam-stadt@MAZ-online.de). Gerne können Sie uns auch über [Facebook](#) oder [Twitter](#) kontaktieren.

#### Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dokument MARKON0020170818ed8i000dx

Potsdam

**AfD kritisiert eine "Islam-zuerst-Politik"**

83 Wörter

15 August 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Potsdamer Tageszeitung

16

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Die Stadt Potsdam bevorzuge den Islam. Sie stelle dem muslimischen Verein subventionierte Räume für eine Moschee zur Verfügung. Die Predigten sollen integrationsfeindliche Inhalte haben - das alles wirft AfD-Landesvorstand Steffen Kotré, Listenkandidat 4 zur Bundestagswahl, der Stadt vor. "Um mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen, wird sich die AfD vor Ort eine Bild machen", heißt es weiter, wird es am Freitag von 11 bis 13 Uhr einen Infostand geben, und zwar am Kanal Ecke Burgstraße.

Dokument MARKAL0020170815ed8f0008n

## Viele Bürgermeister-Kandidaten; Königs Wusterhausen

468 Wörter  
15 Juli 2017  
08:12  
Märkische Allgemeine Zeitung Online  
MARKON  
Deutsch  
Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Ein so großes Bewerberfeld gab es bei einer Bürgermeisterwahl in Königs Wusterhausen noch nicht. Fünf Kandidaten sind schon registriert, weitere werden erwartet. Die Anmeldefrist endet in wenigen Tagen. Die AfD verzichtet auf eine Nominierung. Dafür entschloss sich einer, der sich lange zierte-

Bei der Bürgermeisterwahl am 24. September werden die Königs Wusterhausener eine große Auswahl wie nie zuvor haben. Schon jetzt sind fünf Bewerber registriert, das ist Rekord. Weitere Vorschläge erwartet die Wahlbehörde noch. Die Anmeldefrist endet am 20. Juli um 12 Uhr.

Michael Reimann kündigt Erklärung an

Anwärter Nummer sechs auf den Chefposten im Rathaus wird voraussichtlich am Dienstag seine Kandidatur bekannt geben. Michael Reimann, Vorsitzender von „Wir für KW“, kündigte eine Erklärung an. Er sei dazu in den vergangenen Monaten von vielen Seiten aufgefordert worden. Nun wolle er über seine Entscheidung „und Vorbereitungen für die Bürgermeisterwahl“ informieren, wie er diese Woche vielsagend mitteilte.

Wahlvorschläge von Parteien und Listen

Bisher gibt es Wahlvorschläge von diesen Parteien und Listen: Bürgermeisterkandidat der SPD ist Georg Hanke, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung. Die CDU hat Vize-Bürgermeister und Kämmerer Jörn Perlick aufgestellt. Für die FDP geht Anke Gerth ins Rennen. Die Freien Wähler Königs Wusterhausen haben Swen Ennullat nominiert, für die Frauenliste bewirbt sich Birgit Uhlworm um das Bürgermeisteramt. Mit Gudrun Eichler gibt es erstmals eine gemeinsame Kandidatin von Linken und Grünen. Sie ist aber laut Stadt noch nicht als Wahlvorschlag registriert.

Für einen Einzelwahlvorschlag liegen derzeit noch die Unterstützerunterschriften aus, ein Wahlvorschlag dazu sei aber noch nicht abgegeben worden. In die Liste kann man sich noch bis zum 19. Juli, 16 Uhr, eintragen. Ebenso in die Unterstützerliste der Freien Wähler, deren Kandidat aber die erforderlichen 72 Unterschriften laut Stadt schon erreicht hat.

Die AfD fand keinen Kandidaten

Lange wurde spekuliert, ob die AfD in Königs Wusterhausen mit einem Bürgermeisterkandidaten antritt. „Wir schicken keinen ins Rennen und geben auch keine Wahlempfehlung ab“, sagte Kreisvorsitzender Steffen Kotré der MAZ. Die „begrenzten Möglichkeiten der AfD“ würden eine Kandidatur derzeit nicht hergeben. „Wir wollen keine halbe Lösung anbieten, nur um dabei zu sein“, sagte Kotré. Die AfD hat mit Norbert Kleinwächter in Wildau und Markus Hecker in Schulzendorf nur zwei Bürgermeisterkandidaten in der Region aufgestellt.

So viele Frauen dabei wie noch nie

In Königs Wusterhausen könnte das Bewerberfeld am Ende aus insgesamt acht Personen bestehen, darunter drei Frauen. Auch das ist ein Novum. Bei der Bürgermeisterwahl 2009 gab es vier Bewerber. Von den damals knapp 28700 Wahlberechtigten gingen 67,5 Prozent zur Wahl. Bei der Stichwahl war es nur noch die Hälfte. Gewinner war Bürgermeister Lutz Franzke (SPD), der nicht wieder antritt. Die Amtszeit des Bürgermeisters beträgt acht Jahre.

Von Frank Pawlowski

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Am 24. September wird ein neuer Bürgermeister für Königs Wusterhausen gewählt. Amtsinhaber Lutz Franzke (SPD) tritt nicht wieder an.

Dokument MARKON0020170715ed7f000m9



Dahme-Kurier

**Schon viele Bewerber; Bis Donnerstag können sich noch Bürgermeister-Kandidaten anmelden**

Frank Pawlowski

386 Wörter

15 Juli 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

16

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Bei der Bürgermeisterwahl am 24. September werden die Königs Wusterhausen eine große Auswahl wie nie zuvor haben. Schon jetzt sind fünf Bewerber registriert, das ist Rekord. Weitere Vorschläge erwartet die Wahlbehörde noch. Die Anmeldefrist endet am 20. Juli um 12 Uhr.

Anwärter Nummer sechs auf den Chefposten im Rathaus wird voraussichtlich am Dienstag seine Kandidatur bekannt geben. Michael Reimann, Vorsitzender von "Wir für KW", kündigte eine Erklärung an. Er sei dazu in den vergangenen Monaten von vielen Seiten aufgefordert worden. Nun wolle er über seine Entscheidung "und Vorbereitungen für die Bürgermeisterwahl" informieren, wie er diese Woche vielsagend mitteilte.

Bisher gibt es Wahlvorschläge von diesen Parteien und Listen: Bürgermeisterkandidat der SPD ist Georg Hanke, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung. Die CDU hat Vize-Bürgermeister und Kämmerer Jörn Perlick aufgestellt. Für die FDP geht Anke Gerth ins Rennen. Die Freien Wähler Königs Wusterhausen haben Swen Ennullat nominiert, für die Frauenliste bewirbt sich Birgit Uhlworm um das Bürgermeisteramt. Mit Gudrun Eichler gibt es erstmals eine gemeinsame Kandidatin von Linken und Grünen. Sie ist aber laut Stadt noch nicht als Wahlvorschlag registriert.

Für einen Einzelwahlvorschlag liegen derzeit noch die Unterstützerunterschriften aus, ein Wahlvorschlag dazu sei aber noch nicht abgegeben worden. In die Liste kann man sich noch bis zum 19. Juli, 16 Uhr, eintragen. Ebenso in die Unterstützerliste der Freien Wähler, deren Kandidat aber die erforderlichen 72 Unterschriften laut Stadt schon erreicht hat.

Lange wurde spekuliert, ob die AfD in Königs Wusterhausen mit einem Bürgermeisterkandidaten antritt. "Wir schicken keinen ins Rennen und geben auch keine Wahlempfehlung ab", sagte Kreisvorsitzender Steffen Kotré der MAZ. Die "begrenzten Möglichkeiten der AfD" würden eine Kandidatur derzeit nicht hergeben. "Wir wollen keine halbe Lösung anbieten, nur um dabei zu sein", sagte Kotré. Die AfD hat mit Norbert Kleinwächter in Wildau und Markus Hecker in Schulzendorf nur zwei Bürgermeisterkandidaten in der Region aufgestellt.

In Königs Wusterhausen könnte das Bewerberfeld am Ende aus insgesamt acht Personen bestehen, darunter drei Frauen. Auch das ist ein Novum. Bei der Bürgermeisterwahl 2009 gab es vier Bewerber. Von den damals knapp 28 700 Wahlberechtigten gingen 67,5 Prozent zur Wahl. Bei der Stichwahl war es nur noch die Hälfte. Gewinner war Bürgermeister Lutz Franzke (SPD), der nicht wieder antritt. Die Amtszeit des Bürgermeisters beträgt acht Jahre.

Dokument MARKAL0020170715ed7f0003a

Dahme-Kurier  
**AfD nominiert Strasen erneut**

115 Wörter  
18 Mai 2017  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
14  
Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Die AfD im Kreistag will ihren Abgeordneten Henry Strasen erneut für die Wahl in den Jugendhilfeausschuss vorschlagen. Das kündigte der stellvertretende Fraktionschef und AfD-Kreisvorsitzende Steffen Kotré an. "Wir sehen gar nicht ein, einen anderen ins Rennen zu schicken", sagte er der MAZ. Strasen hatte im jüngsten Kreistag nicht die Mehrheit bekommen. Das Ergebnis war 18 zu 21 gegen ihn, es gab acht Enthaltungen. Die AfD sollte den stimmberechtigten Sitz in dem Ausschuss jetzt von der Fraktion UBL/Wir für KW übernehmen, so war es vereinbart worden. Kotré sagte zur Ablehnung: "Wir haben Zweifel, dass immer demokratischer Sachverstand im Kreistag waltet. An der Person kann es jedenfalls nicht liegen."

Dokument MARKAL0020170518ed5i00012

## **BER-Appell im Kreistag; Dahme-Spreewald**

541 Wörter

12 Mai 2017

07:34

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Der BER will die freie Stelle des Schallschutzbeauftragten nicht neu besetzen. Die Kreispolitiker schlagen deshalb Alarm. AfD-Anträge zu Wildschäden, Schulen und Wochenendgrundstücken wurden rege diskutiert, aber nicht beschlossen. Bei einer Wahl gab sich der Kreistag eine Blöße.

Die vakante Stelle des Schallschutzbeauftragten bei der Schönefelder Flughafengesellschaft löst im Kreistag Dahme-Spreewald große Besorgnis aus. In der Sitzung am Mittwochabend in Lübben forderte der Schönefelder Abgeordnete Olaf Damm (CDU) den Landrat auf, sich beim BER für eine Neubesetzung der Stelle stark zu machen. „Das Schallschutzprogramm leidet jetzt schon Not. Ich habe ernsthafte Bedenken, dass es weitere Probleme gibt“, sagte er.

Landrat schreibt Brief an den BER

Der Amtsinhaber ist gerade in den Ruhestand gegangen. Laut Damm solle es für ihn keinen Ersatz geben, die BER-Umlandbeauftragte soll dessen Aufgaben mit übernehmen. „Das sehen viele Betroffene völlig anders“, sagte er. Landrat Stephan Loge (SPD) will diese Forderung nun im Namen des Kreistages beim BER vorbringen.

AfD-Vertreter wird nicht in Ausschuss gewählt

Auf der Tagesordnung des Kreistags stand diesmal nur eine Verwaltungsvorlage. Die Petition eines Heideseers, der wegen einer Bausache um den Verzicht auf ein Zwangsgeld bat, wurde zur Bearbeitung an den Landrat verwiesen. Für Gesprächsstoff sorgten dann mehrerer Fraktionsanträge, überwiegend von der AfD. Sie erlitt zunächst eine Wahlschlappe. Ihr Kandidat für den Jugendhilfeausschuss, der Lübbener Abgeordnete und stellvertretende Kreisbrandmeister Henry Strasen, bekam nicht die Mehrheit. Die AfD sollte den stimmberechtigten Sitz jetzt von der Fraktion UBL/Wir für KW übernehmen, so hatten es beide Fraktionen vereinbart. Die AfD will Strasen im nächsten Kreistag erneut für den Ausschuss vorschlagen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steffen Kotré sagte der MAZ am Donnerstag: „Wir sehen gar nicht ein, einen anderen ins Rennen zu schicken. An der Person kann es nicht liegen. Wir haben Zweifel, dass hier immer der demokratische Sachverstand waltet.“

Der Lübbener AfD-Kreistagsabgeordnete Henry Strasen.

Diskussion um Abiturplätze

Abgelehnt wurde der AfD-Antrag, sich zur geplanten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Groß Köris zu bekennen und den Standort zu bevorzugen. „Als politisches Signal, dass wir zum ländlichen Raum stehen“, wie Fraktionschef Norbert Kleinwächter sagte. Der Standort sei nach dem Gesamtschul-Beschluss in Königs Wusterhausen gefährdet. Redner anderer Fraktionen verwiesen hingegen darauf, dass die Abiturstufe in Groß Köris in der Schulplanung schon festgelegt sei. Für Königs Wusterhausen wird der Bedarf ebenfalls gesehen. „Wir werden viele Schulen erweitern müssen“, sagte Lothar Treder-Schmidt (Grüne).

FDP-Abgeordneter spricht von „Trickserei“

AfD-Anträge zum Jagdrecht auf Biber und Wölfe zur Begrenzung von Wildschäden wurden in die Ausschüsse verwiesen. Redner von SPD, CDU, Bündnisgrünen sagten, diese Themen seien schon lange in der Diskussion. FDP-Abgeordneter Raimund Tomczak warf der AfD vor, zu tricksen: „Nachdem ihnen das Flüchtlingsthema abhanden gekommen ist, müssen sie sich als Kümmerer zeigen.“ Viele Abgeordnete klopfen zustimmend auf die Tische.

Resolution zu Wochenendgrundstücken kommt

Der Kreistag will es Besitzern von Wochenendgrundstücken erleichtern, Gebäude zu sanieren. Das scheitert derzeit oft am Baurecht. Die AfD hatte dazu ebenfalls einen Antrag eingereicht. Er wurde mit dem Hinweis

abgelehnt, dass der Bauausschuss bereits an einer Resolution arbeitet. Sie soll im Juli im Kreistag beschlossen werden.

Von Frank Pawlowski

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Wahl zum Jugendhilfeausschuss im Kreistag. AfD-Abgeordneter Henry Strasen hatte 18 Ja -und 21 Nein-Stimmen bei acht Enthaltungen.

Dokument MARKON0020170512ed5c0015p

# Märkische Allgemeine

Luckenwalder Rundschau  
**Die AfD**

101 Wörter  
21 März 2017  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
18  
Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Kreisverband Teltow-Fläming

Mitglieder: 124

Orts- und Gebietsverbände: drei

Vorsitzende: Birgit Bessin

Mandatsträger: eine Landtagsabgeordnete (Birgit Bessin), zwei Sitze im Kreistag (fraktionslos), fünf Sitze in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

Amtsträger: keine

Parteivermögen: Nach eigenen Angaben verfügt die AfD Teltow-Fläming über kein nennenswertes Vermögen.

Hochburgen mit überdurchschnittlichen Wahlergebnissen: Zossen und Blankenfelde-Mahlow.

Kreisverband Dahme-Spreewald

Mitglieder: 81

Orts- und Gebietsverbände: einer

Vorsitzender: Steffen Kotré

Mandatsträger: ein Landtagsabgeordneter (Andreas Kalbitz), vier Sitze im Kreistag, vier Sitze in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

Amtsträger: keine

Parteivermögen: Nach eigenen Angaben verfügt der AfD-Kreisverband über kein nennenswertes Vermögen.

Hochburg mit überdurchschnittlichen Wahlergebnissen: Bestensee.

Dokument MARKAL0020170321ed3i0001u

Luckenwalder Rundschau

**Hochburgen im Norden ; Die AfD in Dahmeland-Fläming ist vor allem im Berliner Umland stark vertreten**

Hartmut F. Reck und Frank Pawlowski

820 Wörter

7 März 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

18

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Der politische Aufstieg, den die Alternative für Deutschland in den vergangenen drei Jahren vor allem in Ostdeutschland hingelegt hat, lässt sich auch in der Region Dahmeland-Fläming nachvollziehen. Aus dem Stand gelang der AfD bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 der Sprung in die Kreistage. In Teltow-Fläming schafften die Neulinge 6,2 Prozent und errangen drei Mandate. Hinzu kamen acht Mandate in Städten und Gemeinden - das war der höchste Wert aller Brandenburgischen Landkreise. Ein Jahr später, bei der Landratswahl in Dahme-Spreewald, setzte die AfD sogar noch eins drauf: AfD-Kandidat Jens-Birger Lange landete mit knapp 23 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz. In einigen Orten im ländlichen Raum wählten ihn damals bis zu 60 Prozent.

Politisch konnte die Partei in der Folge trotzdem nicht allzu viel bewegen, in vielen Gremien sind die Mitglieder isoliert, wenngleich sie sich insbesondere bei flüchtlingspolitischen Themen oft lautstark zu Wort melden. Tonangebend im Kreistag Teltow-Fläming ist allerdings nicht die Kreisvorsitzende Birgit Bessin, die sich mehr auf ihr Landtagsmandat zu konzentrieren scheint, sondern Hans-Stefan Edler. Der pensionierte Bauamtsleiter von Blankenfelde-Mahlow und ehemalige CDU-Mann hat kommunalpolitisch mehr Erfahrung als Bessin und bemüht sich speziell bei planerischen Themen um konstruktive Arbeit.

Politisch gehört der Kreisverband eher zum rechten Flügel in der AfD, man orientiert sich am Landesvorsitzenden. "Bei uns hat Alexander Gauland das Sagen", sagt etwa Wilfried Flach. Der promovierte Theologe und Pfarrer im Ruhestand nennt Gauland zwar einen Garanten dafür, dass die AfD nicht ins rechtsradikale Spektrum abgleiten werde. Das hält aber weder Gauland noch den AfD-Kreisverband Teltow-Fläming davon ab, Thüringens Landesvorsitzenden Björn Höcke zu einer Kundgebung in Jüterbog zu begrüßen, dem wegen mehrerer rechtsextremer Einlassungen sogar ein Parteiausschlussverfahren droht.

Die brandenburgische Landtagsfraktion hat Höcke dorthin eingeladen, vermutlich um auch im Süden mehr Mitglieder zu werben. Denn die Kernklientel des größten brandenburgischen AfD-Kreisverbandes sitzt eher im Norden. Die meisten Mitglieder leben in Blankenfelde-Mahlow. Hier sind sie gut vernetzt, zum Beispiel in der Sicherheitsgemeinschaft, einem Verein, der die Polizei in Sicherheitsfragen unterstützt. Die AfD hat in Blankenfelde-Mahlow 7,7 Prozent bei der Kommunalwahl erzielt und zwei Sitze in der Gemeindevertretung errungen. Ihr Abgeordneter Daniel Freiherr von Lützwitz setzt sich für Kriegerdenkmäler ein oder für ein Gemeindewappen. Zudem organisiert die AfD regelmäßig Bürgerstammtische.

Das tut man auch in Lüdersdorf. Der kleine Ortsteil von Trebbin ist quasi die zweite Hochburg der AfD in Teltow-Fläming. Ortsvorsteher Dietmar Ertel, der auch in der Trebbiner Stadtverordnetenversammlung sitzt, ist ein AfD-Mann. Ertel organisiert Sommerfeste, Filmabende und Putzaktionen vor dem örtlichen Bahnhof. Seine Stammtische sind gut besucht. Persönliche Angriffe habe er noch nie erlebt, sagt Ertel: "Hier sagt niemand Nazi zu mir." Anfeindungen gegen die AfD sind aber aktenkundig. So war das Wahlkreisbüro in Ludwigsfelde mehreren Anschlägen ausgesetzt. Parteiveranstaltungen wie der Besuch der Bundesvorsitzenden Frauke Petry im vergangenen Herbst müssen mit privaten Sicherheitskräften und unter Polizeischutz stattfinden.

So etwas ist aus Dahme-Spreewald bisher nicht bekannt. Dort sorgte die AfD bei der Landratswahl 2015 mit dem Überraschungserfolg von Jens-Birger Lange für einen Paukenschlag. Die 23 Prozent des Groß Kōrisers wurden damals vor allem den ungelösten Problemen in der Flüchtlingskrise zugeschrieben. Von denen haben sich viele inzwischen wieder erledigt. Zahlreiche Notunterkünfte wurden geschlossen, weil die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber drastisch gesunken ist. Für die AfD-Kreistagsfraktion bleiben sie aber ein Top-Thema. Als kürzlich im Kreistag der Haushalt beschlossen wurde, begründete die AfD ihre Ablehnung ausschließlich mit den Ausgaben für Flüchtlinge und Migranten sowie für Maßnahmen zur Integration. Zuvor

hatte der stellvertretende Fraktionschef Steffen Kotré schon das Integrationskonzept des Kreises als realitätsfremd abgelehnt.

In dieser Frage scheint man sich im Kreisverband aber nicht einig zu sein. Als die Stadt Königs Wusterhausen ihr Integrationskonzept beschloss, enthielten sich die beiden AfD-Stadtverordneten der Stimme, statt Nein zu sagen. Fraktionsvorsitzender Andreas Kalbitz sieht darin keinen Widerspruch. "Natürlich haben wir eine gemeinsame Linie", sagt er. Das Abstimmungsverhalten im Kreis sei richtig gewesen, weil die Vorlage nicht differenziert genug gewesen sei. Laut Kalbitz sei seine Partei nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. "Wer bleiben darf, muss integriert werden. Wir glauben aber nicht, dass alle Flüchtlinge aufgenommen werden können."

Der Kreisverband Dahme-Spreewald repräsentiert nach den Worten von Andreas Kalbitz ein breites politisches Meinungsspektrum. Es reicht vom Fraktionschef im Kreistag, Norbert Kleinwächter, der früher der linken WASG angehörte, über den ehemaligen FDP-Mann Kotré bis hin zu Kalbitz selbst, der Mitglied bei den Republikanern und der CDU sowie Vorsitzender eines rechtsextremen Vereins war.

In einem innerparteilichen Machtkampf im vorigen Jahr zog Jens-Birger Lange den Kürzeren, als er nach nur fünf Monaten den Kreisvorsitz aufgab. Kotré wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

file6sd9brs3j61nef9qejw.jpg Foto: dpa Die AfD zog 2014 auf Anhieb in die beiden Kreistage von TF und LDS sowie in Kommunalparlamente ein, darunter in Königs Wusterhausen und Blankenfelde-Mahlow.

Dokument MARKAL0020170307ed3700012

Luckenwalder Rundschau  
**"Wir legen den Finger in die Wunde"; Die AfD-Kreisvorsitzenden von Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, Birgit Bessin und Steffen Kotré, über die Kreisreform, Björn Höcke und Populismus**

615 Wörter  
7 März 2017  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
18

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Birgit Bessin und Steffen Kotré sind die jeweiligen Kreisvorsitzenden der AfD in Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Im MAZ-Interview geben sie Antworten zur Situation ihrer Partei, zum Vorwurf, ihre Partei betreibe Populismus und zur Personalie des umstrittenen Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke.

Frau Bessin, Herr Kotré, die Kreisreform ist in Brandenburg das drängendste landespolitische Thema dieser Tage. Wie stehen Sie dazu?

Birgit Bessin: Die AfD hat sich bereits vor mehr als zwei Jahren gegen die von rot-rot geplante Reform ausgesprochen. Eine Zusammenlegung der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald sehen wir als unnützlich und überflüssig, da beide Landkreise stark genug sind, um eigenständig zu bleiben. Unserer Meinung nach darf die Umgestaltung der Kreisgrenzen nicht ohne die Einbeziehung der Brandenburger erfolgen.

Steffen Kotré: Die Kreisgebietsreform ist nicht bürgerfreundlich, verlängert die Wege und kostet zu viel Geld. Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming haben jeweils für sich die Potenz, alle Verwaltungsaufgaben allein besser zu stemmen.

Ihr Parteikollege Björn Höcke hat mit seiner Dresdener Rede ein heftiges Echo hervorgerufen und auch die AfD gespalten. Viele fordern einen Ausschluss. Was ist Ihre Meinung?

Bessin: An dieser Stelle muss ich Ihnen widersprechen. Ich sehe nicht, dass die Rede von Björn Höcke unsere Partei gespalten hat. Die AfD lebt durch innerparteilichen Pluralismus, Meinungsvielfalt und dem Mut zu politischer Unkorrektheit. Björn Höcke ist ein unverzichtbarer Teil davon. Medial wurde versucht, unsere Partei zu spalten.

Kotré: Es gibt keine Spaltung. Die AfD ist nicht angetreten, um zu kuscheln und alles im gleichen Trott zu belassen. Die AfD hat im Gegensatz zu den Altparteien den Anspruch, die schiefen Dinge in unserem Land wieder gerade zu rücken. Diese große Aufgabe geht nicht ohne innerparteiliche Diskussionen und Kontroversen ab. Am Ende aber werden wir die linksgrünversifftete Achtundsechzigerpolitik erfolgreich überwinden.

Wie begegnen Sie Leuten, die Ihnen und Ihrer Partei Stimmungsmache und Populismus vorwerfen?

Kotré: Mit Unverständnis. Wir legen den Finger in die Wunde. Das schmerzt natürlich, vor allem die Machterhaltungselite. Wer sich mit uns und unserem Programm wirklich beschäftigt, der erkennt die zukunftsweisende Alternative.

Bessin: Diverse Qualitätsmedien haben dazu beigetragen, dass über unsere AfD ein falsches Bild in der Öffentlichkeit dargestellt wird, unter anderem durch die Nicht-Berichterstattung verschiedenster Themen. Auf zahlreichen Vor-Ort-Veranstaltungen und Infoständen wirken wir dem entgegen und klären über unsere Inhalte auf.

Wie schätzen Sie die Situation Ihrer Partei in Ihrem Landkreis ein?

Kotré: Wir haben uns von Wahl zu Wahl im Wähleranteil gesteigert. Zuletzt lagen wir bei den Landratswahlen in Dahme-Spreewald bei 23 Prozent. Wir sind aufgrund unseres Profils, unseres Programms und unserer unverbrauchten Kraft in der Lage, stärkste Partei zu werden.

Bessin: Seit der Gründung unseres Kreisverbandes Teltow-Fläming wachsen wir stetig und sind derzeit mit 124 Mitgliedern der mitgliederstärkste Kreisverband Brandenburgs. Am weiteren Aufbau arbeiten wir und werden zu unseren drei Ortsverbänden noch weitere gründen.

In diesem Jahr stehen neben der Bundestagswahl im September auch noch mehrere Bürgermeisterwahlen an. Was sind Ihre Strategien für das Wahljahr 2017, was sind Ihre Ziele?

Bessin: Die Ziele sind klar definiert: Wir wollen einen politischen Wechsel erreichen. Das bedeutet für uns bei der Bundestagswahl ein Ergebnis oberhalb der 20 Prozent für Teltow-Fläming durch Bürgernähe, Erhalt der Rechtsstaatlichkeit, Identität und des Sozialstaates. Dem Ziel der CDU, zehn Direktmandate zu erreichen, werden wir erfolgreich entgegenwirken.

Kotré: Gleiches gilt auch für den Kreisverband Dahme-Spreewald. Das Ziel sind 20 Prozent plus x der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl. Unsere Strategie ist Vernunft, Rechtsstaatlichkeit, Erhalt unserer Identität und unseres Sozialstaates.

Interview: Oliver Fischer

file6qj4fes9vxsqabxo24o.jpg Foto: Reck Birgit Bessin file6twhus2wgx1t0qb5o2y.jpg Foto: Bungert Steffen Kotré

Dokument MARKAL0020170307ed3700015

BRANDENBURG

## Kein Platz für Muslime in Potsdam // Islamische Gemeinde sucht Moschee-Standort

404 Wörter

6 März 2017

Der Tagesspiegel

TAGSS

011

23048

Deutsch

Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

Potsdam - Seit geraumer Zeit wird in Potsdam nach einem Standort für ein islamisches Gemeindezentrum gesucht. Eine Lösung ist nicht in Sicht. "Es gibt leider noch nichts Neues", sagt der Imam des Vereins der Muslime in Potsdam, Kamal Abdallah. Rathaussprecher Jan Brunzlow sagte, es sei nicht klar, wie lange die Stadtverwaltung die Biosphäre als Standort für die Freitagsgebete des Vereins zur Verfügung stellt. "Ein Ende ist nicht absehbar", sagte Brunzlow. Aber jetzt gibt es wieder Protest gegen das Gebet. Die AfD hatte einen Infostand auf dem Fußweg gegenüber der Biosphäre platziert. Das Motto: "Der Islam gehört nicht zu Deutschland." Der Referent für Wirtschaft der AfD-Landtagsfraktion, Steffen Kotré, sagte, Anlass für den Stand sei die Tatsache, dass der Stadt pro Gebet 1500 Euro Kosten entstehen.

Die Gemeinde betreibt die Al-Farouk-Moschee in der Ladenzeile Am Kanal. Weil die Zahl der Gemeindemitglieder mit der Flüchtlingskrise stark gestiegen ist, mussten im vergangenen Jahr viele Muslime vor der kleinen Moschee auf dem Gehweg beten. Als Notlösung hatte die Stadt ab Herbst den Veranstaltungssaal der Biosphäre angeboten.

Doch seitdem steckt die Rathausspitze in einem Dilemma. Nicht nur, dass die Zahl der für eine Moschee geeigneten Gebäude in der schnell wachsenden Landeshauptstadt klein ist. Es gibt auch prinzipielle Bedenken gegen eine Förderung des Vereins der Muslime - weil eine Rechtsgrundlage fehlt. Demnach würde die Stadt gegen das Neutralitätsgebot im Grundgesetz verstoßen, wenn sie einen einzelnen Moschee-Verein finanziell unterstützen würde - so zumindest die Einschätzung im Rathaus. Zugleich hatte das Rathaus zuletzt - auch auf AfD-Anfrage - erklärt, für die Gebete in der Biosphäre seien jeweils 1500 Euro angefallen, etwa für die Miete des kommunalen Hauses, aber auch für die Reinigung danach. 2016 seien 13 Gebete mit jeweils rund 400 Teilnehmern veranstaltet worden. Das entspricht einer Summe von 19-500 Euro. Diese Kosten seien "zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der Gesundheit der Betenden" nötig gewesen, hatte das Sozialdezernat mitgeteilt. Gleichwohl ist im Rathaus Konsens, dass dies keine dauerhafte Lösung sein kann. Inzwischen werden auch Lösungsmodelle anderer Städte untersucht, die ähnliche Probleme hatten. Klar ist dabei: Ohne Debatten geht es kaum. In der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt laufen Islam-Gegner seit Monaten Sturm gegen eine Moschee, die die deutschlandweit aktive Ahmadiyya-Gemeinde bauen will. Proteste gegen den Bau einer Ahmadiyya-Moschee hatte es vor gut zehn Jahren auch in Berlin im Pankower Ortsteil Heinersdorf gegeben. Henri Kramer

Dokument TAGSS00020170306ed360002b

## Halbe Milliarde; Dahme-Spreewald

644 Wörter

17 Februar 2017

07:16

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Der Kreistag hat den gewaltigen Doppelhaushalt für zwei Jahre beschlossen. Ausgaben von 581 Millionen Euro sind geplant. Fast 60 Millionen Euro investiert der Kreis in Schulen, Breitbandausbau und seine Straßen. Es gab fast durchweg Lob, ein bisschen Kritik und eine Totalverweigerung.

Mehr als eine halbe Milliarde Euro werden in den kommenden beiden Jahren in Dahme-Spreewald bewegt – wie in einem großen Konzern. Der Aufsichtsrat, der Kreistag, stimmte dem gewaltigen Finanzpaket von 581 Millionen Euro, das Landrat Stephan Loge (SPD) als Konzernchef vorgelegt hatte, am Mittwoch mit großer Mehrheit zu.

### Viele Ausgaben per Gesetz

Die meisten Ausgaben sind gesetzlich festgelegt. Soziales, Nahverkehr, Rettungsdienste gehören dazu, aber auch die Personalausgaben mit fast 20 Prozent. Immerhin gut 58 Millionen Euro gibt der Landkreis für Investitionen aus, so viel wie kein anderer Kreis in Brandenburg. Vereinsarbeit, Kultur, Sport werden ebenfalls unterstützt. Dazu sind nur noch wenige Kreise in der Lage.

In den Jahren 2017 bis 2019 will der Landkreis kräftig investieren, gut 58 Millionen Euro sollen allein in den kommenden beiden Jahren ausgegeben werden. Die größten Vorhaben sind: der Neubau des Jobcenters in der Wernerstraße in Königs Wusterhausen, der Breitbandausbau für schnelles Internet, die Sanierung der Blindenschule in Königs Wusterhausen, der Neubau von sechs Rettungswachen, die Sanierung von Kreisstraßen, Rad- und Wanderwegen, eine Bahnquerung in Eichwalde. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Dahme-Spreewald beträgt 31 Euro. Das Land Brandenburg ist mit 863 Euro je Einwohner verschuldet, Teltow-Fläming mit 308 Euro. Knapp 56 Millionen Euro Rücklagen hat der Landkreis.

### Große Freude und totale Ablehnung

„Wir werden mit großer Freude zustimmen“, sagte der bündnisgrüne Abgeordnete Lothar Treder-Schmidt für die Mehrheitsfraktion SPD/Grüne. Das war der Grundtenor in der Aussprache. Der Fraktionschef der Linken, Stefan Ludwig, lobte: „Alle Ausgaben sind seriös dargestellt.“ Er hob besonders die geplanten Investitionen in Schulen hervor.

Mürrische Töne kamen hingegen vom Chef der Fraktion CDU, Bauern, FDP, Michael Kuttner. „Die Fraktion ist nicht glücklich mit dem Doppelhaushalt“, sagte der CDU-Politiker. Zu hohe Personalkosten und absehbare Nachträge waren die Hauptkritikpunkte. Trotzdem stimmte die Fraktionsgemeinschaft zu. Die AfD lehnte den Haushalt ab. „Er beinhaltet Kosten für Wirtschaftsmigranten, die Kosten haben sich verdoppelt“, sagte Steffen Kotré. Er sprach von Steuergeldveruntreuung und nannte die Willkommenskultur eine Ursache für die Verschlechterung der Lebensqualität im Landkreis.

Er erntete dafür Kopfschütteln im Saal. Michael Kuttner sprach von „negativer Polemik“, Stefan Ludwig erwiderte: „Wenn wir das Geld in Integration investieren, werden wir alle reicher. Es ist unsere humanistische Pflicht“

### Geschlossen gegen Dahmeland-Fläming

Einigkeit herrschte diesmal bei der Ablehnung der geplanten Kreisfusion von Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Die offizielle Stellungnahme des Landrates zum Gesetzentwurf für die Kreisgebietsreform wurde einstimmig beschlossen. Darin wird die Neubildung des Kreises Dahmeland-Fläming abgelehnt mit der Begründung, das Dahme-Spreewald alle Kriterien der Landesregierung für eine weitere Eigenständigkeit erfülle. „Das wird jetzt in die Meinungsbildung der Regierung einfließen können“, sagte Stefan Ludwig, der Brandenburgs Justizminister ist. Der Vorsitzende des Kreistages, Ex-Landrat Martin Wille (SPD), sprach nach der Abstimmung von einem „deutlichen Signal“ in Richtung Potsdam. Wille wurde am Mittwoch 74 Jahre alt, bekam viele Gratulationen und von Landrat Stephan Loge zum Sitzungsbeginn einen Blumenstrauß.

## Eine Stelle für die Jugendfeuerwehr

Der Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald bekommt noch in diesem Jahr einen hauptamtlichen Jugendkoordinator. Der Kreistag bewilligte die Mittel. Der Koordinator soll die 84 Kinder- und Jugendfeuerwehren mit ihren 1312 Mitgliedern betreuen. Der Verband kann die Stelle nun ausschreiben, sie soll Mitte des Jahres besetzt werden. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Peter Rublack war als Gast im Sitzungssaal, freute sich riesig. „Wir sind glücklich. Die Unterstützung durch den Kreis sucht seinesgleichen in Brandenburg. Die anderen Verbände beneiden uns darum.“ Seit zwei Jahren bezahlt der Kreis schon einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Die Verbandsarbeit machte dadurch einen „Riesensprung nach vorn“, sagte Rublack.

Von Frank Pawlowski

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dahme-Spreewalds Konzernzentrale: Im Landratsamt in Lübben wird ein Budget von einer halben Milliarde Euro verwaltet.

Dokument MARKON0020170217ed2h001e1

Dahme-Kurier

**581 Millionen Euro für zwei Jahre; Kreistag beschließt den Doppelhaushalt 2017/18, lehnt einstimmig die geplante Fusion mit Teltow-Fläming ab - und schafft eine Stelle für die Jugendfeuerwehr**

Frank Pawlowski

508 Wörter

17 Februar 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

14

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Mehr als eine halbe Milliarde Euro werden in den kommenden beiden Jahren in Dahme-Spreewald bewegt - wie in einem großen Konzern. Der Aufsichtsrat, der Kreistag, stimmte dem gewaltigen Finanzpaket von 581 Millionen Euro, das Landrat Stephan Loge (SPD) als Konzernchef vorgelegt hatte, am Mittwoch mit großer Mehrheit zu.

Die meisten Ausgaben sind gesetzlich festgelegt. Soziales, Nahverkehr, Rettungsdienste gehören dazu, aber auch die Personalausgaben mit fast 20 Prozent. Immerhin gut 58 Millionen Euro gibt der Landkreis für Investitionen aus, so viel wie kein anderer Kreis in Brandenburg. Vereinsarbeit, Kultur, Sport werden ebenfalls unterstützt. Dazu sind nur noch wenige Kreise in der Lage. "Wir werden mit großer Freude zustimmen", sagte der bündnisgrüne Abgeordnete Lothar Treder-Schmidt für die Mehrheitsfraktion SPD/Grüne. Das war der Tenor in der Aussprache.

Der Fraktionschef der Linken, Stefan Ludwig, lobte: "Alle Ausgaben sind seriös dargestellt." Er hob die geplanten Investitionen in Schulen hervor. Mürrische Töne kamen hingegen vom Chef der Fraktion CDU, Bauern, FDP, Michael Kuttner. "Die Fraktion ist nicht glücklich mit dem Doppelhaushalt", sagte der CDU-Politiker. Zu hohe Personalkosten und absehbare Nachträge waren die Hauptkritikpunkte. Trotzdem stimmte die Fraktionsgemeinschaft zu. Die AfD lehnte den Haushalt ab. "Er beinhaltet Kosten für Wirtschaftsmigranten, die Kosten haben sich verdoppelt", sagte Steffen Kotré. Er sprach von Steuergeldveruntreuung und nannte die Willkommenskultur eine Ursache für die Verschlechterung der Lebensqualität im Landkreis. Er erntete dafür Kopfschütteln im Saal. Michael Kuttner sprach von "negativer Polemik", Stefan Ludwig erwiderte: "Wenn wir das Geld in Integration investieren, werden wir alle reicher. Es ist unsere humanistische Pflicht"

Einigkeit herrschte diesmal bei der Ablehnung der geplanten Kreisfusion von Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Die offizielle Stellungnahme des Landrats zum Gesetzentwurf für die Kreisgebietsreform wurde einstimmig beschlossen. Darin wird die Neubildung des Kreises Dahmeland-Fläming abgelehnt mit der Begründung, das Dahme-Spreewald alle Kriterien der Landesregierung für eine weitere Eigenständigkeit erfülle. "Das wird jetzt in die Meinungsbildung der Regierung einfließen können", sagte Stefan Ludwig, der Brandenburgs Justizminister ist. Der Vorsitzende des Kreistages, Ex-Landrat Martin Wille (SPD), sprach nach der Abstimmung von einem "deutlichen Signal" in Richtung Potsdam. Wille wurde am Mittwoch 74 Jahre alt, bekam viele Gratulationen und von Landrat Stephan Loge zum Sitzungsbeginn einen Blumenstrauß.

Der Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald bekommt noch in diesem Jahr einen hauptamtlichen Jugendkoordinator. Der Kreistag bewilligte die Mittel. Der Koordinator soll die 84 Kinder- und Jugendfeuerwehren mit ihren 1312 Mitgliedern betreuen. Der Verband kann die Stelle nun ausschreiben, sie soll Mitte des Jahres besetzt werden. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Peter Rublack war als Gast im Sitzungssaal, freute sich riesig. "Wir sind glücklich. Die Unterstützung durch den Kreis sucht seinesgleichen in Brandenburg. Die anderen Verbände beneiden uns darum." Seit zwei Jahren bezahlt der Kreis schon einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Die Verbandsarbeit machte dadurch einen "Riesensprung nach vorn", sagte Rublack.

file6t8uc2vl3c8fjojxhv2.jpg Foto: Frank Pawlowski Dahme-Spreewalds Konzernzentrale: Im Landratsamt in Lübben wird ein Budget von einer halben Milliarde Euro verwaltet.

Dokument MARKAL0020170217ed2h0000m

## Noch kein Termin für Kandidatenkür

DOREEN HOYER

347 Wörter

8 Februar 2017

Mitteldeutsche Zeitung

MITTLD

32 2017

Deutsch

Copyright 2017. Mitteldeutsches Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG

Kreisverband lädt zu Neujahrsempfang in Köthener Veranstaltungszentrum ein.

VON DOREEN HOYER

BERNBURG/KÖTHEN/MZ - Ganz ausblenden ließen sich die Streitigkeiten in der Landes-AfD nicht - fand der Neujahrsempfang des Anhalt-Bitterfelder Kreisverbandes doch an jenem Abend in Köthen statt, an dem die Fraktion in Magdeburg über den Ausschluss von Daniel Roi stritt (die MZ berichtete mehrfach). So überraschte es auch nicht, dass weder Roi selbst noch seine Lebensgefährtin Sarah Saueremann, ebenfalls Fraktionsmitglied, anwesend waren.

Teil des offiziellen Programms waren die Magdeburger Querelen freilich nicht. Stattdessen sprach Steffen Kotré vom Mittelstandsforum Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern über die aktuelle Wirtschaftssituation, wobei er unter anderem das Erneuerbare-Energien-Gesetz kritisierte. Und Kay-Uwe Ziegler bekräftigte vor dem Publikum seine Ambitionen, nach der Wahl im Herbst in den Bundestag einzuziehen. Ziegler war 2016 der AfD-Bewerber um das Oberbürgermeisteramt in Bitterfeld-Wolfen, verpasste allerdings die Stichwahl.

Einen offiziellen Termin, wann die Kür eines Kandidaten für den Wahlkreis Anhalt nachgeholt werde, gebe es noch nicht, so Landtagsabgeordneter Hannes Loth auf Nachfrage. Zum Wahlkreis gehören auch Teile des Salzlandkreises. Die Nominierung war eigentlich für Ende Januar geplant gewesen, die Veranstaltung wurde jedoch kurzfristig abgesagt. Neben Ziegler hat auch Matthias Büttner Ambitionen auf den Kandidatenposten angemeldet. Dem Staßfurter wird allerdings vorgeworfen, eine mittlerweile entlassene Mitarbeiterin sexuell genötigt zu haben.

Werden die Streitereien in der Parteispitze auf Landesebene das AfD-Ergebnis zur Bundestagswahl beeinflussen? "Die Diskussion ist jedenfalls nicht förderlich", meint Loth. Nichtsdestotrotz sei er sicher, dass es auf jeden Fall für ein zweistelliges Ergebnis reichen werde.

Ohnehin konzentriere er sich stärker auf die Arbeit vor Ort, fügt der Retzauer an. Und stellt den Aufbau eines AfD-Gebietsverbandes, der in etwa den Altkreis Köthen abdecken soll, in Aussicht. Wann genau es soweit sein werde, könne er noch nicht sagen, so Loth. "Aber noch in diesem Jahr."

Als einen "Reinigungsprozess" bezeichnete Heiko Zerrenner vom Anhalt-Bitterfelder Kreisverband die Querelen. Dergleichen könne es bei allen Parteien geben. Am Ende hoffe er auf "ein Bündnis trotz aller Meinungsverschiedenheiten", schließlich habe man einen Wählerauftrag.

Zu Beginn begrüßte Hannes Loth die Gäste. FOTO: REBSCH

Dokument MITTLD0020170208ed280003x

Brandenburg - Berlin

**Gauland ist AfD-Spitzenkandidat; Oppositionspartei stellt Landesliste für Bundestagswahl im September auf - Abendlicher Auszähl-Marathon endet zwischenzeitlich im Chaos**

Volkmar Krause

686 Wörter

30 Januar 2017

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

7

Deutsch

Copyright 2017 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Bundestagswahl

Die Brandenburger AfD geht mit Alexander Gauland als Spitzenkandidat im September in die Bundestagswahl. Auf einer Mitgliederversammlung am vergangenen Wochenende in Rangsdorf (Teltow-Fläming) wurde der Partei- und Landtagsfraktionschef erwartungsgemäß auf Platz eins der Landesliste gewählt. Der 75-Jährige, der im Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Oder-Spree als Direktkandidat antritt, erhielt 199 von 241 abgegebenen Stimmen. Auf ein Wahlziel wollte sich Gauland nicht festlegen. "So stark wie möglich", erklärte er gestern. Bei der jüngsten Forsa-Umfrage der MAZ hatten sich - bezogen auf den Bundestrend - 20 Prozent der Brandenburger für die AfD ausgesprochen und nur 19 Prozent für die SPD. Wahlsieger wäre aktuell die CDU mit 30 Prozent.

Zu Beginn der zweitägigen Mitgliederversammlung am Samstag hatte Gauland, der auch AfD-Bundesvize ist, den umstrittenen Thüringer Fraktionschef Björn Höcke verteidigt und die Partei zur Geschlossenheit aufgefordert. Man müsse die Rede von Höcke nicht für einen Ausbund an Klugheit halten, "doch er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste", sagte er. Höcke war mit Aussagen zum Berliner Holocaust-Mahnmal und der Forderung nach einer erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad auch in der AfD-Führung auf Ablehnung gestoßen. "Spiegel"-Gründer Rudolf Augstein und Schriftsteller Martin Walser hätten Ähnliches vor Höcke gesagt und seien nicht gesteinigt worden, so Gauland. Höcke habe Großartiges für die Partei geleistet, "er gehört zur AfD". Gauland ging offen auf Distanz zu AfD-Bundeschefin und Dauerrivalin Frauke Petry. Die von der sächsischen AfD-Chefin in einem Mitgliederbrief geäußerte Kritik an Höcke sei ihre "persönliche Meinung". Wenn die Granaten einschlugen, stehe man zusammen, erklärte Gauland und erntete dafür Beifall im Saal. Die AfD-Spitze hatte vor einer Woche gegen einen Parteiausschluss Höckes entschieden. Gauland wird wie Höcke und der AfD-Landeschef von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, zum national-konservativen Flügel der Partei gezählt.

Eine Zusammenarbeit mit der islam- und ausländerfeindlichen Pegida-Organisation schloss der AfD-Spitzenkandidat nicht aus. "Das sind unsere Menschen, die da marschieren." Über Bündnisse müssten die Landesverbände entscheiden. Ein Zusammengehen mit NPD-lastigen Pegida-Ablegern komme aber nicht infrage, sagte Gauland.

Etwa jeder Vierte der rund 1000 märkischen AfD-Mitglieder hatte an der Listenwahl in Rangsdorf teilgenommen. Getrieben vom Umfragehoch entschieden die Basisvertreter, eine Liste von 20 Bundestagsbewerbern aufzustellen, um die sich schließlich 36 Kandidaten bewarben. Aber lediglich vier bis sechs Mandate sind bei einem Anteil von 20 Prozent der Wählerstimmen realistisch. Mit der Cottbuser Kreischefin Marianne Spring kandidierte die einzige Frau - am Ende ohne Chance auf einen vorderen Platz.

Das favorisierte Gruppenwahlverfahren, wonach jeder Delegierte bis zu 20 Stimmen verteilen konnte, brachte die parteiinterne Zählkommission in schwere Turbulenzen. Bis zum späten Samstagabend musste die Auszählung der 241 Stimmzettel mit Tausenden von Kreuzen mehrfach wiederholt werden. Dann gab die Versammlungsregie sichtlich entnervt auf, die Verkündung der Ergebnisse wurde auf Sonntag verschoben. Wie es hieß, habe es erst um vier Uhr morgens Klarheit über die ersten acht Plätze der Bundestagsliste gegeben.

Auf Platz zwei kam mit 164 Stimmen der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch. Der 62-Jährige, der dem Brandenburger AfD-Landesvorstand angehört, hatte in der Vergangenheit durch umstrittene Thesen zur Strafjustiz für Aufsehen gesorgt. So forderte er in einem "Spiegel"-Streitgespräch, dass jugendliche Straftäter auch nur zu Erziehungszwecken in Untersuchungshaft gesteckt werden sollten.

Platz drei der Landesliste belegt mit 154 Stimmen René Springer, Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion und Direktkandidat in Potsdam. Der 37-Jährige war bis 2009 SPD-Mitglied. Auf den nächsten Plätzen folgen der 45-jährige AfD-Vorstandsreferent Steffen Kotré, der 30-jährige Gymnasiallehrer und Kreischeff von Dahme-Spreewald, Norbert Kleinwächter, und der Trebbiner Stadtverordnete Dietmar Ertel. Der 47-jährige Ortsvorsteher von Lüdersdorf und Direktkandidat im Wahlkreis Dahme-Spreewald/Teltow-Fläming kündigte an, als "Volkstribun" in den Bundestag einziehen zu wollen. "Ich bin die neue Regine Hildebrandt der AfD." Die Plätze 7 und 8 der Liste besetzen der Landtagsabgeordnete Andreas Galau und Daniel Freiherr von Lützow aus Blankenfelde-Mahlow.

Rund 100 Rangsdorfer protestierten gestern Mittag vor dem Tagungshotel gegen die AfD. Aufgerufen hatte unter anderem der örtliche Kulturverein. Deren Vorsitzender Detlef Schlüpen sagte, man dürfe zur Versammlung der Rechtspopulisten nicht schweigen.

Dokument MARKAL0020170130ed1u00029

BRANDENBURG

**AfD setzt Gauland auf Platz eins An zweiter Stelle folgt Berliner Oberstaatsanwalt**

394 Wörter

30 Januar 2017

Der Tagesspiegel

TAGSS

011

23013

Deutsch

Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

Rangsdorf - In Brandenburg tritt die rechtspopulistische AfD mit Parteichef Alexander Gauland als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl im Herbst 2017 an. Auf einer AfD-Mitgliederversammlung am Wochenende in Rangsdorf wurde der 75-Jährige auf den ersten Platz der Landesliste gewählt. Bevor die Wahlergebnisse am Sonntagmorgen verkündet werden konnten, musste die Auszählung am Vorabend mehrfach wiederholt und der Parteitag unterbrochen werden. Für Gauland votierten 199 der 241 anwesenden Mitglieder, ein Stimmzettel war ungültig. Er erhielt damit mit Abstand die meisten Stimmen. Auf Platz zwei der Liste folgt Roman Reusch mit 164 Stimmen. Er ist Leitender Oberstaatsanwalt in Berlin und Leiter der Abteilung "Einlieferung und Auslieferung ausländischer Straftäter, Internationale Rechtshilfe".

Auf ein konkretes Wahlziel für Brandenburg will sich Gauland noch nicht festlegen. "So stark wie möglich", sagte er dem Tagesspiegel. Die AfD käme nach einer Umfrage zur Bundestagswahl im Land aktuell auf 20 Prozent und liegt damit vor der SPD (19 Prozent) und hinter der CDU (30 Prozent), womit etwa fünf, maximal sechs Bundestagsmandate über die Landesliste in Aussicht sind.

Auf den dritten Listenplatz schaffte es mit 154 Stimmen René Springer, Fraktionsgeschäftsführer der Landtagsfraktion und Direktkandidat in Potsdam, wo er früher in der SPD war. Auf Listenplatz vier folgt AfD-Referent Steffen Kotré. Er belegt den "letzten als sicher geltenden Listenplatz", wie die AfD in einer Erklärung schrieb. Aussichtsreich sei aber auch noch Platz 5, auf den der Kreischef von Dahme-Spreewald Norbert Kleinwächter (149) kam.

Trotz des unberechenbaren basisdemokratischen Wahlverfahrens, bei dem die anwesenden AfD-Mitglieder je 20 Stimmen auf 36 Kandidaten verteilen konnten, setzten sich für die vorderen Plätze nur Kandidaten der engeren Parteispitze durch, vor allem Vertraute des Partei- und Fraktionsvizes Andreas Kalbitz, der als graue Eminenz der AfD in Brandenburg gilt und voraussichtlich Gauland als Fraktionschef im Landtag beerben wird. Gauland hat inzwischen klargestellt, dass er nach dem Einzug in den Bundestag sein Landtagsmandat niederlegen wird. Vorher hatte er für eine Übergangszeit ein Doppelmandat nicht ausgeschlossen.

Am Sonntag, als der Parteitag mit der Wahl von zwölf weiteren, aber aussichtslosen Listenplätzen fortgesetzt wurde, demonstrierten rund einhundert Rangsdorfer gegen die Partei. "AfD - Nein Danke!" stand auf Transparenten. Zu dem Protest aufgerufen hatte der örtliche Kulturverein. Die Brandenburger AfD wird innerhalb der Bundespartei zum rechten Flügel gezählt. Am Sonnabend hatte sich Gauland hinter den umstrittenen Thüringer Fraktionschef der AfD, Björn Höcke, gestellt. Th. Metzner

Dokument TAGSS00020170130ed1u0001t



## Die Wahrheit über den AfD-Parteitag

MICHAEL SAUERBIER

406 Wörter

30 Januar 2017

BILD Berlin-Brandenburg

BBERBR

10

25

Deutsch

Copyright 2017. Axel Springer SE

Auszählungs-Chaos, wenig Frauen, rechte Sprüche. Am Ende landet Gauland auf Listenplatz 1 für die Bundestagswahl

Von

MICHAEL SAUERBIER

Rangsdorf - Chaos beim Parteitag der Brandenburger AfD. 36 Mitglieder wollten am Wochenende einen der vorderen Listenplätze für die Bundestagswahl. Für die Auszählung der 241 Stimmzettel brauchte die Partei zehn Stunden ...

Bei jeder Zählung kam ein anderes Ergebnis heraus. Erst Sonntagmorgen stand dann fest: Landeschef Alexander Gauland (76) wird auch der AfD-Spitzenkandidat. Obwohl er die "Mahnmal der Schande"-Rede von Rechtsaußen Björn Höcke verteidigt hatte. Gauland: "Er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste. Björn Höcke gehört zu unserer AfD!"

Die Wahrheit über den Brandenburger AfD-Parteitag!

Gaulands Truppe ist eine Männer-Partei: Unter den 241 versammelten Mitgliedern waren nur 30 Frauen, unter den 36 Bewerbern nur eine einzige. Sie schaffte es nicht auf die Liste.

Auch der Ex-Sprecher der Potsdamer "Pogida"-Märsche, Herbert Heider, trat an. Bundespolizist Wilko Möller bewarb sich mit dem Satz: "Frauen sollten nur in Führungspositionen dürfen, wenn sie Kinder haben."

Jeder musste vor seiner Bewerbungsrede ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Der erste Kandidat hatte gleich zwei Straf-Einträge. Er sagte: "Immer, wenn ich etwas mache, macht die BRD ein Gesetz dagegen."

Ein anderer lobte die "Identitäre Bewegung". Diese Rechtsextremisten besetzten das Brandenburger Tor, stehen im Visier des Verfassungsschutzes. Ein weiterer AfD-Bewerber flog aus der Berliner Polizei, sagte: "Denen war ich zu rechts."

Die vier oder fünf Erstplatzierten auf der Liste kommen mit Sicherheit ins Bundesparlament. "Für nur 3500 Euro Einsatz", sagte Bewerber Norbert Kleinwächter (30) zu BILD, "so teuer waren meine Werbe-Flyer." Der Privatschullehrer kam von der linken Wahlalternative (WASG) zur AfD. Er beeindruckte mit einer geschliffenen Rede, die man bei vielen Kandidaten vermisste.

Nach den 36 Bewerbungsreden wurde auf langen Zetteln abgestimmt. Vier Stunden später kursierten erste Zahlen. Doch um 21.30 Uhr erklärte der Versammlungsleiter: "Wir haben sechsmal gezählt, aber die Ergebnisse stimmen nicht überein ..."

241 AfDler fuhren ratlos heim. Erst Sonntagfrüh erfuhren sie: Gauland und der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch (62) führen die Bundestagsliste an. Auf Platz 3 folgt der Potsdamer René Springer (37, früher SPD), dahinter Steffen Kotré (45). Lehrer Kleinwächter schaffte Listenplatz 5.

Er strahlt. Doch dann schallen Rufe von draußen herein: 100 Mitglieder des Rangsdorfer Kulturvereins protestieren vorm Seehotel. Sie rufen: "AfD ade!"

AfD-Kandidatenwahl in Rangsdorf - immer wieder wurde neu ausgezählt

Alexander Gauland zieht als Spitzenkandidat der Brandenburger AfD in die Bundestagswahl - mit 76



Berlin

## **Auszählungs-Chaos, wenig Frauen, rechte Sprüche; Die Wahrheit über den AfD-Parteitag**

45

410 Wörter

30 Januar 2017

bild.de

BILDE

BIDE

08:59:24

0

Deutsch

Copyright 2017. BILD GMBH & CO. KG

Berlin - Chaos beim Parteitag der Brandenburger AfD. 36 Mitglieder wollten am Wochenende einen der vorderen Listenplätze für die Bundestagswahl. Für die Auszählung der 241 Stimmzettel brauchte die Partei zehn Stunden... Bei jeder Zählung kam ein anderes Ergebnis heraus. Erst Sonntagmorgen stand dann fest: Landeschef Alexander Gauland (76) wird auch der AfD-Spitzenkandidat. Und das, obwohl er die "Mahnmal der Schande"-Rede von Rechtsaußen Björn Höcke verteidigt hatte. Gauland: "Er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste. Björn Höcke gehört zu unserer AfD!" Die Wahrheit über den Brandenburger AfD-Parteitag! ► Gaulands Truppe ist eine Männer-Partei: Unter den 241 versammelten Mitgliedern waren nur 30 Frauen, unter den 36 Bewerbern nur eine einzige. Sie schaffte es nicht auf die Liste. ► Auch der Ex-Sprecher der Potsdamer "Pogida"-Märsche, Herbert Heider, trat an.

Bundespolizist Wilko Möller bewarb sich mit dem Satz: "Frauen sollten nur in Führungspositionen dürfen, wenn sie Kinder haben." ► Jeder musste vor seiner Bewerbungsrede ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Der erste Kandidat hatte gleich zwei Straf-Einträge. Er sagte: "Immer, wenn ich etwas mache, macht die BRD ein Gesetz dagegen." ► Ein anderer lobte die "Identitäre Bewegung". Diese Rechtsextremisten besetzten das Brandenburger Tor, stehen im Visier des Verfassungsschutzes. Ein weiterer AfD-Bewerber flog aus der Berliner Polizei, sagte: "Denen war ich zu rechts." ► Die vier oder fünf Erstplatzierten auf der Liste kommen mit Sicherheit ins Bundesparlament. "Für nur 3 500 Euro Einsatz", sagte Bewerber Norbert Kleinwächter (30) zu BILD, "so teuer waren meine Werbe-Flyer." Der Privatschullehrer kam von der linken Wahlalternative (WASG) zur AfD. Er beeindruckte mit einer geschliffenen Rede, die man bei vielen Kandidaten vermisste. Nach den 36 Bewerbungsreden wurde auf langen Zetteln abgestimmt. Vier Stunden später kursierten erste Zahlen. Doch um 21.30 Uhr erklärte der Versammlungsleiter: "Wir haben sechsmal gezählt, aber die Ergebnisse stimmen nicht überein ..." 241 AfDler fuhren ratlos heim. Erst Sonntagfrüh erfuhren sie: Gauland und der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch (62) führen die Bundestagsliste an. Auf Platz 3 folgt der Potsdamer René Springer (37, früher SPD), dahinter Steffen Kotré (45). Lehrer Kleinwächter schaffte Listenplatz 5. Er strahlt. Doch dann schallen Rufe von draußen herein: 100 Mitglieder des Rangsdorfer Kulturvereins protestieren vorm Seehotel. Sie rufen: "AfD ade!" SIND SIE AUF FACEBOOK? WERDEN SIE FAN VON BILD BERLIN! Mehr News aus Berlin und Umgebung lesen Sie hier auf [berlin.bild.de](http://berlin.bild.de)

Am Sonntag ging es bei der Bundestags-Listenwahl der AfD Brandenburg chaotisch zu

Dokument BILDE00020170130ed1u0005m

## **Zehn Stunden lang wurde ausgezählt, doch die Zahlen stimmten nicht überein - AfD-Parteitag endet mit alternativen Ergebnissen**

321 Wörter  
30 Januar 2017  
B.Z.  
BZDE  
BZ-BZ  
7  
0  
Deutsch  
Copyright 2017 B.Z. Ullstein GmbH.

Chaos beim Parteitag der Brandenburger AfD. Sechsmal (!) wurden die Stimmzettel zur Wahl der Bundestags-Kandidaten am Sonnabend ausgezählt - ohne Ergebnis. Am Sonntag präsentierte die „Alternative für Deutschland“ dann ein alternatives Resultat.

36 Parteimitglieder drängelten sich in Rangsdorf um einen Sitz im Bundestag. Eine einzige Frau war dabei. Die vier oder fünf Erstplatzierten sitzen ab Herbst im Parlament. Für manchen wie ein Lottogewinn: Vier Jahre Bundestag bringen eine halbe Million Euro plus 1.-Klasse-Bahncard, Limousinen-Service und Hauptstadt-Büro.

„Für nur 3500 Euro Einsatz“, sagt Bewerber Norbert Kleinwächter (30) zur B.Z., „so teuer waren meine Werbe-Flyer.“ Der Privatschullehrer wechselte von der linken WASG zur AfD. Er beeindruckt mit einer geschliffenen Rede, die man bei den meisten Kandidaten vermisst.

Glücksritter, Gescheiterte, sogar Kriminelle sind dabei. Jeder muss vor seiner Rede ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Zwei Strafeinträge hat der erste Kandidat. Er sagt: „Immer, wenn ich etwas mache, macht die BRD ein Gesetz dagegen ...“

Auch der Ex-Sprecher der Potsdamer „Pogida“-Märsche, Herbert Heider, tritt an. Und Parteichef Alexander Gauland lobt die „Mahnmal der Schande“-Rede von AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, meint: „Er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste.“

Dann wird abgestimmt. Nach vier Stunden kursieren erste Zahlen. Doch um 21.30 Uhr erklärt der Versammlungsleiter: „Wir haben sechsmal gezählt, aber die Ergebnisse stimmen nicht überein.“ 241 AfDler fahren ratlos heim - kehren Sonntagfrüh zurück. Und hören dann alternative Zahlen: Kleinwächter liegt jetzt nicht mehr vor, sondern hinter Vorstands-Favorit Steffen Kotré. Gauland und der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch führen die Liste an.

Als die Rechtspopulisten das Tagungshotel verlassen, protestieren 100 Mitglieder des Rangsdorfer Kulturvereins, rufen: „AfD ade!“

Fotos: dpa

AfD-Chef Gauland verteidigte Höckes „Denkmal der Schande“-Rede, kam auf Listenplatz 1

Ralf Hirschberger

Brandenburgs AfD wählte am Wochenende ihre Bundestags-Kandidaten - und zählte 10 Stunden lang immer neu aus

Ralf Hirschberger

Dokument BZDE000020170130ed1u0003k

## Gauland ist AfD-Spitzenkandidat; Bundestagswahl

651 Wörter

29 Januar 2017

17:21

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Die Brandenburger Alternative für Deutschland (AfD) hat am vergangenen Wochenende in Rangsdorf (Teltow-Fläming) ihre Landesliste für die Bundestagswahl im September aufgestellt. Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland geht als Frontmann ins Rennen. Der 75-Jährige erhielt 199 von 241 Stimmen. Die Stimmenauszählung war nicht ohne Probleme.

Die Brandenburger AfD geht mit Alexander Gauland als Spitzenkandidat im September in die Bundestagswahl. Auf einer Mitgliederversammlung am vergangenen Wochenende in Rangsdorf (Teltow-Fläming) wurde der Partei- und Landtagsfraktionschef erwartungsgemäß auf Platz eins der Landesliste gewählt. Der 75-Jährige, der im Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Oder-Spree als Direktkandidat antritt, erhielt 199 von 241 abgegebenen Stimmen. Auf ein Wahlziel wollte sich Gauland nicht festlegen. „So stark wie möglich“, erklärte er am Sonntag. Bei der jüngsten Forsa-Umfrage der MAZ hatten sich – bezogen auf den Bundestrend – 20 Prozent der Brandenburger für die AfD ausgesprochen und nur 19 Prozent für die SPD. Wahlsieger wäre aktuell die CDU mit 30 Prozent.

Zu Beginn der zweitägigen Mitgliederversammlung am Samstag hatte Gauland, der auch AfD-Bundesvize ist, den umstrittenen Thüringer Fraktionschef Björn Höcke verteidigt und die Partei zur Geschlossenheit aufgefordert. Man müsse die Rede von Höcke nicht für einen Ausbund an Klugheit halten, „doch er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste“, sagte er. Höcke war mit Aussagen zum Berliner Holocaust-Mahnmal und der Forderung nach einer erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad auch in der AfD-Führung auf Ablehnung

Bei der Bundestagswahl 2013 scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) an der Fünf-Prozent-Hürde. Mit 12,2 Prozent der Stimmen zog die Partei 2014 in den Brandenburg Landtag ein.

Eine Zusammenarbeit mit der islam- und ausländerfeindlichen Pegida-Organisation schloss der AfD-Spitzenkandidat nicht aus. „Das sind unsere Menschen, die da marschieren.“ Über Bündnisse müssten die Landesverbände entscheiden. Ein Zusammengehen mit NPD-lastigen Pegida-Ablegern komme aber nicht infrage, sagte Gauland.

Etwa jeder Vierte der rund 1000 märkischen AfD-Mitglieder hatte an der Listenwahl in Rangsdorf teilgenommen. Getrieben vom Umfragehoch entschieden die Basisvertreter, eine Liste von 20 Bundestagsbewerbern aufzustellen, um die sich schließlich 36 Kandidaten bewarben. Aber lediglich vier bis sechs Mandate sind bei einem Anteil von 20 Prozent der Wählerstimmen realistisch. Mit der Cottbuser Kreischefin Marianne Spring kandidierte die einzige Frau – am Ende ohne Chance auf einen vorderen Platz.

Das favorisierte Gruppenwahlverfahren, wonach jeder Delegierte bis zu 20 Stimmen verteilen konnte, brachte die parteiinterne Zählkommission in schwere Turbulenzen. Bis zum späten Samstagabend musste die Auszählung der 241 Stimmzettel mit Tausenden von Kreuzen mehrfach wiederholt werden. Dann gab die Versammlungsregie sichtlich entnervt auf, die Verkündung der Ergebnisse wurde auf Sonntag verschoben. Wie es hieß, habe es erst um vier Uhr morgens Klarheit über die ersten acht Plätze der Bundestagsliste gegeben.

Auf Platz zwei kam mit 164 Stimmen der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch. Der 62-Jährige, der dem Brandenburger AfD-Landesvorstand angehört, hatte in der Vergangenheit durch umstrittene Thesen zur Strafjustiz für Aufsehen gesorgt. So forderte er in einem „Spiegel“-Streitgespräch, dass jugendliche Straftäter auch nur zu Erziehungszwecken in Untersuchungshaft gesteckt werden sollten.

Platz drei der Landesliste belegt mit 154 Stimmen René Springer, Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion und Direktkandidat in Potsdam. Der 37-Jährige war bis 2009 SPD-Mitglied. Auf den nächsten Plätzen folgen der 45-jährige AfD-Vorstandsreferent Steffen Kotré, der 30-jährige Gymnasiallehrer und Kreischef von Dahme-Spreewald, Norbert Kleinwächter, und der Trebbiner Stadtverordnete Dietmar Ertel. Der 47-jährige Ortsvorsteher von Lüdersdorf und Direktkandidat im Wahlkreis Dahme-Spreewald/Teltow-Fläming kündigte an, als „Volkstribun“ in den Bundestag einziehen zu wollen. „Ich bin die neue Regine Hildebrandt der AfD.“

Die Plätze 7 und 8 der Liste besetzen der Landtagsabgeordnete Andreas Galau und Daniel Freiherr von Lützow aus Blankenfelde-Mahlow.

Rund 100 Rangsdorfer protestierten am Sonntag Mittag vor dem Tagungshotel gegen die AfD. Aufgerufen hatte unter anderem der örtliche Kulturverein. Deren Vorsitzender Detlef Schlüpen sagte, man dürfe zur Versammlung der Rechtspopulisten nicht schweigen.

Von Volkmar Krause

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

AfD-Landeschef Alexander Gauland.

Dokument MARKON0020170201ed1f00005

Berlin  
**AfD Brandenburg wählt Gauland zum Spitzenkandidaten**

Thorsten Metzner  
564 Wörter  
29 Januar 2017  
Der Tagesspiegel Online  
TAGON  
Deutsch  
Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.  
Bundestagswahl 2017

Alexander Gauland bekam 199 der 241 Stimmen, auf Platz zwei folgt der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch. Am Samstagabend musste der Parteitag wegen Problemen bei der Stimmauszählung abgebrochen werden.

In Brandenburg tritt die rechtspopulistische [AfD mit Parteichef Alexander als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl im Herbst 2017](#) an. Auf einer AfD-Mitgliederversammlung am Wochenende in Rangsdorf wurde der 75-jährige am Wochenende auf den ersten Listenplatz der Landesliste gewählt. Bevor die Wahlergebnisse am Sonntagmorgen verkündet werden konnten, hatte die Auszählung am Vorabend mehrfach wiederholt und der Parteitag unterbrochen werden müssen.

Für Gauland votierten 199 der 241 anwesenden Mitglieder. Auf Platz zwei folgt der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch (164 Stimmen). Auf ein konkretes Wahlziel für Brandenburg wollte sich Gauland am Sonntag noch nicht festlegen. „So stark wie möglich“, sagte Gauland.

Die AfD käme nach einer Umfrage zur Bundestagswahl im Land aktuell auf 20 Prozent, vor der SPD (19), hinter der CDU (30), womit etwa fünf, maximal sechs Bundestagsmandate über die Landesliste aussichtsreich sind. Auf den dritten Listenplatz schaffte es mit 154 Stimmen Rene Springer, Fraktionsgeschäftsführer der Landtagsfraktion und Direktkandidat in Potsdam, wo er früher in der SPD war.

Auf den nächsten Listenplätzen folgen AfD-Referent Steffen Kotré (150), der Krieschef von Dahme-Spreewald Norbert Kleinwächter (149) und der Trebbiner Kommunalpolitiker Dietmar Ertel mit 143 Stimmen. Gauland hat inzwischen klargestellt, dass er nach dem Einzug in den Bundestag sein Landtagsmandat niederlegen wird. Vorher hatte er für eine Übergangszeit ein Doppelmanat nicht ausgeschlossen.

In den Vorstellungsrunden gab es einige Seltsamkeiten: Ein Redner hielt Frauen für Führungspositionen nur geeignet, „wenn sie Kinder haben“. Ein anderer lobte die als rechtsextrem geltende Identitäre Bewegung.

Nur einer erhielt Beifall wie Gauland: Dietmar Ertel, AfD-Stadtverordneter in Trebbin, Ortsvorsteher seiner Gemeinde, ehrenamtlicher Geistlicher der evangelischen Kirche, geübt in freier Rede. Er erzählte, wie er mit Parteifreunden in Trebbin den heruntergekommenen Bahnhof putze. Er wolle als „Volkstribun“ in den Bundestag, sagte Ertel. „Ich bin die neue Regine Hildebrandt der AfD.“

Gauland stellt sich hinter Höcke Auf dem Parteitag stellte sich Gauland hinter Björn Höcke, der nach seiner Forderung nach einer [erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad](#) bundesweit Empörung ausgelöst hat und auch Kritik aus seiner eigenen Partei dafür bekommen hat. „Er gehört zur AfD. Er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste!“, sagte Alexander Gauland, AfD-Bundesvize und Brandenburgs Landeschef am Sonnabend auf einem Landesparteitag in Rangsdorf. „Auch ich hätte mir manches in Ton und Inhalt anders gewünscht“, sagte Gauland über den Thüringer Fraktionschef. „Aber, liebe Freunde“, setzte er fort, „wenn die Granaten einschlagen, steht man zusammen“. Der Parteifreund könne nicht für Aussagen, die vor ihm schon Rudolf Augstein und Martin Walser getroffen hätten, verurteilt werden. Tosender Beifall.

Und dann rügte Gauland, selbst Bundesvize, offen Bundeschefin Frauke Petry, die sich in einem Rundbrief an die Mitglieder von Höcke distanziert hat. Das sei allein Petrys „persönliche Meinung“, sagte Gauland, die Partei brauche „keinen Weckruf als Beginn einer neuen Spaltung“. Erst Recht nicht in diesem Jahr, wo die AfD mit einem starken Ergebnis in den Bundestag einziehen wolle. Die AfD entschied am vergangenen Montag, [Höcke nicht aus der Partei auszuschließen](#); die Bundesvorsitzende Frauke Petry, die innerhalb der AfD zu Höckes Gegnern zählt, schrieb jedoch in einer E-Mail an alle AfD-Mitglieder, es gebe „ernste Fragen bezüglich seines Verhältnisses zur Partei und ihren demokratischen Gremien“.

Alexander Gauland wird bei der Bundestagwahl 2017 als Spitzenkandidat der Brandenburger Landesliste antreten.

Dokument TAGON00020170129ed1t00006

Berlin  
**AfD Brandenburg wählt Gauland zum Spitzenkandidaten**

Thorsten Metzner  
563 Wörter  
29 Januar 2017  
Der Tagesspiegel Online  
TAGON  
Deutsch  
Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.  
Bundestagswahl 2017

Alexander Gauland bekam 199 der 241 Stimmen, auf Platz zwei folgt der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch. Am Samstagabend musste der Parteitag wegen Problemen bei der Stimmauszählung abgebrochen werden.

In Brandenburg tritt die rechtspopulistische [AfD mit Parteichef Alexander Gauland als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl im Herbst 2017](#) an. Auf einer AfD-Mitgliederversammlung am Wochenende in Rangsdorf wurde der 75-jährige auf den ersten Listenplatz der Landesliste gewählt. Bevor die Wahlergebnisse am Sonntagmorgen verkündet werden konnten, hatte die Auszählung am Vorabend mehrfach wiederholt und der Parteitag unterbrochen werden müssen.

Für Gauland votierten 199 der 241 anwesenden Mitglieder. Auf Platz zwei folgt der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch (164 Stimmen). Auf ein konkretes Wahlziel für Brandenburg wollte sich Gauland am Sonntag noch nicht festlegen. „So stark wie möglich“, sagte Gauland.

Die AfD käme nach einer Umfrage zur Bundestagswahl im Land aktuell auf 20 Prozent, vor der SPD (19), hinter der CDU (30), womit etwa fünf, maximal sechs Bundestagsmandate über die Landesliste aussichtsreich sind. Auf den dritten Listenplatz schaffte es mit 154 Stimmen Rene Springer, Fraktionsgeschäftsführer der Landtagsfraktion und Direktkandidat in Potsdam, wo er früher in der SPD war.

Auf den nächsten Listenplätzen folgen AfD-Referent Steffen Kotré (150), der Krieschef von Dahme-Spreewald Norbert Kleinwächter (149) und der Trebbiner Kommunalpolitiker Dietmar Ertel mit 143 Stimmen. Gauland hat inzwischen klargestellt, dass er nach dem Einzug in den Bundestag sein Landtagsmandat niederlegen wird. Vorher hatte er für eine Übergangszeit ein Doppelmanat nicht ausgeschlossen.

In den Vorstellungsrunden gab es einige Seltsamkeiten: Ein Redner hielt Frauen für Führungspositionen nur geeignet, „wenn sie Kinder haben“. Ein anderer lobte die als rechtsextrem geltende Identitäre Bewegung.

Nur einer erhielt Beifall wie Gauland: Dietmar Ertel, AfD-Stadtverordneter in Trebbin, Ortsvorsteher seiner Gemeinde, ehrenamtlicher Geistlicher der evangelischen Kirche, geübt in freier Rede. Er erzählte, wie er mit Parteifreunden in Trebbin den heruntergekommenen Bahnhof putze. Er wolle als „Volkstribun“ in den Bundestag, sagte Ertel. „Ich bin die neue Regine Hildebrandt der AfD.“

Gauland stellt sich hinter Höcke Auf dem Parteitag stellte sich Gauland hinter Björn Höcke, der nach seiner Forderung nach einer [erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad](#) bundesweit Empörung ausgelöst hat und auch Kritik aus seiner eigenen Partei dafür bekommen hat. „Er gehört zur AfD. Er hat nichts gesagt, wofür er sich schämen müsste!“, sagte Alexander Gauland, AfD-Bundesvize und Brandenburgs Landeschef am Sonnabend auf einem Landesparteitag in Rangsdorf. „Auch ich hätte mir manches in Ton und Inhalt anders gewünscht“, sagte Gauland über den Thüringer Fraktionschef. „Aber, liebe Freunde“, setzte er fort, „wenn die Granaten einschlagen, steht man zusammen“. Der Parteifreund könne nicht für Aussagen, die vor ihm schon Rudolf Augstein und Martin Walser getroffen hätten, verurteilt werden. Tosender Beifall.

Und dann rügte Gauland, selbst Bundesvize, offen Bundeschefin Frauke Petry, die sich in einem Rundbrief an die Mitglieder von Höcke distanziert hat. Das sei allein Petrys „persönliche Meinung“, sagte Gauland, die Partei brauche „keinen Weckruf als Beginn einer neuen Spaltung“. Erst Recht nicht in diesem Jahr, wo die AfD mit einem starken Ergebnis in den Bundestag einziehen wolle. Die AfD entschied am vergangenen Montag, [Höcke nicht aus der Partei auszuschließen](#); die Bundesvorsitzende Frauke Petry, die innerhalb der AfD zu Höckes Gegnern zählt, schrieb jedoch in einer E-Mail an alle AfD-Mitglieder, es gebe „ernste Fragen bezüglich seines Verhältnisses zur Partei und ihren demokratischen Gremien“.

Alexander Gauland wird bei der Bundestagwahl 2017 als Spitzenkandidat der Brandenburger Landesliste antreten.

Dokument TAGON00020170129ed1t00049

Dahme-Kurier

## **Landrat legt Leitbild zur Integration vor; Kreistag beruft hauptamtliche Migrationsbeauftragte für Dahme-Spreewald - Kritik kommt von der AfD**

Frank Pawlowski

394 Wörter

10 Dezember 2016

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

16

Deutsch

Copyright 2016 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Dahme-Spreewald

Unter dem Titel "Angekommen - aufgenommen" hat Landrat Stephan Loge (SPD) ein Konzept zur Eingliederung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Dahme-Spreewald vorgelegt. "Integration steht und fällt mit der Bereitschaft, sich integrieren zu wollen und sich für Neues zu öffnen. Letzteres gilt für die Flüchtlinge und für uns", sagte Loge diese Woche im Kreistag. "Wir haben keinen Sprint vor uns, sondern einen Marathonlauf."

In dem Konzept wird dargelegt, wie die Aufnahme schutzsuchender Flüchtlinge in den kommenden Jahren bewältigt werden soll. Gleichzeitig soll es als Information für die Bürger dienen, etwa zu Flüchtlingszahlen, Ausgaben und zu Möglichkeiten, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren. Der Kreistag hatte das Konzept im Vorjahr mehrheitlich beauftragt. Es seien "tragfähige und nachhaltige Strukturen gefragt, um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft mit zu gestalten und um Konflikten vorzubeugen", so der Landrat.

Die Vorsitzende der Fraktion SPD/Grüne, Sylvia Lehmann, hob hervor, dass die Hilfe allen Menschen gilt, die hier ankommen. "Es geht um mehr als um Essen und Unterbringung." Lehmann betonte, dass deshalb "keinem anderen etwas verloren" gehe. Für die Fraktion CDU/Bauern/FDP sagte Vorsitzender Michael Kuttner: "Wir finden das Konzept richtig, auch wenn es sicher noch verbessert werden kann."

Der stellvertretende AfD-Fraktionschef Steffen Kotré, kritisierte das Leitbild als realitätsfremd. "Es mag im Kreistag Zustimmung finden, in der Bevölkerung ist das definitiv nicht der Fall." Die AfD halte ein Integrationskonzept nicht für notwendig, da die meisten Flüchtlinge wieder abgeschoben werden müssten. "Wer sich integrieren möchte, ist herzlich eingeladen, muss sich aber selbst darum bemühen." Kotré fürchtet, dass die Maßnahmen zu Lasten der deutschen Bevölkerung gehen, wie er sagte. "Dafür brauchen wir kein Geld ausgeben, das an anderer Stelle fehlt."

Die Linken unterstützen laut Fraktionschef Stefan Ludwig das Integrationskonzept: "Wir wollen den Weg des Miteinanders in Dahme-Spreewald gehen." Das Konzept müsse mit den Erfahrungen aus den Städten und Gemeinde stets fortgeschrieben werden. "Dort wird integriert."

Der Kreistag berief mit großer Mehrheit erstmals eine hauptamtliche Migrationsbeauftragte. Nur die AfD stimmte dagegen. Antje Pretky übernimmt die Aufgabe. Sie arbeitet seit 2013 in der Kreisverwaltung, zunächst als Ausländerbeauftragte, später als Integrationsmanagerin. Sie soll sich künftig nicht nur um Flüchtlinge kümmern, sondern auch um die in Dahme-Spreewald lebenden Ausländer und Spätaussiedler.

file6spb6prq40h1jo4fyk6e.jpg foto: Fischer Migrationsbeauftragte Antje Pretky.

Dokument MARKAL0020161210ecca0001t

## **Potsdams Moschee wurde geschändet**

140 Wörter  
4 Oktober 2016  
B.Z.  
BZDE  
BZ-BZ  
4  
0  
Deutsch  
Copyright 2016 B.Z. Ullstein GmbH.

Entsetzen in Potsdam: Unbekannte haben am Samstagabend einen Ferkel-Kopf vor den Eingang von Brandenburgs einziger Moschee gelegt. Schweine gelten im Islam als unrein. „Der Ferkelkopf ist für uns schwer zu ertragen“, sagte Imam Kamal Abdallah. Er macht die fremdenfeindliche AfD mitverantwortlich für die Schändung der Gebetsstätte.

Die AfD-Politiker Thomas Jung und Steffen Kotré hatten am Vortag nahe der Moschee islamfeindliche Broschüren verteilt - pünktlich zum Freitagsgebet, das rund 200 Gläubige auf dem Bürgersteig zelebrierten, weil die Moschee zu klein ist (B.Z. berichtete).

SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz warf der Rechtsaußen-Partei „Hetze“ vor, sagte: „Die AfD vergiftet das politische Klima.“ AfD-Politiker Jung wies das zurück: „Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen dem Schweinekopf und unserem Stand. Wir werden damit weitermachen.“ →Sb

Foto: Pnn

Diesen Ferkelkopf  
legten Unbekannte  
am Samstagabend  
vor den Eingang  
zur Potsdamer  
Moschee

Dokument BZDE000020161004eca400011



## **Nachdem AfD Politiker gegen Muslime hetzte; Moschee mit Schweinekopf geschändet**

M. SAUERBIER

176 Wörter

4 Oktober 2016

BILD Berlin-Brandenburg

BBERBR

15

232

Deutsch

Copyright 2016. Axel Springer SE

Von

M. SAUERBIER

Potsdam - Unbekannte haben Brandenburgs einzige Moschee geschändet! Am Samstagabend wurde ein Schweinekopf vor das Gebetshaus in der Potsdamer Innenstadt gelegt. Die AfD, die dort am Freitag Stimmung gegen Muslime machte, lehnt jede Mitverantwortung ab.

Schweine gelten im Islam als unrein. "Der Ferkelkopf ist für uns schwer zu ertragen", sagte Imam Kamal Abdallah (48) den PNN. Er macht die AfD mitverantwortlich für die Schändung seiner Al-Farouk-Moschee.

Die AfD-Politiker Thomas Jung (58) und Steffen Kotré (43) hatten nahe dem Gebetshaus islamfeindliche Broschüren verteilt - während rund 200 Gläubige das Freitagsgebet auf dem Bürgersteig abhielten, weil die Moschee zu klein ist.

SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz (40) warf der Rechtsaußen-Partei "Hetze" vor: "Die AfD vergiftet das politische Klima." Doch AfD-Mann Jung will weitermachen: "Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen dem Schweinekopf und unserer Aktion. In zwei Wochen planen wir den nächsten Stand."

Diesen Schweinekopf legten Unbekannte am Samstagabend vor die Potsdamer Moschee

AfD-Politiker Thomas Jung (58) machte beim Freitagsgebet Stimmung gegen Muslime

Dokument BBERBR0020161004eca40000q

BRANDENBURG

**Beten auf dem Bürgersteig // Die Zahl der Muslime in Potsdam wächst, aber es gibt in der Stadt nur eine Moschee. Doch die ist zu klein, sodass sich Gläubige vor der Tür niederlassen müssen. Das ruft die AfD auf den Plan**

Von Henri Kramer  
768 Wörter  
25 September 2016  
Der Tagesspiegel  
TAGSS  
012  
22890  
Deutsch

Copyright 2016. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

Potsdam - In die Defensive gedrängte Muslime, verärgerte Anwohner und neuerdings noch AfD-Vertreter auf Stimmenfang: Die wachsende Teilnehmerzahl beim Freitagsgebet in der viel zu kleinen Al-Farouk-Moschee in der Potsdamer Innenstadt birgt Konfliktstoff. Inzwischen sind wegen der begrenzten Räumlichkeit in der Straße Am Kanal einige Hundert Gläubige gezwungen, außerhalb zu beten - auf Teppichen auf dem Gehweg in der Ladenzeile, vor dem geöffneten Fenster.

So war es auch am vorigen Freitag ab 13 Uhr. Die Räume der einzigen Moschee in der Stadt - gelegen in einer früheren Wäscherei im Erdgeschoss eines Wohnblocks, rund 100 Quadratmeter groß - waren längst voll von Gläubigen. Der verantwortliche Verein der Muslime in Potsdam hatte vorgesorgt und zwei metergroße grüne Teppiche auf dem Gehweg ausgebreitet und mit Flutterband abgesperrt. Außerdem wachten drei Ordner in Warnwesten beim Gebet, das über Lautsprecher nach draußen übertragen wurde. Am Ende waren es etwa 200 Menschen, die eine halbe Stunde gemeinsam beteten.

Passanten und Anwohner reagierten zum Großteil befremdet. Einige Fußgänger liefen kopfschüttelnd vorbei, ein Mann im Anzug murmelte: "Was ist nur aus Deutschland geworden?" Eine Nachbarin, die mit anderen Anwohnern das Gebet von einer Bank aus verfolgte, sagte, so dürfe es nicht weitergehen. Viele Anwohner würden sich mittlerweile belästigt fühlen.

Das Haus, in dem sich die Moschee befindet, gehört der städtischen Bauholding Pro Potsdam. Bislang gebe es nur eine offizielle Beschwerde von einem Laden nebenan, wie eine Sprecherin bestätigte. Zugleich betonte sie, dass das Unternehmen schon rein rechtlich nicht gegen ein Gebet vorgehen könne. In den vergangenen Wochen hatte es zudem in Potsdam-Gruppen auf Facebook mehrfach Debatten wegen der wachsenden Zahl der Gläubigen vor der Moschee gegeben - häufig unsachlich geführt.

Erstmals versuchte am Freitag die AfD, die Situation zu ausnutzen. Etwa 100 Meter entfernt hatte der Landesverband einen Werbestand bei der Polizei angemeldet, die mit mehreren Einsatzwagen zur Stelle war. Anlass für die AfD-Aktion war das Beten von Moslems auf dem Bürgersteig, also im öffentlichen Raum", wie es im internen Aufruf an die Parteimitglieder hieß, zu dem Stand zu kommen und dort zu helfen. Man wolle "die Stimmung der Bevölkerung auffangen und Flagge zeigen". So sprach denn auch Steffen Kotré vom AfD-Landesvorstand am Freitag von "Bauchschmerzen" angesichts der Situation. Man müsse nicht jede Form der Religionsausübung tolerieren. Stören wolle man die Gläubigen aber nicht, betonte Kotré.

Minuten später verließen er und ein Teil der AfD-Vertreter jedoch den Werbestand in Richtung der Betenden, um in deren Nähe Handzettel zu verteilen. Darin auch einer der Kernsätze des AfD-Programms: "Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht akzeptiert, gehört nicht zu Deutschland." Kurze Zeit später baten Polizisten die AfD-Vertreter, wieder zu ihrem Stand zurückzugehen. Diese leisteten dem Folge. Später hieß es aus Parteikreisen, dies solle nicht die letzte Aktion zum Freitagsgebet gewesen sein.

Die Muslime vor Ort reagierten irritiert. Abdul Zran, einer der Ordner, sagte, man versuche die Einschränkungen für Passanten und Nachbarn so gering wie möglich zu halten. Unter den Gläubigen seien viele Flüchtlinge, die vor Krieg und Zerstörung geflohen seien - und nun im Asyl einen Platz benötigten, um ihre Religion auszuüben. Zudem verglich er, sichtlich aufgewühlt, die Anfeindungen, denen Muslime heute ausgesetzt seien, mit jener Stimmungslage, die sich in Deutschland schon einmal gegen die Juden entwickelt habe.

Dass die Räume der einzigen Potsdamer Moschee viel zu klein sind, ist schon seit einem Jahr bekannt. Im Oktober 2015 hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) ein Freitagsgebet besucht und den Muslimen die Hilfe der Stadt versprochen. "Das Raumproblem muss gelöst werden", sagte er damals. Doch passiert ist

bislang - nichts. Ein geeigneter Raum habe sich bisher nicht finden lassen, gab Stadtsprecher Stefan Schulz zu. Mit Sorge betrachte er, dass nun die AfD dort aktiv sei. Man werde den Verein weiter bei der Suche unterstützen, sagte Schulz.

Auch der Imam der Moschee, Kamal Abdallah, sagte, bei der Suche nach einem anderen Standort hätte sich bisher leider nichts ergeben. "Wir brauchen keinen Luxus", sagte der Chef des Vereins. Bei schlechtem Wetter sei man inzwischen gezwungen, das Freitagsgebet zweimal nacheinander stattfinden zu lassen, weil dann weniger Menschen auf dem Gehweg stehen können. Dass sie dort stehen müssen, mache Anfeindungen leicht. Abdallah sagte, vor einigen Wochen sei sogar ein Stein in Richtung der Betenden geworfen worden. Aber es gebe auch positive Beispiele: Andere Passanten reagierten freundlich: "Die Leute sind eben unterschiedlich."

Andrang. Beim Freitagsgebet der Moschee in einer Potsdamer Ladenzeile müssen viele Muslime vor der Tür beten. Fotos: Henri Kramer

Dokument TAGSS00020160924ec9p0004d

Berlin  
**Freitagsgebet auf dem Bürgersteig**

Henri Kramer  
778 Wörter  
25 September 2016  
Der Tagesspiegel Online  
TAGON  
Deutsch  
Copyright 2016. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.  
Einzig Moschee in Potsdam zu klein

Die Zahl der Muslime in Potsdam wächst, aber in der Stadt gibt es nur eine Moschee. Gläubige beten dort vor der Tür. Das ruft die AfD auf den Plan.

In die Defensive gedrängte Muslime, verärgerte Anwohner und neuerdings noch AfD-Vertreter auf Stimmenfang: Die wachsende Teilnehmerzahl beim Freitagsgebet in der viel zu kleinen Al-Farouk-Moschee in der Potsdamer Innenstadt birgt Konfliktstoff. Inzwischen sind wegen der begrenzten Räumlichkeit in der Straße Am Kanal einige Hundert Gläubige gezwungen, außerhalb zu beten – auf Teppichen auf dem Gehweg in der Ladenzeile, vor dem geöffneten Fenster.

So war es auch am vorigen Freitag ab 13 Uhr. Die Räume der einzigen Moschee in der Stadt – gelegen in einer früheren Wäscherei im Erdgeschoss eines Wohnblocks, rund 100 Quadratmeter groß – waren längst voll von Gläubigen. Der verantwortliche Verein der Muslime in Potsdam hatte vorgesorgt und zwei metergroße grüne Teppiche auf dem Gehweg ausgebreitet und mit Flutterband abgesperrt. Außerdem wachten drei Ordner in Warnwesten beim Gebet, das über Lautsprecher nach draußen übertragen wurde. Am Ende waren es etwa 200 Menschen, die eine halbe Stunde gemeinsam beteten.

Passanten gehen kopfschüttelnd vorbei Passanten und Anwohner reagierten zum Großteil befremdet. Einige Fußgänger liefen kopfschüttelnd vorbei, ein Mann im Anzug murmelte: „Was ist nur aus Deutschland geworden?“ Eine Nachbarin, die mit anderen Anwohnern das Gebet von einer Bank aus verfolgte, sagte, so dürfe es nicht weitergehen. Viele Anwohner würden sich mittlerweile belästigt fühlen.

Das Haus, in dem sich die Moschee befindet, gehört [der städtischen Bauholding Pro Potsdam](#). Bislang gebe es nur eine offizielle Beschwerde von einem Laden nebenan, wie eine Sprecherin bestätigte. Zugleich betonte sie, dass das Unternehmen schon rein rechtlich nicht gegen ein Gebet vorgehen könne. In den vergangenen Wochen hatte es zudem in Potsdam-Gruppen auf Facebook mehrfach Debatten wegen der wachsenden Zahl der Gläubigen vor der Moschee gegeben – häufig unsachlich geführt.

Die AfD baut ihren Stand auf [Erstmals versuchte am Freitag die AfD](#), die Situation zu ausnutzen. Etwa 100 Meter entfernt hatte der Landesverband einen Werbestand bei der Polizei angemeldet, die mit mehreren Einsatzwagen zur Stelle war. Anlass für die AfD-Aktion war das Beten von Moslems auf dem Bürgersteig, also im öffentlichen Raum“, wie es im internen Aufruf an die Parteimitglieder hieß, zu dem Stand zu kommen und dort zu helfen. Man wolle „die Stimmung der Bevölkerung auffangen und Flagge zeigen“. So sprach denn auch Steffen Kotré vom AfD-Landesvorstand am Freitag von „Bauchschmerzen“ angesichts der Situation. Man müsse nicht jede Form der Religionsausübung tolerieren. Stören wolle man die Gläubigen aber nicht, betonte Kotré.

Minuten später verließen er und ein Teil der AfD-Vertreter jedoch den Werbestand in Richtung der Betenden, um in deren Nähe Handzettel zu verteilen. Darin auch einer der Kernsätze des AfD-Programms: „Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht akzeptiert, gehört nicht zu Deutschland.“ Kurze Zeit später baten Polizisten die AfD-Vertreter, wieder zu ihrem Stand zurückzugehen. Diese leisteten dem Folge. Später hieß es aus Parteikreisen, dies solle nicht die letzte Aktion zum Freitagsgebet gewesen sein.

Muslime sind irritiert Die Muslime vor Ort reagierten irritiert. Abdul Zran, einer der Ordner, sagte, man versuche die Einschränkungen für Passanten und Nachbarn so gering wie möglich zu halten. Unter den Gläubigen seien viele Flüchtlinge, die vor Krieg und Zerstörung geflohen seien – und nun im Asyl einen Platz benötigten, um ihre Religion auszuüben. Zudem verglich er, sichtlich aufgewühlt, die Anfeindungen, denen Muslime heute ausgesetzt seien, mit jener Stimmungslage, die sich in Deutschland schon einmal gegen die Juden entwickelt habe.

Die Stadt versprach Hilfe bei der Suche nach Räumen Dass die Räume der einzigen Potsdamer Moschee viel zu klein sind, ist schon seit einem Jahr bekannt. Im Oktober 2015 hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) ein Freitagsgebet besucht und den Muslimen die Hilfe der Stadt versprochen. „Das Raumproblem muss gelöst werden“, sagte er damals. Doch passiert ist bislang – nichts. Ein geeigneter Raum habe sich bisher nicht finden lassen, gab Stadtsprecher Stefan Schulz zu. Mit Sorge betrachte er, dass nun die AfD dort aktiv sei. Man werde den Verein weiter bei der Suche unterstützen, sagte Schulz.

Auch der Imam [der Moschee](#), Kamal Abdallah, sagte, bei der Suche nach einem anderen Standort hätte sich bisher leider nichts ergeben. „Wir brauchen keinen Luxus“, sagte der Chef des Vereins. Bei schlechtem Wetter sei man inzwischen gezwungen, das Freitagsgebet zweimal nacheinander stattfinden zu lassen, weil dann weniger Menschen auf dem Gehweg stehen können. Dass sie dort stehen müssen, mache Anfeindungen leicht. Abdallah sagte, vor einigen Wochen sei sogar ein Stein in Richtung der Betenden geworfen worden. Aber es gebe auch positive Beispiele: Andere Passanten reagierten freundlich: „Die Leute sind eben unterschiedlich.“

Andrang. Die einzige Moschee Potsdams befindet sich in einer Ladenzeile in der Innenstadt.

Dokument TAGON00020160925ec9p0003v

## AfD streitet über zwielichtigen Besuch im Landtagsschloss; Potsdam

415 Wörter

19 September 2016

13:50

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Trotz aller Erfolge – zuletzt bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin – kommt es bei der AfD immer wieder zu parteiinternem Streit. Jetzt knirscht es laut Medienberichten auch in der Brandenburger Landtagsfraktion. Kürzlich gab es Streit um zwielichtigen Besuch im Potsdamer Landtagsschloss.

Zwielichtige Besucher sorgen für einen Streit innerhalb der Brandenburger AfD-Landtagsfraktion. In der vergangenen Woche hat dazu eine Sondersitzung der Fraktion stattgefunden. Darüber [berichtet](#) die Bildzeitung.

Anlass war der Besuch mehrerer Männer vor etwa zwei Wochen. Beschrieben werden die Männer von einem Landtags-Mitarbeiter als „breitschultrige Herren in Anzügen, denen man nicht im Dunkeln begegnen möchte.“

Ein Besucher soll ein Waffenholster getragen haben

Laut Bericht sollen Brandenburgs AfD-Vize Andreas Kalbitz, die parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Bessin und der Abgeordnete Steffen Kotré die Besucher durch das Landtagsschloss geführt haben. Zeugen wollen außerdem gesehen haben, dass einer der Besucher ein Waffenholster getragen habe.

Das AfD-Trio wurde von Partei- und Fraktionskollegen auf den Vorfall angesprochen, äußerte sich aber nicht. Gegenüber der Bild sagte Bessin dann, dass es sich bei den Besuchern um Unternehmer aus der Immobilien- und Gastronomiebranche gehandelt habe. Man habe es ja schließlich schwer, Lokale für Veranstaltungen zu finden.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch

Gegen einen Unternehmer soll ein Verfahren wegen Insolvenzverschleppung laufen. Die anderen Besucher sollen in Berlin und Potsdam Lokale betreiben. Bei ihnen soll es sich um Albaner handeln.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch. Das falle auf die Fraktion zurück, wird ein Abgeordneter zitiert. Brandenburgs AfD-Chef Alexander Gauland verlangte Aufklärung. In der Sondersitzung vergangene Woche konnte das Thema jedoch nicht aufgeklärt werden, Kalbitz fehlte aus gesundheitlichen Gründen. Gegenüber der Bildzeitung äußerte er sich nicht zu dem Vorfall. Der Abgeordnete Steffen Königer sagte laut Bericht, dass Kalbitz die Fraktion fortwährend hintergehen würde und viele Kalbitz nicht vertrauen würden.

In der AfD ist es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Streit gekommen

Kalbitz war in der Vergangenheit immer wieder negativ aufgefallen. Er hatte zum Beispiel den Vorsitz eines rechten Vereins inne, dessen Gründer NPD-Mitglied war. Außerdem beschäftigte er einen ehemaligen NPD-Mann als Mitarbeiter in der Fraktion.

In der AfD ist es in den vergangenen Monaten immer wieder zu parteiinternen Streitigkeiten gekommen. So zum Beispiel gilt die Führungsspitze um Frauke Petry und Jörg Meuthen als zerstritten. In Baden-Württemberg war die Abgeordneten der Landtagsfraktion in Streit geraten, worauf sich zwei Fraktionen bildeten. Diese sollen bald wieder vereinigt werden.

Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dokument MARKON0020160919ec9j0040h

## AfD streitet über zwielichtigen Besuch im Landtagsschloss; Potsdam

480 Wörter

19 September 2016

13:50

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Trotz aller Erfolge – zuletzt bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin – kommt es bei der AfD immer wieder zu parteiinternem Streit. Jetzt knirscht es auch in der Brandenburger Landtagsfraktion. Kürzlich gab es Streit um zwielichtigen Besuch im Potsdamer Landtagsschloss.

Zwielichtige Besucher sorgen für einen Streit innerhalb der Brandenburger AfD-Landtagsfraktion. In der vergangenen Woche hat dazu eine Sondersitzung der Fraktion stattgefunden. Darüber [berichtet](#) die Bildzeitung. Der Abgeordnete Steffen Königer greift den Vize-Fraktionschef Andreas Kalbitz scharf an. Inzwischen rebelliert laut Königer eine Mehrheit der Abgeordneten gegen die Fraktionsführung.

Anlass war der Besuch mehrerer Männer vor etwa zwei Wochen. „Mitarbeiter haben mir berichtet, dass diese Besucher bedrohlich und wie Zuhälter wirkten“, sagte Königer.

Ein Besucher soll ein Waffenholster getragen haben

Laut Bericht sollen Brandenburgs AfD-Vize Andreas Kalbitz, die parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Bessin und der Abgeordnete Steffen Kotré die Besucher durch das Landtagsschloss geführt haben. Zeugen wollen außerdem gesehen haben, dass einer der Besucher ein Waffenholster getragen habe.

Das AfD-Trio wurde von Partei- und Fraktionskollegen auf den Vorfall angesprochen, äußerte sich aber nicht. Gegenüber der Bild sagte Bessin dann, dass es sich bei den Besuchern um Unternehmer aus der Immobilien- und Gastronomiebranche gehandelt habe. Man habe es ja schließlich schwer, Lokale für Veranstaltungen zu finden.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch

Gegen einen Unternehmer soll ein Verfahren wegen Insolvenzverschleppung laufen. Die anderen Besucher sollen in Berlin und Potsdam Lokale betreiben. Bei ihnen soll es sich um Albaner handeln.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch. Das falle auf die Fraktion zurück, wird ein Abgeordneter zitiert. Brandenburgs AfD-Chef Alexander Gauland verlangte Aufklärung. „Auf einer von vier Abgeordneten beantragten Sondersitzung der Fraktion wurde uns vergangene Woche Auskunft darüber verweigert, um wen es sich bei dieser Delegation gehandelt hat“, berichtete Königer der dpa. „Ich habe kein Vertrauen mehr zu dieser Führung.“ Laut Bildzeitung hat Kalbitz aus gesundheitlichen Gründen bei der Sondersitzung gefehlt, er äußerte sich bislang nicht zu den Vorfällen.

Der ominöse Besuch habe aber nur „das Fass zum Überlaufen“ gebracht, sagte Königer. Er erinnerte daran, dass Kalbitz und Bessin im Frühjahr ein früheres NPD-Mitglied im Büro beschäftigt hatten. „So etwas geht gar nicht“, meinte Königer. Nach seinen Angaben rebellieren inzwischen sechs der zehn AfD-Abgeordneten gegen Kalbitz und Bessin.

In der AfD ist es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Streit gekommen

Kalbitz war in der Vergangenheit immer wieder negativ aufgefallen. Er hatte zum Beispiel den Vorsitz eines rechten Vereins inne, dessen Gründer NPD-Mitglied war. In der AfD ist es in den vergangenen Monaten immer wieder zu parteiinternen Streitigkeiten gekommen. So zum Beispiel gilt die Führungsspitze um Frauke Petry und Jörg Meuthen als zerstritten. In Baden-Württemberg war die Abgeordneten der Landtagsfraktion in Streit geraten, worauf sich zwei Fraktionen bildeten. Diese sollen bald wieder vereinigt werden.

Von MAZonline mit dpa

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dokument MARKON0020160919ec9j004bl

## Ominöser Besuch entzweit AfD-Fraktion; Landtag Brandenburg

480 Wörter

19 September 2016

13:50

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Es knirscht gewaltig in der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg. Jüngst soll Vize-Fraktionschef Andreas Kalbitz ominöse Besucher im Potsdamer Landtagsschloss empfangen haben – hüllt sich darüber aber in Schweigen. Das bringt für einige Fraktionskollegen „das Fass zum Überlaufen“.

Zwielichtige Besucher sorgen für einen Streit innerhalb der Brandenburger AfD-Landtagsfraktion. In der vergangenen Woche hat dazu eine Sondersitzung der Fraktion stattgefunden. Darüber [berichtet](#) die Bildzeitung. Der Abgeordnete Steffen Königer greift den Vize-Fraktionschef Andreas Kalbitz scharf an. Inzwischen rebelliert laut Königer eine Mehrheit der Abgeordneten gegen die Fraktionsführung.

Anlass war der Besuch mehrerer Männer vor etwa zwei Wochen. „Mitarbeiter haben mir berichtet, dass diese Besucher bedrohlich und wie Zuhälter wirkten“, sagte Königer.

Ein Besucher soll ein Waffenholster getragen haben

Laut Bericht sollen Brandenburgs AfD-Vize Andreas Kalbitz, die parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Bessin und der Abgeordnete Steffen Kotré die Besucher durch das Landtagsschloss geführt haben. Zeugen wollen außerdem gesehen haben, dass einer der Besucher ein Waffenholster getragen habe.

Das AfD-Trio wurde von Partei- und Fraktionskollegen auf den Vorfall angesprochen, äußerte sich aber nicht. Gegenüber der Bild sagte Bessin dann, dass es sich bei den Besuchern um Unternehmer aus der Immobilien- und Gastronomiebranche gehandelt habe. Man habe es ja schließlich schwer, Lokale für Veranstaltungen zu finden.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch

Gegen einen Unternehmer soll ein Verfahren wegen Insolvenzverschleppung laufen. Die anderen Besucher sollen in Berlin und Potsdam Lokale betreiben. Bei ihnen soll es sich um Albaner handeln.

In der Fraktion herrscht Unmut über den zwielichtigen Besuch. Das falle auf die Fraktion zurück, wird ein Abgeordneter zitiert. Brandenburgs AfD-Chef Alexander Gauland verlangte Aufklärung. „Auf einer von vier Abgeordneten beantragten Sondersitzung der Fraktion wurde uns vergangene Woche Auskunft darüber verweigert, um wen es sich bei dieser Delegation gehandelt hat“, berichtete Königer der dpa. „Ich habe kein Vertrauen mehr zu dieser Führung.“ Laut Bildzeitung hat Kalbitz aus gesundheitlichen Gründen bei der Sondersitzung gefehlt, er äußerte sich bislang nicht zu den Vorfällen.

Der ominöse Besuch habe aber nur „das Fass zum Überlaufen“ gebracht, sagte Königer. Er erinnerte daran, dass Kalbitz und Bessin im Frühjahr ein früheres NPD-Mitglied im Büro beschäftigt hatten. „So etwas geht gar nicht“, meinte Königer. Nach seinen Angaben rebellieren inzwischen sechs der zehn AfD-Abgeordneten gegen Kalbitz und Bessin.

In der AfD ist es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Streit gekommen

Kalbitz war in der Vergangenheit immer wieder negativ aufgefallen. Er hatte zum Beispiel den Vorsitz eines rechten Vereins inne, dessen Gründer NPD-Mitglied war. In der AfD ist es in den vergangenen Monaten immer wieder zu parteiinternen Streitigkeiten gekommen. So zum Beispiel gilt die Führungsspitze um Frauke Petry und Jörg Meuthen als zerstritten. In Baden-Württemberg war die Abgeordneten der Landtagsfraktion in Streit geraten, worauf sich zwei Fraktionen bildeten. Diese sollen bald wieder vereinigt werden.

Von MAZonline mit dpa

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Dokument MARKON0020160919ec9j005bp

Dahme-Kurier  
**AfD-Kreisverband hat neuen Vorstand**

92 Wörter  
12 Juli 2016  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
20  
Deutsch

Copyright 2016 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Der Kreisverband der AfD hat einen neuen Kreisvorsitzenden: Steffen Kotré, der auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion ist. Er folgt auf Jens-Birger Lange, der seinen Posten zur Verfügung gestellt hatte (die MAZ berichtete). Er hatte diesen Schritt damit begründet, dass er es in den ersten Monaten seiner Amtszeit nicht geschafft habe, den gesamten Kreisvorstand hinter sich zu bringen. Der Stadtverordnete von Königs Wusterhausen, Benjamin Filter, wurde neuer erster Stellvertreter des AfD-Kreisverbandes. Als neue Schriftführerin wurde Sylvia Bothe und als Beisitzer Axel Hubert nachgewählt.

Dokument MARKAL0020160712ec7c0000h

Dahme-Kurier  
**Jens-Birger Lange als AfD-Chef zurückgetreten**

Oliver Fischer  
199 Wörter  
29 Juni 2016  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
24

Deutsch

Copyright 2016 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Führungskrise in der AfD

In der Führungsetage des AfD-Kreisverbandes Dahme-Spreewald ist offenbar ein Richtungsstreit entbrannt. Wie jetzt bekannt wurde, hat vor zwei Wochen der Vorsitzende des Kreisverbandes, Jens-Birger Lange, seinen Posten zur Verfügung gestellt. Gegenüber der MAZ begründete Lange diesen Schritt damit, dass er es in den ersten Monaten seiner Amtszeit nicht geschafft habe, den gesamten Kreisvorstand hinter sich zu bringen.

Jens-Birger Lange - im vergangenen Jahr noch Landratskandidat der AfD - war erst im Februar zum Kreisvorsitzenden seiner Partei gewählt worden. Damals war er in einer Kampfabstimmung gegen den bisherigen Vorsitzenden Norbert Kleinwächter angetreten. Lange lag am Ende mit neun Stimmen vorn, Kleinwächter zog sich daraufhin aus dem Vorstand zurück, blieb aber Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag. Jens-Birger Lange gab nach der Wahl seinen Job als Mitarbeiter des AfD-Landtagsabgeordneten Andreas Kalbitz auf - aus Gründen der politischen Unabhängigkeit, wie er sagt.

Ein neuer Kreisvorsitzender soll nun im Juli gewählt werden. Als Interims-Vorsitzender fungiert derzeit Steffen Kotré, der ebenfalls der Kreistagsfraktion angehört. Kotré kündigte bereits an, für den Vorsitz zu kandidieren. Er rechne aber mit Gegenkandidaten. ver

file6mem5x4pg4oeo5bo4xq.jpg Privat Jens-Birger Lange

Dokument MARKAL0020160629ec6t0000e

Dahme-Kurier

**Politisch, jung, gesucht; Fast alle Parteien werden von Nachwuchssorgen geplagt, bei einigen nimmt der Mitgliederschwund schon dramatische Züge an**

Oliver Fischer

1,005 Wörter

24 Juni 2016

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme-Kurier

25

Deutsch

Copyright 2016 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Als Michael Wippold im Januar zum neuen Kreischef der Linken in Dahme-Spreewald gewählt wurde, präsentierte man ihm auf dem Parteitag das dringlichste Thema seiner Amtszeit gleich auf dem Tablett: die sinkenden Mitgliederzahlen. Es gab eine harte Debatte, es ging um die Reformierung der Partei. "Wir müssen uns verändern, wir müssen jünger werden", gab der scheidende Vorsitzende Stefan Ludwig seinem Nachfolger mit auf den Weg.

Das ist aber nicht so leicht. In den sechs Monaten seit seiner Wahl hat der Kreisverband noch keinen erkennbaren Schritt in diese Richtung gemacht, räumt Wippold ein. Gut 400 Mitglieder hat die Linke in Dahme-Spreewald noch. Vor fünf Jahren waren es 600. "Austritte gibt es kaum, der Hauptgrund ist das Ableben", sagt Wippold. Die Neueintritte können die Zahl der Verstorbenen nicht mal annähernd ausgleichen.

Für die Linken ist die Entwicklung inzwischen dramatisch. "Das Bemühen um neue Mitglieder ist deshalb für mich existenziell. Es geht um den Fortbestand einer linken Partei in Dahme-Spreewald", sagt Wippold. Dem grundsätzlichen Problem müssen sich aber fast alle großen Parteien stellen. Im Westen nimmt die Zahl der Parteimitglieder seit den frühen Siebzigern kontinuierlich ab, die SPD hatte mal mehr als eine Million Mitglieder, heute sind es weniger als 450 000, die CDU hat seit den frühen Neunzigerjahren 40 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt. In der Dahmeland-Fläming-Region verlieren die Parteien bereits spürbar an Einfluss. Zahlreiche Bürgermeister sind parteilos, es gibt im ländlichen Raum zunehmend Gemeinden, in denen Parteien kaum mehr Zugriff auf das politische Leben haben. Im Niederen Fläming etwa hat die Linke noch einen Sitz in der Gemeindevertretung inne, den Rest teilen sich Einzelbewerber und der Bauernverband. Das muss nichts Schlechtes bedeuten, es hat aber nur noch wenig mit dem Prinzip zu tun, nach dem sich Deutschland laut Grundgesetz organisieren soll. Dort heißt es: "Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit." Das könnte bald schwierig werden.

Felix Thier, Kreischef der Linken in Teltow-Fläming, macht eine regelrechte Parteimüdigkeit aus: "Es gibt die Tendenz, dass sich Leute nicht mehr für Parteien interessieren. Die Bürger bringen sich nur ein, wenn ihre Interessen betroffen sind, dann gründen sie eine Bürgerinitiative." Erik Stohn, Unterbezirksvorsitzender der SPD in Teltow-Fläming, bringt das Problem auf den Punkt: "Parteien sollen breit aufgestellt sein, damit sie jedes für die Bürger bedeutende Thema behandeln können. Aber wenn in den Parteien nicht mehr genügend Leute sind, dann hinkt das." Das Problem hat zudem eine finanzielle Komponente, wie Felix Thier sagt. Die alten Mitglieder haben zum Teil hohe Parteibeiträge gezahlt. Die Linken in Teltow-Fläming müssen deshalb seit einiger Zeit sparen.

Bei CDU und SPD ist der Druck noch nicht ganz so hoch, die Kreisverbände stützen sich jeweils auf 350 bis 400 Mitglieder, die Zahlen sind zuletzt stabil geblieben. Diese Stabilität ist aber trügerisch, sie hängt mit der Geschichte der Parteien im Osten zusammen. Viele der Mitglieder sind bei der Gründung nach der Wende eingetreten, sie waren damals jung, nun altern die Ortsgruppen mit ihnen. Ein durchschnittliches CDU-Mitglied in Dahme-Spreewald ist heute 56 Jahre alt und seit 19 Jahren in der Partei. "Die meisten unserer Mitglieder sind aber zwischen 66 und 70", sagt der Mitgliederbeauftragte, Julius Schulz. Bei der SPD in Dahme-Spreewald sieht es nicht anders aus. Ludwig Scheetz, Geschäftsführer des Unterbezirks, ehrt jedes Jahr Genossen für 25-jährige Parteimitgliedschaft. "Normalerweise sind das zehn. Im vergangenen Jahr hatten wir mehr als 100", sagt er. Mehr als ein Drittel der Mitglieder stammt also aus der Gründergeneration. Scheetz: "Es steht zu erwarten, dass wir deshalb bis 2025 zahlreiche Mitglieder verlieren werden."

Deshalb hat man in seinem Kreisverband schon vor einiger Zeit eine Arbeitsgruppe für Mitgliedergewinnung gegründet. Die Chancen stünden nicht so schlecht, sagt Scheetz, und zitiert eine Studie, nach der sich

sieben Prozent der Bevölkerung vorstellen kann, SPD-Mitglied zu werden. Es gebe vor allem drei Gründe, weshalb sie es nicht tun: "Sie haben wenig Zeit, sie sind unzufrieden mit dem politischen Geschehen oder sie wurden nicht angesprochen." Vor allem Letzteres will die SPD ändern. Deshalb soll es Veranstaltungsreihen geben, man werde durch die Orte touren, in eigener Sache werben. Ein Politik-Schnupper-Abo gibt es obendrein, Besuch im Willy-Brandt-Haus, die Teilnahme an Sitzungen und ein Kammingespräch mit einem führenden SPD-Politiker inklusive. Ein ähnliches Programm durchlaufen die Praktikanten in der SPD-Geschäftsstelle auch, sagt Scheetz. "Und die sind bisher anschließend alle eingetreten."

Veranstaltungen, mit Leuten reden, im Gespräch bleiben, vor allem über Facebook: So sehen die Strategien der meisten Kreisverbände aus. Danny Eichelbaum, CDU-Chef in Teltow-Fläming, schwärmt noch von einem CDU-Info-Abend zum Thema Altanschießer in Jüterbog vor einigen Wochen: "Da, wo die Probleme der Leute sind, da wollen wir sein." Aber die Schritte bleiben klein.

Felix Thier freut sich über einen Kameruner, der in Luckenwalde den Linken beigetreten ist. Michael Wippold hofft in Dahme-Spreewald auf eine Postkartenaktion, mit der er auch um Hilfe bitten will, weil viele Mitglieder inzwischen zu alt zur aktiven Mitarbeit sind. Wippold hofft auch auf die Wahlen, die in den nächsten Jahren anstehen. Denn Wahlen politisieren, Leute engagieren sich in diesen Zeiten mehr. Aber die Flüchtlingskrise im vorigen Jahr hat auch politisiert. Die Frage, ob das den Linken neue Mitglieder gebracht hat, muss Wippold verneinen.

Einen Mitgliederzuwachs kann nur eine Partei verbuchen: die AfD. Und die muss sich dafür nicht einmal groß anstrengen. Steffen Kotré, Interimsvorsitzender des AfD-Kreisverbandes Dahme-Spreewald, gibt die Mitgliederzahl seines Verbandes derzeit mit 75 an. In den vergangenen Monaten sei das Interesse aber stark gestiegen. "Ich gehe davon aus, dass wir Ende des Jahres die Hundert geschafft haben", sagt er. Es seien zumeist Leute, die zuvor völlig unpolitisch waren, sagt Kotré. Groß Werbung machen müsse man nicht. Demonstrationen, Stammtische, Bürgerdialoge. Alles zum Thema Asylpolitik. "Das reicht."

Zitat-Text:

Es gibt die Tendenz, dass sich Leute nicht mehr für Parteien interessieren."

Felix Thier,

Linke Teltow-Fläming

file6pv60e2v2xc4rxulex0.jpg Foto: dpa Wahlen politisieren: Manche Parteien knüpfen ihre Hoffnungen auf neue Mitglieder an Urnengänge. file6pv33hnfft0odh3cetn.jpg

Dokument MARKAL0020160624ec6o0000z

## **Königs Wusterhausen: Demo-Abend läuft ruhig; AfD-Demo und Gegendemo**

823 Wörter

29 Februar 2016

21:23

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Rund 250 Menschen sind am Montagabend bei zwei Demos in Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) auf den Beinen gewesen. Am Bahnhof demonstrierte die AfD gegen die Asylpolitik. Hier kamen etwa 100 Menschen. Etwa 150 Gegendemonstranten setzten sich gegen Rassismus und für eine Willkommenspolitik ein. Lesen Sie die wichtigsten Ereignisse des Abends nach.

Der AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald ruft unter dem Motto „Asylchaos stoppen, Rechtsstaat wiederherstellen“, für Montag, den 29. Februar, ab 19 Uhr zu einer Demonstration in Königs Wusterhausen auf. Als Redner sind Landtagsmitglied Andreas Kalbitz, Norbert Kleinwächter und Gäste angekündigt.

Zeitgleich veranstalten Hartmut Hochbaum, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Königs Wusterhausen, und Thorsten Kleis, Vorsitzender der Linken-Organisation BO42, eine demokratiefreundliche Veranstaltung in Königs Wusterhausen. „Wir wollen nicht zulassen, dass Geflüchtete beschimpft, bedroht und ihrer Würde verletzt werden“, heißt es in der entsprechenden Einladung zur Gegenveranstaltung zur AfD-Demonstration.

Demo-Abend endet kurz vor 21 Uhr

Der Demo-Abend in Königs Wusterhausen ist nun zu Ende. Kurz vor 21 Uhr sind beide Kundgebungen beendet worden. Es blieb friedlich und ohne Zwischenfälle.

Am Ende ihrer Kundgebung sangen die AfD-Redner die Nationalhymne.

Ende des Demo-Abends zeichnet sich ab

Rund eine Stunde vor dem anvisierten Ende neigt sich gegen 20.30 Uhr der Demo-Abend in Königs Wusterhausen bereits dem Ende zu.

Die AfD-Anhänger singen die Nationalhymne, beenden die Kundgebung. Auf einen Demozug verzichten sie. Die Gegendemo ist sich bereits aufgelöst worden

AfD-Politiker äußert Angst vor Einwanderung

„Wie viele Flüchtlinge ins Land kommen, ist beängstigend“, sagt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Kreistag Dahme-Spreewald, Norbert Kleinwächter. Der Ausländeranteil in Brandenburg liegt bei 2,8 Prozent (Amt für Statistik, Stand März 2015).

Rund 100 Menschen kamen zur AfD-Demo.

„Wir sind keine Fremdenhasser. Wir verabscheuen diese Politik“, sagt Kleinwächter weit. „Ich habe Angst, wenn sich die Werte, auf denen unser Leben aufbaut, schleichend verändern.“

Rund 100 AfD-Sympathisanten – Gegendemo etwas größer

Aktuelle Zahlen der Polizei kurz vor 20 Uhr. Auf Seiten der AfD-Demo haben sich rund 100 Menschen versammelt. Die Gegendemo dürfte etwas größer sein. Dort sind rund 150 Menschen.

Kurz vor dem Start der AfD-Demo. Dort haben sich am Abend laut Polizei rund 100 Menschen versammelt.

Über die Zahl der eingesetzten Polizisten gibt es keine Auskunft.

Die AfD-Anhänger wollen nach den Redebeiträgen noch durch die Innenstadt ziehen. Vom Stadtbrunnen in Richtung Cottbuser Straße, am Schloss vorbei und zurück zum Bahnhof.

Rund 100 AfD-Anhänger demonstrieren gegen die aktuelle Asylpolitik.

Die Gegendemo wird an Ort und Stelle an der Eichenallee bleiben. Die etwa 150 Gegendemonstranten tanzen gegen 20 Uhr zu Musik von einer Band „Lari und die Pausenmusik“ aus Berlin-Wedding. Etwa 30 Mitglieder des Linke-Kreisverbandes LDS und etwa 120 Bürger haben sich versammelt. „Die Gegendemonstration bleibt am Standort, wir dürfen uns nicht bewegen. Vor der evangelischen Kirche wurden Banner aufgehängt, auf denen steht 'Rassismus hat viele Gesichter, alle sind hässlich'“, sagt Julia Schütze, Kreisvorstandsmitglied der Linken. „Daran werden die AfD-Demonstranten vorbeilaufen.“

Stadtverordnetenversammlung für Demo unterbrochen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen, die parallel zur AfD-Demo stattfindet, wurde entgegen der Geschäftsordnung für 30 Minuten unterbrochen. Die Stadtverordneten haben einen entsprechenden Beschluss gefasst. So soll es den Abgeordneten ermöglicht werden, trotz Sitzung an der Gegendemo teilzunehmen.

Unterdessen gibt es kurz nach 19.30 Uhr weitere Redebeiträge bei der AfD. Die etwa 50 Meter entfernt stehenden Gegendemonstranten rufen „Nazis raus“.

Erster Redner bei AfD-Demo am Bahnhof in Königs Wusterhausen

Die AfD-Demo am Bahnhof hat begonnen. Steffen Kotré, Referent in Landtagsfraktion der AfD spricht als Erster. Er kritisiert die Politik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Deutschland kommt immer mehr aus dem Gleichgewicht. Wir erleben eine diktatorisch handelnde Bundeskanzlerin. Sie ist immun gegenüber der Realität.“ Außerdem fordert er, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen, kein Bargeld, mehr bekommen sollen.

Kotré sagt, dass nicht integrationswillige Asylbewerber abgeschoben werden sollen. „Ohne Integration kein Bleiberecht“, sagt er, die Demonstranten applaudieren. Er warnt weiter vor Parallelgesellschaften. „Zur Wahrung der Identität gehört die Verhinderung von Parallelgesellschaften. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Kampf führen, bis unser Gemeinwesen wieder gesichert ist.“

Kotré stellt die Behauptung auf, dass Ausländer und Migranten im Durchschnitt krimineller sind“ als Deutsche.

Gegendemo deutlich besser besucht als AfD-Kundgebung

Etwa 50 Anhänger der AfD haben sich kurz nach 19 Uhr bereits am Bahnhof versammelt.

Kurz nach 19 Uhr haben sich etwa 50 AfD-Anhänger am Bahnhof in Königs Wusterhausen versammelt.

Die Gegendemo an der Eichenallee, Ecke Karl-Marx-Straße scheint mit 150 Menschen deutlich besser besucht.

Rund 150 Menschen haben sich zur Gegendemo versammelt.

Der Afd-Kreisverband hat 300 Personen zur Demonstration angemeldet, die um 19 Uhr beginnen soll. Gegen 21.30 Uhr sollen die Demos beendet sein. „Polizeikräfte sind ausreichend vorhanden“, sagt Polizeisprecher Torsten Wendt. „Wir gehen von einem friedlichen Abend aus.“

Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Die Gegner der AfD-Demo haben sich am frühen Abend in der Innenstadt von Königs Wusterhausen versammelt. Insgesamt kamen rund 150 Menschen.

Dokument MARKON0020160229ec2t0083p

## 100 AfD-Anhänger, 150 Gegendemonstranten; Demos in Königs Wusterhausen

708 Wörter

29 Februar 2016

20:04

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Mehr als 250 Menschen sind am Montagabend bei zwei Demos in Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) auf den Beinen. Am Bahnhof demonstriert die AfD gegen die aktuelle Asylpolitik. Gegendemonstranten setzen sich gegen Rassismus und für eine Willkommenspolitik ein. Die MAZ berichtet aktuell.

Der AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald ruft unter dem Motto „Asylchaos stoppen, Rechtsstaat wiederherstellen“, für Montag, den 29. Februar, ab 19 Uhr zu einer Demonstration in Königs Wusterhausen auf. Als Redner sind Landtagsmitglied Andreas Kalbitz, Norbert Kleinwächter und Gäste angekündigt.

Zeitgleich veranstalten Hartmut Hochbaum, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Königs Wusterhausen, und Thorsten Kleis, Vorsitzender der Linken-Organisation BO42, eine demokratiefreundliche Veranstaltung in Königs Wusterhausen. „Wir wollen nicht zulassen, dass Geflüchtete beschimpft, bedroht und ihrer Würde verletzt werden“, heißt es in der entsprechenden Einladung zur Gegenveranstaltung zur AfD-Demonstration.

### AfD-Politiker äußert Angst vor Einwanderung

„Wie viele Flüchtlinge ins Land kommen, ist beängstigend“, sagt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Kreistag Dahme-Spreewald, Norbert Kleinwächter. Der Ausländeranteil in Brandenburg liegt bei 2,8 Prozent (Amt für Statistik, Stand März 2015).

„Wir sind keine Fremdenhasser. Wir verabscheuen diese Politik“, sagt Kleinwächter weit. „Ich habe Angst, wenn sich die Werte, auf denen unser Leben aufbaut, schleichend verändern.“

### Rund 100 AfD-Sympathisanten – Gegendemo etwas größer

Aktuelle Zahlen der Polizei kurz vor 20 Uhr. Auf Seiten der AfD-Demo haben sich rund 100 Menschen versammelt. Die Gegendemo dürfte etwas größer sein. Dort sind rund 150 Menschen.

Kurz vor dem Start der AfD-Demo. Dort haben sich am Abend laut Polizei rund 100 Menschen versammelt.

Über die Zahl der eingesetzten Polizisten gibt es keine Auskunft.

Die AfD-Anhänger wollen nach den Redebeiträgen noch durch die Innenstadt ziehen. Vom Stadtbrunnen in Richtung Cottbuser Straße, am Schloss vorbei und zurück zum Bahnhof.

### Rund 100 AfD-Anhänger demonstrieren gegen die aktuelle Asylpolitik.

Die Gegendemo wird an Ort und Stelle an der Eichenallee bleiben. Die etwa 150 Gegendemonstranten tanzen gegen 20 Uhr zu Musik von einer Band „Lari und die Pausenmusik“ aus Berlin-Wedding. Etwa 30 Mitglieder des Linke-Kreisverbandes LDS und etwa 120 Bürger haben sich versammelt. „Die Gegendemonstration bleibt am Standort, wir dürfen uns nicht bewegen. Vor der evangelischen Kirche wurden Banner aufgehängt, auf denen steht 'Rassismus hat viele Gesichter, alle sind hässlich'“, sagt Julia Schütze, Kreisvorstandsmitglied der Linken. „Daran werden die AfD-Demonstranten vorbeilaufen.“

### Stadtverordnetenversammlung für Demo unterbrochen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen, die parallel zur AfD-Demo stattfindet, wurde entgegen der Geschäftsordnung für 30 Minuten unterbrochen. Die Stadtverordneten haben einen entsprechenden Beschluss gefasst. So soll es den Abgeordneten ermöglicht werden, trotz Sitzung an der Gegendemo teilzunehmen.

Unterdessen gibt es kurz nach 19.30 Uhr weitere Redebeiträge bei der AfD. Die etwa 50 Meter entfernt stehenden Gegendemonstranten rufen „Nazis raus“.

Erster Redner bei AfD-Demo am Bahnhof in Königs Wusterhausen

Die AfD-Demo am Bahnhof hat begonnen. Steffen Kotré, Referent in Landtagsfraktion der AfD spricht als Erster. Er kritisiert die Politik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Deutschland kommt immer mehr aus dem Gleichgewicht. Wir erleben eine diktatorisch handelnde Bundeskanzlerin. Sie ist immun gegenüber der Realität.“ Außerdem fordert er, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen, kein Bargeld, mehr bekommen sollen.

Kotré sagt, dass nicht integrationswillige Asylbewerber abgeschoben werden sollen. „Ohne Integration kein Bleiberecht“, sagt er, die Demonstranten applaudieren. Er warnt weiter vor Parallelgesellschaften. „Zur Wahrung der Identität gehört die Verhinderung von Parallelgesellschaften. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Kampf führen, bis unser Gemeinwesen wieder gesichert ist.“

Kotré stellt die Behauptung auf, dass Ausländer und Migranten im Durchschnitt krimineller sind“ als Deutsche.

Gegendemo deutlich besser besucht als AfD-Kundgebung

Etwa 50 Anhänger der AfD haben sich kurz nach 19 Uhr bereits am Bahnhof versammelt.

Kurz nach 19 Uhr haben sich etwa 50 AfD-Anhänger am Bahnhof in Königs Wusterhausen versammelt.

Die Gegendemo an der Eichenallee, Ecke Karl-Marx-Straße scheint mit 150 Menschen deutlich besser besucht.

Rund 150 Menschen haben sich zur Gegendemo versammelt.

Der Afd-Kreisverband hat 300 Personen zur Demonstration angemeldet, die um 19 Uhr beginnen soll. Gegen 21.30 Uhr sollen die Demos beendet sein. „Polizeikräfte sind ausreichend vorhanden“, sagt Polizeisprecher Torsten Wendt. „Wir gehen von einem friedlichen Abend aus.“

Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Die Gegner der AfD-Demo haben sich bereits am frühen Abend in der Innenstadt von Königs Wusterhausen versammelt.

Dokument MARKON0020160229ec2t007vd

## Demos in Königs Wusterhausen laufen; Kundgebungen zur Asylpolitik

456 Wörter

29 Februar 2016

19:12

Märkische Allgemeine Zeitung Online

MARKON

Deutsch

Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH PotsdamGmbH

Zwei Demos sind am Montagabend in Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) gestartet. Die AfD hat zu einer Demonstration unter dem Motto „Asylchaos stoppen, Rechtsstaat wiederherstellen“ aufgerufen. Zeitgleich gibt es eine demokratiefreundliche Gegenveranstaltung unweit der Demonstrationsstrecke. Die MAZ berichtet aktuell.

Der AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald ruft unter dem Motto „Asylchaos stoppen, Rechtsstaat wiederherstellen“, für Montag, den 29. Februar, ab 19 Uhr zu einer Demonstration in Königs Wusterhausen auf. Als Redner sind Landtagsmitglied Andreas Kalbitz, Norbert Kleinwächter und Gäste angekündigt.

Zeitgleich veranstalten Hartmut Hochbaum, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Königs Wusterhausen, und Thorsten Kleis, Vorsitzender der Linken-Organisation BO42, eine demokratiefreundliche Veranstaltung in Königs Wusterhausen. „Wir wollen nicht zulassen, dass Geflüchtete beschimpft, bedroht und ihrer Würde verletzt werden“, heißt es in der entsprechenden Einladung zur Gegenveranstaltung zur AfD-Demonstration.

### Stadtverordnetenversammlung für Demo unterbrochen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen, die parallel zur AfD-Demo stattfindet, wurde entgegen der Geschäftsordnung für 30 Minuten unterbrochen. Die Stadtverordneten haben einen entsprechenden Beschluss gefasst. So soll es den Abgeordneten ermöglicht werden, trotz Sitzung an der Gegendemo teilzunehmen.

Unterdessen gibt es kurz nach 19.30 Uhr weitere Redebeiträge bei der AfD. Die etwa 50 Meter entfernt stehenden Gegendemonstranten rufen „Nazis raus“.

### Erster Redner bei AfD-Demo am Bahnhof in Königs Wusterhausen

Die AfD-Demo am Bahnhof hat begonnen. Steffen Kotré, Referent in Landtagsfraktion der AfD spricht als Erster. Er kritisiert die Politik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Deutschland kommt immer mehr aus dem Gleichgewicht. Wir erleben eine diktatorisch handelnde Bundeskanzlerin. Sie ist immun gegenüber der Realität.“ Außerdem fordert er, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen, kein Bargeld, mehr bekommen sollen.

Kotré sagt, dass nicht integrationswillige Asylbewerber abgeschoben werden sollen. „Ohne Integration kein Bleiberecht“, sagt er, die Demonstranten applaudieren. Er warnt weiter vor Parallelgesellschaften. „Zur Wahrung der Identität gehört die Verhinderung von Parallelgesellschaften. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Kampf führen, bis unser Gemeinwesen wieder gesichert ist.“

Kotré stellt die Behauptung auf, dass Ausländer und Migranten im Durchschnitt krimineller sind“ als Deutsche.

### Gegendemo deutlich besser besucht als AfD-Kundgebung

Etwa 50 Anhänger der AfD haben sich kurz nach 19 Uhr bereits am Bahnhof versammelt.

Kurz nach 19 Uhr haben sich etwa 50 AfD-Anhänger am Bahnhof in Königs Wusterhausen versammelt.

Die Gegendemo an der Eichenallee, Ecke Karl-Marx-Straße scheint mit 150 Menschen deutlich besser besucht.

Rund 150 Menschen haben sich zur Gegendemo versammelt.

Der Afd-Kreisverband hat 300 Personen zur Demonstration angemeldet, die um 19 Uhr beginnen soll. Gegen 21.30 Uhr sollen die Demos beendet sein. „Polizeikräfte sind ausreichend vorhanden“, sagt Polizeisprecher Torsten Wendt. „Wir gehen von einem friedlichen Abend aus.“

Von MAZonline

[Klicken Sie, um das Bild zu sehen.](#)

Die Gegner der AfD-Demo haben sich bereits am frühen Abend in der Innenstadt von Königs Wusterhausen versammelt.

Dokument MARKON0020160229ec2f007by

Dahme-Kurier  
**AfD mit neuem Vorstand**

102 Wörter  
17 Februar 2016  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme-Kurier  
20  
Deutsch

Copyright 2016 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Der AfD-Kreisverband Dahme-Spreewald hat einen neuen Kreisvorstand gewählt. Die 23 anwesenden Mitglieder wählten in Bestensee Jens-Birger Lange (52) zum neuen Kreisvorsitzenden. Der bisherige Amtsinhaber Norbert Kleinwächter (29) unterlag mit neun Stimmen dem ehemaligen Landratskandidaten.

Der neue Kreisvorsitzende kündigte an, künftig mehr mit den Menschen der Region ins Gespräch zu kommen. Neben Lange wurden Steffen Kotré und der Landtagsabgeordnete Andreas Kalbitz als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Andreas Lück ist Schatzmeister, Benjamin Filter Schriftführer und zu Beisitzern wurden André Tripke, Alexander Hanack, Frank Karnatz, Marvin Buschmann, Sylvia Bothe und Josefin Poerschke gewählt.

Dokument MARKAL0020160217ec2h00004

## Gegendarstellung

134 Wörter

11 November 2014

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme Kurier

Deutsch

Copyright 2014 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

In der Regionalausgabe Dahme-Spreewald („Dahme-Kurier“) der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 7. November 2014 stellen Sie in dem Artikel mit der Überschrift „AfD und NPD verbrüdern sich im Kreistag – Parteien arbeiten bei Antrag gegen Flüchtlingsunterbringung in Dahme-Spreewald zusammen“ auf Seite acht diese Tatsachenbehauptung auf: „Bei der Kreistagssitzung am Mittwochabend haben die Parteien (gemeint sind AfD und NPD) einen gemeinsamen Antrag zur Flüchtlingsproblematik eingebracht.“

Das ist unwahr. Richtig ist: Der erwähnte Antrag 2014/108 ist ausschließlich von der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Kreistag Dahme-Spreewald erarbeitet und eingebracht worden. Zu keiner Zeit war ein Mitglied einer anderen Partei an Erarbeitung und Einbringung des Antrages beteiligt. Es hat keinen gemeinsamen Antrag beider Parteien gegeben.

Steffen Kotré,

stellvertretender

Vorsitzender der

AfD-Fraktion im Kreistag

Dahme-Spreewald

3884105

Dokument MARKAL0020141111eabb00086

Aktuelles  
**Erfolgreiche Anpassung**

MARTIN REEH  
865 Wörter  
13 September 2014  
taz - die tageszeitung  
TAZ  
taz  
06  
Deutsch  
(c) 2014 taz, die tageszeitung

WAHL Alexander Gauland war ein auch bei Linken geachteter konservativer Intellektueller. Jetzt ist er Spitzenkandidat der Alternative für Deutschland in Brandenburg und macht in Populismus

VON MARTIN REEH

Am Ende dieses lehrreichen Abends wird Konrad Adam durch die Brandenburger Nacht zum Bahnhof Bestensee stapfen. Alleine, im feinen Zwirn, eine Flasche Wein im Arm. Adam, heute 72 und einer der drei AfD-Bundessprecher, war mal eine große Nummer der deutschen Publizistik: Feuilletonredakteur der FAZ, Chefkorrespondent der Welt, schon damals durchaus aufgeschlossen für bizarre Ideen, etwa die Aberkennung des Wahlrechts für Arbeitslose.

Aber das hier hat doch eine andere Qualität. „Und wer fragt uns? Asylbewerberheime und Bürgerbeteiligung“ heißt die Veranstaltung am 5. September in Bestensee südlich von Berlin. Die Luft ist stickig, der kleine Saal eher spärlich gefüllt. Auftritt Steffen Kotré, AfD-Listenplatz 14 bei der Brandenburg-Wahl, grauer Anzug, helle Krawatte.

Kotré wirft einen Vortrag über das deutsche Asylrecht an die Wand. Nur ein Prozent der Bewerber würde anerkannt. Dann zeigt er Beispiele aus aller Welt, wo die Integration von Einwanderern missglückt sei. Rotherham in England, wo 1.400 Kinder von meist pakistanischen Einwanderern missbraucht wurden. Schweden, wo die Zahl der Vergewaltigungen parallel mit der Zuwanderung von Muslimen gestiegen sei. „Das lass ich mal so im Raum stehen“, sagt Kotré. Und plädiert für Volksabstimmungen in jeder Gemeinde, ob die Bürger ein Flüchtlingsheim am Ort wollen oder nicht.

Konrad Adam schimpft später über Grenzkriminalität – Diebe aus Polen und Drogenhändler aus Tschechien. Das wirkt nach Kotrés Auftritt fast schon zivil.

Als die taz den Spitzenkandidaten dieses Wahlkampfs drei Wochen zuvor in seiner Potsdamer Wohnung traf, war die Welt fast noch in Ordnung. Alexander Gauland, 73, ist das Gesicht der Brandenburger AfD. Der Wahlkampf hatte kaum begonnen, das gedruckte Kurzwahlprogramm ist harmlos. Aber eine Pressekonferenz sorgt für Irritationen. Gauland verlangte dort, eine Kriminalstatistik mit der Nationalität der Täter einzuführen. „Die Menschen wollen wissen, ob es bestimmte Einwanderungsgruppen gibt, die in unserer Gesellschaft problematisch sind – und Mut zur Wahrheit ist, dass ich das feststelle“, sagt er der taz dazu. Thema beendet. Der Rest der Gesprächs dreht sich um Landespolitik und die AfD.

Gauland passt in keine einfachen Schubladen. Er war Staatskanzleichef unter Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU), später geachteter Herausgeber der Märkischen Allgemeinen, des Potsdamer Lokalblattes. Ein konservativer CDUler, aber einer, der gerne mit Linken und Grünen debattierte. Abteilung Salon, nicht Attacke.

Auch in der taz genoss Gauland bisher Sympathien. In den Nullerjahren verfasste er Debattenbeiträge für die Meinungsseite. Die Linke hätte inzwischen die traditionelle Rolle der Konservativen als „Romantiker, Maschinenstürmer und Nachzügler der Weltgeschichte“ übernommen, die Konservativen seien „auf die Seite der Industriegesellschaft gedrängt“ worden, schrieb er 2003. Diesem Dilemma entkämen „die Konservativen nicht durch die Anrufung des Patriotismus“. Und zitiert den Aphoristiker Garnier: „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird man am ehesten konservativ sein, nicht unbedingt in der Absicht, die Interessen der Besitzenden zu schützen, sondern um die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Veränderungen zu drosseln.“

In der Merkelschen „Inhalte überwinden“-CDU hielt es Gauland nicht mehr aus. Als er Spitzenkandidat der neuen Partei wurde, schrieb die taz von einem „Glücksfall“ für die AfD. Gauland versprach einen intellektuell spannenden Konservatismus – einen, der darauf verzichtete, in Rechtspopulismus zu machen.

Aber so kommt es nicht. Eine Woche nach dem taz-Gespräch streitet Gauland für die deutsche Drei-Kind-Familie: „Traurig: Sie lehnen die von uns geforderte Willkommenskultur für deutsche Kinder ab, befürworten aber eine Willkommenskultur für Zuwanderer“, wirft er dem CDU-Kandidaten Michael Schierack vor. Drei Tage danach geht es gegen die CSU: „Wer will, dass die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme aufhört, hat nur eine Wahl: Das Original, die AfD!“ verkündet Gauland.

Die AfD rutscht in jeder Wahlkampfwoche mehr ins Ressentiment, ins große und kleine: Für ihr Sommerfest in Potsdam engagiert sie den Liedermacher Torsten Riemann. Der singt gegen den Prenzlauer Berg an: „Alles ist hier sauber/Alles ist im Lot/Hochbegabte Kinder/scheißen Dinkelbrot.“ Gauland klatscht eher pflichtbewusst – das ist nicht sein Stil.

Im taz-Gespräch hatte sich Gauland nicht zum ersten Mal positiv über sein Vorbild, den Iren Edmund Burke und dessen „vernünftige liberal-konservative Reformpolitik“ geäußert. Burke, der 1797 starb, war Gegner der Französischen Revolution und fürchtete die Macht des Pöbels.

Jetzt im Wahlkampf gibt Gauland den niederen Instinkten Futter. Auf der Wahlkundgebung in Frankfurt/Oder am vergangenen Samstag ist ein geplantes Flüchtlingsheim sein Hauptthema. „Es geht nicht darum, dass wir Asylbewerber aufnehmen müssen, es geht darum, dass es im Geheimen geschieht.“ Der dortige Landrat habe die Bevölkerung nicht informiert, sagt er – und klagt dann über Kindergeld abkassierende Rumänen.

Gauland wahrt exakt die Linie, dass man ihm nicht Rassismus vorwerfen kann. Aber an der AfD-Basis verstehen sie seinen Wahlkampf als Freibrief, wieder sagen zu dürfen, was sie denken. „Alle wundern sich, dass die Flüchtlinge Scheiße bauen. Aber die sind es ja aus ihrem Land gewöhnt. Da können sie alles machen, was sie wollen“, verkündet der Direktkandidat Hartmut Händschke.

Burkes Konservatismus, sagt Gauland im taz-Gespräch, habe sich „in Deutschland aus vielerlei Gründen nicht durchgesetzt“. Irgendwann muss Gauland beschlossen haben, dass es im Wahlkampf besser sei, wieder an einen deutschen Traditionsstrang anzuknüpfen: den schmutzigen Rechtspopulismus, den die Merkel-CDU aufgegeben hat. Die letzte Umfrage zur Brandenburg-Wahl sieht die AfD bei 9,5 Prozent.

Dokument TAZ0000020140912ea9d0000j

## IN KÜRZE

343 Wörter  
4 September 2014  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme Kurier  
Deutsch

Copyright 2014 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Königs Wusterhausen. Eine Gesprächsrunde für alleinsorgeberechtigte Mütter, die sich im Gerichtsverfahren um das gemeinsame Sorgerecht befinden, findet heute in der Geschäftsstelle des Shia-Landesverbands Brandenburg, Bahnhofstraße 4, statt. Beginn ist um 17 Uhr.

Bestensee. Im Wohnpark Am Glunzbusch in Bestensee findet am Sonnabend von 9 bis 14 Uhr ein Trödelmarkt statt. Teilnehmen kann jeder, eine Standgebühr wird nicht erhoben. Anmeldung unter Tel. 03 37 63/2 11 61 oder 01 73/7 63 69 07.

Berlin. Einen „Russischen Abend“ mit Musik und Menü veranstaltet das Theaterstudio Art Changé am Sonnabend um 19 Uhr in der Moriz-Seeler-Straße 1 in Berlin-Treptow. Anmeldung unter Tel. 01 79/4 65 73 32.

Bestensee. Der AfD-Bundessprecher Konrad Adam und der AfD-Landtagsdirektkandidat Steffen Kotré stehen Bürgern morgen im Rahmen einer Diskussionsrunde Rede und Antwort. Beginn ist um 19 Uhr in der „Alten Schmiede“ in Bestensee.

Wildau. Im Rahmen des Brandenburger Dienstleistungstages veranstaltet die Industrie- und Handelskammer am 9. September von 10 bis 16 Uhr ein Branchentreffen im Zentrum für Luft- und Raumfahrt III, Schmiedestraße 2, in Wildau. Dabei geht es um die Perspektiven der Dienstleistungswirtschaft. Fachvorträge informieren unter anderem über Strategieentwicklung, Fachkräftesicherung und vieles mehr.

Königs Wusterhausen. Ein großes Ritterfest findet am Sonnabend und Sonntag auf der Festwiese am Nottekanal in Königs Wusterhausen statt. Dort gibt es ein Ritterlager, Theater, Fakir- und Feuershow, ein Handwerkermarkt und vieles mehr. Geöffnet ist Sonnabend und Sonntag ab 10 Uhr.

Zeesen. Im Haus der kleinen Forscher experimentieren Kita-Kinder und Grundschüler mit einfachsten Mitteln ganz spielerisch. Nun können wieder neue Einrichtungen und Pädagogen hinzukommen. Der notwendige Einstiegskurs startet am Sonnabend in Zeesen. Anmeldung unter Tel. 0 33 75/25 78 40 oder [info@klein-forscher-lds.de](mailto:info@klein-forscher-lds.de)

Eichwalde. Die Pianistin Nini Funke gastiert am Sonnabend um 19 Uhr in der Alten Feuerwache Eichwalde, Bahnhofstraße 79. Auf dem Programm stehen Werke von Franz Schubert, Johannes Brahms, Edvard Grieg, Franz Liszt und Modest Mussorgski.

Schulzendorf. Die Angehörigengruppe Schulzendorf trifft sich heute wieder um 15 Uhr in der Rosa-Luxemburg-Straße 144–148.

3838272

Dokument MARKAL0020140904ea940009q

## **Der alte Landrat ist der neue Kreistagsvorsitzende Kleine Fraktionen kämpfen um Sitze, Stimmen und sachkundige Einwohner in den Ausschüssen**

389 Wörter  
26 Juni 2014  
Märkische Allgemeine  
MARKAL  
Dahme Kurier  
Deutsch

Copyright 2014 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Von Hartmut F. Reck

Lübben – Mit einer Träne im Knopfloch nahm Martin Wille (SPD) am Dienstagabend die Wahl zum neuen Kreistagsvorsitzenden an. Der ehemalige Landrat von Dahme-Spreewald bedauerte, in seiner neuen Funktion nicht mehr so häufig in die politische Debatte eingreifen zu können wie bisher. „Das müssen jetzt andere tun“, so Wille, dem es nun obliegt, diese Debatte ausgleichend zu moderieren. Dafür will sich Wille darum bemühen, als Kreistagsvorsitzender mehr Präsenz zu zeigen, weil er – im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Uta Tölpe (SPD), die nicht mehr für den Kreistag kandidiert hat – nicht mehr berufstätig ist.

Zu Willes Stellvertretern wurden bei der konstituierenden Sitzung des Kreistags von Dahme-Spreewald Olaf Schulze (CDU) und Robert Seelig (Linke) gewählt. Schulze hatte keinen Gegenkandidaten, Seelig gleich zwei, gegen die er sich durchsetzen musste: Renate Kalweit (UBL) und Steffen Kotré (AfD).

Deren Kandidatur zeigte, dass sich die kleinen Parteien nicht hinter den großen Fraktionen verstecken wollen und auf ihr Mitspracherecht auch in den Ausschüssen pochen. Die neue AfD konnte zwar auf Anhieb mit vier Sitzen den Fraktionsstatus erreichen, wird aber nicht in jedem Fachausschuss vertreten sein. So geht es auch der UBL (3 Sitze), die ihren Fraktionsstatus durch die Aufnahme von Stefan Puchert (Wir für KW) retten konnte. Ihr bisheriger Fraktionspartner Bündnis 90/Die Grünen (3 Sitze) hat sich nämlich mit der SPD (15 Sitze) zusammengetan, nicht zuletzt weil die Grünen somit mehr Mitglieder in die Ausschüsse schicken können. So machten es auch die Bauern, die mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft bilden. Die Linke (10 Sitze) bleibt für sich, ebenso wie FDP (3 Sitze) und NPD (2 Sitze), beide ohne Fraktionsstatus.

Im zehnköpfigen Kreisausschuss ist zwar jede Fraktion entsprechend ihrer Größe vertreten, in den neunköpfigen Fachausschüssen dürfte entweder UBL/Wir für KW ganz rausfallen oder es müsste das Los zwischen AfD und UBL entscheiden, beziehungsweise beide Fraktionen müssten sich untereinander einigen. So wird es voraussichtlich auch bei der Benennung der sechs sachkundigen Einwohner in jedem Ausschuss sein. Deshalb wurde die Forderung laut, die Zahl der sachkundigen Einwohner auf sieben zu erhöhen. Martin Wille schlug daraufhin vor, erstmal die Verwaltung ausrechnen zu lassen, wie viele Ausschussmitglieder und wie viele sachkundige Bürger jeder Fraktion zustünden und erst dann darüber zu entscheiden.

3790291

Dokument MARKAL0020140626ea6q000ee

## **Kommunalwahl: AfD tritt an**

88 Wörter

5 März 2014

Märkische Allgemeine

MARKAL

Dahme Kurier

Deutsch

Copyright 2014 Märkische Allgemeine – Brandenburgs beste Seiten. All rights reserved. For further information see

Königs Wusterhausen – Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) tritt zu den Kommunalwahlen im Mai im Landkreis Dahme-Spreewald an. Das beschlossen die Mitglieder des Kreisverbands jetzt einstimmig, wie der Kreisvorstand mitteilt. Demnach wurde der 28 Jahre alte Lehrer Norbert Kleinwächter aus Schulzendorf zum Spitzenkandidaten gewählt. Gemeinsam mit Unternehmensberater Steffen Kotré aus Mittenwalde und Verlagskaufmann Andreas Kalbitz aus Königs Wusterhausen führt er die Kreistagsliste an. Auf kommunaler Ebene will die AfD in Königs Wusterhausen, Mittenwalde, Luckau, Groß Köris und Golßen antreten.

3712671

Dokument MARKAL0020140305ea35000ci